

Integration und Vielfalt in Sindelfingen

SINDELFINGEN
ISCH
MIEI
HEIMAT

SINDELFINGEN
ISCH
MIEI
HEIMAT

Abschlussbericht des
Forschungsprojekts

November 2019

Verantwortlich:

Prof. Dr. Andreas Pott

Dr. Jens Schneider

AutorInnen: Jens Schneider, Isabel Höfer, Freya Kuhn, Martin Koller, Burcu Künbül,
Annika Marklein, Hendrik Stille

Weitere Mitarbeit: Viktoria Latz, Oliver Kuhlmann, Lisa Schröter, Franziska Krüger,
Kevin Kirschner

Alle Fotos: Jens Schneider

Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)

Universität Osnabrück

Neuer Graben 19/21

49069 Osnabrück

www.imis.uni-osnabrueck.de

Projektförderung: Stadt Sindelfingen

Inhalt

Einleitung	7
Was heißt Integration?.....	9
Integration als gesellschaftliche Aufgabe	9
Dimensionen der Integration.....	11
Ein veraltetes Modell?	13
Integration – Integrationspolitik – Integrationskonzept.....	17
Das Forschungsprojekt: Ziele und Herangehensweise	21
Statistische Auswertungen	21
Interviews	22
Fokusgruppen	24
Feldbeobachtungen und Dokumentation.....	25
1. Kapitel Demographie	27
Rahmenbedingungen.....	29
Demographie und Bevölkerungsstatistik	30
Fazit und Empfehlungen	39
2. Kapitel Strukturelle Teilhabe	43
Integrationsangebote für Neuankommende	45
Beratung.....	46
Unterbringung.....	52
Sprachlernangebote.....	52
Fazit und Empfehlungen	58
Bildung	61
Frühkindliche Bildung	61
Schulbildung.....	67
Fazit und Empfehlungen	91
Ausbildung	94
Landkreis Böblingen: Ausbildungslage und regionaler Kontext	94
Der Zugang in den Ausbildungsmarkt.....	96
Die Wahrnehmung in den Ausbildungsstätten.....	97
Fazit und Empfehlungen	100
Wohnen.....	104
Ergebnisse der Straßenbefragung.....	108
Fazit und Empfehlungen	113

3. Kapitel Verhältnis Mehrheit – Minderheiten	115
Verwaltung	117
Fazit und Empfehlungen	125
Politik: Parteien und Wahlen	129
Analyse der Wahlergebnisse	129
Wahlvolk und Wahlverhalten	131
Parteien und politische Teilhabe	134
Fazit und Empfehlungen	138
MigrantInnenenselbstorganisationen (MSOs) und „internationale Vereine“	142
Die Fragestellung	142
Selbstorganisation im lokalen Kontext	145
Das Spannungsfeld intergenerationaler Konflikte	147
Veränderte und neue Zielgruppen	153
Stärkere Orientierung auf die Stadt	155
Der institutionelle Umgang mit Einwanderung	157
Die Bewertung der Zusammenarbeit aus Sicht der Vereine	162
Spannungsfeld Integrationsbegriff	164
Fazit und Empfehlungen	167
Vereinsleben: Sport	169
Die Fragestellung	169
Migrationshintergrund und soziale Schicht	171
Fazit und Empfehlungen	175
4. Kapitel Identitäten: Heimat und Herkunft	179
Einführung	181
Integration und Zugehörigkeit	181
Was ist Identität?	183
Lokale Identität: Ergebnisse der Straßenbefragung	186
Erlebnisse und Erinnerungen von MigrantInnen in Sindelfingen	189
Ankommen im Nachkriegsdeutschland	190
Heimat- und Zugehörigkeitsgefühle in der ersten Generation	195
Die zweite Generation	200
Das Verhältnis zwischen den Generationen	203
Die Wahrnehmung von Veränderung in der Stadt	205
Jugend: „Wer erbt die Stadt?“	213
Einführung	213
Zugehörigkeit und Gemeinsamkeit bei Jugendlichen	215
Jugendliche Teilhabe in Sindelfingen	221
Fazit und Empfehlungen	227
Schlussfolgerungen	231
Literaturverzeichnis	239

Vorwort

Die hier vorgelegte Dokumentation ist der Ergebnisbericht des Forschungsprojekts „Integration und Vielfalt in Sindelfingen“, das das Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück in Kooperation mit der Stadt Sindelfingen im Zeitraum Dezember 2016 bis Februar 2018 durchgeführt hat. Ausgangspunkt dieser Kooperation waren mehrere Beschlüsse des Gemeinderats der Stadt Sindelfingen zur „Weiterentwicklung der Integrationsarbeit“ unter Hinzuziehung externer Beratung und der Beteiligung der Betroffenen und der politischen Vertretung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt.

Die Aufgabe des IMIS lag darin, eine im weiten Sinne „Bestandsaufnahme“ der Integrationsarbeit in Sindelfingen vorzunehmen und dabei auch die demographischen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu untersuchen, die für die kommunale Integrationsarbeit aktuell von Bedeutung sind oder in der Zukunft bedeutsam werden können. Dazu sollten einerseits diverse vorhandene, vor allem statistische Daten ausgewertet und andererseits auch neue, vor allem qualitative Daten erhoben werden. Letzteres geschah zu wesentlichen Teilen im Rahmen eines zweisemestrigen Forschungsseminars mit Master-Studierenden der Universität Osnabrück.

Die folgenden Kapitel behandeln Aspekte der „Integration“, wie sie *aus Sicht der Wissenschaft* sinnvoll analysiert und für die praktische Integrationsarbeit „produktiv“ gemacht werden können. Die Einleitung nimmt dafür zunächst eine genauere Bestimmung des Integrationsbegriffs vor und stellt im zweiten Teil das Forschungsvorhaben vor. Kapitel 1 analysiert dann die demographischen Gegebenheiten in Sindelfingen und die Einsichten, die aus vorhandenen statistischen Daten für das Thema Integration gewonnen werden können. In Kapitel 2 geht es um zentrale Aspekte der *strukturellen Teilhabe* insbesondere von jungen Menschen in Sindelfingen, also vor allem in den Bereichen Bildung und Zugang zum Ausbildungsmarkt, während Kapitel 3 einige der zentralen „Schnittstellen“ und mehrheitsgesellschaftlichen Institutionen untersucht, an denen sich die gesellschaftliche Teilhabe manifestiert und feststellen lässt: Politik, Verwaltung und der Sport als wichtigem Teilbereich des in Sindelfingen sehr aktiven Vereinslebens. Ebenfalls untersucht wird hier die Rolle, die „internationale Vereine“ bzw. heute vielfach so genannte „Migrantenselbstorganisationen (MSOs)“ in diesem Bereich spielen. In Kapitel 4 geht es um den zweiten zentralen Aspekt von

„Integration“, nämlich das Thema *Zugehörigkeit*. Hier stehen die Sichtweisen der MigrantInnen¹ selbst und ihrer Nachkommen im Fokus: Dazu gehören Erlebnisse und Erfahrungen von selbst vor Jahrzehnten eingewanderten Personen ebenso, wie die Unterschiede zu den nachfolgenden, bereits hier aufgewachsenen Generationen und die Perspektive heutiger Jugendlicher mit und ohne „Migrationshintergrund“ im Kontext zunehmender Vielfalt.

Am Ende jedes Kapitels bzw. Teilkapitels wird ein Fazit gezogen, das mögliche praktische Konsequenzen der Forschungsergebnisse beleuchtet und einige Empfehlungen ausspricht für eine mögliche Neuorientierung in der Integrationsarbeit in Sindelfingen. Diese werden in den diesen Bericht abschließenden Schlussfolgerungen noch einmal in ihren allgemeinen oder grundsätzlichen Bedeutungen erörtert.

Danksagung

An erster Stelle ist hier ein großer Dank an unsere zahlreichen Interview- und sonstigen GesprächspartnerInnen in Sindelfingen auszusprechen für die Offenheit und Bereitschaft, sich auf das Thema einzulassen. Nur sehr vereinzelt wurden Interviewanfragen abgelehnt oder wurde in den Gesprächen und Interviews abwehrend reagiert. Ein weiterer großer Dank geht an die Verwaltung der Stadt: Auch hier haben sich die involvierten Personen als sehr hilfsbereit, offen und engagiert erwiesen. Insbesondere das federführende Amt für soziale Dienste hat viele wertvolle Kontakte ermöglicht und das Projekt mit regelmäßigen Diskussionen und Feedbacks sehr bereichert. Bedanken möchten wir uns auch bei den Mitgliedern des Beirats für ihre Geduld, ihr Interesse und ihre Bereitschaft, zum Erfolg des Forschungsvorhabens beizutragen. Wir hoffen sehr, dass dies auch den weiteren Beteiligungsprozess so produktiv voranbringen kann.

¹ Es wird in diesem Bericht die genderneutrale Schreibweise mit großem „I“ gewählt, weil sie uns etablierter und einfacher lesbar erscheint als andere Varianten. Das inzwischen weit verbreitete Festhalten an ausschließlich der männlichen Schreibweise mit dem Hinweis, dass damit die weiblichen Formen „mitgemeint“ seien, halten wir für eine bequeme, aber eben nicht genderneutrale und damit auch nicht mehr zeitgemäße Lösung.

Einleitung

Was heißt Integration?

Integration als gesellschaftliche Aufgabe

Der Begriff „Integration“ ist in der Migrationsforschung nicht unumstritten, da er wissenschaftlich schwer zu fassen ist. So stellt sich beispielsweise die Frage „In was hinein?“ eine erfolgreiche Integration erfolgen soll, wenn „die Gesellschaft“ selbst in viele verschiedene Segmente unterteilt ist, von denen bei weitem nicht alle ein gesellschaftlich erwünschtes Umfeld für die Einbindung von Neuankömmlingen darstellen. Aus soziologischer Perspektive ist dagegen vor allem entscheidend, ob MigrantInnen und ihren Nachkommen der Zugang zu den relevanten sozialen Organisationen der Gesellschaft gelingt, die – wie z.B. Schule, Ausbildung und Arbeit – eine Voraussetzung darstellen für strukturelle und soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

„Integration“ ist aber auch ein schwieriger Begriff, weil er in der gesellschaftspolitischen Debatte mit einer Reihe von Vorannahmen und Normvorstellungen versehen ist: So wird darunter in hohem Maße eine Anpassungsleistung von Neuankommenden an das „Vorgefundene“ verstanden. Das ist natürlich nicht falsch, die Frage ist aber, was genau die Messlatte für eine „gelungene Anpassung“ darstellt oder überhaupt darstellen kann und welche kulturellen Aspekte dabei eine Rolle spielen sollen oder können: Ist der Händedruck zur Begrüßung wirklich unverzichtbarer Bestandteil? Sind es Pünktlichkeit oder die gewissenhafte Einhaltung der „Kehrwoche“? Definitionen von „deutscher Mehrheitskultur“ sind kompliziert und zwar aus mehreren Gründen: Zum einen ist beinahe jede Form der Verallgemeinerung auch ein Klischee, an das sich auch viele Deutsche „ohne Migrationshintergrund“ nicht halten und das auch nicht immer und überall gilt. Zum zweiten sind regionale und lokale Unterschiede und Besonderheiten zu berücksichtigen und auch die Unterschiede zwischen Dorf und Stadt können erheblich sein. Und zum dritten stellt sich die Frage, was mit Formulierung einer „Anpassungsnorm“ erreicht werden soll: Geht es wirklich darum, Neuankommenden den Zugang und das Verständnis des „Vorgefundene“ zu erleichtern?² Und sind die aufgestellten Kriterien für „erfolgreiche Integration“ überhaupt erfüllbar und wenn ja: von wem?

² Siehe z.B. den schwedischen Videoclip *10 good things to know about Sweden*, der Neuankommenden in einfachen Worten erklärt, was sie über Schweden und „die Schweden“ wissen sollten. NeubürgerInnen lernen aus diesem Videoclip vermutlich tatsächlich einiges, was ihnen das Ankommen und Verständnis erleichtert – unter anderem einige Schlüssel-

Integration braucht Kriterien, die für Neuankommende realistisch sind, also erfüllbar sein müssen, mit deren Erfüllung aber auch eine Teilhabe an den entscheidenden Bereichen und Institutionen der Gesellschaft tatsächlich möglich ist.

Das lässt sich ganz gut am Beispiel Sprache verdeutlichen: Es besteht vermutlich ein breiter Konsens, dass die Beherrschung der deutschen Sprache eine Grundvoraussetzung dafür darstellt, Arbeit zu finden oder einen guten Schulabschluss zu erreichen und soziale Kontakte in der Aufnahmegesellschaft zu haben. Integration im oben angedeuteten Sinne muss also bedeuten, dass es erstens genügend Möglichkeiten für NeuzuwandererInnen gibt, Deutsch zu lernen – und zwar auf allen Niveaus, die etwa für den Zugang zum Arbeitsmarkt oder auch ein Hochschulstudium erforderlich sind, und dass Neuangekommene zweitens die Bereitschaft mitbringen, einen angemessenen Aufwand an Zeit, Geld und Mühe auf das Lernen der Sprache zu verwenden. Gleichzeitig müssen die Erwartungen an die Sprachbeherrschung der NeuzuwandererInnen realistisch sein und auch in Beziehung stehen zu den tatsächlichen Erfordernissen z.B. auf dem Arbeitsmarkt. So sind den Möglichkeiten von erwachsenen MigrantInnen aus dem Ausland, Deutsch nahezu perfekt oder gar weitgehend ohne Akzent sprechen zu lernen, klare Grenzen gesetzt. Zusätzlich erschwert wird das Erlernen der deutschen Sprache, wenn sie mit der Erziehung mehrerer Kinder Arbeit beschäftigt sind und/oder einer Arbeit nachgehen, bei der sie kaum Gelegenheit haben, selbst einfache Deutschkenntnisse zur Anwendung zu bringen und damit im Alltagsgebrauch zu verbessern – z.B. in der Gebäudereinigung. Die Erfahrung der Vergangenheit zeigt, dass in manchen Fällen Jahrzehnte ins Land gehen, ohne dass aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft ausreichende Sprachkenntnisse im Deutschen erworben wurden.

Diese Personen müssen deshalb aber nicht weniger „integriert“ sein: Sie zahlen in der Regel ganz normal ihre Steuern und Sozialversicherungsbeiträge und vielfach ermöglichen ihren Kindern den sozialen Aufstieg, der für sie selbst im Einwanderungsland kaum möglich ist.³ Umgekehrt sind die Erwartungen an die deutschen Sprachkenntnisse auch nicht selten übertrieben: In vielen Berufen sind weder eine akzentfreie Aussprache noch die fehlerfreie Be-

begriffe im Schwedischen –, gleichzeitig ist es unvermeidbar eine Aneinanderreihung von Klischees, die vor allem deshalb akzeptabel erscheint, weil sie humorvoll und augenzwinkernd vorgetragen wird (abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=djFx6j0E9rU>; siehe auch die folgende offizielle schwedische Webseite: <https://sweden.se/society/20-things-to-know-before-moving-to-sweden/>; letzter Zugriff für beide Webseiten am 24.10.2019).

³ Siehe Lang/Pott/Schneider 2018 für das Beispiel türkeistämmiger Arbeiterfamilien in Frankfurt/Main, Berlin und dem Ruhrgebiet und einen Forschungsüberblick zum Thema der sozialen Mobilität in Einwandererfamilien.

herrschaft der Schriftsprache wirklich erforderlich. Und für manche Bereiche ist es sogar eine Frage der Abwägung von Prioritäten: Es ist für die Arbeit in einer Flüchtlingsunterkunft vermutlich wichtiger, auch KollegInnen zu haben, die gut Arabisch oder Farsi sprechen, als dass sie keine Rechtschreibfehler im Deutschen machen.

Das Beispiel Sprache zeigt zugleich, dass sich die beiden beschriebenen Aspekte nicht gegenseitig ausschließen: Sprachen sind erlernbar und Menschen können auch vier oder fünf Sprachen fließend beherrschen. Das gilt in ähnlicher Weise für kulturelle Codes und Verhaltensweisen. Auch bei diesen ist es normal und nachvollziehbar, dass sich Neuangekommene nicht in allen neu gelernten Verhaltensweisen so vertraut und zuhause fühlen wie in denjenigen, mit denen sie groß geworden sind – z.B. in Bezug auf das Essen oder das Fernsehprogramm. Und ebenso wie Sprachen sind auch erlernte oder gar verinnerlichte Verhaltensregeln flexibel einsetzbar: Die vollständige Anpassung an die herrschenden Regeln z.B. im Arbeitsleben „beim Daimler“ oder in einer Anwaltskanzlei muss keinesfalls im Widerspruch stehen zum weitgehenden Festhalten an Aspekten der Herkunftskultur im Familienleben.

Um den Begriff in der gesellschaftlichen Debatte und der Alltagspraxis handhabbar zu machen, kann „Integration“ in die beiden Bereiche *Teilhabe* (Partizipation) und *Zugehörigkeit* (Identität) unterteilt werden: Unter „Teilhabe“ werden dabei vor allem die o.g. strukturellen Aspekte wie Bildung, Arbeit, Wohnen und soziale Netzwerke verstanden (siehe dazu mehr im folgenden Abschnitt); unter „Zugehörigkeit“ die Möglichkeit, sich als Teil einer (lokalen) Gemeinschaft zu verstehen. Sich zugehörig fühlen braucht aber auch die Anerkennung der Anderen und damit stellt sich die Frage der „Integration“ auch an die aufnehmende Stadtgesellschaft: Bietet sie Möglichkeiten für strukturelle Teilhabe und können sich die BewohnerInnen in all ihrer Vielfalt weitgehend unhinterfragt als Teil der Stadt verstehen?

Dimensionen der Integration

Die gängigste Darstellung der verschiedenen Aspekte von „Integration“, die auch in zahlreichen Integrationskonzepten aufgegriffen wird, geht auf die amerikanische Assimilationstheorie nach Milton Gordon (1964) zurück und wurde von Hartmut Esser und Friedrich Heckmann auf den deutschen Kontext übertragen: Demnach wird unterschieden nach struktureller, sozialer, kultureller und identifikatorischer Integration (vgl. Esser 1980; Heckmann 1997). Unter *struktureller Integration* werden diejenigen Aspekte der gesellschaftlichen Teilhabe verstanden, die die Voraussetzung darstellen für die selbstständige Lebensführung und die selbstbe-

stimmte Erfüllung der Grundbedürfnisse als Individuen und Familien: Wohnen, Bildung, Arbeit und Einkommen. Statistiken und Studien weisen hier regelmäßig eine geringere Teilhabe bei eingewanderten Personen und Familien auf: Die Einkommen sind niedriger, die Arbeiten geringer qualifiziert und schlechter bezahlt, der Wohnraum kleiner und von schlechterer Qualität, die Bildungsabschlüsse selbst bei den hier geborenen Kindern niedriger und ihr Übergang in Ausbildung und Beruf weniger einfach. Typische kommunale Handlungsfelder im Feld der strukturellen Integration sind der verbesserte Zugang zu Wohnungen und ggf. die Zahlung von Wohngeld, Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungsbeteiligung und die Förderung des Übergangs in Ausbildung (oder auch der Selbstständigkeit). Gleichzeitig zeigt sich hier, dass viele Fragen der „Integration“ nicht nur etwas mit Migration zu tun haben, sondern allem voran auch mit der sozialen Schicht.

Soziale Integration meint im Prinzip die Teilhabe an den sozialen Netzwerken, die Menschen benötigen, um sich zugehörig und eingebunden zu fühlen. Das reicht von Familie und Freundeskreisen über berufliche Netzwerke bis hin zu Freizeitaktivitäten in organisierter Form. Auf lokaler oder kommunaler Ebene gehören hierzu auch die Kommunikation und das Miteinander im Wohnumfeld und die Teilnahme an Stadtfesten und dem Vereinsleben. Typische kommunale Handlungsfelder der sozialen Integration sind Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung und der Schaffung von Begegnungsräumen auf Stadtteilebene, die Öffnung von Sportangeboten für einkommensschwache Familien (mit und ohne Migrationshintergrund), aber auch die Förderung von Migrantenselbstorganisationen (MSOs) und religiöser Einrichtungen.

Kulturelle Integration wird häufig als „kulturelle Anpassung“ oder zumindest Annäherung zwischen Neuangekommenen und „den Einheimischen“ verstanden. Das zu messen oder zu beurteilen ist allerdings – wie oben beschrieben – mit einigen Problemen versehen: Was ist dafür die Messlatte? Kenntnisse der deutschen Sprache sind ohne Zweifel eine kulturelle Kompetenz, die in hohem Maße erwünscht und notwendig ist, aber wie verhält sich das mit Ernährungs- oder Glaubenspraktiken, die man ebenfalls der Kultur zurechnet? Gelegentlich wird allen Ernstes verlangt, dass Neuangekommene Schweinefleisch essen sollen, auch wenn dies ihren religiösen Überzeugungen widerspricht.

Neben der Vermittlung von Sprachkompetenzen kann kulturelle Integration in Integrationskonzepten daher sinnvollerweise nur in zwei Richtungen verstanden werden: als Zugang zu

und Teilhabe an den kulturellen Institutionen und Angeboten der Stadt und als das Recht, auch die eigene Kultur auszuüben und zu pflegen, solange dies nicht wichtige Rechtsgrundsätze verletzt. Der erste Punkt soll gewährleisten, dass alle EinwohnerInnen ihr Grundrecht auf kulturelle Bildung wahrnehmen können. Er betrifft als Handlungsfeld insbesondere die örtlichen Kulturinstitutionen (z.B. Musikschulen) und andere Mitmachangebote kultureller Art (z.B. an den Volkshochschulen). Der zweite Punkt umfasst zunächst die Anerkennung und symbolische Wertschätzung gegenüber herkunftskulturellen Aspekten, aber ggf. auch den Zugang zu Räumlichkeiten und die Einladung zur Teilnahme an öffentlichen Darbietungen und städtischen Festivals.

Die *identifikatorische Integration* bezieht sich auf das Gefühl der Zugehörigkeit. Hier bieten sich auf der lokalen oder kommunalen Ebenen weit mehr Möglichkeiten, als dies etwa auf der nationalen Ebene der Fall ist. Viele Städte „vermarkten“ stolz die Vielfalt ihrer Bevölkerung, die Zahl der gesprochenen Sprachen und die Vielfalt des gastronomischen Angebots (dahinter stehen nicht selten auch wirtschaftliche Erwägungen). Städte und Kommunen können zudem darauf bauen, dass sich die vor Ort groß werdenden Kinder und Jugendlichen mehr oder weniger automatisch und „kulturübergreifend“ mit ihrem lokalen Umfeld identifizieren. Eine gemeinsame lokale Identität kann daher auch ein starkes und wirksames Gegengewicht zu ethno-kulturellen Grenzziehungen darstellen – wer auch immer sie vornimmt. Das setzt allerdings auch ein gemeinsames soziales Erleben (siehe „soziale Integration“) und einen entsprechenden städtischen Diskurs voraus.

Ein veraltetes Modell?

Die bis hierhin vorgenommenen Überlegungen gehen von einer mehr oder weniger klar umrissenen Gesellschaft aus, die sich der Herausforderung gegenüberstellt, einer bestimmten Zahl von Neuankommenden gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Dieses Modell von Integration ist gewissermaßen ein Erbe aus den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit, als sich ein Großteil der Zuwanderung nach Westdeutschland im Wesentlichen den Phänomenen Flüchtlinge und Vertriebene aus Osteuropa und „Gastarbeiter“ zuordnen ließ. Mit der demographischen Entwicklung der letzten zwei bis drei Jahrzehnte werden allerdings die Ungereimtheiten und Unzulänglichkeiten dieses Modells immer deutlicher. Dazu gehört, dass sich der Begriff „Migrationshintergrund“ sowohl in der politischen Debatte als auch im Alltagsdiskurs als Bezeichnung für alle diejenigen etabliert hat, von denen angenommen wird,

dass sie selbst oder ihre Familie (oder auch nur ein Teil der Familie) eine Zuwanderungsgeschichte aus dem Ausland haben.

Integrationspolitisch problematisch ist insbesondere, dass zwischen den eigentlichen ZuwandererInnen (der so genannten „ersten Generation“) und ihren in Deutschland geborenen Kindern oder gar Enkeln (der „zweiten“ und „dritten Generation“) kaum unterschieden wird. Auch hier ist das Beispiel Sprache erhellend: Für die zweite und dritte Generation geschieht das Erlernen der deutschen Sprache in aller Regel ebenso selbstverständlich wie das Erlernen der Familiensprache, es unterscheidet sich in aller Regel – auch wenn gerne immer wieder anderes behauptet wird – nur geringfügig von Kindern ohne familiäre Zuwanderungsgeschichte und/oder eine andere Familiensprache. Die hier geborenen Kinder und Jugendlichen aus Einwandererfamilien bringen eigentlich alle kulturellen, rechtlichen und sozialen Voraussetzungen mit, werden aber dennoch nur selten unhinterfragt als „Einheimische“ gesehen und akzeptiert. Es reichen ein nicht-deutsch klingender Name oder eine „andere“ Hautfarbe, um immer wieder mit der Frage nach der Herkunft konfrontiert zu sein. Das Problem dabei: auch wenn es gut oder nicht böse gemeint ist, wird „ein Unterschied gemacht“ und es findet eine Überbetonung des „Andersseins“ statt, weil die Frage in aller Regel völlig unabhängig davon gestellt wird, was diese Menschen ansonsten tun und erreicht haben, denken und fühlen. Noch absurder wird dies bei Personen aus bi-nationalen Familien mit einem nicht migrierten Elternteil – auch dieses haben statistisch einen „Migrationshintergrund“ und werden aufgrund ihres Aussehens und/oder Namens fast ausschließlich nach dem nicht-deutschen Elternteil gefragt und entsprechend zugeordnet. Vor allem deshalb empfinden Angehörige der zweiten und dritten Generation den Begriff „Migrationshintergrund“ sehr häufig als stigmatisierend (vgl. Mannitz/Schneider 2014; Sezgin 2011; Marinic 2016). Ein weiterer Nachteil ist, dass der Begriff nichts über den jeweiligen Aufenthaltsstatus und die Staatsangehörigkeit aussagt.

Die demographische Entwicklung enthält aber noch einen weiteren Aspekt, der ein neues Verständnis von Integration erforderlich macht: Wir leben in einer „Migrationsgesellschaft“, in der Mobilität und Migration schon fast die Norm, aber auf jeden Fall keine Ausnahme mehr darstellen. Dazu gehört das hohe Maß an nicht-grenzüberschreitender Mobilität, das dafür sorgt, dass sehr viele Menschen ihren Lebensmittelpunkt und ihre Familie an einem anderen Ort haben als die Eltern und selbst die schon häufig nicht mehr dort ihre Kinder

großgezogen haben, wo sie selbst aufgewachsen sind. Dazu gehört aber auch, dass in einer wachsenden Zahl von Städten eine Mehrheit der BewohnerInnen eine familiäre Zuwanderungsgeschichte hat – und das gilt auch für Sindelfingen. Betrachten wir nur die Kinder und Jugendlichen, dann ist dies heute sogar schon in den meisten westdeutschen Städten der Fall. Was aber bedeutet „Integration“, wenn die wie selbstverständlich angenommene „Referenzgruppe“, also die „Deutschen ohne Migrationshintergrund“, auch nur eine numerische Minderheit neben vielen anderen darstellt?

An dieser Stelle ist es hilfreich, sich die Erfahrung von Ländern und Gesellschaften anzuschauen, die schon viel länger auch im Selbstverständnis Einwanderungsländer sind. Wie oben angedeutet weist der deutsche Begriff der „Integration“ eine Reihe von Gemeinsamkeiten mit dem im US-amerikanischen Sprachgebrauch üblichen Begriff der „*assimilation*“ auf, der ebenfalls von einer Anpassung der Neuankommenden an die amerikanische Mehrheitsgesellschaft ausgeht (vgl. Schneider/Crul 2010). Allerdings wird in den USA dieses „Vorgefundene“ eher mit relativ allgemeinen Vorgaben verbunden: So gilt etwa Religiosität als „typisch amerikanisch“, nicht aber die Hinwendung zu einer bestimmten Konfession. Wirtschaftlicher Erfolg und sich *at home* fühlen sind von hoher Bedeutung, aber im Prinzip unabhängig von der Herkunft und der Sprache. Englische Sprachkenntnisse sind unerlässlich, aber es geht um die Fähigkeit zur Kommunikation und nicht darum, möglichst keinen Akzent zu haben. Kurz gesagt: die amerikanischen Vorgaben für gelungene Integration sind für Neuzugewanderte leistbar!

Darüber hinaus wird „*assimilation*“ in den USA als ein gesellschaftlicher Prozess verstanden, der sich über mehrere Generationen hinzieht und schlicht Zeit braucht. Da die USA überhaupt nur durch Einwanderung entstanden sind, steht die familiäre Herkunft aus einem anderen Land nicht im Widerspruch dazu, voll und ganz „Amerikaner“ zu sein, vor allem wenn die Person selbst schon in den USA geboren ist. Das bedeutet allerdings, dass der so genannte gesellschaftliche *Mainstream* den im Land geborenen Einwandererkindern eine ungeteilte Zugehörigkeit ermöglichen muss und sich damit auch selbst ständig verändert (vgl. Alba/Nee 2003).

Was bedeutet das für die Frage der „Integration“ in Sindelfingen zu einem Zeitpunkt, an dem die Stadt bereits eindeutig eine „Einwanderungsstadt“ geworden ist? Hier sind einige

Schlussfolgerungen, die sich aus dem Obengenannten und der im folgenden Kapitel ausführlicher dargestellten demographischen Entwicklung ziehen lassen:

1. Zwei Drittel der Sindelfinger Bevölkerung sind „einheimisch“ im Sinne von in Deutschland geboren und aufgewachsen, bei den Kindern und Jugendlichen sind es sogar über 80 Prozent. Für diesen Personenkreis sind keine speziellen Integrationsmaßnahmen im Sinne einer Neuorientierung, der Ermöglichung des Spracherwerbs und der Wohnraumversorgung nötig, auch wenn ein hoher Prozentsatz einen „Migrationshintergrund“ hat. Es ist hier aber zu prüfen, ob es relevante Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in der Stadt gibt, in denen die gleichberechtigte strukturelle Teilhabe bestimmter Personen – ob mit „Migrationshintergrund“, bestimmter Religionszugehörigkeiten oder aufgrund des sozialen Hintergrunds – eingeschränkt ist oder gar verhindert wird. Darüber hinaus muss auf geeignete Weise und immer wieder deutlich gemacht werden, dass die Zugehörigkeit zur Stadt und Stadtgesellschaft durch Geburt und Sozialisation vor Ort *nicht* im Zusammenhang mit etwaigen „ethnischen“ Zugehörigkeiten oder einem bestimmten Aussehen steht.
2. Ein Drittel der Sindelfinger Bevölkerung ist aus dem Ausland in die Stadt gekommen, aber zu sehr unterschiedlichen Zeitpunkten, aus sehr unterschiedlichen Gründen, unter sehr unterschiedlichen Bedingungen und mit sehr unterschiedlichen Perspektiven. Auch diese Personen gehören zur Stadt: Sie machen einen keinesfalls zu vernachlässigenden Anteil der Bevölkerung aus und die Mehrheit lebt auch schon sehr lange in der Stadt. Aber auch von denjenigen, die erst in den letzten fünf Jahren in die Stadt gekommen sind, werden viele auf Dauer bleiben und ihren Beitrag zum Leben in der Stadt leisten – durch Arbeit, Kinder bekommen, sich in einem Verein engagieren u.v.m.. Hinzu kommen diejenigen, die aus anderen Regionen Deutschlands nach Sindelfingen „einwandern“. Gemeinsam ist allen im Erwachsenenalter neu Zugewanderten der grundsätzliche Bedarf an Orientierung, Wohnraumversorgung und Möglichkeiten zur Bestreitung des Lebensunterhalts und der Bildung für die mitgebrachten oder hier geborenen Kinder. Bei NeubürgerInnen aus dem Ausland kommt noch der Bedarf an Sprachkursen hinzu. Hier ist darauf hinzuweisen, dass der letztendliche Verbleib in der Stadt nicht in einem direkten Verhältnis zum Aufenthaltsstatus oder den Bedingungen des Ankommens steht: Auch viele Personen mit einer amtlicher-

seits eher gering eingeschätzten Chance auf einen dauerhaften Aufenthalt bleiben am Ende doch Jahre oder gar „für immer“, während andere schon nach kurzer Zeit weiterziehen oder zurückkehren, obwohl sie kein Problem mit der Aufenthaltsgenehmigung haben. Zu den zentralen Zielen der Integrationsarbeit sollte daher gehören, möglichst wenig Zeit zu verlieren und *allen* Neuangekommenen möglichst bedarfsgerechte und umfassende Angebote zur Teilhabe am Stadtleben zu machen.

3. „Integrationsarbeit“ muss auch die einheimische bzw. schon lange ansässige Bevölkerung in den Blick nehmen. Auch sie muss „mitgenommen“ werden in eine demographische Wirklichkeit, die im politisch-medialen Diskurs weit überwiegend als problematisch dargestellt wird. Diese Wirklichkeit umfasst eine zunehmende ethnisch-kulturelle und sprachliche Vielfalt, mehr bi-nationale Ehen und mehr nachkommende Generationen mit mehrfachen Bezügen und Sprachkenntnissen. Die Entwicklung zu mehr kultureller Vielfalt, Mehrsprachigkeit und „Vermischung“ – die Wissenschaft spricht hier auch von „mehr Hybridität“ – ist unvermeidbar. Die Frage ist also nicht, wie sie verhindert werden kann, sondern wie sie aktiv so gestaltet werden kann, dass niemand Angst vor ihr haben muss. Es gibt viele internationale „Vorreiter-Städte“ (z.B. Amsterdam oder Genf) und „mehrheitlich Minderheiten“-Stadtteile in Deutschland, die gezeigt haben, dass die neue „Supervielfalt“ (Vertovec 2007) in aller Regel gut funktioniert und sogar eine Reihe von positiven Effekten haben kann. Auch Sindelfingen selbst ist ein solch positives Beispiel. Aufgabe der Integrationsarbeit muss es aber sein, den Teil der bereits ansässigen Bevölkerung, der sich nicht mitgenommen und miteinbezogen fühlt, möglichst klein zu halten.

Integration – Integrationspolitik – Integrationskonzept

Wissenschaftlich – oder analytisch – ist „Integration“ ein empirisch beobachtbarer sozialer Prozess der Teilhabe an und Eingliederung in verschiedene gesellschaftliche Felder. Das bezieht sich streng genommen auf alle Menschen, während sich im nicht-wissenschaftlichen Diskurs „Integration“ zumeist nur auf MigrantInnen bezieht. Integrationspolitik muss dagegen darauf abzielen, die Rahmenbedingungen für Integrationsprozesse so zu gestalten, dass möglichst *alle* Teile der Bevölkerung möglichst umfänglich teilhaben können. Wie alles gesellschaftliche Handeln folgt allerdings auch Integrationspolitik stets bestimmten, vielfach wenig expliziten Vorstellungen und Konzepten von „Integration“. Deshalb ist es wichtig, sich

bewusst und zielgerichtet zunächst einmal auf ein gemeinsames Verständnis von Integration und die Zielgruppen zu verständigen. An dieser Stelle kommen Integrationskonzepte ins Spiel, die die Zielrichtung und Zielgruppen sowie das Grundverständnis von „Integration“ definieren (vgl. Bommers 2018).

Nach Wolf-Christian Strauss vom Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU Berlin) sollte ein kommunales Integrationskonzept einen *mittel- bis langfristigen Orientierungsrahmen* für das kommunale Handeln darstellen, der von Integrationspolitik als einem Bestandteil „integrierter Stadtentwicklung“ ausgeht (Stadt Kassel 2016, S. 12f.). An diesem Rahmen sollen sich alle Akteure von der Politik, über die Verwaltung bis zur Zivilgesellschaft orientieren können, er ist sowohl auf den Ist-Zustand als auch auf die Zukunft gerichtet. Dazu werden die aktuell relevanten Themen, Belange und Projekte in der Stadt zusammengeführt und „Visionen“ dafür entwickelt, welche Handlungsfelder in den kommenden Jahren in welcher Weise relevant sein werden. Da es um die Zusammenführung verschiedener Interessen und Perspektiven geht, sollten Integrationskonzepte in einem breiten Diskussions- und Beteiligungsprozess erarbeitet werden und als „Orientierungsrahmen“ auch nicht allzu starr konzipiert, sondern regelmäßig fortgeschrieben werden. Die Vertrauensbildung und der Dialog zwischen den Verwaltungsressorts, der Bewohnerschaft und einer möglichst großen Bandbreite an sonstigen Akteuren sind eine wichtige Voraussetzung dafür, dass ein solches Konzept nicht nur auf dem Papier steht, sondern tatsächlich eine positive Wirkung in der Stadt haben kann.

Und noch drei weitere Aspekte sind lt. Strauss dabei wichtig: erstens, dass die Quartiers- oder Stadtteilebene nicht unterschätzt oder gar außen vor gelassen wird, weil es hier für die BewohnerInnen der Stadt besonders konkret und die Relevanz für das eigene Umfeld wirklich spürbar wird. Zweitens ist dafür zu sorgen, dass „Integration“ nicht als ein quasi separates Handlungsfeld für sich verstanden wird – bei dem es dann im Zweifelsfall auch nur um MigrantInnen und Flüchtlinge und „deren Integration“ geht – sondern als so genannte Querschnittsaufgabe, die alle Ressorts und Themen betrifft und damit integraler Bestandteil der Entwicklung und Gestaltung der Stadtgesellschaft insgesamt ist. Und drittens sollten sie auch programmatisch den „richtigen Ton setzen“: Ausgangspunkt ist in der Regel die Verpflichtung der Stadtgesellschaft auf Werte wie Demokratie, Toleranz und ein gutes Miteinander angesichts zunehmender demographischer Vielfalt, also unter Bedingungen, wo dies nicht mehr als selbstverständlich gesehen wird.

Gleichzeitig ist „Integration“ hier als ein *Prozess* zu verstehen, der mögliche Defizite und Handlungsbedarfe feststellt und die weitere *Entwicklung* der „Integration“ beobachtet und in geeigneter Weise „misst“, damit die Ergebnisse der *Integrationsarbeit* konkret bewertet werden können. Dafür werden in der Regel bestimmte Handlungsfelder und Ziele festgelegt, die – im Idealfall – „smart“⁴ sind, also erreichbar und überprüfbar. Ihre Erreichung oder Nichterreichung anhand bestimmter Indikatoren sollte dann auch Auswirkungen auf das weitere Handeln haben.

Hier sind allerdings häufig zwei Problemfelder zu beachten: Zum einen stellt sich die Frage, welche Indikatoren überhaupt gemessen werden können, also welche Daten tatsächlich vorhanden sind oder ggf. mit angemessenem Aufwand erhoben und ausgewertet werden können. Dies ist eine Frage von Ressourcen, hat aber auch etwas damit zu tun, welche Handlungsfelder überhaupt in der kommunalen Zuständigkeit liegen und inwieweit die Stadt hier zwischen Zuständigkeiten und verschiedenen Möglichkeiten der Intervention vermitteln und moderieren kann (Bommes 2018; Gesemann/Roth 2018). Zum anderen darf bei aller Suche nach passenden Indikatoren nicht aus den Augen verloren werden, dass es um *konkrete Verbesserungen* an den Stellen und in den Bereichen geht, die nachgewiesenermaßen Defizite aufweisen. Nicht überall lassen sich aber dafür einfach messbare Indikatoren finden oder kann die Wirkung von Maßnahmen zur Verbesserung sinnvoll in Zahlen ausgedrückt werden. Hier sollte also immer auch ein Raum für „Experimente“ und die Kreativität der betroffenen Akteure bestehen und keinesfalls sind Indikatoren und ihre regelmäßige Überprüfung ein Zweck in sich.

Eine zentrale Position nimmt in allen kommunalen Integrationskonzepten die Verwaltung ein. Wie oben erwähnt geht es darum, den Dialog zwischen Verwaltung, Bewohnerschaft und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren (von der Wirtschaft bis zu den Vereinen) zu gestalten und zu „institutionalisieren“. Aber auch das Verwaltungshandeln selbst steht im Fokus, da nur die Verwaltung direkt auf das Gemeinwohl und den gleichberechtigten Zugang zu ihren Dienstleistungen verpflichtet werden kann – und sollte! Die kommunale Verwaltung ist in der

⁴ Das Akronym S.M.A.R.T. kommt aus dem Projektmanagement und steht für „spezifisch, messbar, akzeptiert, realistisch und terminiert“ als Voraussetzung dafür, dass Projektziele eine möglichst gute Chance auf eine erfolgreiche Umsetzung haben (vgl. Panesar 2017, S. 40).

Regel ein verhältnismäßig mächtiger Akteur vor Ort und auch ein wichtiger Arbeitgeber, von ihrem Handeln oder Nicht-Handeln sind grundsätzlich alle BewohnerInnen betroffen.

Ein weiterer Grund für die zentrale Rolle der Verwaltung ist, dass das Verwaltungshandeln besonderen Verpflichtungen gegenüber der Einwohnerschaft unterliegt in der Bereitstellung einer bestimmten Infrastruktur und in der grundgesetzlich garantierten Sorge um zentrale Grundbedürfnisse – von der Gewährleistung von Sicherheit über die Müllentsorgung und den öffentlichen Nahverkehr bis zur kulturellen Bildung. Die Konzeption und Verabschiedung eines Integrationskonzeptes dient also nicht zuletzt auch dazu, das Verwaltungshandeln zielgerichteter und effizienter zu machen und mit einer möglichst breiten stadtgemeinschaftlichen Akzeptanz und Legitimation zu versehen. Von der Entwicklung eines Integrationskonzeptes profitieren damit also nicht nur diejenigen BewohnerInnen, die möglicherweise in ihrer Teilhabe bisher benachteiligt waren, sondern – im Idealfall – die ganze Stadt.

Das Forschungsprojekt: Ziele und Herangehensweise

Das Forschungsprojekt bestand im Wesentlichen aus zwei methodischen Zugängen: erstens der Analyse vorhandener statistischer Daten und zweitens der Durchführung einer *qualitativen Datenerhebung*, bestehend aus Interviews und Fokusgruppen sowie Feldbeobachtungen und Dokumentationen. Ziel des Kooperationsvorhabens zwischen der Stadt Sindelfingen und dem IMIS war es, Bevölkerungsentwicklungen und Integrationsprozesse zu *verstehen* und die dahinterliegenden „Aushandlungen“ zu entdecken und zu analysieren.⁵

Für die qualitative Datenerhebung wurde eine Forschergruppe gebildet aus zehn Studierenden des Masterstudiengangs Internationale Migration und Interkulturelle Beziehungen (IMIB) an der Universität Osnabrück unter Leitung und Begleitung von Dr. Jens Schneider, der selbst auch Interviews und Fokusgruppen durchführte. Die Feldforschung war Kern eines über zwei Semester laufenden Forschungsseminars, in dem die Studierenden ab Oktober 2016 zunächst inhaltlich und methodisch vorbereitet wurden, ihre jeweiligen Themen erarbeiteten und dann im Februar 2017 für zwei Wochen „ins Feld“ gingen. Im zweiten Teil des Seminars stand die Auswertung der erhobenen Daten im Vordergrund: Die Studierenden verfassten zunächst Forschungsberichte und führten dann die inhaltlichen Analysen durch, die je zweimal im Seminar vorgetragen und dann in Form von Hausarbeiten ab Sommer 2017 verschriftlicht wurden. Die im Forschungsprojekt zum Tragen gekommenen verschiedenen methodischen Zugänge werden im Folgenden kurz vorgestellt.

Statistische Auswertungen

Kapitel 1 beschreibt die Ergebnisse der Analysen der statistischen Daten zur Bevölkerungsentwicklung in Sindelfingen und auf der Ebene der Siedlungsbezirke, die von der Statistikstelle der Stadt zur Verfügung gestellt werden konnten. In den Teilkapiteln zu verschiedenen Aspekten der strukturellen Teilhabe in Sindelfingen werden zudem die Daten herangezogen, die

⁵ Eine zusätzliche *quantitative Erhebung* in Sindelfingen, etwa in Form einer repräsentativen Umfrage in der Bevölkerung oder der Haushalte, wurde aus zwei Gründen nicht in Erwägung gezogen: zu teuer und zu oberflächlich. Eine statistisch auswertbare Stichprobe der Sindelfinger Bevölkerung oder Haushalte durchzuführen ist sehr aufwändig, weil eine hohe Zahl InterviewerInnen und in der Regel viele wiederholte Kontaktaufnahmen benötigt werden. Zudem ist dafür Sorge zu tragen, aus den Einwohnermeldedaten eine große so genannte „Grundgesamtheit“ an Daten und Adressen zu ziehen, um letztendlich auf eine ausreichend große Stichprobe in guter statistischer Qualität zu kommen. Ein solcher Aufwand ist *de facto* nur durch Meinungsforschungsinstitute zu leisten, die sich dies wiederum teuer bezahlen lassen.

hierzu jeweils an anderen Stellen zugänglich waren, wie etwa der Ausbildungsstatistik der Agentur für Arbeit oder der Bevölkerungsstatistik des Landes Baden-Württemberg.

Interviews

Interviews gehören zu den wichtigsten Methoden der qualitativen Sozialforschung, weil sie in der Regel mit überschaubarem Aufwand eine große Menge und Bandbreite an Daten produzieren, die zudem über eine hohe „Dichte“ verfügen können. Es sind verschiedene Typen von Interviews zu unterscheiden: *ExpertInneninterviews* erheben das Fach- und Hintergrundwissen zu bestimmten Themenbereichen, sie dienen vor allem der Gewinnung von spezifischen Sachinformationen und von ExpertInnenmeinungen. Demgegenüber zielen *narrative Interviews* vor allem auf individuelle Erzählungen und ihre Inhalte und Form: Wie wird z.B. über Integration und Vielfalt in Sindelfingen gesprochen? Wie beschreiben Personen ihr Zugehörigkeitsgefühl zur Stadt und was führen sie als identitätsstiftende Elemente an? Beide Formen der Interviews können aber auch Hand in Hand gehen, wenn etwa Personen einerseits als ExpertInnen für ein bestimmtes Thema, aber auch als EinwohnerInnen der Stadt befragt wurden.

Interviews werden im Idealfall mit einem Aufnahmegerät mitgeschnitten und später transkribiert, da die Audiodateien für die Analyse nur schwierig zugänglich sind. Wenn Interviews nicht mitgeschnitten werden können, werden sie so weit und schnell wie möglich protokolliert. Für einige Teilprojekte konnten die Transkripte zudem mit Hilfe von spezialisierten Computerprogrammen für die weiteren Analysen leichter zugänglich gemacht werden. Interviewanalysen setzen in der Regel auf drei Ebenen an: der Ebene des reinen Informationsgehalts, der Ebene der tieferen Inhaltsanalyse und Informationen, die eher in den *Erzählstrukturen* und dem „Wie“ der Äußerungen enthalten sind, und der Ebene der auf größere gesellschaftliche Zusammenhänge verweisenden Ausdrucksformen und Darstellungen.

Es wurden im Verlauf des Forschungsprojekts 118 Interviews mit insgesamt 137 Personen durchgeführt. Die folgende Liste benennt die Interviews nach zugeordneten Themenbereichen, dabei wurden einzelne Personen auch mehrmals interviewt oder es wurden Interviews für mehrere Themenbereiche zur Analyse herangezogen:

Thema Ausbildung und Arbeit (insgesamt 15 InterviewpartnerInnen):

- Caritas Sindelfingen
- Agentur für Arbeit Böblingen
- Gottlieb-Daimler-Schule 1
- Gottlieb-Daimler-Schule 2
- Kaufmännische Berufsschule Böblingen
- AWO-Berufsfachschule für Altenpflege
- Ausbildungsbereich der Stadt Sindelfingen
- Haus Augustinus - Seniorenzentrum
- Mercedes Benz-Werk Sindelfingen der Daimler AG: Ausbildungsbereich Sindelfingen 3, Betriebsrat und JAV sowie die Abteilung Kommunikation

Thema Bildung/Schule (insgesamt 12 InterviewpartnerInnen):

- 2 Gymnasien
- 2 Grundschulen
- 1 Realschule
- 2 Gemeinschaftsschulen
- Gesamtelternbeirat Sindelfingen
- Amt für Bildung und Betreuung der Stadt Sindelfingen

Thema internationale Vereine/Migrantenselbstorganisationen:

insgesamt 12 InterviewpartnerInnen von 8 verschiedenen Organisationen sowie dem Amt für soziale Dienste der Stadt Sindelfingen⁶

Thema Politik (insgesamt 16 InterviewpartnerInnen):

- CDU
- Junge Union
- Bündnis '90/Die Grünen
- Junge Grüne
- SPD
- Jusos
- Freie Wähler Sindelfingen
- Die Linke
- FDP
- Jugendgemeinderat

Thema Verwaltung (insgesamt 13 InterviewpartnerInnen):

diverse Abteilungen und Hierarchiestufen innerhalb der Sindelfinger Stadtverwaltung, inkl. der Ortschaftsverwaltungen Darmsheim und Maichingen

Thema Vereine:

insgesamt 20 InterviewpartnerInnen von 7 verschiedenen Vereinen sowie den Ämtern für soziale Dienste, Kultur und Sport/Bäder der Stadt Sindelfingen

⁶ Die kontaktierten Organisationen und Vereine sind aus Gründen der Anonymisierung nicht einzeln aufgeführt.

Thema Jugend (12 InterviewpartnerInnen, davon 9 bereits o.g.):

- Streetwork/Mobile Jugendarbeit
- Stadtjugendring Sindelfingen e.V.
- Amt für soziale Dienste
- Jugendgemeinderat
- Mitglieder von drei Parteijugendorganisationen

Thema "Ankommen in Sindelfingen" (insgesamt 32 InterviewpartnerInnen):

- Caritas Sindelfingen
- VHS Böblingen-Sindelfingen
- IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit: Jugendmigrationsdienst Böblingen
- Caritas Böblingen
- AWO Migrationsberatung
- Stadt Sindelfingen: Flüchtlingsarbeit, Erstberatung/soziale Leistungen, Integrationsbeauftragte
- Arbeitskreis Asyl
- Gemeinschaftsunterkunft Hotel Panda, Landkreis Böblingen
- Wohnstätten Sindelfingen GmbH
- Verein Migration und Integration in der Bundesrepublik Deutschland
- Albanischer Kulturverein Isa Boletini e.V.
- zwei Teilnehmende eines Sprachkurses der Caritas Sindelfingen
- zwei Bewohnerinnen der Anschlussunterbringung in der ehemaligen Eschenriedschule
- zwei Teilnehmende am Sprachcafé im Inseltreff Eichholz der Caritas Sindelfingen
- eine Beratungsteilnehmende
- mehrere BewohnerInnen der Anschlussunterbringung ehemalige Eschenried-Schule
- mehrere Teilnehmende eines Integrationskurses der VHS Böblingen-Sindelfingen

Thema Mehr-Generationen-Perspektive auf Sindelfingen (insgesamt 14 InterviewpartnerInnen):

- Familie 1: drei Generationen Deutsche ohne familiäre Migrationsgeschichte
- Familie 2: drei Generationen mit türkischer Migrationsgeschichte
- Familie 3: drei Generationen mit slowenischer Migrationsgeschichte
- Familie 4: zwei Generationen mit tamilischer Migrationsgeschichte
- zwei Einzelinterviews mit Personen mit serbokroatischer und tamilischer Migrationsgeschichte

Fokusgruppen

Fokusgruppen sind eine Art Gruppeninterviews, bei denen allerdings auch die TeilnehmerInnen untereinander im Gespräch sind und sich aus der Gruppensituation eine andere Dynamik entwickelt als im Einzelinterview. Im Idealfall entstehen Diskussionen, die durch verschiedene vertretene Positionen und den Diskussionsprozess noch einmal mehr Aspekte und Facetten eines Themas zu Tage fördern. Zudem erleichtert das Instrument Fokusgruppe den

Zugang zu Personen, die mit höherer Wahrscheinlichkeit für Einzelinterviews nicht zugänglich oder schwerer zu bewegen wären.

Für das Forschungsprojekt wurde auf diesen methodischen Zugang für das Thema Jugend zurückgegriffen und es wurden drei Fokusgruppen an Schulen in Sindelfingen durchgeführt, darunter zwei 9. Klassen einer Gemeinschaftsschule und ein Oberstufenkurs an einem Gymnasium, die jeweils im Rahmen des regulären Unterrichts in Anwesenheit der unterrichtenden Lehrkräfte stattfanden, mitgeschnitten und ausschnittsweise transkribiert wurden.

Feldbeobachtungen und Dokumentation

Unerlässlich ist bei der Durchführung einer Feldforschung die Einbeziehung einer großen Bandbreite an weiteren „informellen“ Datenquellen. Dazu gehören protokollierte Beobachtungen der beteiligten ForscherInnen und die Reflexion von Eindrücken und Begegnungen, für die gerade das „von außen ins Feld kommen“ von besonderer Bedeutung sein kann. Beobachtungen dienen nicht zuletzt dazu, ein Forschungsfeld überhaupt erst einmal zu erschließen, zu relevanten Fragestellungen zu kommen und geeignete GesprächspartnerInnen zu identifizieren. Auch die Interviewsituationen, ihre Anbahnung und örtlicher und zeitlicher Kontext sowie sonstige Eindrücke zum Verlauf der Interviews werden protokolliert. Hinzu kommen diverse Formen von Dokumenten wie Fotografien, Flyer sowie Notizen und ggf. Gedächtnisprotokolle über Gespräche u.v.m. All dies dient dazu, ein tieferes Verständnis zu gewinnen und die insbesondere aus den Interviews gewonnenen Erkenntnisse besser interpretieren und einordnen zu können. Darüber hinaus entwickeln sich weitere Forschungsanregungen und können die konkreten Fragestellungen laufend angepasst werden. Im Unterschied zu quantitativen Datenerhebungen, bei denen schon die Auswahl der zu erhebenden Daten Hypothesen und Theorien voraussetzt, sind qualitative Forschungsmethoden in der Regel „induktiv“ angelegt, d.h. dass die Hypothesen- und Theoriebildung erst im Verlauf der Forschung anhand der bereits erhobenen Daten erfolgt und idealerweise noch im Forschungsprozess überprüft und ggf. angepasst wird.

1. Kapitel

Demographie

Rahmenbedingungen

Die Entwicklung Sindelfingens vom „Dorf neben dem Martinsstift“ zu einer Stadt von über sechzigtausend EinwohnerInnen ist ohne Migration in ihren sehr verschiedenen Erscheinungsformen nicht verstehbar. Die Stadt gehört zu einer der wirtschaftlich dynamischsten Regionen Europas, sie hat aber zugleich bereits eine lange Geschichte der industriellen Produktion vorzuweisen, deren Bedarf an Arbeitskräften schon früh aus der Region allein nicht gedeckt werden konnte. Spätestens seit der Ansiedlung des Daimler-Benz-Werks 1915 sind daher Sindelfingen und Böblingen auch stark von Arbeitsmigration geprägt worden. Einen markanten Höhepunkt erfuhr die Arbeitsmigration durch den ersten großen Boom der Nachkriegszeit, der zu den Anwerbeabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit den Staaten rund um das Mittelmeer zwischen 1955 und 1968 führte. Hinzu kamen nach dem Zweiten Weltkrieg Migrationsbewegungen mit der Ursache Flucht und Vertreibung, die die Stadt ebenfalls nachhaltig beeinflusst haben. Das gilt insbesondere für die Vertriebenen und (Spät-)Aussiedler aus Ost- und Mitteleuropa, aber auch für den Bosnien-Krieg in den 1990er Jahren. Zuletzt waren es die Fluchtbewegungen vor allem aus Syrien, dem Irak und Afghanistan nach 2014, die für große Zahlen und öffentliche Aufmerksamkeit gesorgt haben, aber auch etwas in den Hintergrund rücken lassen, dass Migration – auch Arbeitsmigration – nach Sindelfingen in den vergangenen Jahrzehnten fortlaufend stattgefunden hat und auch weiterhin stattfinden wird.

Neben internationaler Migration ist die Sindelfinger Entwicklung in hohem Maße auch durch *interne* Migration aus anderen Teilen Deutschlands und Baden-Württembergs gekennzeichnet. Diese Migration ist allerdings schwerer zu beziffern und weniger gut erkennbar – nicht zuletzt, weil sie als „Migration“ datenmäßig nicht erhoben wird. Immerhin machen aber Personen aus anderen Bundesländern ungefähr ein Fünftel der jährlichen Neuzuzüge nach Baden-Württemberg aus und ziehen jedes Jahr etwa zehn Prozent der Bevölkerung einer Kommune fort und werden durch eine ähnliche hohe Zahl an Neuzuzügen ersetzt.⁷ Auch bei der internen Migration gab es besondere Zäsuren wie insbesondere die Arbeitsmigration aus den

⁷ Siehe für Baden-Württemberg die Webseite des Statistischen Landesamtes (https://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/ZuFortzuege/bev_wanderung.jsp (letzter Zugriff: 28. Oktober 2019). Hier können für jede Kommune und Jahreszahl die Fort- und Zuzüge angezeigt werden. Die meisten internen MigrantInnen in Baden-Württemberg kommen aus dem benachbarten Bundesland Bayern, gefolgt von NRW, Hessen und Rheinland-Pfalz.

neuen Bundesländern ab 1990. Die wirtschaftliche, aber auch die soziokulturelle Entwicklung hat im Nachkriegsdeutschland zu einem sehr hohen Grad an sozialer und räumlicher Mobilität geführt, so dass es heute schon eine Normalität darstellt, dass die Generationen nicht mehr am Zur Dynamik der Bevölkerungsentwicklung gehört allerdings auch, dass Arbeits- und Wohnort häufig nicht identisch sind (mit u.a. dem Effekt, dass viele FunktionsträgerInnen in öffentlichen Einrichtungen in Sindelfingen nicht in der Stadt wohnen oder biographisch-familiär mit ihr verbunden sind). Da Wohnortentscheidungen stark vom Wohnangebot abhängig sind, sind sie allerdings nur bedingt ein Indikator für lokale Zugehörigkeitsgefühle.

Demographie und Bevölkerungsstatistik

Sindelfingen kann heute demographisch als eine der vielfältigsten Städte in Deutschland gelten, allerdings lässt sich Vielfalt nicht in allen ihren Facetten auch messen oder statistisch abbilden. Eine mögliche Kategorie ist der so genannte „Migrationshintergrund“, die nach ihrer Einführung in den Mikrozensus durch das Statistische Bundesamt im Jahr 2005 zu einer Art Standard geworden ist, mit dem zumindest die Anwesenheit von ethnisch-kultureller Vielfalt in einer Stadt annäherungsweise beschrieben werden kann.⁸ Dank des MigraPro-Verfahrens sind Städte zudem nicht mehr auf den Mikrozensus angewiesen, der vor allem in kleinen und mittelgroßen Städten nur sehr wenige Daten zur Verfügung stellen kann. Bei MigraPro wird der „Migrationshintergrund“ anhand der Einwohnermeldedaten aus dem Geburtsort im Ausland und einer ausländischen Staatsangehörigkeit bzw. der späteren Einbürgerung abgeleitet (VDSt 2013: 18-24). Da zumindest bis vor einigen Jahren sehr viele in Deutschland geborene Nachkommen von Einwanderern ebenfalls zunächst die ausländische Staatsangehörigkeit hatten oder noch immer haben, ist über das Verfahren auch die zweite Generation in großen Teilen abbildbar. Zusätzlich erfasst MigraPro die in einem Haushalt lebenden Minderjährigen, die dann die schon im Land geborenen Kinder oder sogar die Enkel selbst eingewanderter Personen sein können (allerdings verlieren diese die statistische Zuschreibung „Migrationshintergrund“, sobald sie volljährig sind).

⁸ Allerdings ist dies auch umstritten, da der „Migrationshintergrund“ auch vielfach als eine Art Ersatz für den früher üblichen „Ausländeranteil“ verwendet wird, der wiederum ebenfalls in vielen Fällen als ein Indikator für besondere soziale Problemlagen dient – neben der Zahl der von Sozialhilfe abhängigen Familien, der Arbeitslosen und der Kinder im Stadtteil. Abgesehen von der damit oben beschriebenen Stigmatisierung ist die Kategorie heutzutage aber viel zu umfassend, um als ein solcher Indikator tatsächlich sinnvolle Aussagen zu treffen (dazu unten mehr).

Grafik 1.1 zeigt die Verteilung der Kategorien, aus denen die statistische Zuschreibung „Migrationshintergrund“ zusammengesetzt ist, und nennt die entsprechenden Prozentanteile an der Gesamtbevölkerung Sindelfingens mit Stand Ende 2016:⁹

		Lage des Geburtsortes			
		Ausland	Deutschland		
Staatsangehörigkeit	nicht deutsch	Ausländer (zugewanderte Ausländer der 1. Generation) 19% I	Ausländer (nicht zugewanderte Ausländer der 2. und 3. Generation) 5% II	<i>Einwohner mit persönlichem Migrationshintergrund</i>	
		Deutsche mit Migrationshintergrund (zugewanderte Deutsche*) 15% III	Deutsche mit Migrationshintergrund (nicht zugewanderte Deutsche) 9% IV		
	Eingebürgerte Aussiedler	Eingebürgerte	<i>Einwohner mit familiärem Migrationshintergrund</i>		
		Deutsche mit Migrationshintergrund (nicht zugewanderte Deutsche) 4% V			
	deutsch			Deutsche ohne Migrationshintergrund 4% VI	<i>Einwohner ohne Migrationshintergrund</i>
			<i>Einwohner mit eigener Migrationserfahrung</i>	<i>Einwohner ohne eigene Migrationserfahrung</i>	

* ohne die vor dem 24.05.1949 geborene Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Gebieten in Osteuropa

Grafik: VDSt 2013: 19; Prozentangaben: Statistikstelle der Stadt Sindelfingen

Die fünf Kategorien mit Prozentangaben ergeben zusammen einen Anteil an der Gesamtbevölkerung Sindelfingens von 52% „mit Migrationshintergrund“. Gleichzeitig zeigen die Kategorien eine relativ hohe Bandbreite dessen auf, was hier auf den gemeinsamen Nenner „Migrationshintergrund“ gebracht wird:

⁹ Leider war es aufgrund der Personalsituation in der Statistikstelle nicht möglich, aktuellere Zahlen zu bekommen. Das Gesamtbild wird aber auch heute nicht wesentlich anders aussehen.

- insgesamt 34% der Sindelfinger EinwohnerInnen sind nach amerikanischem Sprachgebrauch „foreign-born“, also im Ausland geboren und von dort nach Deutschland gekommen.¹⁰ Etwas über die Hälfte von diesen sind ausländische StaatsbürgerInnen (Kategorien I und III).
- Vom Geburtsland her sind demnach zwei Drittel der SindelfingerInnen „einheimisch“.
- 24% der EinwohnerInnen Sindelfingens sind ausländische StaatsbürgerInnen (Kat. I und II), 76% sind Deutsche (Kat. III bis VI).
- 16% der Deutschen wurden erst nach ihrer Geburt eingebürgert, von diesen ist allerdings wiederum etwas über die Hälfte in Deutschland geboren, gehört also der zweiten Generation an (Kat. III ohne „Aussiedler“ und Kat. IV).
- Gut 10% sind „Aussiedler“, darunter sowohl Personen, die selbst nach Deutschland gekommen sind (8%), als auch deren Kinder (2%) (Kat. III und Kat. V, jeweils ohne „Eingebürgerte“).
- 58% der SindelfingerInnen können damit als „ethnisch deutsch“ gelten (Kat. VI und „Aussiedler“).

Eine der wichtigsten Unterscheidungslinien für den Anteil an „Migrationshintergrund“ ist das Alter, hier zeigt sich die hohe Dynamik der demographischen Entwicklung. Die nachfolgende Tabelle 1.1 gibt den Anteil der Menschen „mit Migrationshintergrund“ nach vier Altersgruppen wieder und stellt ihn weiteren relevanten Kategorien wie Geburtsort und Staatsangehörigkeit gegenüber:

Tabelle 1.1: Anteil „Migrationshintergrund“ (MH) sowie Geburtsort und Staatsangehörigkeit derjenigen mit MH nach Altersgruppen

	<i>Anteil gesamt</i>	<i>Geburt in Deutschland</i>	<i>deutsche Staatsangehörigkeit</i>
über 40 Jahre	44%	6%	51%
18 - 40 Jahre	56%	39%	37%
6 - 17 Jahre	69%	89%	79%
0 - 5 Jahre	72%	94%	80%

Quelle: Statistikstelle der Stadt Sindelfingen (Stand: Ende 2016)

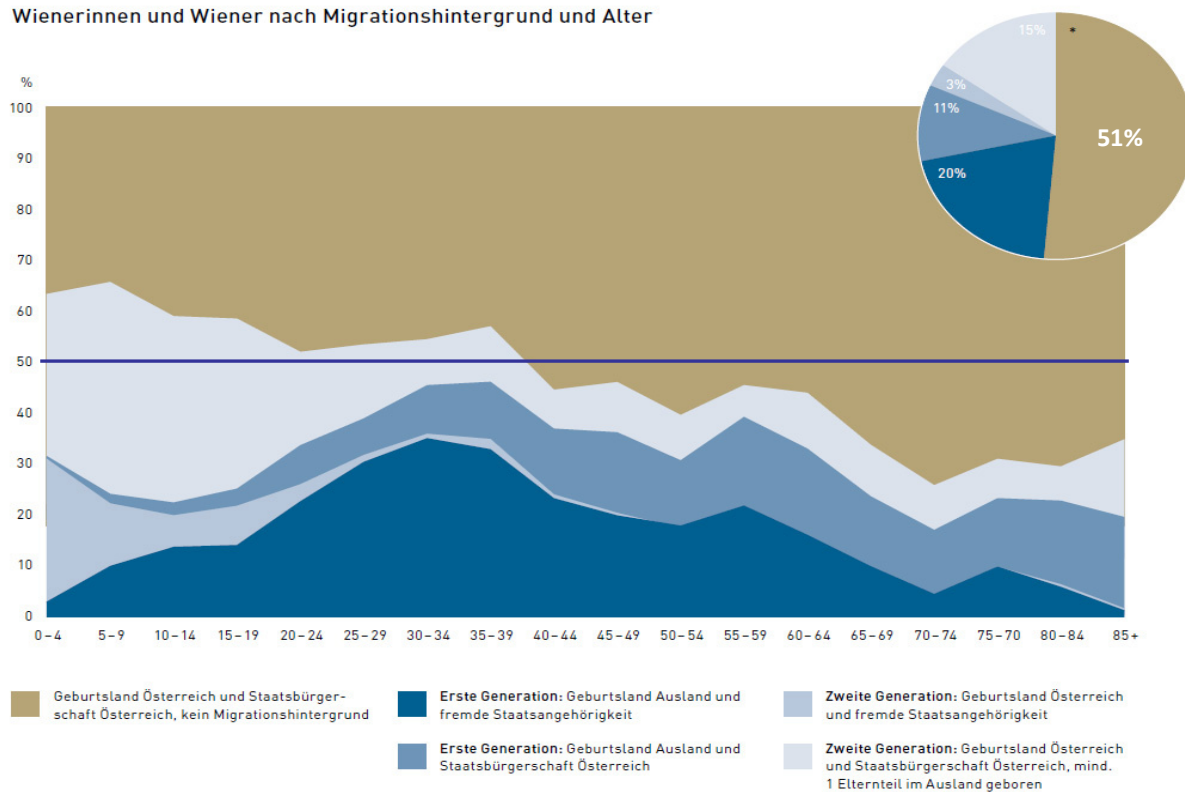
¹⁰ Zum Vergleich: in New York, also der auch für US-amerikanische Verhältnisse in besonderem Maße Einwanderung anziehenden Stadt, liegt dieser Anteil bei 38% (<http://www.baruch.cuny.edu/nycdata/population-geography/index.html>; letzter Zugriff: 30.12.2017).

Sichtbar wird hier zunächst die deutliche Verschiebung des Anteils an „Personen mit Migrationshintergrund“ zwischen den Altersgruppen: Bei den unter 18-jährigen liegt er über anderthalb Mal so hoch wie bei den Älteren. Gleichzeitig fällt die hohe Zahl der einheimischen Kinder und Jugendlichen auf: Während bei den über 40-jährigen „mit Migrationshintergrund“ nur sechs Prozent bereits in Deutschland geboren sind, sind es bei den Minderjährigen über 90 Prozent. Bei der Staatsangehörigkeit macht sich in dieser Altersgruppe die Einführung des *ius soli*-Prinzips in das Staatsangehörigkeitsrecht – also des Rechts auf den deutschen Pass auf Grundlage der Geburt in Deutschland – deutlich bemerkbar. Gleichzeitig zeigt die vergleichsweise hohe Zahl an ausländischen StaatsbürgerInnen in der Altersgruppe der jungen Erwachsenen (18-40 Jahre) die hohe Dynamik der Migrationsgesellschaft mit einerseits einem guten Drittel, das bereits der einheimischen zweiten Generation angehört, und andererseits beinahe zwei Dritteln, die offenkundig selbst vor nicht langer Zeit aus dem Ausland zugewandert sind und deshalb – im Unterschied zu den noch Älteren – noch nicht die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben. Diese Altersgruppe ist gleichzeitig diejenige, bei der auch unabhängig vom „Migrationshintergrund“ die Dynamik von Mobilität besonders ausgeprägt ist. So lag in Sindelfingen im Jahr 2018 der Anteil der Neuzugezogenen und der Weggezogenen in der Altersgruppe zwischen 21 und 35 Jahren bei jeweils etwa einem Fünftel der gesamten Altersgruppe.¹¹ In dieser Altersgruppe sind Wohnortentscheidungen natürlich stark geprägt von der Aufnahme eines Studiums oder der Arbeitssuche.

Die folgende *Grafik 1.2* verbildlicht anschaulich die Dynamik der demographischen Entwicklung am Beispiel der Stadt Wien: Gut sichtbar werden in der Grafik vor allem zwei relevante Aspekte: erstens, der Übergang von einer stark durch Zuwanderung geprägten Entwicklung (dunkle Blautöne) hin zum weit überwiegenden Anteil der bereits im Land geborenen zweiten und dritten Generationen bei den Minderjährigen und jungen Erwachsenen (helle Blautöne) und zweitens, die Entwicklung zu einer so genannten „mehrheitlich Minderheiten-Gesellschaft“, in der eine vorrangig „ethnisch“ definierte bisherige Mehrheitsgesellschaft in eine Minderheiten-Position neben vielen anderen rückt. Bei den unter 40-jährigen waren schon im Jahr 2012 weniger als die Hälfte der WienerInnen gebürtige ÖsterreicherInnen mit österreichischer Staatsangehörigkeit und ohne ein im Ausland gebürtiges Elternteil.

¹¹ Quelle: www.statistik-bw.de (siehe oben).

Wienerinnen und Wiener nach Migrationshintergrund und Alter



Quelle: 3. Wiener Integrations- & Diversitätsmonitor 2011-2013. Wien 2014; ergänzt J.S.

Diese demographische Entwicklung ist charakteristisch für beinahe alle mittleren und größeren Städte in der alten Bundesrepublik Deutschland und große Teile Westeuropas. Ebenso wie Wien ist Sindelfingen (zusammen mit weiteren deutschen Städten wie Offenbach, Heilbronn und Frankfurt am Main) inzwischen eine, wie es im englischen Original heißt, *“majority minority-city“* und folgt damit einer Reihe weiterer europäischer Städte wie London, Paris, Brüssel, Amsterdam oder Genf (vgl. Schneider 2018). Der Begriff verweist nicht nur darauf, dass die bisherige Mehrheit zur Minderheit wird, sondern auch, dass an ihre Stelle keine andere ethnisch-kulturell definierbare Gruppe als neue Mehrheit tritt.

Das gilt auch für Sindelfingen, wie die folgende Tabelle 1.2 zeigt: Selbst die größte Herkunftsgruppe der Türkeistämmigen macht weniger als ein Fünftel aller Personen mit Migrationshintergrund in der Stadt aus, auf die Gesamtbevölkerung bezogen sind es sogar nur 10 Prozent. Bei den weiteren Herkunftsgruppen sinken die Anteile schnell in den unteren einstelligen Prozentbereich.

Tabelle 1.2: Anteile der wichtigsten Herkunftsländer an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Türkei	19%
Rumänien	10%
Polen	8%
Kroatien	6%
Italien	6%
Griechenland	4%
Russland	4%
Kasachstan	3%
Kosovo	3%
<i>alle anderen</i>	<i>37%</i>

Quelle: Statistikstelle der Stadt Sindelfingen (Stand: Ende 2016)

Außer der Türkei findet sich zudem unter den wichtigsten Herkunftsländern mit dem Kosovo nur ein weiteres Land mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung. Andererseits ist die Gesamtzahl der Herkunftsländer weit aufgefächert: Es sind über hundert verschiedene, die in der Summe über ein Drittel der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Sindelfingen stellen, aber für sich genommen jeweils weniger als zwei Prozent ausmachen.



Nebeneinander von Hochhausblöcken und Einfamilienhäusern im Sindelfinger Ortsteil Hinterweil

Ein weiterer relevanter Faktor ist die geographische Verteilung in der Stadt. Die folgende Tabelle 1.3 zeigt den Anteil der „Personen mit Migrationshintergrund“ in einigen ausgewählten so genannten „Siedlungsbezirken“ in der Kernstadt Sindelfingen und den Teilorten. Aufgeführt sind einerseits die Siedlungsbezirke mit den höchsten Anteilen auf sowie – zum Vergleich – einige Siedlungsbezirke, die aus unterschiedlichen Gründen über vergleichsweise niedrige Anteile verfügen. Die Bandbreite von knapp 30 bis über 60 Prozent ist für eine Stadt von der Größe Sindelfingens bemerkenswert, zumal hinter den Zahlen teilweise weit auseinanderliegende demographische Realitäten *innerhalb* eines Siedlungsbezirks stehen – wie etwa zwischen Hochhäusern und angrenzenden Einfamilienhaus-Siedlungen:

Tabelle 1.3: Anteil Personen mit Migrationshintergrund in ausgewählten Siedlungsbezirken

	<i>gesamt</i>	<i>unter 18</i>
Innenstadt	65%	83%
Eschenried	64%	85%
Viehweide	63%	79%
Eichholz	62%	81%
Goldberg	62%	83%
Grünäcker	58%	69%
Hinterweil	53%	75%
Maichingen (Ortskern)	45%	62%
Unter den Weinbergen	35%	54%
Krautgartensiedlung (Maichingen)	33%	45%
Darmsheim	30%	42%
Schleicher	29%	43%

Quelle: Statistikstelle der Stadt Sindelfingen (Stand: Ende 2016)

Auffällig ist auch, dass es bereits einige Siedlungsbezirke gibt, in denen die Kinder und Jugendlichen mit einer familiären Zuwanderungsgeschichte über drei Viertel aller Minderjährigen ausmachen, im Eschenried, am Goldberg, im Eichholz und in der Innenstadt sind es sogar mehr als vier Fünftel. Auf der anderen Seite bleibt die demographische Entwicklung auch nicht vor Stadtteilen stehen, die bisher noch kaum mit „Migration“ assoziiert sind. So gilt Darmsheim als weitgehend eigenständige dörfliche Struktur, aber auch hier ist der Anteil der

Jugendlichen „mit Migrationshintergrund“ auf über 40 Prozent gewachsen, ähnliches gilt für etwa die Hälfte der Kinder und Jugendlichen in einigen eher wohlhabend-bürgerlich geprägten Vierteln.

Allerdings ist, wie erwähnt, die Kategorie „Migrationshintergrund“ so umfassend, dass der schiere Anteil an der Bevölkerung nur noch wenig über einen Stadtteil oder ein Wohnviertel aussagt. So konnten Schneider/Lang (2014) für die zweite Generation Türkeistämmiger in Berlin zeigen, dass das etablierte Bild vom „Migrantenquartier“ in mehrfacher Hinsicht wichtige Entwicklungen ausblendet:

- a) soziale Mobilität führt dazu, dass insbesondere Familien der zweiten Generation in „bessere“ Viertel ziehen, diese werden also „ethnisch diverser“;
- b) bisherige „Migrantenquartiere“ werden durch Gentrifizierung zu attraktiven Mittelschichtsvierteln eines neuen innerstädtischen Typs;
- c) einige der in diese Viertel ziehenden Mittelschichten sind soziale AufsteigerInnen „mit Migrationshintergrund“, die in renovierte Miet- oder gar Eigentumswohnungen in den Vierteln ihrer Kindheit zurückkehren.¹²

In Sindelfingen gibt es keine alten Arbeiterquartiere großstädtischen Typs, aber es finden sich durchaus markante Unterschiede zwischen Siedlungsbezirken, die aber ähnliche Anteile an BewohnerInnen „mit Migrationshintergrund“ aufweisen.

Hierzu zwei Beispiele: So wiesen die beiden Siedlungsbezirke **Innenstadt** und **Grünäcker** Ende 2016 mit 65 respektive 58 Prozent einen ähnlich hohen Anteil an „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ auf. Die Zusammensetzung dieses Bevölkerungsanteils ist aber sehr unterschiedlich: In der Innenstadt hat über die Hälfte nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, während dies in Grünäcker nur für ein Viertel gilt. Umgekehrt ist in der Innenstadt fast ein Fünftel der unter 6-jährigen mit Migrationshintergrund noch mit den Eltern aus dem Ausland nach Sindelfingen gekommen, während dies in Grünäcker nur auf drei Prozent der Kinder im Vorschulalter zutrifft.

¹² Das führt dazu, dass in den meisten der unter hohem Gentrifizierungsdruck stehenden großstädtischen Viertel zwar eine Verdrängung einkommensschwacher Bevölkerungsteile stattfindet, aber entgegen der Erwartung der Anteil der BewohnerInnen „mit Migrationshintergrund“ *nicht* sinkt. Zu berücksichtigen ist zudem, dass einige derjenigen, die in den 1970ern in die gezielt heruntergekommenen Arbeiterquartiere gezogen sind, dort günstig Wohneigentum erwerben konnten – darunter auch viele der Gastarbeiterfamilien.

Man könnte also die Innenstadt als einen typischen „Ort des Ankommens“ bezeichnen, der überdurchschnittlich häufig diejenigen aufnimmt, die neu nach Sindelfingen kommen. In der Innenstadt finden sich auch deutlich mehr Einpersonenhaushalte als in Sindelfingen insgesamt (fast die Hälfte gegenüber 38 Prozent aller Haushalte). Charakteristisch für die Innenstadt ist auch, dass dort natürlich an Bahnhof und ZOB auch tagtäglich in großer Zahl „angekommen“ wird und daher eine „Infrastruktur des Ankommens“ aus entsprechenden Geschäften und Gastronomie besteht, die nicht zuletzt von BerufspendlerInnen und für große Wochenendeinkäufe von am Stadtrand lebenden Familien genutzt wird. In der Altstadt ist auch noch immer sichtbar, dass vor allem in den 1970er und 80er Jahren vor allem „Gastarbeiter“-Familien in die leer stehenden und vielfach heruntergekommenen alten Häuser gezogen sind. Inzwischen ist allerdings dank massiver Aufwertungsmaßnahmen der alten Bausubstanz wieder eine Rückkehr von Angehörigen der Mittelschicht in die alten Fachwerkhäuser festzustellen. Die Modernisierung und die teilweise Umwandlung in Privateigentum wird von der städtischen Wohnstätten Sindelfingen GmbH auch aktiv gefördert – durchaus auch eine Form von Gentrifizierung.



Blick auf den Sindelfinger Ortsteil Grünäcker

Grünäcker ist dagegen ein relativ junger Ortsteil, in den vor allem Familien ziehen, weil es bezahlbaren Wohnraum in ländlicher Umgebung und teilweise mit eigenem Garten gibt – eine Motivation, die weitgehend unabhängig davon ist, ob eine familiäre Einwanderungsgeschichte vorliegt oder nicht. Es gibt hier einen überdurchschnittlichen Anteil an jungen Paar- und Familienhaushalten (50 Prozent gegenüber gut einem Drittel in Sindelfingen insgesamt) und auch der verhältnismäßig hohe Anteil an Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Grünäcker geht in hohem Maß auf junge Familien zurück, die der bereits in Sindelfingen auf-

gewachsenen zweiten Generation angehören. Die Siedlung kann also im Unterschied zur Innenstadt eher mit „etablierter Vielfalt“ beschrieben werden. In ihr wird sichtbar, dass unter den jungen Familien der Stadt der Anteil derjenigen, die statistisch in die Kategorie „Migrationshintergrund“ fallen, deutlich gestiegen ist und aufgrund der oben beschriebenen demographischen Entwicklung auch weiter steigen wird.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die statistische Kategorie „Migrationshintergrund“ zwar einen deutlichen Hinweis auf die ethnisch-kulturelle Vielfalt in der Stadt Sindelfingen gibt, sie darüber hinaus aber kaum Aussagen zu den tatsächlichen sozialen Lagen in den verschiedenen Siedlungsbezirken und Siedlungen treffen kann. Und auch eine Ausdifferenzierung nach spezifischen Herkunftsgruppen hilft hier nicht weiter, weil einerseits wie oben beschrieben die Zahl der Herkunftsgruppen so stark gestiegen ist, dass die große Mehrheit von ihnen in so kleinen Prozentzahlen vertreten ist, dass statistische Aussagen praktisch unmöglich sind. Andererseits weisen gerade die größeren Herkunftsgruppen durch ihre mittlerweile jahrzehntelange Anwesenheit in der Stadt und intergenerationale soziale Mobilität ein so hohes Maß an *interner Differenzierung* auf, dass auch hier sinnvolle verallgemeinernde Aussagen kaum möglich sind.

Fazit und Empfehlungen

Die hier beschriebene Ausdifferenzierung der Erscheinungsformen von „Migration“ und „Migrationshintergrund“ hat tiefgreifende Auswirkungen darauf, wie „Integration“ zu verstehen ist bzw. verstanden werden sollte und welche Konsequenzen dies für die Integrationsarbeit hat. Es sind in Sindelfingen zwei parallele Prozesse der Bevölkerungsentwicklung zu beobachten, die insgesamt als kennzeichnend auch für andere mittlere und große Städte gelten können:

1. Es hat ein Prozess der „generationalen Setzung“ stattgefunden, bei dem insbesondere die seit über einem halben Jahrhundert in der Stadt ansässigen ehemaligen Gastarbeiter-, Vertriebenen- und Spätaussiedlerfamilien vollständig Bestandteil der Stadtgesellschaft geworden sind. Sie weisen ein hohes Maß an sozialer Mobilität zwischen den Generationen auf und identifizieren sich nahezu uneingeschränkt mit Sindelfingen als ihrem Heimatort. In den meisten relevanten Fragen unterscheiden sie sich nicht von Personen gleichen Alters ohne Migrationshintergrund (siehe dazu mehr in den folgen-

den Kapiteln). Das gilt sowohl für die schon lange ansässige „erste Generation“ als auch für die Generationen der in Sindelfingen aufgewachsenen Kinder und Enkel. Gleichzeitig gibt es in der Regel auch in der so genannten „zweiten Generation“ weiterhin klare Bezüge zum Heimatland der Eltern, die allerdings sehr unterschiedlich ausfallen können. „Integration“ im Sinne von Orientierung und Sprachkursen ist hier kein Thema. Es ist aber die Frage zu stellen, ob, in welcher Form und in welchem Maße diese „neuen Einheimischen“ ihrer demographischen Bedeutung entsprechend an der Gestaltung des Stadtlebens und den zentralen Entscheidungsprozessen beteiligt sind bzw. einbezogen werden.

2. Es findet weiterhin Neuzuwanderung statt. Auch wenn die hohe Zahl an geflüchteten Familien und Einzelpersonen insbesondere aus Syrien, Afghanistan und dem Irak in den Jahren nach 2014 in vielerlei Hinsicht eine Besonderheit dargestellt hat und daher – wiederum aus verschiedenen Gründen – seither wieder stark zurückgegangen ist, wird Sindelfingen auch auf Dauer eine „Infrastruktur des Willkommens“ benötigen: vom Wohnraum bis zu Beratung und Sprachkursen. Das liegt auch daran, dass Neuzuwanderung aus dem Ausland aktuell vor allem aus anderen EU-Mitgliedsstaaten erfolgt und daher von Maßnahmen an den EU-Außengrenzen oder durch Neuregelungen im deutschen Asylrecht nicht berührt wird. Zur Neuzuwanderung gehören allerdings auch aktuell gezielt angeworbene Hochqualifizierte und Fachkräfte. Und schließlich sind neue Formen der Wanderung und Mobilität zu beobachten (wie etwa die vor allem von RentnerInnen praktizierte so genannte „Pendelmigration“ zwischen dem Herkunftsland und dem aktuellen Wohnort) und in viel höherem Maße auch zeitlich befristete Aufenthalte in der Stadt. All dies betrifft bei weitem nicht nur die Zuwanderung aus dem Ausland. Es stellt sich also die Frage, ob und inwieweit die hergebrachte deutliche Unterscheidung zwischen den verschiedenen Gruppen von Neuankömmlingen (z.B. Flüchtlingen auf der einen und Fachkräften auf der anderen Seite) weiterhin sinnvoll und angeraten erscheint (siehe dazu auch das Kapitel zu Integrationsangeboten). In den Vorbereitungsklassen der Sindelfinger Schulen und auch in vielen Sprachkursen kommen diese verschiedenen Gruppen auch heute schon zusammen.

Für ein auch in Zukunft gelingendes Miteinander in Sindelfingen ist die grundsätzliche Akzeptanz der Vielfalt und Migrationsgeschichte der Stadt von zentraler Bedeutung. Das bedeutet

aber gleichzeitig, dass nicht alle relevanten sozialen Phänomene in der Stadt mit der „ethnischen Brille“ (also der Betonung der Herkunft) und unter Gegenüberstellung von „mit und ohne Migrationshintergrund“ betrachtet und interpretiert werden sollten. Auch für die statistische Berichterstattung empfehlen wir daher, die Kategorie „Migrationshintergrund“ eher zurückhaltend und nicht ohne Verknüpfungen zu weiteren sozialen Indikatoren zu verwenden. Das ist einfacher zu lösen, wenn sich die beschreibende Sozialstatistik stärker an den tatsächlichen sozialräumlichen Gegebenheiten orientieren und auf so genannte „lebensraumorientierte“ statistische Einheiten unterhalb der Ebene der Siedlungsbezirke fokussieren oder diese zumindest ergänzend betrachten würde. Hier könnten dann die verfügbaren sozialen Parameter wie Haushaltsformen und Transferleistungen, aber auch Wohnformen (z.B. Großbausiedlung oder Eigenheim, Miete oder Eigentum) *unter anderem* mit den Einzelkategorien verknüpft werden, aus denen die Kategorie „Migrationshintergrund“ – wie in Grafik 1.1 gezeigt – statistisch zusammengesetzt ist. Wichtig wäre hierfür auch darauf zu achten, dass der statistische Gebrauch des Begriffs deutlich von den inzwischen weit verbreiteten Verwendungen im Alltagsdiskurs abgegrenzt wird.

2. Kapitel

Strukturelle Teilhabe

Integrationsangebote für Neuankommende

Integration fängt beim Ankommen an. In vielen Fällen sind die ersten Kontakte und ein früher Zugang zu wichtigen Informationen mitentscheidend dafür, wie sich Neuankommende in das Leben einer Stadt einfügen. Sindelfingen verfügt mittlerweile über eine jahrzehntelange Erfahrung zum Thema Migration und Integration und eine entsprechend gewachsene Struktur, um Neuankommenden das Ankommen in Sindelfingen zu erleichtern. Gerade in den letzten drei Jahren erhöhte sich jedoch die Nachfrage nach Beratungsangeboten speziell für Geflüchtete, die die Stadt erst einmal etablieren musste. Dabei kristallisierte sich vor allen Dingen ein großer Bedarf an Beratung zu Wohnraum und Sprachkursen heraus. Im Folgenden soll daher ein Teil der Angebotsstruktur betrachtet werden, die Neuankommenden mit und ohne Fluchterfahrung zur Verfügung steht.

Allerdings ist gerade bei den Themen Migration und Ausländerangelegenheiten die Struktur der Zuständigkeiten sehr komplex, da auch die Landes- und die Bundesebene einen erheblichen Einfluss haben. So liegen zwar die Ausländerbehörden in der Hand der Kommunen und Landkreise, ihre Hauptaufgabe ist aber die Umsetzung des Ausländerrechts als Bundesrecht, das zusätzlich durch Regelungen auf Landesebene konkretisiert wird. In Asyl- und Fluchtangelegenheiten sind wiederum die Beschlüsse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu vollziehen. Kommunale Handlungsspielräume bestehen hier kaum. Gleichzeitig begegnen die MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde aber konkreten Individuen mit spezifischen Bedarfen und Anliegen und es finden daher in der alltäglichen Praxis regelmäßig Gespräche statt, die zwar offiziell nicht vorgesehen sind, aber als „Verweisberatung“ o.ä. gewertet werden können – zumal die Ausländerbehörde in Sindelfingen ebenso im Rathaus angesiedelt ist wie die meisten anderen städtischen Beratungsangebote. Ähnliches gilt generell für die Jobcenter und ihre Trägerschaft im Landkreis einerseits sowie die Zuständigkeit für die Umsetzung der Regelungen der Bundesagentur für Arbeit andererseits. Auch hier sind die kommunalen Handlungsspielräume sehr begrenzt. Deshalb wurde die Ausländerbehörde Sindelfingen in die vorliegende Untersuchung nicht und das Jobcenter nur im Hinblick auf seine Aktivitäten im Bereich der Ausbildungsvermittlung miteinbezogen.

Für die darüber hinausgehende städtische Infrastruktur liegt die Koordination im Amt für soziale Dienste. Dort sind insbesondere die Integrationsbeauftragte und die Projektleitung

Flüchtlingsarbeit zuständig. Erstere hat die Geschäftsführung des Netzwerks Sprache inne, welches ein Austauschforum für Haupt- und Ehrenamtliche darstellt, die im Bereich der Sprachförderung tätig sind. Dreimal im Jahr wird so ein Treffen arrangiert, um Angebote aufeinander abzustimmen. Die Projektleitung Flüchtlingsarbeit koordiniert währenddessen Willkommens- und Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete und fungiert als Ansprechpartnerin für MitbürgerInnen und Ehrenamtliche, wie sie im AK Asyl organisiert sind. Die Stelle wurde auf Geheiß des Oberbürgermeisters als Reaktion auf den Zuwachs an AsylbewerberInnen geschaffen.

Beratung

Die Flüchtlingsberatung der Stadt Sindelfingen gibt es seit 2014 und wurde in Reaktion auf die zunehmende Zahl an Geflüchteten ab 2015 erheblich ausgebaut. Sie betreut Geflüchtete in der Anschlussunterbringung (AU). Der Kontakt entsteht beim Einzug der Geflüchteten in den zugewiesenen Wohnraum und umfasst Hilfestellungen und Beratung u.a. zum Leistungsbezug, zum Zugang zu Sprachkursen, Kindergarten- und Schulplätzen, zu finanziellen Fragen und zur medizinischen Versorgung. Neben den täglichen offenen Sprechstunden sind Terminabsprachen und Hausbesuche üblich. Das langfristige Ziel ist, dass die geflüchteten Personen ein möglichst eigenständiges Leben führen und dazu unter anderem in eigenständige Mietverhältnisse kommen, was sich allerdings aufgrund des geringen Wohnungsangebots in Sindelfingen deutliche Grenzen. Für nicht-geflüchtete Personen und sogar für Geflüchtete, die nicht städtisch untergebracht sind, ist diese Beratungsstelle nicht zuständig, diese werden in der Regel an andere Institutionen und Fachstellen weiterverwiesen (z.B. an die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) und den Jugendmigrationsdienst (JMD), den NISA-Frauenverein, den Verein für Jugendhilfe oder an Mutpol - Region Böblingen).

Neuangekommene Geflüchtete erhalten ein so genanntes „Willkommenspäckchen“ und die Möglichkeit, an einer mehrsprachigen Stadtführung teilzunehmen, sowie einen „Willkommensordner“, der sie zur ersten Orientierung über Abläufe, Angebote und Leistungen der städtischen Institutionen und sozialen Träger informiert. Dazu ein/e InterviewpartnerIn:

Aber der [Willkommensordner] ist halt größtenteils auf Deutsch und insofern für die Geflüchteten jetzt häufig nicht ganz so hilfreich, glaube ich. Aber da haben wir auch den Hintergrund, dass wir den auch für die Ehrenamtlichen, die es ja gibt hier in Sindelfingen, vorgesehen haben, dass die einfach auch nachgucken können, wo gibt es welche Anlaufstelle, wer ist für was zuständig? Insofern eigentlich wieder ein sinnvolles Angebot. Und wir geben am Anfang bei Einzug auch ein Willkommenspäckchen aus, da ist Salz,

Mehl und Schokolade drin, genau, (...) Ist für mich eine nette Kleinigkeit, kann man machen, muss man nicht.

Während das „Willkommenspäckchen“ vor allem als eine freundliche Geste gemeint ist, soll der „Willkommensordner“ als sinnvolles Mittel zur Informationsweitergabe verstanden werden. Allerdings sind für den Gebrauch des Ordners deutsche Sprachkenntnisse erforderlich, so dass für einen Großteil der neuangekommenen Geflüchteten der Ordner mit der Hilfe von ehrenamtlichen UnterstützerInnen wirklich genutzt werden kann.

Sprache ist auch darüber hinaus ein Thema, weil die Beratung nicht in den wichtigsten Herkunftssprachen der Neuankommenden angeboten werden kann. Hierbei helfen sollen die von der Stadt bezuschussten „SprachmittlerInnen“ der Caritas:

Da kann man dann hinschreiben und sagen für welchen Zeitraum und welche Sprache man einen Sprachmittler oder eine Sprachmittlerin braucht, je nach Termin. Und die stellen uns den dann zur Verfügung und die Sprachmittler sind ausgebildet, also kriegen Schulungen und kriegen dann auch so eine kleine Vergütung.

Die Regelung durch Termine dient dabei nicht nur der besseren Organisation, sie kann auch als ein Zeichen für eine sehr hohe Nachfrage im Verhältnis zu den bestehenden Kapazitäten gewertet werden, wie eine als Sprachmittlerin tätige Person auch bestätigt: trotz hoher Hilfsbereitschaft sei die Nachfrage kaum zu befriedigen. Das erschwert auch die Möglichkeiten für kurzfristige Anfragen. Und auch die häufig traumatisierenden Erlebnisse der Flüchtlinge in der Kriegssituation im Heimatland und auf der Flucht stellten für die SprachmittlerInnen eine psychische Belastung dar. Folglich werden mehr geschulte SprachmittlerInnen benötigt, gleichzeitig könnte mehrsprachiges Informationsmaterial auch den Geflüchteten die Möglichkeit geben, sich mehr eigenständig zu informieren.

Spezifische Beratungsangebote

Insgesamt sind die Beratungsangebote sehr vielfältig. Sie werden von diversen Trägern (kirchlich, öffentlich, ehrenamtlich) angeboten und richten sich an unterschiedliche Zielgruppen. Zum einen gibt es spezielle Angebote für geflüchtete Personen. Dazu gehören auch die ehrenamtlichen Angebote des Vereins AK Asyl, der auch insgesamt das Freiwilligenengagement koordiniert.

Andere Beratungsangebote richten sich dagegen an alle MigrantInnen. Dies sind im Einzelnen die Migrationsberatung (MBE) der AWO und der Caritas sowie der IN VIA Jugendmigrationsdienst (JMD). Diese Migrationsberatungsstellen sind für alle Neuankommenden zuständig, insbesondere während der ersten drei Jahre und wenn es für sie nicht eigens zuständige SozialarbeiterInnen gibt wie im oben geschilderten Fall der Geflüchteten, die in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind. Demgegenüber ist die so genannte „Erstberatung“ der Stadt Sindelfingen grundsätzlich für alle Personen mit spezifischen sozialen Fragestellungen offen, allerdings leitet diese Neuankommende häufig an die Migrationsberatung weiter.

Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage ist in allen Bereichen ähnlich gelagert: Die Nachfrage ist sehr hoch und das Angebot könnte noch erweitert werden. Allerdings ist das Ausmaß unterschiedlich stark. In Bezug auf die Migrationsberatung MBE hat die AWO offenkundig mehr Kapazitäten und kann die Nachfrage besser bedienen als etwa die MBE der Caritas. Der Jugendmigrationsdienst beklagt hingegen zu geringe Kapazitäten und kann aufgrund dessen keine offene Sprechstunde mehr anbieten und auch nicht mehr den gesamten Landkreis bedienen. Die städtische Flüchtlingsberatung konnte die Nachfrage dagegen zum Zeitpunkt der Erhebung ganz gut decken. Die vom AK Asyl organisierten Patenschaften und die Internationalen Cafés benötigen dringend mehr Ehrenamtliche, um die immer noch hohe Nachfrage decken zu können. Einen Bedarf für ehrenamtliches Engagement gäbe es auch für Neuankommende, die nicht unter die Gruppe der Geflüchteten fallen. Dafür ist allerdings der AK Asyl nicht zuständig und sie sind auch bisher nicht als eine entsprechende Zielgruppe erkannt oder definiert worden.

Im Rahmen der qualitativen Interviews wurden einige Beratungsangebote intensiver untersucht. Diese sollen im Folgenden dargestellt werden:

Migrationsberatung (MBE) Caritas Böblingen

Die Migrationsberatung der Caritas ist für alle erwachsenen Zugewanderten ab 27 Jahren im Landkreis zuständig sowie für Kinder bis 12 Jahren (für Jugendliche zwischen 12 und 27 Jahren ist der IN VIA Jugendmigrationsdienst (JMD) zuständig – siehe unten). Die Beratung erfolgt überwiegend während der ersten drei Jahre nach Ankunft, begleitend zum Integrationskurs und in enger Abstimmung mit den Trägern. Der Umfang der Beratung kann sehr unter-

schiedlich sein: Neben einer Beratung hinsichtlich beruflicher Anerkennung, Familienzusammenführung oder Geldfragen werden auch Probleme mit der Schule oder dem Kindergarten angesprochen. Beratung bzgl. des Aufenthaltsrechts findet allerdings nur in Absprache mit der anwaltlichen Vertretung der zu Beratenden statt. Das Thema Wohnraum kann aufgrund der Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt praktisch nicht bedient werden.

Ein Problem ist, dass die Beratung nur in englischer oder deutscher Sprache angeboten wird. Für eine Beratung in anderen Sprachen müssen SprachmittlerInnen oder selbst mitgebrachte DolmetscherInnen eingesetzt werden. Ein weiteres Problem wird im hohen administrativen Aufwand in der Beratungsarbeit gesehen, der nach Aussage der Interviewperson vor allem durch den Case-Management-Ansatz zustande kommt. Insgesamt bewertete die Interviewperson das Konzept Integrationskurse mit parallelem Beratungsangebot jedoch positiv, auch wenn die hohe Nachfrage nach dem Beratungsangebot der Caritas nicht ausreichend gedeckt werden kann.

AWO Migrationsberatung (MBE) für erwachsene Zuwanderer

Auch die Zielgruppe der AWO Migrationsberatung sind erwachsene Zugewanderte mit Bleibeperspektive im Landkreis. Die Beratung kann im Normalfall in den ersten drei Jahren nach der Ankunft in Anspruch genommen werden. Es werden jedoch auch Zugewanderte außerhalb dieses zeitlichen Rahmens beraten. Die Zielgruppe wird über die Integrationskurse, aber auch durch das Jobcenter, die Agentur für Arbeit, HASA (Hauptschulabschlusskurse), das Internet oder persönliche Kontakte erreicht. Wichtige Themen der Beratung sind Sprachkurse, Fragen hinsichtlich Arbeits- und Wohnmöglichkeiten, der Anerkennung von Abschlüssen und zum Aufenthaltsstatus. Die Beratung wird in den Sprachen Deutsch, Englisch und Türkisch angeboten, in den anderen Fällen können DolmetscherInnen eingesetzt werden. Eine Zeit lang gab es einen SprachmittlerInnen-Pool, der ausschließlich für diese Beratungsstelle genutzt werden konnte, jedoch wurden die Gelder dafür wieder gestrichen. Die Befragten betonten, dass es sinnvoll wäre, SprachmittlerInnen einsetzen zu können, da es oft besser sei, eine neutrale Person zur Übersetzung zu haben als eine Bekannte oder ein Familienmitglied. Das SprachmittlerInnen-Angebot der Caritas ist nur städtisch für Sindelfingen (z.B. für die Flüchtlingsberatung) vorgesehen und kann daher nicht von der AWO genutzt werden.

Die AWO Migrationsberatung hat in Böblingen, Leonberg und Herrenberg Sprechzeiten. Außerdem suchen die MitarbeiterInnen Integrationskurse auf und bieten mit einer Vorlaufzeit von ca. 1-2 Wochen auch Beratungstermine an. Insgesamt hat die Zahl der Beratungen in den letzten Jahren zugenommen. Die befragten MitarbeiterInnen der AWO beurteilen die Zusammenarbeit sowohl mit den Ehrenamtlichen als auch mit dem JMD und der Caritas positiv. Ehrenamtliche schicken häufig die Personen in die MBE, würden aber im Gegenzug auch eine Entlastung anbieten, indem sie einfache Beratungstätigkeiten und Hilfestellungen, wie die Begleitung zu Behördengängen und das Ausfüllen von Formularen übernehmen. Kritisch sehen die Befragten den Mangel an finanziellen Ressourcen, die nur für die Personalstellen und einen kleinen Anteil der Sachkosten gezahlt würden. Finanziert werden die MBEs vom BAMF aus Mitteln des Bundesinnenministeriums, hier würden sich die Befragten ein größeres finanzielles Engagement des Landkreises wünschen.

IN VIA Jugendmigrationsdienst Böblingen

Die Jugendmigrationsdienste werden vom Bundesfamilienministerium finanziert. Der IN VIA Jugendmigrationsdienst Böblingen ist zuständig für MigrantInnen zwischen 12 und 27 Jahren im Landkreis, der Kontakt kommt überwiegend über die Integrationskurse zustande. Ein hoher Beratungsbedarf besteht zur Anerkennung von Zeugnissen und/oder Berufsabschlüssen. Hier wird eng mit dem Jobcenter kooperiert. Die Beratung kann neben deutscher und englischer Sprache auch auf Russisch und Rumänisch angeboten werden. Bei weiterem Sprachbedarf müssen DolmetscherInnen mitgebracht werden. Aufgrund der begrenzten Kapazitäten werden hauptsächlich die Städte Böblingen und Sindelfingen bedient. Es können auch keine offene Sprechstunde, sondern nur Termine nach Vereinbarung angeboten werden, bei diesen lagen die Wartezeiten zum Zeitpunkt der Interviews bei circa 3-4 Wochen.

Ursache für die begrenzten Kapazitäten ist nach Aussagen der Befragten die zunehmende Öffnung des Jugendmigrationsdienstes für eine immer breiter werdende Klientel: War der Jugendmigrationsdienst zu Beginn lediglich für neuankommende Jugendliche mit festem Aufenthaltsstatus zuständig, wurde dies später auf Geflüchtete mit Bleibeperspektive erweitert und umfasst mittlerweile alle neuankommenden Jugendlichen unabhängig von Bleibeperspektive und Aufenthaltsstatus. Diese Ausweitung ist allerdings laut unseren InterviewpartnerInnen nicht mit einer Erhöhung der Kapazitäten einhergegangen. Als sehr wichtig sehen die Befragten die Vernetzungsarbeit an, z.B. im Rahmen des Runden Tisches, bei dem

sich die verschiedenen Akteure gemeinsam mit den Integrationsbeauftragten der Städte treffen.

Arbeitskreis Asyl (AK Asyl)

Der Arbeitskreis Asyl ist ein gemeinnütziger Verein, der sich im Dezember 2014 gegründet hat, um die Arbeit der Ehrenamtlichen zu unterstützen. Beratung durch Ehrenamtliche findet u.a. im Rahmen der vom AK Asyl organisierten Begegnungscafés „Café International“ in deutscher Sprache statt. Der Fokus des AK Asyl liegt auf der Zielgruppe der Geflüchteten, im Café International werden jedoch alle Zugewanderten beraten oder weitervermittelt. Zum anderen organisiert der AK Asyl Patenschaften zwischen Sindelfinger BürgerInnen und Geflüchteten. Die Vermittlung der Patenschaften erfolgt im Rahmen der Unterbringung sowie durch persönliche Kontakte. Die PatInnen unterstützen die Familien in alltäglichen Angelegenheiten, z.B. Arztbesuchen, Behördengängen und Formularen etc. Daneben finden regelmäßige Treffen der KoordinatorInnen auch mit einer Ansprechperson in der Stadtverwaltung statt. Anfangs standen 1-2 Personen pro neuangekommener Familie zur Verfügung, die diese in allen Bereichen unterstützten. Heute ist der Bedarf weiterhin hoch, aber es fehlt zunehmend an Ehrenamtlichen.

Zusammenfassung

Im Bereich der Beratung sind unterschiedliche Angebote vorhanden, die Information über diese ist aber teilweise nicht genug verbreitet. Von einigen InterviewpartnerInnen wurde vorgeschlagen, Informationen über Beratungsstellen und DolmetscherInnen bzw. SprachmittlerInnen bei der Erstanmeldung in der Stadt zu übermitteln. Diese sind zwar im Willkommensordner für Geflüchtete angegeben, aber zum einen ist diese Information nur auf Deutsch verfügbar und zum anderen werden die Ordner nur an geflüchtete Personen ausgegeben, während auch andere Neuankommende über Informationen zu Beratungsstellen dankbar wären. Das bedeutet allerdings, dass die Willkommensordner von verschiedenen Stellen ausgegeben werden müssten. Darüber hinaus besteht ein Bedarf an Informationen über das Bildungssystem (Schulbesuch, Kindergarten): Mehrere der interviewten Betroffenen berichteten, dass sie durch Unwissenheit ihre Kinder zunächst bei einer nicht so passenden Institution angemeldet hätten, z.B. was die Schulform angeht oder die örtliche Lage. Auch diese Informationen könnten direkt nach der Ankunft vermittelt werden. Um die starke

Nachfrage zu decken, wäre es sicher sinnvoll, die Kapazitäten der Migrationsberatung der Caritas und des IN VIA JMD aufzustocken. Ehrenamtliches Engagement im Bereich Beratung in Form des Café International oder Patenschaften sollte weiterhin gestärkt werden. Dies könnte finanziell, aber auch ideell durch die Stadt geschehen.

Unterbringung

Der Zugang zu Wohnraum für Neuankommende stellt in Sindelfingen ebenso wie in vielen anderen Städten mit wachsender Bevölkerung eine große Herausforderung dar, die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum kann bei weitem nicht gedeckt werden – und das, obwohl es mit der Wohnstätten Sindelfingen GmbH eine städtische Wohnungsgesellschaft gibt, die über einen großen Bestand an Wohnungen mit sozialverträglichem Mietniveau verfügt. Das Mietniveau in der Stadt ist sehr hoch, gleichzeitig hat Sindelfingen einen hohen Anteil an Wohneigentum. Bei geflüchteten Personen kümmern sich der Landkreis und die Stadt gemäß ihrer Verpflichtung um die vorläufige und die Anschlussunterbringung. Der Kontakt zu den Personen entsteht durch die Registrierung als Asylsuchende und ihre Verteilung im Landkreis. Aufgrund der Knappheit an verfügbaren Wohnungen mussten Gemeinschaftsunterkünfte als Anschlussunterbringungen eröffnet werden. Geflüchtete Personen werden auch durch Ehrenamtliche bei der Wohnungssuche unterstützt, deren Möglichkeiten allerdings naheliegenderweise ebenfalls stark begrenzt sind.

Sprachlernangebote

Im Folgenden sollen die Angebote für das Erlernen der deutschen Sprache beleuchtet werden, die Neuankommenden, aber insbesondere Geflüchteten zur Verfügung stehen.

Vorbereitungsklassen (VKL)

In einigen Schulen Sindelfingens gibt es sogenannte Vorbereitungsklassen, die zugewanderte SchülerInnen schrittweise an den Unterricht der Regelklassen heranführen sollen. Hier sind nicht nur geflüchtete, sondern alle nicht-deutschsprachigen SchülerInnen anzutreffen. Dabei entscheidet die zuständige VKL-Lehrkraft in Absprache mit den Lehrkräften der Regelklassen, ab wann und welche Fächer die VKL-SchülerInnen in den Regelklassen besuchen können.

Im Schuljahr 2017/18 gab es Vorbereitungsklassen an den Grundschulen Sommerhofen, Königsknoll und Hinterweil, an allen drei Gemeinschaftsschulen Eichholz, Maichingen und

Goldberg, an zwei von drei Realschulen (Hinterweil und Klostergarten) und am Gymnasium in den Pfarrwiesen (Schulstatistik 2017/18). Dabei macht sich im Schulleben allerdings bemerkbar, dass die Sindelfinger Schulen unterschiedlich lange Erfahrungen mit dieser Art von Klassen haben. So beobachtete eine Interviewperson an einer „vielfaltserprobten“ Gemeinschaftsschule:

Die Schüler sind es auch gewöhnt, davon mal abgesehen, dass es seit einigen Jahren ohnehin immer mehr Wechsel während des Schuljahrs auch in Schulklassen gibt, unabhängig von der Flüchtlingssituation. Von dem her sind die Schüler es gewöhnt. Da wüsste ich jetzt nicht, da gab es kein Projekt für die ganze Schule. Dass es so was (nun) an einem Gymnasium gibt, wo es so was noch nie gab, ist eine andere Situation als hier, wo die VKL einfach schon eine große Tradition hat.

Aber auch wenn einige Schulen und SchülerInnen bereits seit langen Jahren mit dem Konzept vertraut sind, so werden dennoch einige spezifische Probleme beschrieben: Konflikte unter den SchülerInnen, die z.T. auf die beengte und daher stressige Situation in den Unterbringungen zurückgeführt werden, und die großer Unsicherheit über die weitere Verbleibsperspektive im Verlauf des Asylverfahrens oder auch nach einer Ablehnung.

Geflüchtete Kinder sind deshalb häufig psychisch belastet und haben zudem nicht selten mit Kriegs- oder Fluchttraumata zu kämpfen. Da in den VKL alle möglichen Herkunftsländer, schulische Voraussetzungen und rechtliche Situationen zusammenkommen, arbeiten die Lehrkräfte hier mit extrem heterogenen Lerngruppen. Dafür bekamen sie in Zeiten der stark angestiegenen Flüchtlingszahlen zusätzliche Unterstützung vom AK Asyl, wie ein/e Ehrenamtliche/r sagt:

Wir haben sehr stark in den Vorbereitungsklassen die Lehrer unterstützt, weil ja, oder unterstützen immer noch, aber Zwischenzeit ist der große Berg, ja Welch ein Segen, abgebaut. Weil die Lehrer ja auch total überfordert waren in den Vorbereitungsklassen, die haben von heute auf morgen 25, 26 Kinder gehabt, mit den unterschiedlichsten Vorbildungen, von Kindern, die nie eine Schule von innen gesehen haben, aus den unterschiedlichsten Nationen und da haben ehrenamtlich von uns Männer und Frauen gearbeitet und die Lehrer unterstützt, also die schwächeren Schüler dann rausgenommen, mit denen Extraaufgaben (gemacht) und so weiter und so fort, und das läuft heute noch in den so genannten Vorbereitungsklassen. Dann haben wir ziemlich früh angefangen- wir haben das Sprachpatenschaft genannt, das waren Leute, die einfach mit Flüchtlingen, die sie kennen gelernt haben, mit der Familie oder mit einer oder zwei Personen Hausaufgabenhilfe, Deutsch gelernt haben, mit den Kindern Deutsch gelernt haben, (das) waren ganz ganz viele.

So bekamen die VKL-Lehrkräfte eine wichtige Unterstützung durch Ehrenamtliche, die teilweise zum Zeitpunkt der Befragung noch bestand. Insgesamt zeigt sich, dass Sindelfingen in

jeder Schulform bereits eine Vorbereitungsklasse installiert hat. Obwohl sich die Lage seither deutlich entspannt hat, stehen die Lehrkräfte jedoch immer noch vor vielen Herausforderungen und sind teilweise auf die Hilfe von Ehrenamtlichen angewiesen.

Sprachangebote der CARITAS

Die Caritas wartet mit einem vielfältigen Sprachlernangebot auf, das versucht, möglichst viele Lebensbereiche einzubeziehen. Alle Projekte werden dabei finanziell von der Stadt unterstützt. So bietet der kirchliche Träger neben den oben erwähnten SprachmittlerInnen auch grundlegende Sprachkurse für Frauen und Männer in den Räumlichkeiten von fünf Sindelfinger Grundschulen an. Die Kurse staffeln sich nach Sprachniveau und rangieren zwischen A1 und B1. Die Gruppengröße schwankt zwischen zehn und zwanzig Personen. Während die Kurse früher insbesondere von türkischen MigrantInnen besucht wurden, sind es nun laut Caritas vornehmlich Teilnehmende aus Indien, Rumänien, Kroatien und Brasilien. Gleich bleibt jedoch die Vermischung der unterschiedlichen Herkunftsländer, von Geflüchteten und Nicht-Geflüchteten. Die Teilnehmenden zahlen zwischen 25 und 45 Euro pro Semester. Auch die Lehrmittel müssen selbst bezahlt werden.

Das Ziel der Sprachkurse ist ein niedrighschwelliges Angebot, das möglichst in Wohnortnähe eine einfache Möglichkeit bietet, die deutsche Sprache zu erlernen. Dazu gehört auch die Bereitstellung einer Kinderbetreuung, so dass auch Mütter von kleineren Kindern teilnehmen können. Die Caritas strebt für die Kurse ein möglichst homogenes Sprachniveau der Teilnehmenden an. Neben der Vermittlung von Grammatik orientieren sich die Kurse am Lebensalltag und beziehen die Stadt Sindelfingen mit ein. Auf der Homepage bewirbt die Caritas zudem Sprachkurse nur für Frauen.

In einem aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ finanzierten Projekt im Jahr 2017 wurde ein Fokus in Kursen höherer Sprachniveaus auch auf die Vermittlung demokratischer Werte gelegt. Dazu gehörten auch Besuche im Sindelfinger Rathaus, im Stuttgarter Landtag, bei der Polizei und bei der Sindelfinger Zeitung. Die zusätzlich benötigten Lehrmittel wurden durch diese Förderung bezahlt. Dieses Projekt wurde von der Koordination als große Bereicherung angesehen, da die TeilnehmerInnen sich nach anfänglicher Zurückhaltung spürbar öffneten und das Sprechen besser trainieren konnten.

Darüber hinaus bietet die Caritas zwei Sprachcafés in den Ortsteilen Eichholz und Viehweide an. In den Sprachcafés sollen die BesucherInnen das Sprechen in deutscher Sprache üben können, ohne unter Druck zu stehen. Der Ausbau der Sprachcafés ist der Caritas deshalb ein großes Anliegen, allerdings sind die bestehenden Sprachcafés unterschiedlich gut besucht, so dass grundsätzlich überlegt werden soll, wie die Sprachcafés besser den örtlichen Bedarfen angepasst werden können.

Die Caritas bewirbt ihr Kursangebot an Elternabenden, und auch die bei der Caritas angestellten SchulsozialarbeiterInnen weisen auf die Angebote hin. Zudem liegen Flyer aus, jedoch würden viele Teilnehmende besonders durch Mund-zu-Mund-Propaganda aufmerksam auf die Kurse. Auch die Flüchtlingsberatung der Stadt und der AK Asyl machen auf das Angebot aufmerksam. Sowohl in den Sprachkursen als auch in den Sprachcafés bietet die Caritas zudem als einziger Dienstleister eine Kinderbetreuung in separaten Räumen an.

Insgesamt bewertet die Caritas die Abdeckung der Stadt mit Sprachangeboten als recht gut. Problematisch wird gesehen, dass die Lehrkräfte überwiegend als Honorarkräfte tätig sind und sich somit selbst versichern müssen. Der Ausbau des Sprachangebots und der Kinderbetreuung ist auch aufgrund fehlender neuer SprachlehrerInnen schwierig.

Volkshochschule (VHS) Böblingen-Sindelfingen

Nach Aussage der VHS sind 255 der insgesamt 300 Sprachkursangebote, die die VHS pro Semester anbietet, Deutschkurse. Die VHS deckt dabei die gesamte Bandbreite von A1 bis C2 ab. Durch die intensive Zusammenarbeit der VHS mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als Auftraggeber kann die VHS eine große Bandbreite an Kursen anbieten: Integrationskurse, Jugendintegrationskurse, Alphabetisierungskurse und zunehmend auch berufsbezogene Deutschkurse, deren TeilnehmerInnen zum großen Teil vom Jobcenter oder der Arbeitsagentur kommen. Für viele von ihnen ist die Teilnahme an den Kursen verpflichtend. Zum Zeitpunkt des Interviews waren die TeilnehmerInnen überwiegend zwischen 20 und 40 Jahren alt und kamen mehrheitlich aus südosteuropäischen und arabischsprachigen Ländern. Im Interview wurde betont, dass Motivation und Engagement der TeilnehmerInnen hoch seien, weil viele von ihnen das Erlernen der deutschen Sprache als wichtigen Schritt ins Berufsleben betrachteten.

Informationen über die verschiedenen Integrationskurse sind auf der Homepage der VHS in Form von Videos in zwölf Sprachen verfügbar. Zudem steht zweimal wöchentlich eine Kursberatung zur Verfügung, aber die Kursangebote sind auch bei den Institutionen des Landkreises und der Städte Sindelfingen und Böblingen, wie beispielsweise der Ausländerbehörde und dem Jobcenter, und den sozialen Trägern der Migrationsberatung bekannt.

Die durchschnittliche Wartezeit für den Kurseinstieg beträgt zwischen sechs und zehn Wochen, dies ist aber abhängig vom Kursniveau, da nach Aussage der VHS die größte Nachfrage nach Alphabetisierungskursen und den niedrigen Sprachniveaus besteht. Hier kam es zum Zeitpunkt der Erhebung teilweise zu einer Wartezeit von zwei bis drei Monaten. Bei bereits eingeschriebenen KursteilnehmerInnen sei ein nahtloser Übergang in den nächsthöheren Folgekurs hingegen gesichert. Vor allem die hohe Nachfrage nach niedrigschwelligen Alphabetisierungskursen war durch das Angebot nicht zu erfüllen. Das BAMF habe bereits mit einer Richtlinienlockerung für entsprechende Kurse reagiert.

Darüber hinaus sei der Austausch mit entsprechenden Institutionen wie der Ausländerbehörde oder dem Jobcenter noch verbesserungswürdig, um etwa schneller feststellen zu können, welche Personen welche Bedarfe haben. Hier zeigt sich auch das Problem, dass die Vorgaben BAMF deutschlandweit gelten und deshalb Lösungen bei individuellen Problemen mit Teilnehmenden oder Kursleitungen nicht immer passgenau möglich sind. Insgesamt prognostiziert die VHS eine wachsende Bedeutung der Kurse für berufsbezogenes Deutsch, die nach und nach die zahlreichen Integrationskursangebote ablösen würden. Das BAMF entwickle bereits verschiedene Sonderprogramme, die auf spezifische Berufsgruppen wie z.B. Pflegekräfte zugeschnitten seien.

Die lokale Zusammenarbeit mit den Städten Sindelfingen und Böblingen sah die VHS sehr positiv, insbesondere der enge Austausch durch die regelmäßigen Netzwerktreffen im Sindelfinger Rathaus führe dazu, dass die Abstimmung dort besser funktioniere als in manch anderen Landkreisen.

Arbeitskreis Asyl

Auch der Arbeitskreis Asyl wartet mit Sprachangeboten auf, die sich speziell an Geflüchtete richten. Dabei sah der AK Asyl insbesondere am Anfang des starken Flüchtlingszuwachses die Notwendigkeit, die Lücke für noch nicht anerkannte AsylbewerberInnen zu schließen, die

aufgrund ihres ungeklärten Asylantrags keinen Zugang zu den Integrationsangeboten des BAMFs haben. Obwohl sich dieser Umstand verbessert habe, sind es vor allem Personen aus Afghanistan, Syrien, Irak und Iran, die noch immer lange auf eine Entscheidung warten müssen. Und obwohl viele TeilnehmerInnen nach einiger Zeit ortswechselbedingt ausscheiden oder sie durch die Anerkennung Zugang zu den Kursen der VHS bekommen, konnte auch der AK Asyl der Nachfrage zum Zeitpunkt der Befragung nach wie vor kaum nachkommen.

Die so genannten Sprachgruppen bedienen unterschiedliche Niveaus, darunter auch zwei Alphabetisierungskurse, von denen sich einer an Personen richtet, die zwar die lateinische Schrift nicht beherrschen, aber in anderen Schriftsystemen alphabetisiert wurden und bereits eine schulische Vorbildung mitbringen. Der andere Kurs ist für diejenigen, die keinerlei vergleichbare Kenntnisse vorweisen. Informationen über die Sprachkursangebote des AK Asyl werden über die SozialarbeiterInnen in den Unterkünften gestreut und über das Café International, wo viele Geflüchtete regelmäßig erscheinen.

Während der Kurse kann ressourcenbedingt keine Kinderbetreuung angeboten werden, sodass der AK Asyl, um insbesondere Mütter mit kleinen Kindern nicht von vorneherein auszuschließen, erlaubt, dass die Kinder mitgebracht werden. Nur wenn diese den Unterricht stören, muss die Mutter den Kurs verlassen – was nach Aussage unserer GesprächspartnerInnen erstaunlich gut funktioniert.

Darüber hinaus werden auch die Väter durch den AK Asyl gezielt angehalten die Kinderaufsicht zu übernehmen, während die Mutter einen Sprachkurs absolviert. Dennoch bleibt die Kinderbetreuung während der Kurszeiten ein Problem.

Zusätzlich bietet das Café International in den Räumen des Christlichen Vereins Junger Menschen (CVJM) neben dem sozialen Austausch der BesucherInnen auch niedrigschwellige Sprachkurse an. Etwa die Hälfte aller BesucherInnen kommt regelmäßig, um in kleinen Gruppen bei einem Kaffee Deutsch zu sprechen. Auch hier wird der Bedarf an Kinderbetreuung spontan gelöst:

Das ist halt kein Kinderangebot, wo man sich anmelden muss und klar sagen kann oder eine gewisse Planungssicherheit hat, dass man genau weiß, auf die Situation kann ich mich einstellen. Dann kann ich ein schönes Kinderprogramm vorbereiten und dann läuft das. Das ist die Herausforderung an der Stelle, dass man immer gucken muss, wer ist da? Und je nachdem habe ich zwei, drei, dass man ein bisschen was vorliest oder vielleicht eher ein Ballspiel macht. Das fordert von denen, die das Angebot machen, eine gewisse Phantasie und Spontaneität.

Außerdem besteht die Problematik, dass in den Cafés zu wenig Deutsche anwesend sind. Dies habe zur Folge, dass die Geflüchteten ihre neu erworbenen Sprachkenntnisse nicht gut trainieren können. Hier wäre eine höhere Bereitschaft der Sindelfinger BürgerInnen wünschenswert, sich im Café International mit den Geflüchteten auszutauschen.

Im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Stadt zeigt sich der AK Asyl jedoch insgesamt sehr zufrieden:

Wir werden sehr gut von der Stadt Sindelfingen unterstützt, die uns die Möglichkeit jetzt eröffnet hat, im Ernst-Schäfer-Haus da Deutschkurse anzubieten für Leute, die schon in eigenen Wohnungen wohnen, weil ein Vorteil von einer Sammel- oder Gemeinschaftsunterkunft ist, dass man die Leute an Ort und Stelle hat, das ist aber der einzige Vorteil, den es gibt. Und jetzt sind ja viele zum Glück in Wohnungen, aber brauchen trotzdem noch Deutsch und da werden wir sehr unterstützt von der Stadt Sindelfingen, sowohl was Räumlichkeiten, ein offenes Ohr oder auch Finanzierung wie Teile von den Lehrbüchern oder von allem Möglichen angeht.

Zusammenfassung

Im Bereich der Sprachangebote bestehen umfassende Angebote unterschiedlicher Art und auf allen Sprachniveaus. Trotz vielfältiger niedrigschwelliger Angebote passen vor allem für die Bedarfe an (lateinischer) Alphabetisierung und den Einstieg in die deutsche Sprache Angebot und Nachfrage noch nicht gut zusammen. Das gilt insbesondere für diejenigen, die durch das Raster der vom BAMF finanzierten Kurse fallen, also vor allem die Personen, die noch darauf warten müssen, überhaupt zum Asylverfahren zugelassen zu werden. Hier geht viel Zeit verloren, die für den Spracherwerb besser genutzt werden könnte. Darüber hinaus fehlen Möglichkeiten zur praktischen Anwendung der neu erworbenen Sprachkenntnisse insbesondere in Form von Begegnung mit den deutschsprachigen SindelfingerInnen und auch die Kinderbetreuung während der Kurse ist nicht in ausreichendem Maße vorhanden.

Fazit und Empfehlungen

Insgesamt kann festgehalten werden, dass der Austausch zwischen Stadt und sozialen Trägern gemeinhin sehr positiv bewertet wird. Das Konzept der Stadt Sindelfingen der engen Kooperation und Vernetzung mit den unterschiedlichen Akteuren durch regelmäßige Austauschtreffen, um Handlungsbedarf und -koordination besser abschätzen zu können, kann als gute Praxis bewertet werden.

Während auch schon vor dem starken Anstieg der Flüchtlingszahlen ein umfangreiches Beratungs- und Förderangebot für Neuankommende bestand, wurde ab 2015 der Bedarf an Angeboten, die speziell auf Geflüchtete zugeschnitten waren, erkannt und kurzfristig gedeckt durch den Aufbau der städtischen Flüchtlingsberatung und den engen Austausch mit den leicht zugänglichen Angeboten zur Erstorientierung von Geflüchteten von sozialen Trägern wie der Caritas und der AWO sowie des ehrenamtlich tätigen AK Asyl. Allerdings kann im Bereich der Beratung die hohe Nachfrage nicht umfassend gedeckt werden, das gilt insbesondere für den Jugendmigrationsdienst angesichts des seit 2015 stark zugenommenen Bedarfs.

Ähnliches gilt für den gestiegenen Bedarf an Sprachkursen, der durch die VHS Böblingen-Sindelfingen mit einem größeren Angebot von Deutsch- und Integrationskursen beantwortet wurde. Auch die Caritas bietet mittlerweile ein flächendeckendes Sprachkursangebot an, das mit lebensnahen Themenbereichen verbunden ist. Wünschenswert wäre hier ein Ausbau der Kinderbetreuung begleitend zu Sprachkursen, um vor allem Müttern den Zugang und die regelmäßige Teilnahme zu erleichtern. Auch die Verbindung von Spracherwerb mit konkreten Einblicken in das politische und demokratische System in Deutschland scheint gut funktioniert zu haben, entsprechende Elemente sollten regelhaft in den Kursen mit höherem Sprachniveau verankert werden. Ähnliches könnte für den regelmäßigen Besuch von Kulturinstitutionen und -veranstaltungen gelten.

Insbesondere eine bessere Vermittlung der Erstinformationen für alle Neuankommenden wird für sinnvoll erachtet. Dazu gehört u.a. die Bereitstellung der Willkommensordner in mehreren Sprachen – vor allem den wichtigsten Welt- und Herkunftssprachen – und ausgelegt für alle Neuankommenden und nicht nur für Geflüchtete. Auch die Homepage der Stadt könnte dazu genutzt werden, für Neuankommende zentrale Informationen in mehreren Sprachen bereitzustellen. Sinnvoll erscheint uns die Schaffung einer gemeinsamen Anlauf- und Vermittlungsstelle für *alle* Neuankommenden an einem zentral gelegenen Ort. Dies sollte Migrantenselbstorganisationen mit einbeziehen (um so ggf. auch den Zugang zu SprachmittlerInnen aus den Communities zu erleichtern), aber idealerweise auch den AK Asyl und andere Beratungsinstanzen am selben Ort.

Empfohlen wird darüber hinaus die Entwicklung von neuen Formaten und Gelegenheiten, um so viel wie möglich Begegnungen von Neuankommenden und ansässigen Sindelfinger BürgerInnen zu fördern, ohne dass dies ausschließlich vom ehrenamtlichen Engagement ab-

hängt – mit Schwerpunkt auf Bereichen, in denen Teilhabe auch mit eingeschränkten sprachlichen Voraussetzungen möglich ist (z.B. Sport und Musik). Auch hier könnte der Erstzugang über die oben erwähnte zentrale Anlaufstelle vermittelt werden. Diese Formate sollten sich nicht ausschließlich an eine bestimmte Zielgruppe wie etwa Geflüchtete richten, sondern allen Neuangekommenen offenstehen. Hierbei sollte die lokale Ebene der Nachbarschaften im Vordergrund stehen und könnte durch die Initiierung oder Ausbau von Patenschafts- oder Lotsenprojekten auf Stadtteilebene weiter gestärkt werden.

Bildung

Frühkindliche Bildung

Die Stadt Sindelfingen beschreibt sich selbst als kinder- und familienfreundliche Stadt und informiert auf ihrer Homepage über Angebote für frühkindliche Betreuung in ihren insgesamt 35 städtischen Kindertagesstätten, die durch neun Einrichtungen in freier, kirchlicher oder privater Trägerschaft ergänzt werden (Stadt Sindelfingen 2018: Betreuung).

Ab dem ersten Lebensjahr hat jedes Kind Anspruch auf einen Krippen- bzw. Kindergartenplatz. Die Stadt bemüht sich, neben den regulären KiTas (Halbtagsbetreuung) in jedem Bezirk auch Krippen-, Ganztags- und Hortplätze bereitzustellen. Die Stadt ist gesetzlich dazu verpflichtet, innerhalb von sechs Monaten nach Eingang des Antrags einen KiTa-Platz zur Verfügung zu stellen. Die zentrale Vormerkstelle erfragt bei den Eltern jährlich den Bedarf und informiert den Gemeinderat über die aktuelle Situation, sodass das Platzangebot an den aktuellen Bedarf angepasst werden kann. Laut Amt für Bildung und Betreuung sind die KiTas zwar ausgelastet, der Bedarf ist aber bisher generell hinreichend gedeckt.

Neben kirchlichen Trägern bieten auch freie Träger alternative Betreuungskonzepte, zu denen etwa Waldorfkindergärten zählen. Zudem bieten auch einige Betriebe ihren ArbeitnehmerInnen den Service der Kinderbetreuung vor Ort an. Mithilfe des landesweiten Sprachförderungsprogramms SPATZ (Sprachförderung in allen Tageseinrichtungen für Kinder mit Zusatzbedarf) können die Träger ab dem ersten Kindergartenjahr sowohl eine intensive Sprachförderung (ISK) als auch das Programm Singen-Bewegen-Sprechen (S-B-S) anbieten, um die Kinder individuell in ihrer Entwicklung zu unterstützen (Kultusministerium BW 2017: SPATZ). Darüber hinaus bewirbt die Stadt das sogenannte Programm „tupf“ (Tages- und Pflegeeltern e.V.; Kreis Böblingen 2017). Dort bieten in sog. „Erziehungsstellen“ speziell pädagogisch ausgebildete Familien an, Kinder und Jugendliche aus schwierigen familiären Verhältnissen bei sich zu Hause aufzunehmen. So sollen die betroffenen Kinder in einem professionellen und familiären Umfeld stabilisiert werden und ihre Entwicklungsschwierigkeiten aufholen können. Die Kosten für die Betreuung sind für kinderreiche Familien geringer und für Kinder unter drei, die einer intensiveren Betreuung bedürfen, teurer. Zudem staffeln sich die Kosten nach der Betreuungszeit. Dagegen spielt das Einkommen der Eltern keine Rolle. Auch das Mittag-

essen ist mit einem Pauschalpreis von 86€ im Monat (Stand: Ende 2017) verhältnismäßig teuer und ebenfalls nicht nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt.¹³

Die zentrale Vormerkstelle ist auch für neue SindelfingerInnen die erste Ansprechpartnerin in Sachen Kinderbetreuung, die entsprechenden Informationen sind in der Willkommensmappe für Neuangekommene enthalten. Zudem informiert die zentrale Vormerkstelle Eltern über den Tag der Offenen Tür, an dem sie die KiTas besuchen können. Viele Eltern scheinen sich jedoch schon vor dem Zuzug hinsichtlich der Kinderbetreuung über die Homepages der Sindelfinger KiTas zu informieren:

Also die, die frisch herziehen, die nehmen den Kontakt oft schon früher auf. Also die gucken auf der Homepage und [...] sagen »ja, ich komm aus der Schweiz« oder ich bekomme englische Mails aus Amerika, aus USA, dass sie eben in 3, 4 Monaten nach Sindelfingen ziehen und sich schon mal erkundigen wollen. Das ist natürlich super, wenn die Eltern so vorausschauend sind und man ihnen dann schon alles Mögliche zumailen kann und die dann schon mal in Ruhe sich mit dem Thema auseinandersetzen und dann auch auf der Vormerkliste stehen.

Eine frühe Planung durch die Eltern erleichtert die Planungsarbeit für die Stadt. Allerdings sind die Informationen lediglich auf Deutsch zugänglich, sodass die Informationssuche schon aus dem Heimatland oder gar die frühe Beantragung eines KiTa-Platzes für ausländische Familien eher schwierig ist. Laut einem Interview habe die Stadt jedoch kein umfassendes mehrsprachiges Informationsangebot gewährleisten können:

Also es ist so, dass es früher bei der Stadt verschiedene Übersetzungen gab, aber man zunehmend das Problem hatte, dass sich dann immer irgendjemand ausgegrenzt gefühlt hat, weil es einfach, es ja viele Nationen sind und deswegen ist es so, dass es diese Formulare jetzt nur auf Deutsch gibt.

Die Argumentation, lieber völlig auf Übersetzungen der deutschen Formulare zu verzichten, als damit die SprecherInnen anderer Sprachen zu benachteiligen (man könnte auch sagen: lieber möglichst alle zu benachteiligen als möglichst wenige), ist nicht nachvollziehbar – besonders, wenn neben Englisch die wichtigsten Herkunftssprachen vertreten wären. Die Übersetzung der wesentlichen Dokumente in die gängigsten Hauptsprachen wäre auch für die Planung der Stadt selbst förderlich und hätte zudem einen integrativen Effekt, indem sich

¹³ Bei Familien, die aufgrund ihres geringen Einkommens berechtigt sind, Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) zu erhalten, wurde hier zum Zeitpunkt der Untersuchung ein Anteil von € 65 übernommen (seit August 2019: volle Übernahme). Als ein Grund für das relativ hohe Essensgeld wird vonseiten des Amtes für Bildung und Betreuung angegeben, dass das Essen überwiegend in eigenen Küchen frisch zubereitet wird.

ausländische Familien durch die ihnen zukommende Aufmerksamkeit von Seiten der Stadt noch mehr willkommen fühlen könnten.

Bereits auf dem Aufnahmebogen werden Daten zur Nationalität eingeholt. Zudem kann auf freiwilliger Basis die Muttersprache des Kindes angegeben werden. Auf Basis dieser Informationen kann die zentrale Vormerkstelle regulierend auf die Sprachmischung in den KiTas einwirken:

Soweit es die zentrale Vormerkstelle beeinflussen kann, weil ja der Wunsch der Eltern hohe Priorität hat, versuchen wir auch darauf zu achten, dass es eben keine Schwerpunkt-Kitas mit bestimmten Nationalitäten gibt, sondern dass es da eine gute Durchmischung gibt – das ist ja auch der Vorteil von einer zentralen Vormerkstelle. Aber wie gesagt, da kommen wir an unsere Grenzen, weil der Elternwunsch auch eine hohe Priorität hat und da ist es dann natürlich schon gut zu wissen, wie ist der Hintergrund, um so 'ne Durchmischung auch so ein bisschen beeinflussen zu können. Und weil wir eben verschiedene Sprachförderprogramme in den Kitas auch haben und dann ist es eben auch gut zu wissen, wo ist welches Kind gut aufgehoben.

Hier kommen verschiedene Verteilungsprinzipien zum Tragen: die Wohnortnähe, das Sprachförderangebot der jeweiligen Kita, das Streben nach einer möglichst heterogenen Zusammensetzung der Kinder (vor allem um Deutsch als gemeinsame Umgangssprache zu fördern) und der Elternwille. Diese lassen sich allerdings nicht immer in Einklang bringen: Im Prinzip soll eine wohnortnahe Zuordnung („kurze Beine, kurze Wege“) Priorität haben, dem kann der Elternwille entgegenstehen (aus unterschiedlichen Gründen, siehe unten), aber auch das sehr viele Bereiche des Verwaltungshandelns durchziehende Ideal der „ethnisch-kulturellen“ Durchmischung der Nationalitäten der KiTa-Kinder, das bei konsequenter Anwendung dazu führen könnte, dass Kinder aus Einwandererfamilien allein aufgrund ihrer „ethnischen“ Herkunft eben nicht an die nächste KiTa vermittelt werden. Soziale oder noch einmal andere Kriterien wie bestehende Netzwerke zwischen den Eltern und Kindern scheinen hier – zumindest im Vergleich zur „Nationalität“ und Muttersprache – keine größere Rolle zu spielen oder sie sind so selbstverständlich, dass sie nicht extra erwähnt wurden.

Die Frage ist nun, wie jeweils die konkrete Abwägung erfolgt und wie bestehende Netzwerke mit ähnlichem „ethnisch-kulturellem Hintergrund“ unter Familien bewertet (und berücksichtigt) werden. Bei Familien „ohne Migrationshintergrund“ kann wiederum, vor allem wenn sie dem eher bürgerlichen Milieu angehören, die *Vermeidung* von „Durchmischung“ durchaus eine Rolle bei der Auswahl der „Wunsch-KiTa“:

Also wir hatten schon die Situation, dass Kinder schon vorgemerkt waren, schon fest angemeldet waren in einer Kita im Sindelfinger Norden. Da ist der Anteil an Familien mit Migrationshintergrund höher und da war's dann so, dass die Familie, die im September neu hätte beginnen wollen, am Samstag an der Kita vorbei spaziert ist, und da war Sommerfest und dann hat sie festgestellt, dass da so viele Mütter mit Kopftuch sitzen und dann haben sie am Montag hier angerufen und gesagt: »Wir wollen in eine andere Kita.« Das gibt's schon auch.

Soziale und kulturelle Segregation findet also statt, allerdings eher vonseiten der besser situierten Eltern (mit und ohne Migrationshintergrund), gleichzeitig gilt bei „ethnisch deutschen“ Kindern die mangelnde „Durchmischung“ in der Regel nicht als Problem (siehe dazu unten mehr). Auch angesichts der Tatsache, dass ein Großteil der Eltern „mit Migrationshintergrund“ schon selbst in der Stadt groß geworden ist, ist zu fragen, ob das Element der „Fremdheit“ durch diesen Diskurs der Problematisierung von „ethnisch-kultureller Herkunft“ nicht überhöht wird. Das sieht bei Eltern, die erst vor kurzem nach Deutschland gekommen sind, natürlich anders aus, aber auch hier ist zu berücksichtigen, dass sie z.T. völlig verschiedene Voraussetzungen mitbringen – etwa im Vergleich zwischen Personen, die mit einem Arbeitsvertrag aus einem EU-Nachbarstaat oder eben als Kriegsflüchtlinge ohne Hab und Gut in die Stadt gekommen sind, ob die Eltern im Herkunftsland z.B. eher bäuerlicher Herkunft waren oder dem gebildeten Mittelstand angehört haben.

Umgang mit sprachlicher und kultureller Diversität

Konzeptionell zielen die Sindelfinger KiTas in Anlehnung an die Reggio-Pädagogik darauf ab, Interkulturalität in den Betreuungsalltag einzubauen. Laut Amt für Bildung und Betreuung stellt es ein bewährtes Konzept dar. Auch das Betreuungspersonal zunehmend interkulturell, was als positiv für den interkulturellen Austausch gewertet wird.

Also wir haben auch in einer Kita, [...] die gerade einen besonders hohen Anteil an Familien mit Migrationshintergrund hat, haben wir auch schon immer eine kopftuchtragende Erzieherin. Die hatten wir auch während dieser Zeit, als die Rechtslage noch eine andere war, weil die hatte Bestandsschutz, die war schon vorher da und da haben wir auch wirklich sehr gute Erfahrungen gemacht. Also die Akzeptanz auch bei den Eltern (ist groß) und sie ist ein sehr gutes Bindeglied. Mir kommt jetzt gerade auch eine andere türkischstämmige Erzieherin in den Sinn, die kein Kopftuch trägt, die aber z.B. auch sehr wertvolle Hinweise immer den Kolleginnen gegeben hat, wenn es um so Dinge ging, dass sie sich geärgert haben, dass die Familien, was weiß ich, den Brief verschlampert haben oder der Einladung nicht gefolgt sind, die sie schriftlich bekommen haben, und sie eben nochmal deutlich gemacht hat und gesagt hat »es ist in unserer Kultur so viel hilfreicher und effektiver, wenn ihr uns persönlich anspricht, als dass ihr uns einen Brief gebt« oder »und wenn, dann nicht drei Wochen vorher, sondern vielleicht nochmal einen Tag vorher« oder so und das sind manchmal so kleine Paradigmenwechsel, die oft viel bewirken. Und da, ja, da profitieren wir schon sehr.

Es ist letztlich die interkulturelle *Praxis*, die es KollegInnen und KiTa-Leitungen aufzeigt, dass sich durch die interkulturelle Zusammensetzung des Personals neue Wege zum interkulturellen Austausch eröffnen, der für die Zusammenarbeit zwischen Kindern, Eltern und ErzieherInnen förderlich ist. Noch besser ist, wenn sich dieser Ansatz auch in der eigentlichen Betreuungsarbeit wiederfindet – wie es die Reggio-Pädagogik eigentlich auch nahelegt:

Die Herkunftsländer der Kinder finden sie an Weltkarten, sie finden Fotos, die dann mit Bindfäden das Foto des Kindes zum jeweiligen Land auf der Weltkarte (verbindet), sie finden Willkommensplakate in allen Sprachen in den Eingangsbereichen, Lieder werden mehrsprachig einstudiert – und nicht nur „Frère Jacques“. (überlegt) Also das ist ein ganz großes Thema. Eltern werden eingeladen auch im Rahmen von Elternnachmittagen, Eltern für Eltern oder auch Eltern für Kinder, von ihrem Herkunftsland zu erzählen, mit den Kindern zu kochen, einen Tanz zu tanzen. Was sie gerne da einbringen möchten, was sie für typisch erachten und wo das dann [...] einfach nochmal eine ganz andere Wertschätzung erfährt. Also das ist auch selbstverständlich, dass die Kinder bei uns nicht korrigiert werden, wenn sie sich in ihrer Muttersprache unterhalten, [...] weil wir das also wirklich für die Kinder und ihre Persönlichkeit als extrem abwertend empfinden würden, wenn wir ihnen das unterbinden würden.

Die „aktive“ Akzeptanz und Beschäftigung mit der sprachlichen, ethnischen und kulturellen Diversität soll die Wertschätzung gegenüber den Muttersprachen und Herkunftsländern der Kinder betonen. An dieser Stelle ist im KiTa-Bereich schon vieles selbstverständlich, womit sich der Bereich Schule noch schwertut, wo z.B. die Akzeptanz des Gebrauchs der Muttersprache auf dem Schulgelände nicht überall selbstverständlich ist (siehe unten). Was der Ausschnitt aber auch zeigt, ist, wie schwierig die Gratwanderung ist zwischen der positiven Akzeptanz von Vielfalt einerseits und ethnisierenden Zuschreibungen andererseits, denn natürlich ist für längst nicht alle diese Kinder und ihre Eltern das „Herkunftsland“ tatsächlich das Herkunfts- oder gar das Heimatland. Es ist natürlich die konkrete Alltagspraxis, die hier beurteilt werden müsste, aber die gängigen *Narrative* sprechen eben eher von „anderen Nationalitäten“ als vom „Herkunftsland der Großeltern“. Dass zur Alltagspraxis auch eine Differenzierung nach Generationen – also z.B. zwischen hier geboren in dritter Generation oder neuangekommen – oder auch den tatsächlichen Kenntnissen anderer Sprachen als Deutsch bei den Kindern gehören würde, wird in diesem Ausschnitt zumindest nicht benannt.

Ein anderer Aspekt ist, dass Eltern unterschiedliche Erwartungen daran haben, was KiTas als Bildungseinrichtungen leisten (sollten). Ein Beispiel:

(Die) sogenannte Aussiedlerfamilien, also die Russlanddeutschen, die waren dann schon diejenigen, die tatsächlich die den Erzieherinnen sehr großen Respekt entgegengebracht haben, aber auch hohe Erwartungen hatten an den Lernerfolg. Das ist vielleicht schon ein Thema. [...] Also wir definieren Bildung so,

dass wir sagen, wir unterstützen das Kind in seiner Wissbegierde, wir ermuntern es zu Fragen, wir begeben uns auch mit den Kindern dann auf die Suche nach Antworten. Aber wir sind nicht diejenigen, die immer alles besser wissen, sondern wir machen uns da mit den Kindern (zusammen) auf den Weg. Das ist z.B. so ein Eckpunkt der Reggio-Pädagogik, und da merk ich schon, dass manchmal Eltern da ein anderes Bildungsverständnis haben und eher auf das fertige Produkt gucken.

Hier werden Unterschiede gesehen und gemacht zwischen verschiedenen Herkunftsgruppen, indem russlanddeutsche Familien als diejenigen hervorgehoben werden, die hohe Erwartungen an die ErzieherInnen und die Bildungsarbeit in den KiTas formulieren. Dies scheinen einige Teile der Elternschaft im Konzept der Reggio-Pädagogik nicht gewährleistet zu sehen, das hier als zu spielerisch wahrgenommen wird. Laut einer Studie des Deutschen Kitaleitungskongresses kämpfen ErzieherInnen vielfach mit dem Vorurteil, in KiTas werde nur gespielt und gebastelt, und monieren, dass ihrer Bildungsarbeit häufig wenig Wertschätzung entgegengebracht werde (DKLK 2017: 8). Insofern ist die hohe Anspruchshaltung, die im obigen Ausschnitt vor allem „Russlanddeutschen“ zugeschrieben wird, offenbar kein Phänomen, das nur bei Eltern mit einem spezifischen Migrationshintergrund zu beobachten ist.

In Form von Weiterbildungsmaßnahmen im Sinne des Reggio Emilia-Konzepts wird versucht, das Betreuungspersonal in Bereichen der Inklusion, Integration und Interreligiosität hinreichend zu schulen. Dabei stehen vor allem die Förderung der Wissbegierde und Kreativität im Fokus der Erziehungsarbeit in KiTas. Ohne feste Vorgaben und Ziele wird auf die persönliche Entfaltung der Kinder Wert gelegt, indem diese selbstständig über ihre Zeit verfügen können. Allerdings hatte das Thema Interkultur im Fortbildungsplan des Amtes für Bildung und Betreuung für das Jahr 2016/2017 noch einen eher nachrangigen Stellenwert. Es gab im Themenfeld Sprache nur eine Fortbildung zum baden-württembergischen Sprachförderprogramm SPATZ und – zudem erst ganz am Ende des Programmheftes angesiedelt – noch drei Fortbildungen zum Thema interkulturelle und interreligiöse Erziehung, das waren vier von insgesamt über vierzig Veranstaltungen. Im aktuellen Fortbildungsplan 2017/18 hat dies eine deutliche Steigerung erfahren: Es gibt drei Fortbildungen zum Thema Umgang mit Vielfalt, einen Workshop zu vorurteilsbewusster Bildung und Erziehung, einen weiteren Workshop zur Integration von geflüchteten Kindern und drei Fortbildungen zum Thema Mehrsprachigkeit bzw. Deutsch als Zweitsprache (DaZ).

Gemäß der Reggio-Philosophie versteht sich eine KiTa als integrierter Teil der Gesellschaft, sodass die Teilhabe der Eltern ausdrücklich gewünscht ist. Die vielfaltsensible Ausrichtung

der KiTas will, dass weder zwischen Kindern mit und ohne „Migrationshintergrund“, noch zwischen sozialen Schichten unterschieden wird. Die Kinder können individuell ihre Persönlichkeit stärken, ohne einem Erwartungs- und Leistungsdruck ausgesetzt zu sein. Gemäß den landesrechtlichen Vorgaben und dem Konzept der Reggio-Pädagogik sollen Interkulturalität und Internationalität Teil des Betreuungsprogramms sein. Zudem wird auch auf ein interkulturelles Betreuungspersonal Wert gelegt, das teilweise als interkulturelle VermittlerInnen fungiert. Abgesehen von den ausschließlich deutschsprachigen Formularen für das Anmeldeverfahren scheint der KiTa-Bereich insgesamt gut gerüstet für die zunehmende Diversität der Kinder und Familien.

Schulbildung

Schulstruktur

Sindelfingens Schullandschaft besteht aus insgesamt siebzehn Schulen: sechs Grundschulen, drei Gemeinschaftsschulen (GMS), drei Realschulen, vier Gymnasien und einem Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ) mit dem Förderschwerpunkt Lernen.¹⁴ Alle Schulformen unterstehen dem Kultusministerium Baden-Württemberg als oberster Schulaufsichtsbehörde. Dieses ist für alle Angelegenheiten der Schulaufsicht zuständig, die nicht durch Gesetz anderen Behörden zugewiesen sind. Die oberste Schulaufsichtsbehörde regelt insbesondere die Bildungs- und Lehrpläne, die Stundentafeln sowie die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Lehrer. Obere Schulaufsichtsbehörde ist das Regierungspräsidium. Dieses führt vor allem die Fachaufsicht über die Schulen, die Dienstaufsicht über die Schulleiter und Lehrer sowie die Dienst- und Fachaufsicht über die unteren Schulaufsichtsbehörden (§ 34 Abs. 1 SchG BW). Das Staatliche Schulamt Böblingen ist regional als untere Schulaufsichtsbehörde für die Sindelfinger Schulen zuständig, mit Ausnahme der Gymnasien und der Berufsschulen – übernimmt dies das Regierungspräsidium Stuttgart. Innerhalb der Stadt ist wiederum das Amt für Bildung und Betreuung neben den KiTas auch für die Schulen und vor allem deren sachlichen und räumlichen Ausstattung zuständig. Die Vernetzung der

¹⁴ Hinzu kommen zwei private weiterführende Schulen: der Sindelfinger Ableger der International School Stuttgart auf dem Goldberg und die Kolping-Realschule in Maichingen. Insbesondere die International School, aber auch die Vorgängerin der Kolping-Schule, die Carl Friedrich von Weizsäcker-Schule, wären unter interkulturellen Gesichtspunkten durchaus interessant gewesen, konnten aber aus Zeitgründen für das Forschungsprojekt nicht näher berücksichtigt werden.

Schulen untereinander, aber auch mit der Stadt, den Eltern und innerhalb der Stadtteile ist in mehreren Gremien institutionalisiert:

In den **Schulleiterrunden** kommen die Schulleitungen der Grund-, Gemeinschafts- und Realschulen sowie des SBBZs zusammen, die der Gymnasien treffen sich separat. Sie dienen als Forum für einen regelmäßigen Austausch der Bildungseinrichtungen. In den **Stadtteilrunden** können stadtteilspezifische schulrelevante Anliegen, wie etwa Sprachangebote für die Eltern, besprochen und verbreitet werden. Sie dienen der Öffnung der Schulen in Richtung auf die BewohnerInnen der Stadtteile (die z.B. die GMS Eichholz während der vermehrten Aufnahme von geflüchteten Kindern nutzte, um Freiwillige für den erhöhten Betreuungsbedarf zu finden). Der **Gesamtelternbeirat (GEB)** ist ein Forum, das sich aus mehr als 40 Mitgliedern (zwei VertreterInnen pro Schule) zusammensetzt und die Sindelfinger Eltern im städtischen Beirat für Bildung und Betreuung vertritt. Hier sitzen auch eine Schulleitung pro Schulart und der Gesamtelternbeirat der KiTas. Im Beirat können schulspezifische Punkte zur Diskussion gestellt werden, ein Stimmrecht haben die beiden GEBs jedoch nicht.

Die Verteilung des Anteils an „Migrationshintergrund“

Die folgende Tabelle 2.1 auf Basis der Schulstatistik von 2017/18 zeigt die Anteile an „SchülerInnen mit Migrationshintergrund“ in den Sindelfinger Schulen. Die Schulstatistik weist eine gewisse Kohärenz auf zwischen den umliegenden Wohnbezirken und dem „Migrationshintergrund“ der SchülerInnen in dem Sinne, dass Schulen in Stadtbezirken mit insgesamt relativ hohem Anteil auch einen höheren Anteil an SchülerInnen „mit Migrationshintergrund“ aufweisen als Schulen in weniger gemischten Vierteln. Die Frage, die auch von vielen unserer schulischen InterviewpartnerInnen vorgebracht wurde, ist allerdings, wie aussagekräftig diese Zahlen tatsächlich sind – wie schon der in die Tabelle mitaufgenommene Vergleich zu den demographischen Daten der umliegenden Stadtteile zeigt. Der Hintergrund ist, dass die amtliche Schulstatistik an allen öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg über einen Fragebogen erhoben wird, der die Staatsangehörigkeit des Kindes, den Geburtsort und die nach Selbstauskunft „zu Hause überwiegend gesprochene Sprache“ erfasst. Das bedeutet, dass lediglich für im Ausland geborene Kinder und für nicht-deutsche Staatsangehörige eindeutige Aussagen möglich sind, während für den an den Schulen weit überwiegenden Anteil der SchülerInnen, die sowohl in Deutschland geboren wurden als auch die deutsche Staatsange-

hörigkeit besitzen, der mögliche „Migrationshintergrund“ nur durch die Frage nach dem „überwiegenden Sprachgebrauch“ in der Familie erkennbar wird.

Tabelle 2.1: Anteile Schüler mit Migrationshintergrund in den Sindelfinger Schulen – und im Vergleich zur Bevölkerung unter 18 des jeweiligen Schulbezirks

Schulbezirk	Grundschulen	GMS/WRS	Realschulen	Gymnasien
78%	GMS Eichholz	57%	GMS Eichholz	59%
78%	Sommerhofen	75%		Pfarrwies. 38%
72%	Klostergarten	44%	Klostergarten	42%
64%	Gartenstraße	74%		Stiftsgym. 22%
65%	Königsknoll	57%		
83%	GMS Goldberg	77%	GMS Goldberg	77% RS Goldberg 59% Goldberg 27%
72%	Hinterweil	48%		RS Hinterweil 29%
56%	GMS Maich.	25%	GMS Maich.	36% Unterried. 20%
42%	Darmsheim	17%		
GESAMT:	53%	57%	43%	25%

Quelle: Schulstatistik für das Schuljahr 2017/18; Amt für Bildung und Betreuung der Stadt Sindelfingen

Hierbei besteht allerdings auch auf Seiten der befragten Schulleitungen die Vermutung, dass aufgrund der sozialen Erwünschtheit (oder um eine Stigmatisierung ihrer Kinder zu vermeiden) viele Eltern Deutsch als die dominierende Sprache eintragen – das gilt insbesondere bei der Anmeldung an Gymnasien. Einen Hinweis darauf, wie groß diese Abweichung sein könnte, zeigt der Vergleich mit der Bevölkerungsstatistik: Während die Schulstatistik 2017/2018 den Gesamtanteil an SchülerInnen „mit Migrationshintergrund“ in den Grundschulen mit 53% angibt – dort sollten ja im Prinzip alle schulpflichtigen Kinder zwischen 6 und 10 Jahren in der Stadt erfasst sein –, liegt der Anteil in den Daten der Statistikstelle der Stadt bei den Unter-18-jährigen bei 70%, eine Differenz von fast 20 Prozentpunkten, die in der Altersgruppe der GrundschülerInnen sogar noch höher liegen dürfte.

Dennoch ist anzunehmen, dass die *Tendenz* der Daten in der Schulstatistik nicht völlig falsch ist, weil die Parallelen zwischen Einzugsgebiet und „Migrationshintergrund“ an den Schulen

ja bestehen: So gehen laut Statistik auf das Pfarrwiesengymnasium (wesentliche Einzugsgebiete Eichholz, Spitzholz, Eschenried, Rotbühl) 38% SchülerInnen „mit Migrationshintergrund“, wohingegen dieser Anteil auf dem Gymnasium Unterrieden (wesentliche Einzugsgebiete Hinterweil, Grünäcker, Landhaussiedlung, Ortskern Maichingen, Krautgartensiedlung und Allmendäcker sowie umliegende kleinere Gemeinden außerhalb Sindelfingens) lediglich 20% beträgt. Gleichzeitig ist in Frage zu stellen, dass die Anteile an den weiterführenden Schulen auf dem Goldberg tatsächlich so viel höher liegen als etwa im Eichholz (GMS Goldberg: 77% gegenüber 59% an der GMS Eichholz) oder im Hinterweil (Realschule Goldberg: 59% gegenüber 29% an der RS Hinterweil). Möglicherweise liegt die Schulstatistik am Goldberg schlichtweg näher an der Wirklichkeit als in den anderen Stadtteilen – aus welchen Gründen auch immer.

Und noch ein weiterer Einflussfaktor ist hier zu berücksichtigen: Durch die hohe Vielfalt in der Stadt weist Sindelfingens Schülerschaft im bundesdeutschen Vergleich insgesamt einen weit überdurchschnittlich hohen Anteil von „SchülerInnen mit Migrationshintergrund“ auf (vgl. SVR 2016: 5). Und dennoch ist auch bei den Sindelfinger Schulen in Bezug auf den Bildungsweg ein in vielen Bildungsstudien immer wieder bestätigter gesamtdeutscher Trend erkennbar, dass der Anteil dieser SchülerInnen an höheren Schulformen wie dem Gymnasium deutlich niedriger liegt, während er insbesondere an Haupt- und Förderschulen überdurchschnittlich hoch ist (vgl. z.B. Wilmes/Schneider/Crul 2011). Es ist also zu fragen, inwieweit die Bildungschancen auch bei den Sindelfinger SchülerInnen mit und ohne Migrationshintergrund ungleich verteilt sind.

Allerdings ist der „Migrationshintergrund“ hier nicht das einzige relevante Kriterium, weil sich in vielen Studien auch der *soziale* Hintergrund der Familie als statistisch signifikant für den späteren Bildungserfolg der Kinder erwiesen hat – die Reproduktion des sozialen Status der Eltern kann als einer der wesentlichen Hintergründe der Dreigliedrigkeit in der Sekundarstufe im deutschen Schulsystem gelten (vgl. Gomolla & Radtke 2009; Bertelsmann Stiftung 2017; Jungkamp/John-Ohnesorg 2016; SVR 2017). Beide Aspekte sind allerdings insbesondere in Folge der Arbeitsmigration aufgrund der Anwerbeabkommen der Bundesrepublik nur schwer voneinander zu trennen. Allem voran bei so genannten „GastarbeiterInnen“ aus der Türkei, die heute die größte Gruppe derjenigen „mit Migrationshintergrund“ in Sindelfingen und Baden-Württemberg stellen, wurden gezielt die BewerberInnen mit den niedrigsten Bil-

dungsabschlüssen angeworben, so dass bis heute viele türkeistämmige SchülerInnen aus Familien ohne akademischen Bildungsabschluss kommen.

Der Übergang von der Grund- zur weiterführenden Schule ist in der erziehungswissenschaftlichen und bildungssoziologischen Literatur vielfach als eine der wichtigsten „Statuspassagen“ bezeichnet worden, bei der Weichenstellungen vorgenommen werden, die die gesamte spätere Bildungs- und Berufskarriere beeinflussen. In kaum einem anderen europäischen Land findet dies in so jungem Alter statt – und ist damit besonders fehleranfällig – und in kaum einem anderen europäischen Land werden die hier vorgenommenen Festlegungen zu einem späteren Zeitpunkt so selten korrigiert (vgl. Wilmes/Schneider/Crul 2011; Gomolla & Radtke 2009; SVR 2017). Um hier zumindest eine Ahnung davon zu bekommen, ob und in welcher Größenordnung die darin angelegte Benachteiligung insbesondere von Kindern aus eingewanderten und sozial benachteiligten Familien auch in Sindelfingen anzutreffen ist, wären allerdings aussagekräftige Daten nötig, die die Schulstatistik in ihrer aktuellen Form nicht liefert. Noch mehr als die Übergänge von der Grund- zur weiterführenden Schule wäre hier allerdings die Verteilung der Schulabschlüsse an allgemeinbildenden Schulen nach sozialem Hintergrund, nach Herkunftsländern der Eltern/Großeltern und/oder nach Familiensprache, nach Aufenthaltsstatus und nach Wohnorten, die die Schulen in gewissen Zeitabständen (z.B. alle drei Jahre) selbst erheben und zusammentragen könnten.

Der Umgang mit einer vielfältigen Schülerschaft

Wie im Kapitel Demographie beschrieben weisen die Jahrgangskohorten der Unter-18-jährigen im Hinblick auf die Kategorie „Migrationshintergrund“ eine gegenüber der Gesamtbevölkerung noch einmal deutlich erhöhte Vielfalt auf. Diese Vielfalt ist in den Kindergärten und Schulen bereits gut sichtbar und prägt die Zusammensetzung der Klassen. Deutlich wird hier aber auch, dass die Kategorie „Migrationshintergrund“ in ihrer Pauschalität für den KiTa- und Schulalltag nur noch von begrenzter Aussagekraft ist und stattdessen andere Kategorien relevant werden – z.B. ob die Jugendlichen in Sindelfingen geboren oder erst im Schulalter zugewandert sind, ob sie aus einem Mitgliedsland der EU kommen oder als Flüchtlinge, ob sie bereits einen Aufenthaltsstatus haben oder die Familie noch im Asylverfahren ist, ob sie in einer Gemeinschaftsunterkunft wohnen oder in einer Wohnung usw. Ein weiteres relevantes Kriterium ist der soziale Hintergrund der Familie und das kann die Bildungsabschlüsse der

Eltern ebenso umfassen wie die Frage, ob ein Elternteil oder beide Eltern arbeiten (dürfen) und in welchem Ortsteil bzw. in welcher Siedlung die Familie wohnt.

Gleichzeitig sind aber ethno-nationale Kategorien im politisch-medialen und alltäglichen Diskurs von so großer Präsenz, dass selbst bei den hier geborenen Kindern und Jugendlichen der zweiten und dritten Generation die Gegenüberstellung zu „deutschen Kindern“ wie selbstverständlich erscheint, während Differenzierungen *innerhalb* dieser Kategorien nur selten vorgenommen werden. Ein besonders augenfälliges Beispiel ist auch hier die Herkunftsgruppe der Türkeistämmigen: Trotz ihrer zahlenmäßigen Größe, ihrer langen Anwesenheit in Deutschland – es ist heute in der Schule überwiegend die *dritte* Generation – und der damit einhergehenden sozialen Aufstiegsprozesse in den Familien, der starken politischen und kulturellen Verwerfungen, denen die türkische Gesellschaft immer wieder unterworfen war, und relevanter kultureller Unterschiede (Kinder aus kurdischen Familien haben z.B. häufig nicht Türkisch als Muttersprache) ist nach wie vor weitgehend von *der* „türkischen Community“ oder *den* „türkischen Schülerinnen und Schülern“ die Rede. Ethno-nationale Kategorien und Zuschreibungen haben im Alltagsdiskurs eine große „hegemoniale Kraft“: Sie bilden gewissermaßen das „Ordnungssystem“ für die Wahrnehmung und die Redeweisen über die demographische Entwicklung – obwohl die Betonung ethno-nationaler Zuschreibungen für das alltägliche Miteinander der SchülerInnen untereinander und mit dem Lehrpersonal eigentlich nur begrenzt relevant und hilfreich ist. Diese Selbstverständlichkeit der Präsenz von ethno-nationalen Kategorien kann beispielhaft der folgende Ausschnitt aus dem Interview mit zwei Lehrkräften illustrieren:

Lehrkraft 1: Das sind inzwischen die 4. oder 5. Generation von Gastarbeiterfamilien, die hier wohnen. Wir haben einen sehr hohen Anteil von türkischen Kindern, vereinzelt auch italienische, griechische Kinder, dann jetzt auch durch diese [Flüchtlings-]Welle VKL-Schüler. Wir haben sehr viele Russlanddeutsche gehabt eine Zeit lang. Die Stadt versucht aber, das auch zu lenken und zu steuern (...), dass sich nicht so Inseln bilden, dass man hier so eine muslimische Gesellschaft hat oder dann da eben so eine Gruppe von Russlanddeutschen, die sich dann vermehrt ballen.

Lehrkraft 2: Das merkt man auch an der Schülerschaft, also letztes Jahr war eine ganz große türkische Gruppe bei den Achtern und Neunern, das ist eigentlich weniger geworden. Also die Deutschen sind in der Minderheit in den Klassen. Der klassische Deutsche ist in der Minderheit. Also bei den Siebenern... [überlegt] gibt es da überhaupt einen Deutschen? Vielleicht einer, der könnte Deutscher sein.

Lehrkraft 1: Bei den Achtern waren's auch... Reindeutsche waren's zwei. Von 50 Kindern.

Lehrkraft 2: Also klar, vom Pass her haben die meistens einen Doppelpass noch, aber von den Eltern her, ja sind eigentlich 90% unserer Schüler mit Migrationshintergrund, würde ich sagen. (...) Bei der Integration in den Klassen guckt die Lehrerin schon drauf, dass die (...) nicht in ihrer Muttersprache die ganze Zeit sprechen. Man guckt dann schon, dass in der Parallelklasse zwei Griechen sind und nicht in einer Klasse. Soweit es geht.

Der Interviewausschnitt stellt in den Interviews im schulischen Bereich keine Ausnahme dar und wirkt in der verschriftlichten Form auffälliger und negativer als in der Gesprächssituation selbst. Er verweist eher auf den Kontrast zwischen den im schulischen und gesellschaftlichen Kontext etablierten *Redeweisen* – in denen ethno-nationale Zuschreibungen und auch die Gegenüberstellung von „Kindern mit Migrationshintergrund“ und „deutschen Kindern“ gang und gäbe sind – und einer alltäglichen *Schulpraxis*, die in vielen Fällen de facto schon längst woanders ist. Insgesamt wird das schulische Zusammenleben zwischen den vielen verschiedenen SchülerInnen und Herkunfts- oder Sprachgruppen fast durchgängig als gut und konfliktfrei bezeichnet. Dabei betonen die Befragten, dass insbesondere die SchülerInnen diese Interkulturalität als etwas Selbstverständliches wahrnehmen. So sagt eine Schulleitung:

Sie können in jede Klasse reingehen und mindestens auf zehn Sprachen guten Morgen hören. Und das sagen Sie mir mal, wo gibt es sowas? Das erleben die täglich und für die ist es völlig normal, dass da ein Asiate sitzt und ein Farbiger sitzt und die Türken sitzen und... total normal.

Eine weitere sagt:

Ich finde unsere Schule extrem multikulti, um es mal so hemdsärmlich zu sagen, aber ich habe jetzt keine ausgewachsenen Konflikte wahrgenommen. [...] Wenn ich in einer Klasse irgendwie sage: „Welche Sprache sprecht ihr noch?“, dann gehen von 80% die Finger hoch. Der Eine kann Polnisch, der Andere Russisch. [...] Dann erzählen sie von ihrem Urlaub „daheim“, in Anführungsstrichen bei ihrer Oma oder bei irgendeinem Onkel.

Beide Schilderungen vermitteln das Bild eines selbstverständlichen Nebeneinanders von Herkunft und Sprachen innerhalb der Schülerschaft, die im Schulalltag damit kaum eine Bedeutung haben. Gleichzeitig führt die „generationale Setzung“ – also die Tatsache, dass bei einer großen Zahl von Kindern „mit Migrationshintergrund“ schon die Eltern in Sindelfingen von klein auf aufgewachsen und zur Schule gegangen sind – dazu, dass sich auch die bisher weitgehend den Kindern aus bildungsbürgerlich-deutschen Familien vorbehaltenen Bereiche diversifizieren. Eine interviewte Person beobachtete dies in den Musikprofilen mit z.B. Bläserklassen und Orchestern, in denen der Anteil der teilnehmenden SchülerInnen aus Einwandererfamilien schon beinahe dem Gesamtanteil an den Schulen entsprechen würde – das betreffe insbesondere die Kinder der dritten Generation. Während früher der Schwerpunkt Musik „typisch bildungsbürgerlich“ und dann zunehmend zu etwas „typisch Deutschem“ wurde, findet hier jetzt offenbar eine Angleichung statt, die als durchaus charakteris-

tisch für die dritte Generation gelten kann, weil deren Eltern ja bereits das deutsche Schulsystem durchlaufen haben und sowohl den bildungsbürgerlichen Distinktionsmechanismus kennen als auch die Vorteile einer guten musischen Erziehung und Bildung.¹⁵ Diese klare Betonung generationaler Unterschiede bei den Herkunftsgruppen durch diese Lehrkraft ist allerdings eine Ausnahme in den Interviews im schulischen Kontext. Wie oben erwähnt sind ethno-nationale Kategorisierungen im Alltagsdiskurs noch immer vorherrschend und das kommt häufig besonders bei Konflikten oder schwierigen Klassenkonstellationen zum Tragen. Dann ist die ethno-nationale Herkunft oder der religiöse Hintergrund der Kinder häufig der naheliegendste Interpretationsrahmen für die Beurteilung von Verhalten und Persönlichkeiten bei den SchülerInnen – wie z.B. im folgenden Ausschnitt:

Es gibt eigentlich kein einziges Kind mit Migrationshintergrund, das hier mehr oder weniger isoliert wäre als ein deutsches Kind. Die werden nicht aufgrund ihrer Herkunft in irgendeiner Weise geschnitten, sondern eher, weil sie vielleicht ein komischer Typ sind oder so (lacht). Und das passiert bei Deutschen genauso. Also im Alltag krieg ich da nichts mit, im Gegenteil: es sind eher [...] die Kinder mit Migrationshintergrund, die mit Ausdrücken und Beschimpfungen den deutschen gegenüber extrem schnell sind. [...] Gut, das ist dann kulturell auch anders, "du Hurensohn", wie oft höre ich das, ja? [...] Dann sitzt der Papa da, dem ist das zutiefst peinlich (lacht). [...] Wir kriegen zunehmend, finde ich, aber das ist auch wieder nur eine Momentaufnahme, [...] fast mehr Probleme mit bosnisch-, Exjugoslawien-Klientel, Serben, Albanern, Kosovaren. Ich empfinde die latent als aggressiv.

Durch das Festhalten an ethno-nationalen Kategorien als ein zentrales Ordnungsmerkmal in der Betrachtung vielfältiger Klassen erscheinen die „ethnisch deutschen“ Kinder weniger als eine Minderheit unter vielen, als eine zur Minderheit gewordene „Norm“, die dementsprechend besonders schutzbedürftig erscheint. Der Unterschied wird auch am Beispiel des oben wiedergegebenen längeren Ausschnitts deutlich: die „zwei Griechen“ wurden besser auf zwei Parallelklassen verteilt, damit sie nicht Griechisch miteinander sprechen können. Zwar spielen nach Aussage der Befragten interkulturelle Konflikte insgesamt nur eine geringe Rolle im Schulalltag, im Alltagsdiskurs werden aber die Unterschiede zwischen den SchülerInnen mit und ohne Migrationshintergrund und auch zwischen den verschiedenen Herkunftsgruppen immer wieder relevant gemacht. Dabei bleiben in vielerlei Hinsicht tatsächlich relevante Unterscheidungen innerhalb der Kategorie „Migrationshintergrund“ weitgehend unerwähnt,

¹⁵ Musik- und Lateinklassen sind vor allem von Schulen in gemischten Wohngebieten auch deshalb eingerichtet worden, weil damit Klassen mit weit überwiegend „deutschen“ Kindern zustande kommen, mit denen sich das eher bildungsbürgerliche „deutsche“ Klientel im Stadtteil an den Schulen halten lässt, während die „Kinder mit Migrationshintergrund“ in den Klassen ohne Schwerpunkt die Mehrheit stellen (siehe u.a. Gomolla/Radtke 2009).

also die Unterscheidung danach, ob die Kinder oder sogar ihre Eltern schon in Sindelfingen aufgewachsen oder neu zugewandert sind, oder der *soziale und Bildungshintergrund* (siehe auch das folgende Kapitel über Ausbildung: hier ist es wiederum Schichtzugehörigkeit, die als wichtigstes Unterscheidungsmerkmal gilt). Das soll nicht heißen, dass der soziale Hintergrund als Faktor nicht gesehen oder berücksichtigt würde, aber es findet gewissermaßen eine „ethnische Konnotation“ der sozialen Aspekte statt – wie das folgende Zitat illustriert:

Wir haben ja 12 Prozent mehr Kinder, die jetzt übertreten auf's Gymnasium, die früher nicht gekommen wären. Und sind natürlich auch Kinder dabei, die hier nicht hergehören, die sich sehr schwer tun. Und über die Hälfte, schätze ich, sind ja Kinder mit Migrationshintergrund, die es einfach probieren, weil jetzt der Weg frei ist. Das sagen uns die Eltern auch so, aber [...] das ist Überforderung, das ist Frust, das ist Druck, auch von den Eltern. Und was jetzt noch dazu kommt, ist so die neue Fünft-, Sechstklässler-, Siebtklässler-Generation, die zunehmend unglaublich unerzogene Kinder sind. [...] Also so der kleine, jetzt sage ich es wieder, türkische Pascha – es kann auch der bosnische Pascha sein – der kleine Junge, der alles kriegt, das ist extrem.

Durch den Vorrang des Elternwillens bei der Wahl der weiterführenden Schule kommt es zu einem Anstieg der SchülerInnenzahlen an den Gymnasien, von denen viele aber vom Lernniveau am Gymnasium eigentlich überfordert sind und damit den Erwartungen der Schule und ihrer Eltern nicht gerecht werden können. Als zweiter problematischer Punkt werden Erziehungsaspekte genannt, die typischerweise mit „bildungsfernen“ Unterschichtsmilieus in Verbindung gebracht werden. Diese sind in Sindelfingen durch die demographische Entwicklung in hohem Maße „mit Migrationshintergrund“, so dass sich zwei Interpretationsmuster anbieten: die Betonung schichtspezifischer Eigenheiten oder die Hervorhebung ethnisch-kultureller Aspekte. In diesem Ausschnitt wird das zweite Interpretationsmuster gewählt und der Mangel an Erziehung der „bosnischen“ und der „türkischen“, soll hier heißen der „islamischen Kultur“ zugeschrieben.

Das ist durchaus nicht nur ein Problem der möglichen Überbetonung ethno-kultureller oder religiöser Kategorisierungen. Es ist in vielen Studien nachgewiesen worden, dass stereotype Wahrnehmungen und Einschätzungen auf Seiten der Lehrkräfte statistisch häufiger auch zu einer negativeren Bewertung eigentlich niveaugleicher schulischer Leistungen führen (BMBF 2016: 3ff.). Gleichzeitig ergaben Untersuchungen, dass Kinder, die immer wieder auf ihren mit schlechteren Schulleistungen assoziierten familiären Hintergrund aufmerksam gemacht werden, in der Folge auch tatsächlich schlechtere Leistungen erbringen – der so genannte *Stereotype Threat*-Effekt (vgl. BMBF 2016: 9; Appel/Weber/Kronberger 2015). Es entsteht

somit die Gefahr einer gegenseitigen negativen Verstärkung von Fremd- und Selbstwahrnehmung.

Ein Thema, das die Beziehungen zwischen SchülerInnen und Lehrkräften an Schulen nachhaltig belastet, ist Religion. Ein wichtiger Hintergrundfaktor ist, dass die Mehrzahl der Lehrkräfte ihre jugendliche Sozialisation in einer sich stark säkularisierenden deutschen Nachkriegsgesellschaft erfahren haben, in der religiöser Glaube zudem häufig mit „rückschrittlich“ verbunden war – unterstützt durch konservative Positionen in der Katholischen und Teilen der Evangelischen Kirche zu gesellschaftlich relevanten Fragen wie Sexualität und Gleichberechtigung. Demgegenüber steht eine große Zahl von SchülerInnen, für die Religion und Glaube eine familiär vorgelebte Selbstverständlichkeit ist. Das beschränkt sich bei weitem nicht auf muslimische Kinder, sondern gilt auch für viele christliche Familien aus dem Mittelmeerraum, aus Lateinamerika, Afrika, Polen und Russland.

Allerdings ist es beim Islam besonders augenfällig, da einerseits der Islam spätestens seit den Anschlägen von „9/11“ stark in der öffentlichen Diskussion steht und andererseits das muslimische Kopftuch die Mädchen und Frauen in besonderer Weise erkennbar macht. In den etablierten Bildern des islamischen Glaubens spielt die Idee patriarchaler Unterdrückung eine zentrale Rolle, so dass auch in unseren Interviews im Bereich Schule männliche Jugendliche häufig als „Paschas“ oder „Machos“ und die Mädchen vor allem als Opfer eines negativen konservativen Einflusses ihrer Eltern Erwähnung finden. Hierzu ein typisches Beispiel:

Bei den Mädchen fällt es mir besonders auf: Die sprechen absolut astrein Deutsch, und wenn die Mutter sie abholt, reden sie Türkisch. Ich behaupte mal, dass [...] durch die Klassenkameraden die Prägung durch das Umfeld höher ist als zuhause – zumindest sprachlich. Kulturell nicht, das Kind kann trotzdem ein Kopftuch anhaben und einen bodenlangen schwarzen Rock. [...] Es ist schon so, dass das Rollenbild, die gesellschaftlichen Werte und Normen, selbst bei denen, die hier geboren sind, immer noch sehr vom Heimatland geprägt sind. Kriegt man nicht weg. Und ganz ehrlich: Solange die Mütter hier mit Kopftuch auftauchen, wird es sich auch nicht ändern.

Das Kopftuch wird als sichtbares Zeichen weiblicher Religiosität gleichgesetzt mit dem konservativen Islam und damit gelten auch kopftuchtragende Mütter quasi automatisch als konservativ und nicht emanzipiert. Das empfundene Unbehagen bezieht sich allerdings nicht nur auf die einzelnen SchülerInnen oder Familien, sie hat auch eine gesellschaftliche Dimension: ein Gefühl der Bedrohung der o.g. gesellschaftlichen Errungenschaft der Säkularisierung und

Emanzipation, das an Schulen auch durch die Häufung und wachsende Präsenz religiöser Symbole und Auffassungen konkret greifbar wird:

Ich finde das Kopftuch grauenvoll, ich muss es grauenvoll finden, ich halte es für eine gesellschaftliche Unterdrückung, und wenn wir hier – und das ist mir hier sehr wertvoll – sehr demokratisch vorgehen, das ist schon ein ganz eiserner Grundsatz von mir, dann finde ich das Kopftuch absolut undemokratisch. Ich muss es leider akzeptieren, weil ein Mädchen in Klasse 5 hat es nicht frei gewählt, es ist rein gesellschaftlich aufgezwungen und dann haben wir mit Erziehung nur begrenzte Möglichkeiten.

Auch hier ist die Beobachtung natürlich richtig, dass es Mädchen gibt, die das Kopftuch nur oder vor allem deshalb tragen, weil es die Eltern wollen – umso wahrscheinlicher, je jünger die Mädchen sind. Unklar ist dagegen die Feststellung, dass das Kopftuch „undemokratisch“ sei. Gemeint ist vermutlich die vermutete fehlende Selbstbestimmung der Mädchen, aber das Symbol Kopftuch ist so stark, dass sich die Kritik dieser Lehrkraft gegen das Kopftuch an-sich richtet und nicht mehr unterscheidet zwischen kleineren Mädchen und der Möglichkeit selbstbestimmter Entscheidungen bei den älteren SchülerInnen. Auch bei ihnen spricht sie dem Kopftuch die Legitimation ab – und damit das grundgesetzlich garantierte Recht der freien Religionsausübung.

Es gibt an Schulen in Deutschland ein weit verbreitetes Missverständnis, dass das Neutralitätsgebot der Schulen in religiösen Fragen verwechselt mit einem Bild von Schule als einem religionsfreien Raum. Dieser ist Schule jedoch schon durch den staatlich garantierten Religionsunterricht und die Ausbildung von Religionslehrkräften in den Lehramtsstudiengängen der öffentlichen Universitäten nicht.¹⁶ Der zweite problematische Aspekt ist, dass der skeptische und offenkundig teilweise stark kulturalisierende Umgang vieler Lehrkräfte vor allem mit dem Islam und hier wiederum insbesondere mit kopftuchtragenden Mädchen natürlich auch von den Schülerinnen und Schülern selbst wahrgenommen wird und dies das Verhältnis belastet. Im Folgenden hierzu die Äußerung einer Schülerin arabischer Herkunft:

Ich denke, die größten Konflikte hatte ich wegen meiner Religion, weil auch so der Islam hier ein bisschen umstritten ist [...]. Allein schon in der letzten Stunde hatte ich wieder eine richtige Diskussion, ich war da voll auf 180, aber ich glaub einfach nur, weil ich mich irgendwie persönlich angegriffen gefühlt habe, obwohl das eigentlich vielleicht auch gar nicht so (gemeint war). Aber die Art und Weise, wie die (Lehr-)Person geredet hat oder wie sie es rübergebracht hat, hat mich gleich aufgeregt und ich konnte

¹⁶ Auf die ein weitgehend säkularisiertes Lehrerkollegium verständlicherweise irritierende Bitte oder Forderung nach Gebetsmöglichkeiten in der Schule reagieren manche Schulen mit Verboten, auf dem Schulgelände zu beten, andere jedoch mit der Einrichtung von interreligiösen Gebetsräumen (vgl. Gloy 2013).

dann nicht einfach ruhig sein. [...] Ich hatte eine Lehrerin in der fünften Klasse bis hin zur achten, da hatte ich ein Kopftuch an und die hat mich die ganze Zeit runtergemacht, die ganze Zeit meine Religion runtergezogen und mich runtergezogen, und auch mit den Noten. Ich habe das selber erlebt und ich glaube durch diese vier Jahre mit meiner Lehrerin habe ich diese Aggressionen aufgebaut gegenüber Leuten, sobald sie irgendwas Falsches sagen.

Abgesehen davon, dass es unter Lehrkräften an öffentlichen Schulen auch Personen gibt, die aus ihrer Ablehnung des Islam (und/oder von Zuwanderung und kultureller Vielfalt) keinen Hehl machen, zeigt sich hier die Kehrseite des Demokratieverständnisses, das die Lehrkraft im vorherigen Ausschnitt ausdrückt: Der selbstgestellte Anspruch, gegen die patriarchal-konservative Unterdrückung von jungen Mädchen und Frauen anzuwirken, gerät in Widerspruch zur Wahrnehmung durch die SchülerInnen selbst und bewirkt möglicherweise sogar das Gegenteil. Das Eintreten für demokratische Prinzipien und die Gleichberechtigung verliert an Legitimation, wenn es als vorurteilsbeladen und als Angriff auf die persönliche Freiheit der Jugendlichen verstanden wird und möglicherweise sogar wenig demokratische Mittel wie etwa die Notengebung als Sanktionsmechanismus herangezogen werden.

Auf der anderen Seite ist der Schulalltag weniger konfliktreich, als es die oben wiedergegebenen Äußerungen möglicherweise suggerieren, und treten bei aller Skepsis bei allen Beteiligten im sozialen Miteinander Gewöhnungseffekte ein. Eine Schulleitung bemerkt zu Schülerinnen mit Kopftuch:

Ich nehme die alle als sehr selbstbewusst wahr, die sind oft sehr gute Schülerinnen. Aber es hat noch nie zu Hänseleien oder so geführt, ich habe schon das Gefühl, dass dem mit Respekt begegnet wird. Ich meine, man kann lang darüber diskutieren, was es für Beweggründe hat, das zu machen, ja? Das ist ja schon in vielen Fällen vielleicht sogar ein: »Ich grenz' mich ab, ich möchte jetzt einfach auch mal auffallen« oder eben ein »ich habe mir eigentlich noch keine Gedanken gemacht, so war es irgendwie immer in meiner Familie«.

Noch deutlicher formuliert es die folgende Lehrkraft:

Also ich habe die Kinder gefragt, die haben das Kopftuch freiwillig angezogen. Das ist ja oft so, wenn sie ihre Periode bekommen, dann dürfen die sich entscheiden, ob sie Kopftuch tragen oder nicht, und das war nicht unter Zwang, das hatte ich nicht das Gefühl. Das sind einfach religiöse Mädchen.

Letztlich ist das Tragen eines Kopftuches eine persönliche Entscheidung, die insbesondere die Mädchen der zweiten und dritten Generation überwiegend von sich aus treffen – und gleichzeitig in ihrer Bedeutung auch nicht überschätzt werden sollte. Darüber hinaus sind sich die

im Projekt befragten Personen weitgehend einig, dass im Klassenverband das Tragen eines Kopftuches nicht zur Ausgrenzung führe und Mädchen mit Kopftuch nicht anders behandelt würden als ihre Mitschülerinnen.

Dennoch ist es nicht positiv, wenn das Verhältnis zwischen Lehrkräften und SchülerInnen „mit Migrationshintergrund“ als problematisch wahrgenommen wird und belastet durch gegenseitiges Misstrauen und Unverständnis. Auffällig ist, wie selbstverständlich unter den Lehrkräften davon ausgegangen wird, dass kulturelle Prägungen aus dem Herkunftsland erstens allumfassend und zweitens unveränderlich seien und drittens teilweise sogar als unerwünscht gelten und „überwunden“ werden sollten. Dieser Diskurs schließt praktisch aus, was für die Kinder und Jugendlichen selbst selbstverständlich und von früher Kindheit gelebte Alltagspraxis ist: dass Bezüge zur „Herkunftskultur“ und „Integration in die Aufnahmegesellschaft“ keinen Gegensatz bilden und miteinander einhergehen können.

Die teilweise konfliktbehafteten Auseinandersetzungen erschweren es besonders muslimischen SchülerInnen, sich als gleichwertigen Teil der Siedlergesellschaft anerkannt zu fühlen. Das gilt in ähnlicher Form für Kinder mit einer familiären Zuwanderungsgeschichte aus der Türkei, die vielfach gewissermaßen stellvertretend für die Gesamtheit der „nicht-deutschen“ Schülerschaft zu stehen scheinen. So wird insbesondere das Herkunftsland Türkei häufig explizit genannt, wenn es um die beispielhafte Illustration von aktuellen Problemlagen im Umgang mit SchülerInnen und Eltern geht. Auch diese Vorbehalte traten in den Interviews überraschend häufig und offen zutage und wurden mit einem hohen Grad an Selbstverständlichkeit geäußert. In Frage gestellte Zugehörigkeit und eine häufig wahrgenommene Gleichsetzung zwischen „Türkisch“ und „Islam“ mit „problematisch“ kann sich aber negativ auf die Teilhabe im schulischen und gesellschaftlichen Leben auswirken. Obwohl stets die Gleichbehandlung aller SchülerInnen betont wird, ist zumindest eine *neutrale Wahrnehmung* offenkundig häufig nicht gegeben. Es wäre wünschenswert, wenn die Reflexion über stereotype Vorstellungen und Wahrnehmungen fester Bestandteil des fachlichen Austausches und z.B. in Form von Anti-Bias-Trainings des Fortbildungsprogramms für Lehrkräfte werden würde (siehe unten). Dies würde auf der anderen Seite die Lehrkräfte auch besser in die Lage versetzen, mit (Selbst-)Ethnisierungstendenzen und ethnisch-kulturellen Stereotypen innerhalb der Schülerschaft umzugehen und sie fachlich adäquat und produktiv zu thematisieren.

Heterogene Lerngruppen

Laut einer aktuellen Untersuchung des Sachverständigenrats der deutschen Stiftungen zu Integration und Migration (SVR) zu ungleichen Bildungschancen hat sich seit dem PISA-Schock 2001 die Leistung von Kindern mit Migrationshintergrund im Vergleich zu ihren MitschülerInnen ohne Migrationshintergrund zwar grundsätzlich gesteigert, hängt jedoch insbesondere in mathematischen und sprachlichen Kompetenzen weiterhin stark hinterher. Dabei wirke sich vor allem ein schwacher sozioökonomischer Status negativ auf den Schulabschluss aus (SVR 2017: 5).

In Bezug auf die SchülerInnen Sindelfingens wurden ebenfalls diese beiden Problematiken von Seiten der Lehrkräfte betont: negative sozioökonomische Faktoren und der Mangel an sprachlichen Kompetenzen, die zu einer hohen Heterogenität der Lernniveaus in der Schülerschaft führen. Hinzu kommt, dass sich diese Faktoren gegenseitig negativ verstärken und bisweilen ineinander übergehen. Die zunehmende Diversifizierung der Lebensverhältnisse, in denen die SchülerInnen aufwachsen, stellt das Lehrpersonal vor wachsende Aufgaben. Vor allem für die Gymnasien ist diese Problematik relativ neu ist, weil die traditionelle Rolle der Schule für das Bildungsbürgertum nicht mehr gültig ist. Eine gymnasiale Schulleitung betonte die starke Belastung der Lehrkräfte, sich neben der Wissensvermittlung zunehmend auch Erziehungsaufgaben gegenübersehen.

Wir Gymnasien sitzen gerade zwischen den Stühlen, weil wir haben natürlich die höchsten Bildungsanforderungen, müssen die Studierfähigkeit vorbereiten, haben schon noch eine fachliche hohe Aufgabe zu leisten, weil wir die höchsten fachlichen Ansprüche haben, und gleichzeitig... also wir bilden und wir erziehen. Und dieses Thema Erziehung macht gerade, ich würde sagen, fast 50 Prozent aus. Und das geht am Gymnasium bald nicht mehr, [...] weil wir nicht mehr die Zeit, nicht mehr die Ruhe, nicht mehr die Kontinuität und Konstanz haben, diese Bildung angedeihen zu lassen.

Die empfundene Überlastung verdeutlicht, dass es für die Gymnasien auch eine Frage des Selbstverständnisses ist, ob und inwieweit sie erstens mehr Heterogenität in den mitgebrachten Lernvoraussetzungen als einen neuen Ausgangspunkt für die weitere Bildungsarbeit akzeptieren und zweitens dies zunehmend auch Kinder aus sozial- und bildungsbenachteiligten Schichten miteinbezieht, die dafür aber andere Voraussetzungen mitbringen – zum Beispiel was den erwartbaren Einsatz der Eltern betrifft. Das bedeutet konkret, dass auch die Gymnasien Lernkonzepte brauchen, bei denen Hausaufgaben und elterliche Unterstützung nicht mehr eine quasi notwendige Bedingung für den schulischen Erfolg darstellen.

Die Lehrkräfte nehmen wahr, dass viele Kinder Schwierigkeiten haben, die auch grundlegende Lernvoraussetzungen betreffen – so z.B. im folgenden Zitat in Bezug auf motorische Kompetenzen insbesondere bei Kindern, deren Eltern nicht dem klassischen „Bildungsbürgertum“ angehören:

Also die können nicht mehr kleben, die können nicht mehr schneiden, die können nicht mehr, was weiß ich. Auch dass wir zum Beispiel Gitarrenunterricht anbieten für die ganze Klasse. Das ist wichtig, damit die lernen sich zu konzentrieren, damit die lernen, eine andere Ausdrucksform der Persönlichkeit kennen zu lernen, weil die haben alle kein Instrument daheim. Das sind andere Situationen als früher im Bildungsbürgertum, da hatte einer Klavierunterricht und alle waren im Tennisverein.

Davon betroffen ist auch der Verlust der Ausdrucksfähigkeit in der deutschen Sprache und selbst dies scheint erst einmal unabhängig vom „Migrationshintergrund“ zu sein. In der Wahrnehmung einiger InterviewpartnerInnen ist es sogar so, dass die besser funktionierenden und „intakteren“ Familienstrukturen es Kindern aus Einwandererfamilien eher erleichtern würden, auch auf dem Gymnasium erfolgreich zu sein, als die Kinder vergleichbarer Schichtzugehörigkeit „ohne Migrationshintergrund“:

Oftmals sind sogar unsere Fälle sozusagen sogar eher Deutsche oder eben sehr zu einer Klasse zugehörig, weil in Immigrantenfamilien oftmals so das Familiensystem als solches noch besser funktioniert als in deutschen Familien. [...] Also das Ausbrechen oder das nicht mehr funktionieren wollen [...] oder so, dass beide Eltern arbeiten, Alleinerziehende; das sind keine Themen, die migrantenspezifisch wären. Sogar, wie gesagt, eher anders herum.

Der Wandel der „gymnasialen Klientel“ geht auf demographische Veränderungen zurück, aber auch auf den Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung und die allgemeine Bildungsdebatte und das Gymnasium als vermeintlich einzig verbliebene Schulform, an der auf hohem Niveau gelernt würde.

Ein weiterer vielfach genannter Aspekt davon ist der Abfall des sprachlichen Niveaus und der damit einhergehenden Lernkompetenzen wie Lesen und Schreiben, der auch an anderen Schulformen beobachtet wird:

Das Niveau in Deutsch wird immer schwächer, aber das wird ja überall immer schwächer, auch bei den Deutschen. [...] Und ich sag ich immer: Man muss ja immer auch sagen, wieviel wird denn geübt? [...] Wenn man sagt, die Kinder schreiben heute nicht mehr schön: ja wieviel schreiben denn die Kinder? Und immer nur durch das Üben wird ja auch was verbessert. Und wieviel lesen wir heute? Und wieviel schreiben wir mit den Kindern? [...] Deshalb, denk ich, ist es immer schwierig zu sagen: es wird halt immer schlechter. Vielleicht nimmt man sich auch immer weniger Zeit für diese Dinge?

Die Lesefähigkeit ist bei unseren Kindern halt häufig nicht gegeben, weil sie keine Bücher daheim haben, keine Zeitung daheim haben. Das heißt mit Lesen nicht konfrontiert sind und häufig auch mit sprechen nicht. Denn da arbeiten beide Eltern und das, was ganz normal im Bildungsbürgertum ist, dass man zu Mittag isst oder gemeinsam zu Abend isst, und zusammen diskutiert oder spricht, findet da nicht statt.

Beide Befragte stellen einen klaren Bezug her zwischen der mangelnden sprachlichen Kompetenz der SchülerInnen und der fehlenden außerschulischen Übung, welche wiederum mit dem veränderten Berufsleben der Eltern begründet wird, in dem etwa in nicht-bürgerlichen Familien beide Elternteile nahezu Vollzeit arbeiten müssen, um die steigenden Lebenshaltungskosten tragen zu können. Damit wird nicht explizit ein Unterschied zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund gemacht, das Problem wird vielmehr als allgemeines Problem veränderter sozioökonomischer Verhältnisse identifiziert. Allerdings werden in diesen Erzählungen weniger die strukturellen Rahmenbedingungen problematisiert als – bei allem Verständnis – der fehlende (und falsche) Einsatz der Eltern. Die implizite Botschaft transportiert damit ein recht konservatives Familienideal, weil es letztendlich die Berufstätigkeit der Frauen ist, die den wesentlichen Unterschied gegenüber früher macht.

Die Frage der unzureichenden sprachlichen Kompetenzen ist aber zugleich eng verbunden mit der zunehmenden Anwesenheit von Kindern „mit Migrationshintergrund“ bzw. einer anderen familiären Erstsprache. Überraschend häufig wird in den Interviews das Festhalten an der Herkunftssprache in den Familien als ein Erklärungsfaktor für die fehlerhaften Deutschkenntnisse der Kinder genannt:

Eine Mutter, die spricht perfekt Deutsch. Da sag ich: „Warum? Und das Kind hat kaum einen Wortschatz!“ Und das war erstens, sie spricht nicht Deutsch mit ihm und tagsüber oder nach der Kita ist das Kind bei der Oma und die spricht auch kein Deutsch und dann kommt das Kind fast ohne Deutschkenntnisse zu uns.

Dann kommt die Mutter oder der Papa rein und spricht perfekt Deutsch. Dann sag ich: „Sprechen Sie doch mit Ihren Kindern Deutsch! Vor allem jetzt noch, vor der Schule.“ Also erstens mal meinen sie, das muss alles der Kindergarten machen. Wenn’s der Kindergarten nicht gemacht hat, dann muss alles die Schule machen. „Wieso, die kommen jetzt erst in die Schule und das macht die Schule!“ Also in der Türkei, so erklären sie mir dann alle, lernen die Kinder alles in der Schule. Also vor der Schule lernt man nix und dann alles in der Schule. Sie sprechen einfach nicht mit ihren Kindern Deutsch und meinen, das bräuchte es nicht, und es reicht halt für manche Kinder dann nicht mehr. Es ist halt dann zu spät. Sie kriegen dann in den ersten zwei Schuljahren einfach auch zu wenig mit. [...] Die Kinder lesen keine Bücher, die können keine Sätze bilden, die scheitern bei uns dann in der 3. Klasse mit einem Deutsch-Aufsatz, mit der Rechtschreibung, mit allem.

Überraschend ist dies insofern, als heute von der Sprachlehrforschung eigentlich durchgängig die sprachliche „Erstsozialisation“ in der Sprache empfohlen wird, die die Eltern am besten sprechen, damit eine möglichst vollständige und „korrekte“ Sprachentwicklung in der jeweiligen Erstsprache erfolgt. In der schulischen Praxis werden dagegen aufgrund der mangelnden Umsetzung von Sprachförderkonzepten im Deutsch als Zweitsprache (DaZ)-Bereich häufig die Sprachdefizite in der Mehrheitsprache pauschal auf das Sprechen der Muttersprache in der Familie zurückgeführt, ohne gleichzeitig nach den Bedingungen für ein mehrsprachiges Aufwachsen zu fragen (Fürstenau 2010: 15). Viele Lehrkräfte nehmen die Mehrsprachigkeit als eine „Konkurrenzsituation“ zwischen Familiensprache und deutscher Sprache an, obwohl es inzwischen als gesichert gilt, dass Mehrsprachigkeit das Sprachgefühl insgesamt verbessert und auch das Erlernen weiterer Fremdsprachen erleichtert. Insofern müsste in der schulischen Praxis die Mehrsprachigkeit eigentlich eher ausdrücklich unterstützt und sogar aktiv gefördert werden, wie dies etwa in einigen Bundesländern in Programmen zum herkunftssprachlichen Unterricht oder in der Anerkennung gängiger Herkunftssprachen als zweite oder dritte Fremdsprache im Abitur der Fall erfolgt.

Gleichzeitig ist dies auch eine Frage des Alters: Je jünger mehrsprachig aufwachsende Kinder sind, umso wahrscheinlicher mischen sie die Sprachen und weisen sie noch einen Entwicklungsrückstand in der deutschen Sprache gegenüber nur deutschsprachig aufwachsenden Kindern auf. Es ist also viel zu fragen, mit welchen Erwartungshaltungen und Anforderungen Kinder etwa in der zweiten oder dritten Grundschulklasse sinnvollerweise schon konfrontiert werden, z.B. im Hinblick auf eine fehlerfreie Rechtschreibung – übrigens vielfach auch von den bildungsbürgerlichen Eltern.

So entsteht ein Dilemma, das die einzelnen Schulen nicht auflösen können. Im Prinzip werden im KiTa-Bereich in Sindelfingen sehr gute Voraussetzungen und Grundlagen gelegt, zumal fast alle Sindelfinger Kinder spätestens ab drei Jahren in eine KiTa gehen. Die in diesen Jahren erhaltene sprachliche Vorbildung führt natürlich nicht schon bei allen Kindern zu fehler- oder sogar akzentfreiem Deutsch, sie wird aber nach unserem Kenntnisstand dann in der Grundschule auch nicht systematisch aufgegriffen. Die Grundschulen haben den Anspruch, fehlerfrei sprechende, lesende und schreibende Kinder an die weiterführenden Schulen zu bringen. Auch dieser Anspruch ist aber in der kurzen Grundschulzeit häufig nicht zu erfüllen, zumal gleichzeitig auch neu zugewanderte Kinder im Grundschulalter dazukommen und da-

her erst in der Grundschule anfangen können Deutsch zu lernen. Die weiterführenden Schulen fühlen sich wiederum für eine weitergehende Sprachförderung vielfach weder zuständig noch – außerhalb der Vorbereitungsklassen für neu zugewanderte Kinder und Jugendliche – fachlich und personell dazu ausgestattet. Das ist aber auch eine Frage des Anspruchs, denn nach dem Übergang hätten die Kinder bis zum ersten Schulabschluss ja noch einmal fünf bis sechs Jahre Zeit, um ihre Sprachkompetenzen zu perfektionieren, bevor sie sich z.B. auf einen Ausbildungsplatz bewerben.

Das muss nicht notwendigerweise im Rahmen zusätzlicher Sprachförderangebote geschehen, Konzepte wie „durchgängige Sprachförderung“ auch im Fachunterricht sind an vielen Universitäten längst Bestandteil der Lehrerausbildung geworden. Mit den entsprechenden Konzepten und Kompetenzen in der Lehrerschaft und einem besser verzahnten Übergang zwischen den Schulstufen ist das Problem „deutsche Spracherwerb“ in den Griff zu bekommen¹⁷, stattdessen aber erscheint es den meisten Schulen und Lehrkräften zurzeit beinahe unlösbar und versinnbildlicht damit nicht zuletzt auch das Gefühl der Überforderung durch zu viele neue Problemstellungen und Anforderungen. In der Tat sind mit dem Thema „Inklusion“ einerseits und der Integration der großen Zahl an geflüchteten und ausländischen Kindern in den Schulalltag andererseits für viele Schulen noch einmal zusätzliche Herausforderungen hinzugekommen ist, für die sie nicht ausreichend vorbereitet und ausgestattet worden sind.

Dabei wird allerdings das „Problem“ teilweise auch als größer wahrgenommen, als es de facto sein müsste. So wird durch die Herausforderungen im Umgang mit neu angekommenen Kindern und Jugendlichen und die gemeinsame Überschrift „Migrationshintergrund“ auch der Umgang mit denjenigen Familien und Kindern „überstrahlt“, die eigentlich keine besonderen sprachlichen Probleme mitbringen, weil schon die Eltern in Deutschland aufgewachsen sind und – wie oben in den Interviewausschnitten teilweise beschrieben – „perfekt Deutsch“ sprechen.

¹⁷ Siehe Punzenberger et al. (2017) und Downes et al. (2017) für zwei praxis- und policy-bezogene Überblicksberichte über den Stand der Forschung und Handlungsempfehlungen im Bereich der mehrsprachigen Bildung und struktureller Indikatoren für inklusive Systeme im Umfeld von Schule.

Personelle und fachliche Interkulturalität der Lehrkräfte

Laut der Kultusministerkonferenz (2015) kann ein Umgang mit der zunehmenden gesellschaftlichen Heterogenität in Schulen nur dann gelingen, wenn eine Kultur der „Wertschätzung und Förderung kultureller und sprachlicher Vielfalt etabliert und die Anerkennung von Diversität vermittelt“ wird. Insbesondere Lehrkräfte werden hier als zentrale Akteure genannt, von denen eine entsprechende Grundhaltung eingefordert wird, weil sie maßgeblich zur Gestaltung eines interkulturellen Miteinanders in der Schule beitragen (KMK 2015: 3). Insbesondere Lehrkräften mit eigener Zuwanderungsgeschichte werden dabei oftmals als „Schlüsselakteure“ angesehen, von denen sich Schulen eine stärkere interkulturelle Öffnung erhoffen (Lengyel/Rosen 2012: 71). Während ein interkulturelles Kollegium durchaus wichtig für ein besseres gegenseitiges Verständnis sein kann (und dies angesichts der wachsenden Zahl von Lehramtsstudierenden aus Einwandererfamilien auch eine Frage des Zugangs zu Stellen ist), sollte der Ausbau interkultureller Kompetenz als eine Querschnittsaufgabe angesehen werden, die das gesamte Kollegium betrifft (ebd.: 84).

An den Sindelfinger Schulen waren nach Aussage unserer InterviewpartnerInnen zum Zeitpunkt der Befragung nur wenige Lehrkräften „mit Migrationshintergrund“ tätig. Auf die Auswahl neuer Lehrkräfte haben Schulleitungen allerdings in Baden-Württemberg nur einen geringen Einfluss, da diese normalerweise durch die Schulbehörden den Schulen zugeteilt werden. Dabei würden es die Schulleitungen generell begrüßen, mehr Diversität unter den Lehrkräften zu haben:

Also viel wichtiger wäre, dass wir bei den Lehrern mal welche mit Migrationshintergrund hätten. Weil wir eine bilinguale Schule sind, haben wir welche, aber auch türkischen Migrationshintergrund oder so fände ich bei Lehrern schon wichtig.

Aber es wäre nicht schlecht, das glaub ich schon, wenn wir solche Bezugspersonen im Lehrerkollegium etwas stärker hätten. Das würde uns als Lehrer auch erleichtern.

Was ich jetzt wahrnehme, ist, dass die jetzt augenscheinlich nach Name mit Migrationshintergrund ausgestatteten jungen Lehrer zunehmen. Also wenn ich jetzt die Liste angucke der neuen Anwärter, das sehe ich dann immer vom ganzen Sprengel, dann sehe ich da auch ganz viele für mich osteuropäisch, südeuropäisch, aber auch, ja, asiatisch klingende Namen – einfach Kinder, die hier aufgewachsen sind und das Lehrerstudium hier absolviert haben. [...] Und das ist natürlich toll!

Die Schulleitungen versprechen sich von mehr ethno-kultureller Diversität im Kollegium mehr interkulturelle Kenntnisse und Kompetenzen, aber auch andere Bezugspersonen für einen wichtigen Teil ihrer SchülerInnen und ihre Familien. Hierfür fehlen allerdings noch die Routinen, so dass Lehrkräfte mit familiärer Zuwanderungsgeschichte damit rechnen müssen, nicht nur eine besondere Rolle zugeschrieben zu bekommen – eine quasi „natürliche“ Zuständigkeit für eingewanderte Familien – sondern auch automatisch „EntwicklungshelferInnen“ zu sein in Richtung auf die Entwicklung von Routinen im Umgang mit der von den Schulleitungen eigentlich gewünschten Diversifizierung des Lehrpersonals, die aber eben noch keine „Normalität“ darstellt.

Gleichzeitig ist immer wieder hervorzuheben, dass Lehrkräfte „mit Migrationshintergrund“ kein Ersatz für die Förderung interkultureller Kompetenzen im gesamten Kollegium sind und interkulturelle Bildung eine gesamtschulische Aufgabe ist, für die *alle Lehrkräfte* verantwortlich sind. Hierfür waren in den Interviews noch wenige Ansätze zu hören. Wenn überhaupt wird die Bedeutung von Interkulturalität nur in Leitbildern und dann meistens eher implizit erwähnt. So heißt es z.B. auf der Homepage des Gymnasiums in den Pfarrwiesen:

„WIR stehen ein für Toleranz und Offenheit gegenüber allen Kulturen als Partnerschule für Europa“ und auf der des Stiftsgymnasium „Wir wollen Schüler [...] zu einer Offenheit gegenüber unterschiedlichen Lebensweisen [anleiten]“.

In Bezug auf die systematische Entwicklung von interkulturellen Kompetenzen im Kollegium wird in den Antworten deutlich, dass es zwar im Prinzip ein vielfältiges Angebot an Fortbildungsmöglichkeiten gibt, dies jedoch in der Organisationsentwicklung noch kaum angekommen ist und es daher nahezu vollständig von der freiwilligen Eigeninitiative – zum Teil in der Freizeit – der Lehrkräfte abhängt, ob diese interkulturelle Kompetenzen erwerben oder nicht. Zwei Beispiele:

Wir informieren natürlich über Fortbildungsmaßnahmen, es gibt ja einen Fortbildungsbeauftragten. Inwieweit das momentan frequentiert wird, mag ich nicht einzuschätzen, weil wir grad alle Ressourcen eigentlich in die Fortbildung des neuen Bildungsplans gelegt haben, da waren ja alle Lehrer drei, vier Male dieses Schuljahr, und das restliche war dann eher freiwillig. Aber es gab jetzt eine ganze Reihe von Maßnahmen, Projekten, wo ich immer wieder gehört habe, dass sich die Lehrer engagieren. Also es gibt Lehrer, die sich in der Flüchtlingsbetreuung ehrenamtlich engagieren, grad auch im Zusammenhang mit den Kirchen, also die von Haus aus sowieso engagiert sind in Kircheneinrichtungen, in kirchlichen Gemeinden, die dann so eine Art Patenschaft übernehmen.

Es gibt ja auch immer wieder Fortbildungen vom Schulamt für Interkulturelles und entweder haben die Kolleginnen schon Fortbildungen gemacht oder sie haben eben eh ein bisschen diesen Geist auch, wenn sie hier in dieses Einzugsgebiet gehen oder sind oder bleiben. [...] Die, die hier bleiben als Lehrerinnen, die leben auch dieses soziale Miteinander und denen sind auch grad die Migrantenkinder wichtig oder so. Also wenn man da eben was Anderes will und sucht als Lehrerin, dann bleibt man nicht in diesen Stadt-schulen.

Schulsozialarbeit

Ein wichtiges Element ist die zum Großteil durch die Stadt finanzierte und den beauftragten kirchlichen Träger Caritas durchgeführte Schulsozialarbeit. Sie spielt im Sindelfinger Schulalltag eine wichtige Rolle, weil die SchulsozialarbeiterInnen gleichermaßen von SchülerInnen, Lehrkräften und Eltern für einen möglichst niedrigschwelligen Austausch über persönliche Probleme, aber auch zur sozialen Orientierung oder für anderweitige Beratung aufgesucht werden können. Die MitarbeiterInnen bieten Gruppentrainings für Klassen an und verfügen über ein gut ausgebautes Netzwerk von sozialen Trägern in Sindelfingen, das den Austausch der Schule mit externen Akteuren fördert. Zudem unterstützt die Caritas mit ihren eigenen Programmen „Pluspunkte“ und „Tour de Handwerk“ die berufliche Orientierung von SchülerInnen und damit auch den Übergang zwischen Schule und Beruf. Die SchulsozialarbeiterInnen betonen dabei, dass ihr Aufgabenbereich weit über schulspezifische Themen hinausgehen:

Ein wichtiger Aspekt und Arbeitsbereich ist auf jeden Fall die Beratung und Einzelfallhilfe, heißt: Schulsozialarbeit hat die Aufgabe für letztendlich alle am Schulleben Beteiligten so eine Beratungsfunktion zu haben. Für Kinder, Eltern, Lehrer, Schulleitung, alle, tatsächlich alle. Und das nicht nur auf [...] die Beratung auf Schule bezogen, sondern tatsächlich viel mehr im Bereich personelle Probleme oder Geschichten, die in Klassen vorkommen. Also schon so Mobbing oder sich unwohl fühlen. Aber ganz viel auch: was ist in meiner Familie los, was ist in meinem Leben los, in meiner Peer Group draußen? Ja, solche Geschichten. Also weniger das, was man früher vielleicht oft gedacht hat: Schulsozialarbeit steht halt oft so zwischen Schüler und Lehrer im Sinne von: den Schülern helfen gegen die bösen Lehrer oder so.

Dann gibt es den Bereich, in dem man in der Schule mitarbeitet, obwohl man nicht zur Schule gehört. Das heißt: Projektstage mache ich auch, wenn ein Schulfest ist, bin ich beteiligt oder so... und natürlich ganz wichtig, der Aspekt von Schulsozialarbeit, wo sich Schule öffnet [...] für das, was von draußen reinkommt, und aber auch selber nach draußen geht, indem ich zum Beispiel in Arbeitskreisen sitze, die die ganze Stadt oder Jugendthemen betreffen, und in denen wir oftmals die sind, die wie so eine, ich sag immer so gern, wie so eine Spinne im Netz, die so die Fäden nach draußen spinnt und reinholt, weil wir eben dann auch die Kontakte haben zu Ämtern, Beratungsstellen, Kirchen, Vereinen, genau.

Auch die Schulen sehen die Unterstützung durchweg positiv:

[Es ist wichtig,] dass man sozusagen einen Partner hat, der nicht Lehrer ist, der die Kinder begleitet in persönlichen Konfliktsituationen, ohne dass er sie bewertet und benotet. So, deswegen gibt es die Sozialarbeit überall.

Es werden auch andere ganz tolle Dinge angeboten von der Schulsozialarbeit, wir hatten letzte Woche ein Tontechnikerseminar, was natürlich super in unser Profil reinpasst.

Die externe Trägerschaft durch die Caritas hat den großen Vorteil, dass damit das vielfältige Portfolio der Caritas und die gute Vernetzung in der Stadt auch den Schulen zugutekommen. Zudem entstehen durch die zentrale Trägerschaft Synergieeffekte, weil Programme und Projektideen gleich an mehreren Schulen ausprobiert oder umgesetzt werden können. Viele dieser Angebote sind kostenfrei und damit für SchülerInnen jeglicher sozialen Schicht zugänglich. Kritisch ist zu sehen, wenn durch die enge Einbindung in den Schulalltag auch „hoheitliche“ pädagogische Aufgaben der Schulen selbst von den SchulsozialarbeiterInnen übernommen werden bzw. die Stellen dazu dienen, das Lehrpersonal von solchen Aufgaben zu entlasten.¹⁸

Die Einbeziehung und Beteiligung der Eltern

Bei den externen Faktoren, die die Chancen von SchülerInnen und den Verlauf ihrer Schullaufbahn maßgeblich mit beeinflussen, wird schon seit Jahren von der Wissenschaft den Eltern eine bedeutende Rolle nicht nur in der Erziehungs-, sondern auch der Bildungsarbeit zugewiesen. Der Terminus „Elternteilhabe“ und was darunter zu verstehen ist, wird in der Forschung und Praxis allerdings kontrovers diskutiert (SVR 2014: 5). Die Frage reicht von der Beteiligung an der gesetzlich vorgesehenen schulischen Mitbestimmung und die Einbeziehung in schulische Aktivitäten wie Feste und Ausflüge bis zur Rolle, die elterliche Faktoren wie das Bildungsniveau und deutsche Sprachkenntnisse durch die damit einhergehenden Unterstützungsmöglichkeiten für die Bildungskarrieren und -wege der Kinder spielen.

Diese Fragen sind auch für Sindelfingen relevant, dabei steht insbesondere die Elternschaft „mit Migrationshintergrund“ im Zentrum des Interesses, da aufgrund etwaiger sprachlicher oder kultureller Unterschiede angenommen werden muss, dass diese Gruppe möglicher-

¹⁸ In einigen Bundesländern verfügen die Schulen allerdings über Stellen für SozialpädagogInnen, die damit Teil des Schulkollegiums sind – was angesichts der Herausforderungen insbesondere an sehr heterogenen Schulen sicherlich sinnvoll ist und Auftrag des Bildungsministeriums sein sollte.

weise einen schwierigeren Zugang zum deutschen Schulsystem hat als Eltern „ohne Migrationshintergrund“. Umgekehrt ist zu fragen, in welcher Weise die Schulen darauf vorbereitet sind und welche Strategien sie anwenden, um die Elternschaft in der ganzen Breite in das Schulleben einzubeziehen.

Einige Aspekte wurden oben schon angedeutet, z.B. dass die Schulen eine gestiegene zeitliche Belastung bei den Eltern beobachten, die insbesondere aus der gewachsenen Zahl der alleinerziehenden und der voll berufstätigen Eltern herrührt. Hier ein weiterer Interviewausschnitt:

Also mit der intensiveren Belastung, mit der beruflichen Situation der Eltern, das nimmt zu. Und bei uns sind die Frauen nicht berufstätig, weil sie sich selbst verwirklichen wollen, sondern weil sie das Geld brauchen. Und dann haben wir hier ganz oft Schichtarbeit und so weiter und so fort, wir haben ganz viele Alleinerziehende, also das ist übrigens auch noch ein Korrelationsmerkmal: Alleinerziehende haben größere Schwierigkeiten. Was aber auch völlig verständlich ist, die sind echt zu bewundern, die haben manchmal zwei, drei Kinder, müssen arbeiten, Haushalt machen, alles.

Im Vergleich zu den „deutschen“ Eltern fällt aus Sicht der Schulen das Engagement von Eltern „mit Migrationshintergrund“ noch einmal deutlich ab. Das resultiere z.T. aus der Unkenntnis des deutschen Bildungssystems, aber auch Sprachbarrieren werden angeführt:

Die kennen das deutsche Schulsystem gar nicht, zum Teil. Und das, was auf den Elternabenden diskutiert wird, das geht grad so über deren Köpfe hinweg, nicht nur sprachlich, sondern auch über die Themen und sie haben da nicht die Möglichkeit des Mitsprechens.

Da gibt es bestimmt auch eine Zahl von Eltern, die hier gar nicht auftauchen. Entweder vielleicht, weil sie Angst haben sich zu blamieren oder der Sprache nicht mächtig sind.

Auch bei den Albanern, auch die schon Jahre hier wohnen: die albanischen Frauen reden kaum Deutsch.

Das Phänomen, das wir immer noch haben, dass die türkischen Männer sich Frauen aus der Türkei holen, die kein Deutsch sprechen [...]. Und dann sind da aber immer nur die Mütter zuhause, und wenn man dort anruft, kann man sich nicht verständigen, also das ist schwierig.

Neben der Angabe von strukturellen und sprachlichen Gründen für eine geringere Elternbeteiligung werden hier kulturelle Argumente angeführt, die Verständigung und den Austausch mit den Eltern erschweren. Ein Beispiel:

Also es war eine Klassenlehrerin in der einen Klasse und die hat da mitunter echt einen schweren Stand gehabt, weil [...] manchmal diese türkischen Väter- da merkst du richtig im Gespräch, dass die dich gar nicht für voll nehmen.

Aber auch von der anderen Seite stehen die Schulen unter Druck, insbesondere in Form eines Bildungsbürgertums, das sich zunehmend in die schulische Arbeit einmischt und bei schulischen Problemen ihrer Kinder das Schulpersonal viel stärker als früher in die Verantwortung nimmt:

Wenn es so um Schulthemen geht, also Versetzungsgefährdung oder vielleicht die richtige Schulform, da kann man vielleicht schon einen Unterschied feststellen. Da denk ich schon, dass so das gehobene Bildungsbürgertum, das deutsche, sag ich mal, vielleicht schneller auf die Schule zukommt. Und auch im Sinne von Verlangen und „wir wollen aber“ [...] einfordern. Und manchmal die Lehrer regelrecht genervt sind durch dieser Klientel, sag ich mal.

Die Bandbreite zwischen „Tiger-Moms“ (und „-Dads“), für die die Bildungskarriere der Kinder nicht zuletzt eine Status-Frage ist, und Eltern, die praktisch abwesend sind und von den Schulen auch kaum erreicht werden können, macht deutlich, welche Herausforderungen und Belastungen die Beschäftigung mit den Eltern für die Schulen bedeuten kann. Sie sind heutzutage in der Regel nicht mehr „mal eben so nebenbei“ zu bewältigen und erfordern daher überzeugende Konzepte und idealerweise auch einiges an Erfahrung, um damit professionell umzugehen. Die teilweise überraschend offen geäußerten Vorbehalte gegenüber bestimmten Gruppen von Eltern „mit Migrationshintergrund“ machen dies allerdings nicht einfacher, zumal dadurch in vielen Fällen das gegenseitige Vertrauen zwischen Lehrkräften und Eltern nicht gegeben ist.

Auch in der politischen Vertretung der Elternschaft – den Elternvertretungen an den Schulen und im Gesamtelternbeirat – bilden sich die demographischen Verhältnisse der Eltern in Siedelfingen nicht ab. Hier zeigten sich die jeweiligen GesprächspartnerInnen einigermaßen ratlos, wie dies zu ändern sein könnte. Allerdings ist dies nicht nur ein Problem der Eltern „mit Migrationshintergrund“, auch Eltern mit nicht-akademischen Bildungsabschlüssen sind klar unterrepräsentiert. Da aber insgesamt die Zahl der engagierten Eltern im Verhältnis zur Gesamtzahl der Eltern sehr gering ist, sind Aussagen über Ursachen und Hintergründe des *Nicht-Engagements* kaum möglich. In erfolgreichen Projekten und Konzepten der Steigerung der Elternbeteiligung – insbesondere bei nichtdeutscher Herkunft oder anderer Familiensprache – ist in der Regel der erste Schritt die Anerkennung und symbolische Wertschätzung

der anderen Sprache und Herkunftskultur, z.B. über mehrsprachige Einladungen zum Elternabend und Dolmetscherangebote, der ausdrücklich an die Eltern herangetragene Wunsch, herkunftskulturelle Aspekte in den Unterricht einzubringen, oder auch die aktive Einbeziehung in die Gestaltung von Schulveranstaltungen. Auch Angebote herkunftssprachlichen Unterrichts werden in der Regel von eingewanderten Familien sehr positiv aufgenommen. Erfolgreich sind Projekte zudem, wenn sie über einzelne Persönlichkeiten einen kooperativen Zugang in die entsprechenden Communities herstellen können.

Fazit und Empfehlungen

Im Bildungsbereich sind die Zuständigkeiten sehr unterschiedlich verteilt, so dass einheitliche, die Bildungsbiografien der Kinder durchgängig begleitende Strategien der Gestaltung insbesondere der Übergänge zwischen den Schulformen nur schwer umsetzbar ist. Der Bereich, den die Stadt Sindelfingen vollständig selbst gestalten und wo sie wichtige Grundlagen für die weiteren Bildungsverläufe legen kann, ist die frühkindliche Bildung. Hier ist positiv hervorzuheben, dass der Anteil der Kinder im Alter ab drei Jahren in der Kindertagesstättenbetreuung sehr hoch liegt und für praktisch alle Kinder KiTa-Plätze angeboten werden können. Dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass auch nicht-muttersprachlich deutschen Kindern der Start in die Grundschule gut gelingt. Zudem nimmt der Anteil der ErzieherInnen zu, die entweder selbst eine (familiäre) Zuwanderungsgeschichte haben und mehrsprachige Kompetenzen mitbringen oder aber Fortbildungen in interkultureller und vielfaltssensibler Pädagogik absolviert haben – dies ist erkennbar ein zentrales Anliegen auch der Leitungsebene des KiTa-Bereichs.

Empfohlen wird hier insbesondere ein Ausbau der Ganztagesbetreuung. Dies erleichtert nicht nur die Berufstätigkeit insbesondere der Mütter (und ermöglicht damit ein höheres Familieneinkommen), sondern erhöht auch signifikant die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder nicht-deutscher Muttersprache Deutsch schnell und gut lernen. Wichtig ist, dass die Kindertagesbetreuung auch Kindern aus Familien ohne festgestellten oder mit prekärem Status offensteht. Ein weiterer, eher sozialer Aspekt ist die Staffelung der Elternbeiträge nicht nur nach Zahl der Kinder, sondern auch unter Berücksichtigung des Familieneinkommens. Damit kann die überproportionale Belastung einkommensschwacher Familien deutlich verringert werden. Dabei geht es weniger um die BezieherInnen von Sozialhilfe und andere Familien, für die eine (Teil-)Kostenübernahme vorgesehen ist, als um Eltern in gering entlohnten bis

prekären Beschäftigungsverhältnissen. Ziel des Ganzen ist, dass wirklich alle Kinder so früh wie möglich an eine Bildungseinrichtung herangeführt werden und dies nicht an ökonomischen Erwägungen der Eltern scheitert. Ebenfalls zu empfehlen ist, dass die wichtigen Informationen zur frühkindlichen Bildung und Betreuung auf den Homepages der Stadt und der KiTas in mehreren Sprachen bereitgestellt werden.

In Sindelfingen fehlt ein durchgängiges Sprachförderkonzept, das erstens schulformübergreifend ansetzt und zweitens weniger von *Sprachdefiziten* ausgeht als vom *Normalfall Mehrsprachigkeit*. Startpunkt für dieses Sprachförderkonzept muss der KiTa-Bereich sein, weil hier noch am Anfang der kindlichen Sprachentwicklung entscheidende Sprachimpulse gesetzt werden können und die Stadt einen direkten Einfluss nehmen kann. Aber Sprachförderung darf weder in der Grundschule noch beim Übergang auf die weiterführende Schule enden, sondern sollte im Idealfall bis zum ersten Schulabschluss durchgängig sein. Hierfür sind allerdings Kommunikationswege und koordinierende Instanzen zwischen KiTas und Grundschulen sowie zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen nötig, für deren Einrichtung die Stadt initiativ und federführend tätig werden kann. Auch wäre denkbar, Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche in die Sprachförderung mit einzubeziehen.

Auch Mentoringprogramme für SchülerInnen mit spezifischen Förderbedarfen haben sich international als effektives und zugleich flexibel einsetzbares Instrument erwiesen. Mentoringprogramme sind für alle Altersgruppen und Schulformen sinnvoll und können in städtischer oder freier Trägerschaft organisiert und auch an den Schulen selbst angesiedelt werden. Sie stellen zugleich eine gute Möglichkeit dar, z.B. Ehrenamtliche oder auch beispielsweise Lehramtsstudierende der umliegenden Hochschulen an die Schulen heranzuführen und dort unterstützend tätig werden zu lassen.

Es ist wissenschaftlich hinreichend belegt, dass Musik und Sport – je früher desto besser – durchweg positive Effekte auf die Entwicklung der kognitiven Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen haben, die sozialen Kompetenzen fördern und niedrigschwellig einen Raum für Begegnungen schaffen können, in dem unterschiedliche Herkünfte, Sprachen oder auch soziale Unterschiede nur eine untergeordnete Rolle spielen. Es sollte das Ziel des Sport- und Musikangebots in der Stadt sein, alle Kinder und möglichst viele Jugendliche an sportliche und musikalische Aktivitäten heranzuführen – und auch dies nicht an finanziellen Hürden scheitern zu lassen (siehe dazu unten mehr).

Die Beteiligung von Eltern „mit Migrationshintergrund“ ist in Sindelfingen wie andernorts ein Problem. Konzepte und Programme zur Verbesserung gibt es viele, ebenso wie eine begleitende wissenschaftliche Literatur. Es kann daher empfohlen werden, Kontakt aufzunehmen zu erfolgreichen Elternprojekten bzw. erfahrenen Trägern in diesem Bereich (z.B. Diesterweg-Stipendium).¹⁹ Eine entsprechende schulübergreifende Initiative wird idealerweise in Kooperation mit dem Gesamtelternbeirat gestartet.

Als ambivalent hat sich der Umgang der Schulen mit der bereits sehr ausgeprägten Vielfalt ihrer Schülerschaften herausgestellt. Hier wäre es aus Sicht der Forschung wünschenswert, wenn hier konzeptionell und programmatisch mehr Kohärenz geschaffen und die Arbeit an den vielen guten Beispielen orientiert würde, die etwa der Deutsche Schulpreis seit Jahren im Bereich der interkulturellen Bildungsarbeit auszeichnet. Ein zentraler Baustein darin müssen Konzepte und Initiativen sein, die Sindelfinger Schulen zu Orten zu machen, an denen die SchülerInnen sicher vor Diskriminierung und Ausgrenzung sind. Das betrifft zuallererst und vorrangig den Umgang der SchülerInnen untereinander, aber auch das Thema „institutionelle Diskriminierung“ (Gomolla/Radtke 2009) sollte nicht außen vor bleiben. Hier reicht die Teilnahme an der Kampagne „Schule ohne Rassismus“ nicht aus, weil sie in der Regel keine Nachhaltigkeit und auch keine neutralen Schiedsstellen für (empfundene) Diskriminierungserfahrungen voraussetzt. Wichtig ist an dieser Stelle vor allem eine Dialogkultur, die Vorkommnisse, Erlebnisse und Empfindungen ansprechbar und damit lösbar macht. Das betrifft übrigens auch Diffamierungen oder Aggressionen, denen die Lehrkräfte ausgesetzt sind. Hier könnte die Stadt durch die Einrichtung einer Beratungsstelle Diskriminierung einen wichtigen Beitrag leisten, die sich zudem nicht auf den schulischen Bereich beschränken müsste, sondern auch für Benachteiligungen in der Ausbildung, auf dem Wohnungsmarkt oder bei der Arbeitssuche ansprechbar sein könnte.

¹⁹ Siehe z.B. die Homepage des Bundeselternnetzwerks (<https://www.bundeselternnetzwerk.de/informationen-materialien/zusammenarbeit-mit-eltern.html>). Einen kurzen Text zur Einführung gibt es unter https://www.uni-due.de/imperia/md/content/prodaz/wiechers_f%C3%BCrstenau_2014_elternbeteiligung.pdf (letzter Zugriff auf beide Adressen am 5.11.2019).

Ausbildung

Eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe und die spätere Position auf dem Arbeitsmarkt. In vielen Studien zu Übergängen und Einmündungschancen in die berufliche Erstausbildung in Deutschland wird allerdings deutlich, dass im Zugang zu Ausbildungsplätzen erhebliche Unterschiede zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund bestehen (vgl. Beicht 2011; Boos-Nünning/Granato2008; Granato 2003). Die folgende Betrachtung soll einen Einblick geben, wie sich die Einmündungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Sindelfingen gestalten. Zu diesem Zweck wurden Expertengespräche mit für den Übergang relevanten Akteuren wie der Caritas und der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt sowie exemplarisch für die Seite der Ausbildungsanbieter drei Personalverantwortliche und ein Betriebsrat zum jeweiligen Bewerbungsverfahren befragt. Daneben vermitteln Interviews mit Lehrkräften von Berufsschulen in Sindelfingen und Böblingen weitere Einschätzungen über die Situation auf dem lokalen bzw. regionalen Ausbildungsmarkt.

Landkreis Böblingen: Ausbildungslage und regionaler Kontext

Um die Ergebnisse aus den Interviews in ihrem Kontext betrachten zu können, sollen zunächst die Lage auf dem regionalen Ausbildungsmarkt sowie weitere regionale Gegebenheiten dargestellt werden.

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt im Landkreis Böblingen stellt sich nach Angaben der Agentur für Arbeit positiv dar (BA 35/2016: 1f). Zwar kommt es im Landkreis Böblingen zu einer Unterdeckung an Ausbildungsstellen. So standen im Ausbildungsjahr 2015/2016 knapp 2.800 gemeldeten BewerberInnen nur knapp 2.300 gemeldete Berufsausbildungsstellen im Landkreis zur Verfügung. Jedoch wird diese Unterdeckung durch das Überangebot an Ausbildungsstellen in der Landeshauptstadt Stuttgart ausgeglichen: Insgesamt entfallen im Agenturbezirk Stuttgart, inklusive des Landkreises Böblingen, auf 5.678 BewerberInnen fast 7.000 gemeldete Ausbildungsplätze. Der Agenturbezirk Stuttgart gilt deshalb seit 2014 immer mehr als ein so genannter „Bewerbermarkt“ mit durchschnittlich 1,2 Berufsausbildungsstellen auf eine/n möglichen Auszubildenden (BA 35/2016: 1f). Die höchste Anzahl an Ausbildungsstellen

entfällt dabei auf den Bereich Kaufmann/-frau im Einzelhandel (162 Stellen), darauf folgen Kfz-Mechatronik PKW-Technik (104) und Verkauf im Einzelhandel (101)(ebd.).

Neben dem wirtschaftlich gut aufgestellten Arbeitsmarkt ist die Region von einer großen Diversität innerhalb der Bevölkerung und von einer langen Migrationsgeschichte geprägt. Allerdings ist die Wahrnehmung von „Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ in den Ausbildungsstätten zurzeit stark von aktueller Migration (z.B. aus den Krisenländern des Mittelmeers) und den Fluchtbewegungen der letzten zwei Jahre in den Landkreis beeinflusst. So musste bei den meisten Interviews erst darauf hingewiesen werden, dass bei dieser Studie auch diejenigen als „Jugendliche mit Migrationshintergrund“ definiert werden, die bereits in zweiter oder dritter Generation im Landkreis Böblingen sind. Das lässt vermuten, dass die Jugendlichen, die im Landkreis aufgewachsen sind, von vielen Befragten nicht als eine „Problemgruppe“ gesehen werden, deren Untersuchung in einer Studie gewissermaßen selbsterklärend wäre. Dies kann wiederum einerseits als ein Indiz dafür gewertet werden, dass die vorhandene Internationalität im Landkreis aufgrund der langjährigen Erfahrung in vielerlei Hinsicht selbstverständlich geworden ist.²⁰ Andererseits ist es möglicherweise ein Hinweis auf die neuen und besonderen Herausforderungen, die die große Zahl an jungen Flüchtlingen, die über Praktika, Ausbildungsvorbereitung und Ausbildung in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen, für die Berufsschulen und Unternehmen darstellt. Dies wurde auch in den Interviews deutlich, indem die Interviewten mehrmals auf ihre Rolle und Zuständigkeit im Rahmen der schulischen und beruflichen Einbindung von Flüchtlingen Bezug nahmen.

Die Internationalität hat aber auch Einfluss auf den Umgang mit „Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ als potenziellen BewerberInnen. So verzichteten z.B. alle drei befragten Ausbildungsstätten auf eine explizite Ansprache von Jugendlichen „mit Migrationshintergrund“ in ihren Stellenausschreibungen, weil die sowieso einen großen Teil der BewerberInnen ausmachen:

Werben Sie gezielt für die Bewerbung von Männern und Frauen mit Migrationshintergrund in Ihren Stellenausschreibungen?

Personalverantwortliche(r): Also wir haben es jetzt in der Ausschreibung nicht drin. Klar, Sindelfingen an sich bietet das automatisch immer, weil die Bevölkerungsstruktur das hergibt. Also wir haben es jetzt

²⁰ Das muss allerdings nicht heißen, dass sie auch als „Deutsche“ gesehen würden. Nicht umsonst sprechen viele Jugendliche auch der zweiten und dritten Generation von sich selbst noch als „Ausländern“, weil dieser Begriff es auf den Punkt bringt, wie sie sich von der Gesellschaft gesehen und angesprochen fühlen.

nicht explizit ausgeschrieben, aber für uns ist es eben kein ausschlaggebendes Auswahlkriterium in die eine oder andere Richtung.

Das brauche ich nicht, das würde ich auch nie tun, weil hier in der Region- also, ich sag mal, unsere typischen Gastarbeiter sind ab den 50er Jahren hierhergekommen. Wenn ich in meine Berufsgruppen gucke oder die Namen anschau, dann habe ich heute weit mehr als die Hälfte wahrscheinlich von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Berufsgruppen drin. Also, ich muss es nicht bewerben, weil die bewerben sich eh. Also, warum sollte ich es tun?

Auch die ExpertInnen aus den Bereichen Schulsozialarbeit und Übergang Schule-Beruf geben an, dass das internationale Selbstverständnis des Landkreises Böblingen und der Stadt Sindelfingen einen positiven Effekt auf die Ausbildungsstätten hat.

Dennoch fällt auf, dass bei den *Ausbildungsberufen* eine ungleiche Verteilung von Jugendlichen mit und ohne „Migrationshintergrund“ vorliegt. Das ergeben vor allem Aussagen aus den Interviews mit den BerufsschullehrerInnen. Im Folgenden soll daher näher untersucht werden, inwiefern diese Jugendliche im Landkreis Böblingen und besonders in der Stadt Sindelfingen auf spezifische Zugangsbarrieren beim Eintritt in den Ausbildungsmarkt stoßen.

Der Zugang in den Ausbildungsmarkt

Der Anteil an Auszubildenden „mit Migrationshintergrund“ im Landkreis Böblingen variiert zwischen den Ausbildungsberufen. Vor allem in Berufen, in denen ein höherer Bildungsabschluss gefordert wird, ist der Anteil an Auszubildenden „mit Migrationshintergrund“ laut den Angaben der befragten Personen eher gering:

Wir haben Jugendliche mit Migrationshintergrund in unseren Ausbildungsberufen drin, die mehr erwarten an Zugangsvoraussetzungen, die einen höheren Bildungsabschluss, also ein Abitur voraussetzen oder eben einen sehr guten Realschulabschluss, das bringen die auch mit. Aber ich würde jetzt noch nicht sagen, dass es so komplett- also es ist gut durchmischt, aber es ist jetzt noch nicht ganz fair – weiß jetzt nicht, ob man da von fair und unfair reden kann – aber meiner Meinung nach könnten noch mehr Leute mit Migrationshintergrund in diesen Top-Berufen drin sein. Da wäre noch Luft nach oben, um es mal so zu sagen.

So wird von den InterviewpartnernInnen aus Berufsschulen und der Caritas der Anteil von Jugendlichen „mit Migrationshintergrund“ in handwerklichen Berufen, für die oftmals ein Hauptschulabschluss ausreichend ist, auf mindestens 50% geschätzt. Demgegenüber liege der Anteil in Berufen, in denen ein höherer Bildungsabschluss erforderlich ist, deutlich geringer. Diese Ergebnisse decken sich mit den Ergebnissen des Ausbildungsreports 2015 des Deut-

schen Gewerkschaftsbundes (DGB), in dem ebenfalls erhebliche Unterschiede zwischen den Ausbildungsberufen festgestellt wurden (Haggenmiller 2015: 54). Berücksichtigt man, dass SchülerInnen „mit Migrationshintergrund“ in Deutschland häufiger über maximal einen Hauptschulabschluss verfügen und seltener über einen mittleren oder höheren Bildungsabschluss, liegt hierin ein naheliegender Grund auch für die ungleiche Verteilung im Landkreis Böblingen (vgl. BIBB 2017: 258; Beicht/Granato2010: 3, 10f., 14f.).

Empirische Studien haben jedoch zugleich nachgewiesen, dass dies nicht der einzige Grund für schlechtere Einmündungschancen ist, sondern Unterschiede auch bei gleichem Bildungsabschluss und vergleichbaren schulischen Leistungen bestehen (vgl. Diehl/Friedrich/Hall 2009: 58). Weitere Erklärungsmöglichkeiten liegen daher in unterschiedlichen individuellen Ressourcen, wie dem Fehlen von arbeitsmarktrelevanten Netzwerken oder sozialen Kontakten, die Hilfe beim Bewerbungsschreiben oder bei der Vorbereitung auf Vorstellungsgespräche leisten könnten (vgl. Hunkler 2010; Eberhard 2012). Neben diesen individuellen Gründen, können die Unterschiede schließlich auch durch diskriminierende Mechanismen in den Auswahlverfahren der Ausbildungsstätten selbst verursacht werden. So zeigt eine Studie auf Basis der Daten des Bundesinstitutes für Berufsbildung (BIBB), dass Diskriminierung die einzig verbleibende Ursache darstellt, um die auch nach Prüfung weiterer Kontrollvariablen bestehenden Unterschiede erklären zu können (Diehl/Friedrich/Hall, 2009: 64). Ob und in welchem Maße dies auch für Sindelfingen bzw. den Landkreis Böblingen zutrifft, kann hier nicht zuverlässig bestimmt werden. Ein Indiz für Vorurteile und diskriminierendes Verhalten kann aber die Wahrnehmung von „Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ durch die Betriebe oder im Bewerbungsprozess liefern. Dabei greifen die InterviewpartnerInnen zu verschiedenen „diskursiven Strategien“, die im folgenden Abschnitt herausgearbeitet werden.

Die Wahrnehmung in den Ausbildungsstätten

Diskursstrategie I: Die Neutralisierung von Unterschieden

Jugendliche „mit Migrationshintergrund“, die im Landkreis Böblingen aufgewachsen sind, werden von einem Teil der Befragten als in keiner Weise unterschiedlich zu Jugendlichen „ohne Migrationshintergrund“ gesehen, d.h. die ethnisch-kulturellen Unterschiede werden weitgehend ausgeblendet. Diese „Neutralisierung von Unterschiedlichkeit“ heißt dabei keineswegs, dass der „Migrationshintergrund“ nicht wahrgenommen wird, sondern eher Aus-

druck ist einer „Normalisierung“ in der Wahrnehmung der sich aufgrund von Globalisierung und Einwanderung wandelnden Gesellschaft (Scherr/Janz/Müller 2015:106f). Auch können normative und gesetzliche Erwartungen bzw. Regelungen (z.B. das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz AGG) oder aber firmeninterne Überzeugungen, Normen und Maßnahmen zu dieser neutralisierenden Haltung führen. „Firmeninterne Normen“ können z.B. ein auf Diversity Management ausgelegtes Leitbild sein (ebd.). So betont eine/r der Personalverantwortlichen, dass ethnische und kulturelle Unterschiede in der Auswahl der BewerberInnen aufgrund betrieblicher Vereinbarungen keine Rolle spielen *dürfen*:

Welche Rolle spielt ethnische und kulturelle Diversität bei Ihnen?

Wir haben uns klar dazu vereinbart, dieses zu ermöglichen, und es spielt- es darf keine Rolle spielen, im Sinne von Auswahl. Also der Jugendliche zählt mit seinen Fähigkeiten, mit seiner Persönlichkeit, mit der er kommt, und wir suchen die Jugendlichen aus und nicht die Herkunft.

Eine Unterscheidung und Diskriminierung erscheint folglich allein aufgrund des firmeninternen Selbstverständnisses als ausgeschlossen, aber dieses basiert wiederum auch auf gesetzlichen Regelungen, die in die internen Abläufe und normativen Regelungen eingeflossen sind. Aus der Antwort auf die folgende Frage nach Auszubildenden, die ein Kopftuch tragen, wird dies deutlich:

Haben Sie schon Erfahrungen mit Bewerberinnen oder Mitarbeiterinnen, die ein Kopftuch tragen gemacht?

Wir haben jetzt aktuell eine Bewerberin, die ein Kopftuch trägt. [...] Völlig klar, Diskriminierung aufgrund des Kopftuches geht nicht, das ist uns klar, und das handhaben wir auch so.

Die Neutralisierung von „ethnischen“ Unterschieden zeigt sich auch in der Betonung, dass nicht der „Migrationshintergrund“ zu Benachteiligungen führe, sondern eher die soziale Schicht und die Sozialisation ausschlaggebend seien:

Und was man sieht ist, dass es immer noch eine Frage ist der Klasse oder der Schicht, [...] da spielt, glaube ich, ganz viel eine Rolle: soziales Umfeld, Zugang zu Bildung, aber auch adaptiertes Verhalten der Eltern. Und dann ist es aber auch unabhängig davon, ob jetzt ein türkischer Migrationshintergrund oder griechischer oder deutscher oder sonst irgendwas – also ohne Migrationshintergrund – dann eben da ist, sondern einfach die Frage, was machen meine Eltern, wie leben sie es vor und in die Richtungen gehen dann auch die jungen Menschen.

Diskursstrategie II: Vielfalt als Gewinn

Im Gegensatz dazu werden in einer anderen Ausbildungsstätte die Unterschiede nicht neutralisiert, sondern offen thematisiert bzw. bewusst eingesetzt, weil auch die Klientel des Betriebs vielfältig ist – in diesem Fall in der Pflege.

Wir sprechen auch in den Konzepten viel von kultursensibler Pflege. Unsere Bewohner kommen eben auch und zukünftig vermehrt aus unterschiedlichen Ländern, haben unterschiedliche Herkunft, und da natürlich drauf reagieren zu können, in dem wir auch die passenden Mitarbeiter da haben, das wird immer mehr Thema für uns werden. Klar, wir als kirchlich oder christlich geprägte Einrichtung kennen uns in diesen Bräuchen zum Beispiel sehr gut aus, aber wir wissen jetzt zum Beispiel wenig über muslimische Bräuche im Bereich der Sterbebegleitung oder so. Da können da natürlich von Mitarbeitern profitieren, die dieses Wissen auch mitbringen, und von dem her schätzen wir das sehr und es wird sicherlich zukünftig auch wichtiger. Und wir haben schon auch in der Mitarbeiterschaft einfach eine reiche Vielfalt, die die Kollegen untereinander sehr schätzen, so dass wir auch versuchen, das zu befördern, einfach mal voneinander zu lernen aus den unterschiedlichen Kulturen.

Kulturelle Diversität wird hier als Gewinn für den Betrieb gesehen, gleichzeitig basiert dies auf kulturellen oder ethnischen Zuordnungen, die nicht unbedingt der Selbsteinordnung der Auszubildenden oder MitarbeiterInnen entsprechen müssen. Im ungünstigen Fall führt auch die positive „Mobilisierung“ kultureller Unterschiede dazu, dass Menschen einer bestimmten Kultur zugeordnet werden und diese Zuschreibungen auch die weitere Wahrnehmung und das Einstellungsverhalten beeinflussen. Überwiegend kann dies jedoch eher als Chance einer besonderen Anerkennung und von erweiterten Jobmöglichkeiten gewertet werden.

Diskursstrategie III: Die Problematisierung von Unterschieden

In keinem der drei befragten Ausbildungsstätten wurden Aussagen getroffen, die direkt oder indirekt eine negative Sicht der Personalverantwortlichen auf bestimmte Herkünfte bei Auszubildenden oder BewerberInnen vermuten lassen würden. Dies steht in deutlichem Kontrast zu dem, was in den untersuchten Schulen und auch in den Berufsschulen in Form von Problematisierungen und Stereotypen gegenüber SchülerInnen „mit Migrationshintergrund“ sichtbar wurde (siehe oben). Allerdings ist die Fallzahl natürlich zu gering, um daraus Rückschlüsse für alle Ausbildungsstätten in Sindelfingen treffen zu können bzw. auszuschließen, dass es sich um ein zufälliges Ergebnis handelt.

Eine Ausnahme stellen Schülerinnen dar, die ein Kopftuch tragen. Das Kopftuch als Symbol religiöser Zugehörigkeit hat, wie verschiedene Studien zeigen, ein großes Ausgrenzungspotenzial auf dem Arbeitsmarkt (vgl. u.a. Scherr/Janz/Müller 2015; Bade 2013, S. 17ff.; Weich-

selbaumer 2014). In den Interviews wird dies aber nicht zuletzt in Zusammenhang mit dem konkreten gewählten Beruf gebracht:

Sehen Sie das Kopftuch als Problem bei der Suche?

Kommt, denke ich, tatsächlich auf den Betrieb an und auf den Beruf. [...] Es geht halt drum, das sind Mädchen mit Kopftuch und dann ist die Auswahl ohnehin relativ gering. Zumindest wenn sie (nur) einen Hauptschulabschluss haben, also da kriegen wir dann traditionell, trotz aller Bemühungen Mädchen auch (nicht) in die Handwerksberufe. [...] Da ist es einfach noch so, dass die traditionell sich andere Berufe suchen, und da ist die Auswahl (gering): Da gibt's Verkäuferinnen, das ist ein kaufmännischer Beruf, den man auch mit dem Hauptschulabschluss machen kann, und drüber hinaus wird es schon schwierig. Und wie gesagt, dann in diesem Dienstleistungssektor spielt das Kopftuch oft eine Rolle.

Nach Aussagen der ExpertInnen der Caritas ist das Kopftuch vor allem im Dienstleistungssektor ein Thema, weil die Dienstleistungsunternehmen nicht selten negative Folgen im Kundenkontakt befürchten, wenn sie Mitarbeiterinnen mit Kopftuch einstellen (vgl. Vedder 2016: 162). Insgesamt wurde in allen Interviews festgestellt, dass der Anteil an kopftuchtragenden jungen Frauen in den untersuchten Berufsschulen und Ausbildungsstätten gering ausfällt. So hatten zwei der drei Ausbildungsstätten bislang noch kaum Erfahrungen mit Auszubildenden mit Kopftuch gemacht und auch in zwei der drei untersuchten Berufsschulen wurde der Anteil als gering eingestuft. Das ist hier sicher auch dadurch erklärbar, dass sie eine technische Ausrichtung haben und der Anteil an jungen Frauen sowieso gering ist. Insgesamt wurde jedoch Wert darauf gelegt zu betonen, dass das Kopftuch für sich kein Ausschlusskriterium sei:

Haben wir, das ist normal. (...) Es gibt (Sicherheitsvorschriften), die müssen dann enganliegend sein eben. Aber ich glaub auch, das ist für die Frauen dann kein Problem. [...] Die Vorschrift würde auch ich kriegen, wenn ich hier mit langen Locken unterwegs wäre, dass ich mir dann in dem Fall einen Zopf machen muss und die Haare unter ein Haarnetz packen muss. Also ist ein Kopftuch, wenn es eng gebunden ist, überhaupt kein Problem und auch bei uns in der Produktion spielt es echt keine Rolle.

Fazit und Empfehlungen

In den ausbildenden Unternehmen in der Stadt Sindelfingen und allgemein im Landkreis Böblingen übt die Internationalität und Diversität in der Bevölkerungsstruktur einen positiven Effekt auf die Wahrnehmung von „Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ als potenzielle Auszubildende aus. Die Vielfalt der BewerberInnen wird von den Personalverantwortlichen

inzwischen als Normalität wahrgenommen und die Bewerbung von SchülerInnen „mit Migrationshintergrund“ auf Ausbildungsstellen gilt als weitgehend unproblematisch.²¹

Die vergleichsweise entspannt-positive Darstellung der Personalverantwortlichen und ExpertInnen im Übergangssystem geht vermutlich vor allem auf praktische und pragmatische Erwägungen zurück: Zum einen haben die meisten Unternehmen in der Region schon viele Jahre Erfahrungen mit MitarbeiterInnen unterschiedlicher Herkunft und haben diese in der Regel als unproblematisch oder im Arbeitsalltag sogar irrelevant bzw. unerheblich erlebt. Zum anderen können sich Unternehmen in vielen Berufsbereichen schon seit einiger Zeit kaum den „Luxus“ leisten, BewerberInnen um Ausbildungsplätze mit einem als solchen wahrgenommenen „Migrationshintergrund“ nicht ernsthaft zu berücksichtigen, wenn sie überhaupt genügend Bewerbungen bekommen möchten. Aktuell dürfte dies für die Hälfte aller BewerberInnen gelten.

Neben diesem positiven Ergebnis darf allerdings nicht vergessen werden, dass dennoch ein Unterschied zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund im Ausbildungsmarkt im Landkreis Böblingen vorliegt. Dieser Unterschied kann z.T. mit schlechteren familiären Ressourcen erklärt werden. Laut Aussagen der ExpertInnen können diese fehlenden Ressourcen allerdings mit entsprechenden Beratungsangeboten und Patenprogrammen ausgeglichen werden, z.B. durch das Projekt „Pluspunkte“ der Caritas, in dem u.a. Ehrenamtliche als PatInnen für SchülerInnen vermittelt oder Veranstaltungen organisiert werden, bei denen sich Betriebe und Jugendliche kennenlernen können (SchuleAusBildung bzw. Tour de Handwerk). Dabei ist jedoch zu beachten, dass diese Angebote auf freiwilliger Basis besucht werden und hauptsächlich diejenigen Jugendlichen erreichen, die sich zum Zeitpunkt des Bewerbungsprozesses noch in der Schule befinden.

Außerdem muss angenommen werden, dass auch bestimmte Formen von Diskriminierung seitens der Ausbildungsstätten unter Jugendlichen mit und ohne „Migrationshintergrund“ ungleiche Möglichkeiten verursachen, davon dürften insbesondere junge Frauen mit

²¹ Anders sieht das vor allem aufgrund der Sprachdefizite bei neuangekommenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus. Sie haben deutlich schlechtere Chancen, das wurde auch in dem Experteninterview mit der Agentur für Arbeit bestätigt. Gleichzeitig wurden Rahmenbedingungen geschaffen, um z.B. die Anstellung von Geflüchteten mit unsicherem Aufenthalt als Auszubildende zu erleichtern: Ein Ausbildungsvertrag kann in vielen Fällen eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis auch für DrittstaatlerInnen (als Nicht-EU-BürgerInnen) begründen (<http://www.bamf.de/DE/Migration/Studieren/studieren-node.html>).

Kopftuch betroffen sein. Eine Aussage, inwieweit dies im Landkreis Böblingen bzw. in der Stadt Sindelfingen der Fall ist, kann auf Basis dieser Ergebnisse allerdings nicht getroffen werden. Am – allerdings besonders emblematischen – Beispiel des Kopftuchs konnte gezeigt werden, dass solche Kriterien durchaus eine Rolle spielen können, dies aber in hohem Maße kontextabhängig ist: So machen sich die Unternehmen über kopftuchtragende Frauen in der Produktion weniger Gedanken als im Verkauf und im Kundenkontakt, weil sie sich in einem gesellschaftlichen Umfeld bewegen, in dem Negativreaktionen gegenüber kopftuchtragenden Frauen bei KundInnen nicht unwahrscheinlich sind. Aber natürlich spielen noch andere Kriterien eine Rolle, wie z.B. das Geschlecht allgemein, Herkunftsgruppen, Religion, Sprachkenntnisse oder der Aufenthaltsstatus.

Der wichtigste, die Möglichkeiten der Jugendlichen beschränkende Faktor ist aber der vorherige Schulabschluss: In allen Ausbildungsberufen haben Bewerbungen mit Realschulabschluss oder Abitur deutlich bessere Chancen als diejenigen mit Hauptschulabschluss oder gar ganz ohne Abschluss (vgl. Wilmes/Schneider/Crul 2011). Damit gehört das System Schule mit seinen institutionell verankerten „Differenzierungszwängen“²² auch für den Übergang in das Berufsleben zu den entscheidenden Faktoren. Für diesen bietet das System der dualen Berufsausbildung zwar im Grundsatz hervorragende Möglichkeiten, verfügt aber insgesamt über wenig „Reparaturmöglichkeiten“ z.B. für mögliche Fehlentscheidungen im Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe.

Dennoch darf sich natürlich das Bemühen um gleiche Startchancen für Jugendliche aus Einwanderer- oder geflüchteten Familien nicht damit begnügen und sollte gezielt den Zugang zu besser qualifizierenden Ausbildungsberufen auf unterschiedliche Weise fördern. Dazu bieten sich zum einen Mentoringprogramme an, die sich als geeignet erwiesen haben, spezifische Nachteile auszugleichen (z.B. Sprachdefizite oder fehlende Rollenvorbilder) und Ausbildungsbetrieben mehr Sicherheit zu geben, dass ihre Auszubildenden nicht an den berufsschulischen Anforderungen scheitern. Auch engere und bessere Kooperationsbeziehungen zwischen den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen (einschließlich der Gymnasien)

²² So kann etwa die Zahl der HauptschülerInnen nicht beliebig verringert und die der RealschulabsolventInnen beliebig erhöht werden – selbst wenn durch entsprechende Fördermaßnahmen das Leistungsniveau signifikant steigen würde –, weil die entsprechenden Institutionen damit überfordert bzw. umgekehrt in Frage gestellt würden.

und den Ausbildungsgebern in der Region sind sinnvoll, auch dafür gibt es zahlreiche gute Beispiele.

Eine weitere Möglichkeit ist die Steigerung der Ausbildungsquote von „migrantisch“ geführten Betrieben (der ersten oder zweiten Generation), idealerweise in Kooperation mit den Kammern. Dies nützt den Betrieben, aber es führt auch zu einer deutlich verbesserten Vermittlungssituation vor allem für Auszubildende mit Migrations- und Fluchthintergrund. Um die Chancen für geflüchtete junge Erwachsene zu verbessern sollte auch eine Erhöhung des Höchstalters für den Zugang in Ausbildung erwogen und eine systematische Feststellung von mitgebrachten Arbeitserfahrungen und fachlichen Kompetenzen bei neuangekommenen jungen Erwachsenen vorgenommen werden.

Grundsätzlich könnte und sollte bei allen Maßnahmen die Stadtverwaltung als Ausbildungsbetrieb und Arbeitgeberin eine Vorreiterrolle einnehmen und anonymisierte Bewerbungsverfahren für Ausbildungsplätze einführen sowie interkulturelle Kompetenzen und Mehrsprachigkeit als Wunschvoraussetzungen in die Ausschreibung von Ausbildungsstellen mit aufnehmen. Sie könnte sich auch auf einen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt in der nahen Zukunft zu erreichenden Mindestanteil an Auszubildenden „mit Migrationshintergrund“ verpflichten.

Empfohlen werden kann schließlich die Einführung von so genannten „Fast Track“-Fortbildungen für Neuangekommene mit mitgebrachten Arbeitserfahrungen und Qualifikationen nach schwedischem Vorbild.²³ Dazu gehört auch die Schaffung von Möglichkeiten einer vereinfachten Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen. Am sinnvollsten wäre die Schaffung von „Fast Tracks“ auf Landes- oder gar Bundesebene, aber Sindelfingen könnte hier federführend die Initiative ergreifen, den Landkreis Böblingen in Kooperation mit Kammern und Betrieben zu einer Modellregion zu machen.

²³ Siehe <https://www.government.se/articles/2015/12/fast-track---a-quicker-introduction-of-newly-arrived-immigrants/> (letzter Zugriff: 5.11.2019).

Wohnen

Das Thema Wohnen wurde vor allem für den Bereich „Ankommen“ bearbeitet (siehe oben), weil die Frage des Zugangs für Neuankommende und unter diesen wiederum für Flüchtlinge besonders schwierig ist – und zwar für beide Seiten, also die Suchenden und diejenigen, die Wohnraum bereitstellen (müssen). Eine wichtige Rolle spielt auf dem Sindelfinger Wohnungsmarkt die städtische Wohnungsgesellschaft Wohnstätten Sindelfingen GmbH, deren Wohnungsbestand vor einigen Jahren durch den Ankauf von Wohnungen im Besitz der Daimler-Benz AG noch einmal deutlich gewachsen ist. Sie hat vor allem die Versorgung der einkommensschwächeren Wohnbevölkerung zur Aufgabe.

Die Wohnraumentwicklung in Sindelfingen unterlag seit dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg vielen großen Veränderungen. Der rasante Bevölkerungszuwachs aufgrund der Flüchtlinge aus dem östlichen Europa, der wirtschaftlichen Entwicklung und der Arbeitsmigration führte zur Entwicklung mehrerer Neubaugebiete, in die aufgrund des besseren Wohnkomforts zunächst vor allem junge deutsche Familien zogen. Allerdings waren viele Wohnungen verhältnismäßig klein, so dass bei mehreren Kindern (und mit steigendem Einkommen) nicht wenige Familien wiederum schon nach einigen Jahren in Einfamilien- und Reihenhäuser weiterzogen und die Wohnblocks in zunehmendem Maße die verschiedenen Gruppen von NeuzuwandererInnen aufnahmen. Hierzu im Folgenden die Erzählung eines Ehepaares, das seit über fünfzig Jahren in einem der Wohnblocks im Eichholz wohnt:

Sie: Aber es ist einfach schön, ich lebe hier unglaublich gerne und wir sind hier eingezogen und wir sind immer noch hier, ja? Und das werden jetzt 52 Jahre und ich bin froh, dass wir hiergeblieben sind. Wir haben unglaublich nette junge Leute, wir haben einen richtigen Baby-Boom. Wir haben hier im Eichholz eine Quartiersarbeit, Sozialarbeiterinnen, das fing vor wie vielen Jahren an? Vor zwölf Jahren?

Er: Ja vor fünfzehn beinahe. [...] Das Zentrum vor den Blöcken, [...] das ist jetzt unsere „Insel“. Und da ist international ständig was los, also kreuz und quer. Da gibt es Bastelkurse, da gibt's Gymnastik, da gibt es Singabende, da gibt's Kaffee, die die Mieter selber veranstalten. Eine Sozialarbeiterin sitzt da drin, die ist sehr rührselig und sehr positiv. [...] Auch dieser große Spielplatz und so, das ist alles mit den Mietern zusammen entstanden, das heißt der Zusammenhalt ist natürlich sehr gut hier draußen, wobei es immer natürlich genügend ausländische Mitbürger gibt, die sich nach wie vor in ihren Wohnungen einigeln, will es mal über übertrieben sagen, ja? Aber durch die Schule und Kindergarten ist es automatisch, dass es ein Zusammenleben sein muss, geht gar nicht mehr anders, ja? Unser großer Enkel ist hier in der Schule im Eichholz. [...] Wenn du die Klasse siehst, die 28 Schüler in der ersten Klasse, [...] das ist kunterbunt natürlich, gell? Dadurch sind die Eltern auch automatisch immer in Verbindung. Also ich sehe das absolut unproblematisch hier. Und das hat man auch gesehen, als die vielen kamen, als dieser Schwung kam 2015. Überall gab es Probleme, hat man ja in der Presse und überall gesehen. Sindelfingen hat auch eine

Masse bekommen, aber keine Probleme gehabt, und das hängt damit zusammen, weil wir einfach von der Struktur her seit den 50er Jahren gewachsen sind in diesem Thema, ja.

Sie: Kunterbunt, wir sind eine kunterbunte Gesellschaft. 50% Migranten, hier bei uns im Haus.

Er: Ja. Jetzt überleg, wir haben 50% Ausländer und haben 112 verschiedene Nationen. Das spricht für sich. Da gibt es keine Parallelgesellschaft, das ist undenkbar.

[...]

Sie: Durch das soziale Projekt (hatten wir) zwei jüngere Sozialarbeiterinnen, die waren super, und jetzt haben wir eine ältere. Was die alles jetzt nochmal auf den Weg gebracht hat, das ist wahnsinnig! Also wir hatten ja hier vorletztes Jahr internationales Kochen, wir haben auch die Türkin hier, das ist so eine Gruppe, die hat das ins Leben gerufen, die arbeitet bei der Caritas, ist auch Türkin und ist halt hier aufgewachsen, ja? Also hier leben türkische Mitbewohner, die sich einfach integriert haben, weil sie hier so lange leben...

Er: Ja gut, aber da muss ich jetzt einschränken. [...] Bis vor zwei, drei Jahren war das eine Gruppe für sich. Die haben sich insofern wieder integriert, also hier wurde das Sommerfest veranstaltet von der Sozialarbeiterin, da machen die einen Stand und da gibt's Gyros. Also da muss man unheimlich drauf achten, dass man die mit ins Boot nimmt. [...] Auch hier in den Blöcken hat es vor zehn Jahren noch Probleme bei der Belegung (gegeben). Wenn Sie auf einem Flur zwei Internationale gegeneinander einziehen lassen, gibt es Zoff, ist klar! Damals waren das so... die Kosovo-Albaner oder Serbier oder so.

Sie: Kroaten und Türken haben sich gar nicht verstanden, das war ganz schlimm.

Er: Und dann hat der Sozialarbeiter damals von der Wohnstätten einfach einen Plan gemacht und hat gesagt, wenn jetzt eine Wohnung frei wird, da muss man darauf aufpassen. Und das hat gut funktioniert, dass man hier ein bisschen eine Mischung findet, wo es einfach funktioniert.

Sehr deutlich wird hier ein Wandel, der nicht nur tiefgreifend ist, sondern sich auch in verhältnismäßig kurzer Zeit vollzogen hat – insbesondere die Entwicklung vom mit vielen Hoffnungen an das „Wohnen im Grünen“ verbundenen Neubau der Wohnblocks am Stadtrand zum „Auffangbecken“ für sozial Benachteiligte ohne und mit „Migrationshintergrund“. Dieser Wandel wird vermutlich nicht von allen langjährigen BewohnerInnen des Viertels und des Wohnblocks so entspannt und positiv gesehen werden wie im obigen Zitat. Hinzu kommen die ebenfalls im Zitat angesprochenen Konflikte zwischen verschiedenen Herkunftsgruppen, die zu nicht unerheblichen Teilen auch auf die Situation in den Herkunftsländern zurückzuführen waren – das scheint allerdings vorrangig für die ausgehenden 1980er und vor allem die 1990er Jahre zu gelten mit vielen Flüchtlingen aus dem damals auseinanderbrechenden Jugoslawien oder auch aus den kurdischen Gebieten in der südöstlichen Türkei, die jeweils an schon bestehende Communities mit Hintergrund in der „Gastarbeiter“-Migration anknüpfen konnten. Ein weiterer nicht unerheblicher „Stressfaktor“ dürften die in den 1990er Jahren ebenfalls stark anwachsenden so genannten „ausländerfeindlichen“ Tendenzen in der Mehrheitsgesellschaft gewesen sein, die mit den Morden an türkeistämmigen Familien in Mölln und Solingen und den progromartigen Ausschreitungen in Städten wie Rostock und Hoyers-

werda „emblematische“ und vielfach auch andernorts als traumatisch erlebte Höhepunkte hatten (siehe dazu auch Kapitel 4).

Ein weiterer Aspekt der Entwicklung der Zusammensetzung der Bewohnerschaft der Hochhaussiedlungen ist der mit steigenden Anteilen an „Ausländern“ und sozial benachteiligten BewohnerInnen einhergehende Imageverlust von einzelnen Wohnblöcken oder ganzen Siedlungen. Dazu ein weiterer Ausschnitt aus dem Interview mit einer Befragten, die in einem solchen Wohnblock aufgewachsen ist:

Das sind eben diese Wohnstätten-Wohnungen und da wohnen eigentlich auch, kann man sagen, nur noch Migrantenfamilien. Also fast keine deutschen Familien oder sie sind so sozial schwach, dass sie das brauchen. [...] Also wie grad in diesem Wohnblock, wo ich eben aufgewachsen bin, mit vier Eingängen. Pro Eingang sechzehn Familien und von den sechzehn Familien waren meine Eltern 2002, als die ausgezogen sind, schon mit welche von den letzten. Also da ist jetzt eine Familie noch drin, die noch vom Ursprung war, und ich glaub auf den ganzen Block sind das höchstens ein oder zwei. Ich meine, das ist jetzt auch natürlich eine Alterssache, aber die meisten sind einfach vorher irgendwann ausgezogen. [...] (Meine Eltern sind ausgezogen) auch, weil sie sich nicht mehr ganz so wohl gefühlt haben, aber gut, dann auch altersbedingt und wir haben eine Wohnung gekauft, mein Mann und ich, in die sie dann als Mieter eingezogen sind. [...] Wobei meine Eltern es schon noch ausgehalten hätten, aber es sind halt andere Nationen eingezogen, wo das schon mit dem Essen, mit den Hausregeln und allem anfang, wo das anders ist von den Gerüchen im Treppenhaus, von der Kehrwoche, die nicht mehr so gemacht wurde und und und. Man hatte schöne Wohnungen und man hatte einen günstigen Mietpreis und deshalb sind auch viele vielleicht länger geblieben, wie sie sonst geblieben wären, aber viele von denen, die ausgezogen sind, haben dann in der Zeit eigentlich nach Eigentumswohnungen geguckt oder haben gebaut oder sind sonstwo hingezogen.

Es ist deutlich, dass hier verschiedene „Dynamiken“ der Bevölkerungsentwicklung zusammenkommen: Die steile Einkommensentwicklung besonders in den schon ansässigen Familien hat innerhalb nur einer Generation den Bau oder Erwerb von Hauseigentum ermöglicht, und damit gleichzeitig den Weg frei gemacht für die verschiedensten Neuankömmlinge, die insbesondere in den Wohnblöcken sichtbar wird. Die spürbar zunehmende – und an den Klingelschildern sehr gut ablesbare – Vielfalt wird häufig als Belastung empfunden und das beschränkt sich nicht auf bestimmte Bewohnergruppen.

Im oberen Zitat klingt allerdings auch durch, dass das Miteinander in großer Vielfalt „routinierter“ geworden ist: Die großen Auseinandersetzungen entlang „ethnisch“ definierter Unterscheidungen scheinen vorbei zu sein, selbst die große Zahl von Flüchtlingen ab Herbst 2015 wurde aus Sicht dieser Befragten ohne größere Probleme aufgenommen und bewältigt. Auch hat man die Erfahrung gemacht, dass durch Sozialarbeit und gezielte Maßnahmen der Förderung von Gemeinsamkeit und lokaler Gemeinschaft – besonders mit Fokus auf Familien

– viel Positives erreicht werden kann. Allerdings gehört das Eichholz zu den Wohngebieten in Sindelfingen, die die höchsten Wähleranteile für die AfD bei der letzten Landtags- und Bundestagswahl aufwiesen – um genau zu sein: wo die Wahlergebnisse besonders polarisiert waren (siehe Abschnitt „Politik“ unten). Das muss kein Widerspruch sein, weil die Skepsis oder die Angst vor ethnisch-kultureller Vielfalt und besonders vor weiterer Neuzuwanderung in der Regel stark „diskursgesteuert“ ist, also häufig stärker durch die mediale und politische Darstellung von Problematiken beeinflusst wird als durch die tatsächliche Alltagserfahrung. Hinzu kommt, dass Konflikte und Differenzen in der Regel länger nachwirken als das mehr oder weniger unspektakuläre und im Großen und Ganzen gut gelingende Nebeneinander im Alltag.

Interessant ist die im letzten Teil des ersten Ausschnitts angesprochene Frage der „funktio- nierenden Mischung“ der Bewohnerschaft und der Vermeidung von „ethnischen Enkla- ven“ in einzelnen Wohnblocks und Aufgängen, aber auch ganzen Siedlungen. Hierzu wurden auch zwei Personen befragt, die in direkter Beziehung zur Wohnstätten Sindelfingen GmbH stehen. Dabei ging es um die Frage, ob und in welcher Weise die „ethnisch-kulturelle“ Zu- sammensetzung gerade der Wohnblocks bei der Vergabe von Wohnungen eine Rolle spielt:

Die Wohnstätten macht das auch gut, dass sie drauf achtet, eben jetzt nicht in einem Eingang nur türki- sche Familien oder nur Kosovo-Albaner (zu haben), sondern da eben immer mit Polen und Spaniern, was wir alles haben, so da eher eine Durchmischung hinzukriegen. Und wenn sich jemand bewirbt als deut- sche Familie – Sie wissen wie ich’s meine – die kriegen eigentlich dann relativ schnell eine Wohnung. [...] Da guckt aber die Wohnstätten drauf, auf die Durchmischung, und wenn deutsche Familien (wollen), dann kriegen die auch und dürfen da eben auch rein. Und das, denk ich, ist auch gut und ich find das auch richtig, so wie das die Wohnstätten machen, dass man da einfach immer guckt auf ‘ne Durchmi- schung und auch eine „Führung“, in Anführungszeichen, ihrer Bewohner mit eben den Hausregeln, den Hausmeistern und so.

Und jetzt ‘ne türkische Familie, [...] die haben es dann deutlich schwieriger?

Ja, ja ich glaube. [...] Es gab Gerüchte mal, dass die Wohnstätten am Empfang oder beim Telefon gesagt hätten: „Wir haben im Moment keine Wohnungen mehr für Türken. [...] Wir müssen die jetzt den Flücht- lingen geben.“ Das halte ich für ein Gerücht, aber das sind halt auch so Dinge.

Die Steuerung der Wohnbelegung anhand „ethnischer“ oder ethno-nationaler Kriterien ist natürlich ein sehr schwieriges Thema – zumal das Ideal der „Durchmischung“ sich weder aus sich selbst heraus rechtfertigt noch klar definiert werden kann, welche Kriterien hier konkret zugrunde liegen, da eine bestimmte ethno-nationale Zugehörigkeit noch keinerlei Aussage etwa über den Bildungshintergrund oder das Einkommen trifft. Daher weist eine andere be- fragte Person auf die Frage der Mischung in den Wohnblocks und die Vergabekriterien einen

direkten Einfluss solcher Kriterien zurück – auch wenn das Ideal eines „ausgewogenen Mix“ bestätigt wird:

Der Wunsch ist natürlich der Vater des Gedankens, aber das kriegen Sie nicht immer ganz so hundertprozentig hin, aber es soll schon ein ausgewogener Mix in den ganzen Gebäuden da sein. Also da versuchen wir auch ein Stück weit im Auswahlverfahren drauf zu achten, ja.

Und ist es im Zweifelsfall für eine türkische Familie doch schwieriger eine Wohnung zu bekommen, weil in allen Blocks schon viele türkische Familien wohnen, als jetzt für eine deutsche Familie?

(zögert) Puh... würde ich jetzt in der Form nicht stehen lassen, nein.

Selbstverständlich können „ethnische Kriterien“ bei der Wohnungsvergabe keine unmittelbare oder gar „offizielle“ Rolle spielen, weil eine aktive Bevorzugung oder Benachteiligung bestimmter „ethnischer Zugehörigkeiten“ dem Gleichheitsgrundsatz widerspräche und vermutlich auch vor keinem Gericht Bestand hätte.

Letztlich geht es hier um zwei verschiedene Aspekte: (a) die Vermeidung von spezifischen Konfliktlagen in einzelnen Wohnblocks, die etwa in den 1990er Jahren zwischen Angehörigen der im Krieg miteinander befindlichen Nachfolgestaaten Jugoslawiens vorkamen; (b) die Sichtweisen von außen auf bestimmte Ortsteile und Siedlungen sowie die Gestaltung des Miteinanders dort. Wie auch in anderen Feldern findet sich hier im Diskurs eine Überbetonung „ethnischer“ Kriterien und eine einseitige Problemzuweisung zu denjenigen Personengruppen, die offenkundig oder vermutlich einen „Migrationshintergrund“ haben. Demgegenüber werden soziale Kriterien zwar nicht ausgeschlossen, aber eine Differenzierung anhand der Generation, der Aufenthaltsdauer oder des Aufenthaltsstatus findet kaum statt – auch wenn in den obigen Interviewausschnitten durchaus angedeutet ist, dass sie wahrgenommen werden und eine Rolle spielen.

Ergebnisse der Straßenbefragung

Im Rahmen des Forschungsaufenthalts der Studierenden wurde auch eine Straßenbefragung mithilfe eines Fragebogens durchgeführt. Themen waren Aussagen zur Einschätzung des Stadtteils und zur eigenen Verbundenheit zum Stadtteil sowie zur Stadt Sindelfingen und Fragen zur Zusammensetzung des Freundeskreises. Die Fragen wurden weitgehend an die europäische TIES-Studie angelehnt (siehe Schneider, Crul & Lelie 2015), da somit erstens sichergestellt werden konnte, dass die jeweilige Frageformulierung auch zu auswertbaren Ergebnissen führen würde, und zweitens auf diese Weise repräsentative Vergleichsergebnisse

zur Überprüfung der Plausibilität der Sindelfinger Ergebnisse vorliegen. Darüber hinaus wurden einige persönliche Daten erhoben wie Geschlecht, Alter, Bildungsstand, beruflicher Status und Migrationshintergrund, die als unabhängige Variablen dienen können.

Die Befragung erfolgte in mehreren Stadt- und Ortsteilen Sindelfingens, um eine gewisse Bandbreite der Bewohnerschaft der Stadt zu erreichen, und erbrachte insgesamt 159 ausgefüllte Fragebögen. Eine vergleichende Analyse der Stadt- und Ortsteile ist damit allerdings nicht möglich, da in den meisten Fällen nur etwa zehn Fragebögen pro Stadtteil vorliegen. Ausnahmen sind die Stadtteile Goldberg und Unter den Weinbergen, da sie als Teil eines studentischen Projekts zum Thema Nachbarschaft intensiver befragt wurden: Für den Goldberg liegen 59 ausgefüllte Fragebögen vor, für Unter den Weinbergen 22.

Es wurden insgesamt etwas mehr Frauen als Männer befragt (85 zu 70) und auch bei den Altersgruppen gibt es eine leichte Ungleichverteilung zugunsten der Altersgruppe der 25-34-jährigen und zu Ungunsten der 55-65-jährigen. Die Befragung kann keine Repräsentativität beanspruchen, weil sie auf einer reinen Zufallsstichprobe basiert. Die Angaben zu Geschlecht und Alter zeigen, dass sich dabei Verzerrungen in verschiedene Richtungen ergeben haben. Deshalb geben die im Folgenden wiedergegebenen Prozentangaben zwar eine Richtung an, sind aber nicht zu eng zu interpretieren. Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse allerdings in vielen Aspekten ein hohes Maß an Plausibilität und können deshalb *in ihrer Tendenz* als valide angenommen werden.

Gut die Hälfte der Befragten hatte keinen Migrationshintergrund – ermittelt wurde dies anhand der Angaben zum eigenen Geburtsland und dem jeweiligen Geburtsland der Elternteile. Knapp ein Drittel war selbst im Ausland geboren, knapp ein Fünftel konnte der zweiten Generation zugerechnet werden. Davon kam wiederum ungefähr die Hälfte aus bi-nationalen Familien. Etwas über die Hälfte der Befragten war nicht in Sindelfingen aufgewachsen, das galt auch für 44% derjenigen ohne Migrationshintergrund, aber nur für etwa 30% der zweiten Generation – ein Bild, das sich mit Ergebnissen z.B. der TIES-Studie deckt, die ein höheres Maß an „Einheimisch-Sein“ für die zweite Generation beschreibt (a.a.O.: 87).

Der Blick auf den Bildungsstand der Befragten ergab insgesamt fast ein Drittel mit Realschulabschluss oder Mittlerer Reife, ein weiteres Drittel hatte Abitur oder sogar einen Hochschulabschluss. Jeweils 15% verfügten über einen Hauptschulabschluss bzw. eine abgeschlossene Ausbildung als höchstes erreichtes Bildungsniveau und nur 10% über gar keinen Abschluss,

wobei davon auch noch die Hälfte auf die befragten Minderjährigen entfällt, die z.T. noch SchülerInnen sind. In der Verteilung nach „Migrationshintergrund“ ergibt sich das zu erwartende Bild, dass der Anteil der Hochschulabschlüsse deutlich höher liegt bei denjenigen „ohne Migrationshintergrund“ und besonders niedrig ist bei den MigrantInnen der ersten Generation. Ausgeglichen ist das Verhältnis zwischen diesen beiden Gruppen nur beim Realschulabschluss bzw. der Mittleren Reife. Bei den Angehörigen der zweiten Generation finden wir dagegen sowohl eine hohe Abiturquote als auch viele mit abgeschlossener Ausbildung (jeweils etwa ein Drittel), während die Ausbildungsquote bei denjenigen „ohne Migrationshintergrund“ nur 12% beträgt. Auch diese Zahlen entsprechen bundes- und landesweiten Tendenzen.

In Bezug auf die Themenstellung des Fragebogens wurden verschiedene Fragen zum Wohnen und zum Wohnumfeld gestellt, dazu gehörte auch die Verteilung auf verschiedene Wohnformen. So liegt der Anteil der MieterInnen unter den Befragten bei knapp 60%, er ist sicher tendenziell höher ausgefallen durch den Befragungsschwerpunkt auf dem Goldberg. Gut die Hälfte der MieterInnen wohnt in Wohnungen, ein Drittel in Mehrfamilien- oder Reihenhäusern und weitere 10% in Einfamilienhäusern. Hier gibt es deutliche Unterschiede vor allem zwischen MigrantInnen und denjenigen „ohne Migrationshintergrund“: Während bei Letzteren etwas über die Hälfte der Befragten im eigenen Haus oder der eigenen Wohnung wohnen, trifft dies nur für ein Fünftel der selbst Eingewanderten zu. Die zweite Generation liegt dazwischen, hier ist allerdings vor allem bei den Befragten aus bi-nationalen Familien der Anteil ähnlich hoch wie bei denjenigen „ohne Migrationshintergrund“.

In Bezug auf das soziale Umfeld schätzte knapp die Hälfte das eigene Wohnumfeld als „Mittelschichtsviertel“ ein, ein Fünftel eher als „Arbeiterviertel“ und nur 3% als „Oberschichtsviertel“. Auch hier gibt es Unterschiede zwischen MigrantInnen und BewohnerInnen „ohne Migrationshintergrund“, die aber nicht sehr ausgeprägt sind. Zudem wusste fast ein Drittel die Frage nicht zu beantworten oder machte aus anderen Gründen dazu keine Angabe. Dies kann als Indikator dafür angesehen werden, dass Zuschreibungen dieser Art im Alltag der Personen nur eine geringe Rolle spielen.

Gefragt wurde auch nach der „ethnischen Zusammensetzung“ des Wohnumfelds in Bezug auf die *eigene* „ethnische Zugehörigkeit“. Hier finden sich erneut große Unterschiede zwischen denjenigen mit und ohne „Migrationshintergrund“: Über die Hälfte der Befragten „oh-

ne Migrationshintergrund“ gab an, in einem Viertel zu wohnen, in dem „fast alle“ oder „über 75%“ dieselbe Herkunft haben wie sie selbst, weitere 30% meinten, dass dies für „etwa die Hälfte“ der Nachbarn gelte. Bei der zweiten Generation ist es dagegen genau umgekehrt: Hier schätzten über 60% den Anteil der Nachbarn mit „derselben Herkunft“ im eigenen Wohnumfeld auf weniger als die Hälfte oder sogar nur ein Viertel. Bei denjenigen, die selbst migriert sind, ist vor allem der Anteil hoch, die finden, dass „fast niemand“ dieselbe Herkunft wie sie selbst hat. Dies bestätigt das hohe Maß an „ethnisch-kultureller“ Vielfalt auch in Siedlungen oder Straßenzügen, die in Sindelfingen als „migrantisch dominiert“ wahrgenommen werden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die so genannte „Wunschzusammensetzung“ der Bevölkerung im eigenen Wohnumfeld. Hier ist es bei denjenigen „ohne Migrationshintergrund“ immerhin gut ein Drittel, die am liebsten in einem Viertel wohnen, in dem „fast alle“ oder wenigstens „über 75%“ der BewohnerInnen ebenfalls „keinen Migrationshintergrund“ haben. Ein weiteres Drittel findet, dass ihnen „die Herkunft der BewohnerInnen egal ist“. Das ist die mit Abstand häufigste Antwort derjenigen, die selbst MigrantInnen sind, gefolgt von der Antwort „ich finde es am besten, wenn es international ist“. Diese beiden „kosmopolitischen“ Antworten zusammen gab auch über die Hälfte der Angehörigen der zweiten Generation an. Bei beiden Gruppen „mit Migrationshintergrund“ möchten jeweils nur halb so viele (15%) wie diejenigen „ohne Migrationshintergrund“ vorzugsweise in einem Viertel wohnen, in dem über drei Viertel oder sogar fast alle „denselben ethnischen Hintergrund“ haben. Auch dieses Ergebnis, dass insbesondere diejenigen „ohne Migrationshintergrund“ lieber „unter sich“ bleiben, deckt sich mit den Ergebnissen der TIES-Studie, aus der diese Fragen übernommen wurden (vgl. Schneider et al. 2012: 316ff.).

Im Fragebogen gibt es weiterhin mehrere Fragen zum Verhältnis zum Wohnviertel und der Situation dort. Interessanterweise finden sich hier erstens kaum Unterschiede zwischen denjenigen, die bereits in Sindelfingen aufgewachsen sind, und den Befragten, die erst später zugezogen sind. Naheliegenderweise haben die „Einheimischen“ etwas höhere Werte bei der lokalen Identität als „Goldberger“ usw. und bei den sozialen Beziehungen im Viertel. Gleichzeitig sind sie etwas häufiger der Meinung, dass es viel Kriminalität im Viertel gibt und sich die Lebensqualität in den letzten Jahren eher verschlechtert hat. Keine Unterschiede gab es bei der „Verbundenheit zum Viertel“ und der Frage nach dem „Wohlfühlen“ im Viertel: über

80% der Einheimischen und 75% der Zugezogenen fühlen sich wohl, in beiden Gruppen knapp 70% fühlen sich ihrem Stadtteil verbunden. Kaum einen Unterschied macht es in Bezug auf diese Fragen auch, ob die Befragten einen „Migrationshintergrund“ haben oder nicht. Da der Anteil der Zugezogenen bei den MigrantInnen und denjenigen „ohne Migrationshintergrund“ ähnlich hoch liegt, ist es insbesondere die zweite Generation, die sich als „Goldberger“ usw. definiert und über etwas besser ausgeprägte soziale Netzwerke verfügt. Dies ist allerdings auch eine Frage des Alters und – allem voran – der *Wohndauer* in Sindelfingen, die wiederum wenig mit dem „Migrationshintergrund“ zu tun hat.

Im Vergleich der beiden Viertel Goldberg und Unter den Weinbergen wurden ebenfalls deutliche Unterschiede erkennbar: Die Verbundenheit mit dem Viertel ist auf dem Goldberg höher, mehr Befragte fühlen sich hier verantwortlich für die Lebensqualität im Viertel und sind nicht damit einverstanden, dass sich die Leute im Viertel kaum kennen würden oder sich die Lebensqualität im Viertel verschlechtert habe. Es entspricht wohl dem Charakter des Viertels Unter den Weinbergen, das stärker von Villen geprägt ist und eigentlich kaum eine Infrastruktur an Einkaufsmöglichkeiten und öffentlichen Einrichtungen hat, dass hier besonders viele Befragten auf die Stadtteilfragen mit „unentschieden“ geantwortet haben, und auch die Frage nach der Identität als „SindelfingerInnen“ wurde hier deutlich seltener bejaht als am Goldberg (45% zu 60%).²⁴

Als „SindelfingerInnen“ fühlen sich insgesamt knapp 70% aller Befragten. Auch hier gibt es naheliegende Unterschiede zwischen MigrantInnen der ersten Generation (immerhin die Hälfte fühlt sich als „Sindelfinger“) und den Einheimischen mit und ohne „Migrationshintergrund“ (75%) sowie den Zugezogenen allgemein mit knapp 60%. Auch Haus- oder WohnungseigentümerInnen fühlen sich etwas stärker der Stadt verbunden als Befragte, die zur Miete wohnen. Weitere Fragen und Auswertungen zum Thema „Sindelfingen“ werden in Kapitel 4 vorgestellt.

²⁴ Das ist auch ein Teil der Erklärung dafür, dass für dieses Viertel deutlich weniger ausgefüllte Fragebögen zur Verfügung stehen: Es gibt kaum öffentliche Orte, an denen PassantInnen befragt werden konnten, und die meisten Bewegungen auf der Straße fanden durch Kinder und Jugendliche oder in Autos statt. Am Goldberg gibt es dagegen vor allem mit dem Berliner Platz einen Ort starker öffentlicher Nutzung durch alle Altersgruppen und Schichten.

Fazit und Empfehlungen

Ähnlich wie anderen Themenbereichen wird in Bezug auf Wohnblocks und Nachbarschaften von einem Ideal der „Durchmischung“ oder einem „gesunden Mix“ gesprochen – gemeint als Gegenentwurf zur Gefahr „ethnisch“ definierter „Ghettobildung“ oder ähnlichem. Grundsätzlich ist gegen die Idee einer auf Vielfalt zielenden Belegung der Wohnungen eines Wohnblocks sicher wenig zu sagen, aber der Grat zwischen Förderung von Vielfalt durch Steuerung bei der Wohnungsvergabe und einer direkten Benachteiligung oder Bevorzugung bestimmter Herkunftsgruppen kann schnell sehr schmal werden – z.B. wenn „deutsche Familien“ quasi pauschal als eine „Aufwertung“ der Bewohnerstruktur gesehen werden und ihr Anteil als eine Art Indikator dafür dient, wie attraktiv und „gut“ eine Wohnlage ist. Umgekehrt ist bei der Vermeidung von „Ballungen“ einzelner „ethnischer Gruppen“, für die auch hier wieder besonders häufig die „türkischen Familien“ als Beispiel herangezogen werden, nur wenig Differenzierung erkennbar, insbesondere nicht danach, ob es eine neu zugewanderte oder eine einheimische Familie ist. Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse der Straßenbefragung, dass Tendenzen des „Unter-sich-bleiben-wollens“ bei den EinwohnerInnen ohne „Migrationshintergrund“ deutlich ausgeprägter sind als bei denjenigen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte. Angesichts der demographischen Entwicklung in Sindelfingen ist die offenkundig vorhandene Ambivalenz angesichts der zunehmenden Vielfalt problematisch, auch wenn die Erlebnisse im eigenen Wohnumfeld vielfach viel positiver sind, als es die kaum Differenzierungen vornehmenden etablierten Redeweisen zum Thema suggerieren.

Positiv zu bemerken ist, dass die Straßenbefragung hohe Werte für das Zugehörigkeitsgefühl zum Stadtteil und ein positives Miteinander gezeigt hat, und auch die Neuangekommenen mit einbezieht. Auch Neuzugezogene mit und ohne „Migrationshintergrund“ scheinen sich schnell in ihren Stadtteilen zuhause zu fühlen und entwickeln schon nach wenigen Jahren ein Zugehörigkeitsgefühl zur Stadt Sindelfingen. Das Ziel also, dass es trotz hoher Fluktuation und steigender ethno-kultureller Vielfalt in der Bevölkerung etwas Gemeinsames und Verbindendes gibt, scheint weitgehend erreicht zu werden. Allerdings sollten mögliche Störfaktoren in Form der oben genannten Redeweisen und Stereotypisierungen identifiziert und angegangen werden. Problematisch ist nach unseren Ergebnissen eher die Benachteiligung bestimmter Herkunftsgruppen im Zugang zu Wohnraum als eine vorgebliche „Ghettobildung“ oder so genannte „ethnische Enklaven“. Empfohlen wird daher, die Kategorie „Migra-

tionshintergrund“ so wenig wie möglich als relevantes Kriterium bei der Wohnungsvergabe durch die Wohnstätten Sindelfingen GmbH zu verwenden oder sogar ganz auf sie zu verzichten. Das bedeutet auch, dass es keine explizite oder implizite Bevorzugung oder Benachteiligung bestimmter Herkunftsgruppen geben sollte und insbesondere bei Angehörigen der zweiten Generation auch „ethnische“ Zuschreibungen aller Art möglichst weitgehend zu vermeiden sind. Das muss nicht gleichzeitig bedeuten, dass auf jede Form von *sozialer* Steuerung und „Durchmischung“ verzichtet wird.

Darüber hinaus kann das im Grundsatz positive Bild des Zusammenlebens in den Stadtteilen noch gestärkt werden durch mehr Maßnahmen zur Förderung des Dialogs und des Austauschs in den Stadtteilen, Siedlungen und Wohnblocks. Dabei sollten die örtlichen Perspektiven und Expertisen vor allem bei integrativen Persönlichkeiten unterschiedlicher Herkunft aktiv mit einbezogen werden. Von zentraler Bedeutung sind dafür Orte, an denen Begegnungen niedrigschwellig möglich sind; dazu können entsprechend und ansprechend gestaltete öffentliche Räume genauso gehören wie Stadtteiltreffs oder die Öffnung von Schulen und Kirchengemeinden für Stadtteilaktivitäten. Das Ankommen und die Integration von Neuankommenden könnte durch lokale Lotsen- oder Patenschaftsprojekte erleichtert werden, in denen idealerweise auch BewohnerInnen als PatInnen gefunden werden, die vor allem bei Neuangekommenen aus dem Ausland deren Sprache beherrschen oder für die diese sogar die Muttersprache ist. Empfehlenswert sind schließlich Projekte, die die *lokale* Identifikation im Stadtteil oder der Siedlung hervorheben und unterstützen. Das können kreativ-künstlerische Ansätze ebenso sein wie Projekte, die sich mit der Lokalgeschichte und ihrer mündlichen Überlieferung bzw. Darstellung durch ZeitzeugInnen beschäftigen. Für beides bieten sich auch intensive Kooperationen mit den vor Ort ansässigen Schulen an.

3. Kapitel

Verhältnis Mehrheit – Minderheiten

Verwaltung

Die Kommunalverwaltung ist die Regierung der Stadt und zugleich ein auf Kundenorientierung und Effizienz verpflichteter Dienstleister für die Einwohnerschaft. Um diese auch tatsächlich und effizient allen BürgerInnen anbieten zu können, müssen eine Stadtverwaltung (z.B. in der Sozialberatung) und die ihnen unterstellten städtischen Institutionen (z.B. KiTas, Musikschule) in zunehmendem Maße über Kompetenzen verfügen, die es erlauben, auch mit der stark zunehmenden Vielfalt der Bewohnerschaft adäquat umgehen zu können: Das gilt insbesondere für die sprachliche und kulturübergreifende Kommunikation.

Diese Kompetenzen können, so nicht bereits vorhanden, vor allem auf zwei Wegen ausgebaut werden: (a) über eine entsprechend Zusammensetzung des Verwaltungspersonals – diese hat zudem in der Regel den Effekt, dass durch die Zusammenarbeit in einem vielfältigen Team erfahrbar wird, dass den als „kulturell“ wahrgenommenen Unterschieden in der Regel ebenso viele Gemeinsamkeiten oder Ähnlichkeiten gegenüberstehen und damit auch das Verständnis für Menschen unterschiedlicher Herkunft wächst; (b) durch die regelmäßige Erweiterung entsprechender Kompetenzen beim gesamten Personal durch Fortbildungen und Trainings. Beide Wege gelten im Allgemeinen als Grundbestandteile des Begriffs der „interkulturellen Öffnung“ (IKÖ). Ein wichtiger Aspekt ist dabei, dass es zuallererst um eine hohe Handlungseffizienz der Verwaltung geht und dass Stellenbesetzungen aus einem möglichst gut qualifizierten Bewerberpool erfolgen können. Interkulturelle und sprachliche Kompetenzen dürfen dabei nicht nur kein Nachteil sein, indem etwa Bewerbungen von Personen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte allein aufgrund ihres Hintergrunds nicht berücksichtigt werden, sondern können und sollten im Gegenteil – je nach Fachgebiet – sogar ein wichtiges Auswahlkriterium darstellen.

Aus der Organisationsforschung ist bekannt, dass Prozesse der IKÖ nur dann erfolgreich sind, wenn sie auch eine „top-down“-Komponente haben, wenn es also klare Signale und Impulse der Organisationsleitung gibt, dass der Prozess „von oben“ gewollt ist und konsequent umgesetzt wird. Dazu gehört auch der Vorbildcharakter, der dem Handeln der Leitenden innewohnt. Die Verwaltung hat hier insbesondere bei der Besetzung von Stellen einen Handlungsspielraum.

Im Rahmen des Forschungsvorhabens wurden daher auch Erhebungen zur Frage nach Prozessen und Haltungen innerhalb der Sindelfinger Verwaltung durchgeführt. Ziel war festzustellen, wie sich aus Sicht der Verwaltung die Diversität in der Stadt und die demographische Entwicklung darstellen und ein grundsätzliches Stimmungsbild für etwaige Maßnahmen der „interkulturellen Öffnung“ der Verwaltung zu erfassen. Dazu wurden insgesamt dreizehn Interviews in verschiedenen Abteilungen und auf unterschiedlichen Hierarchiestufen der Verwaltung durchgeführt. Dabei wurden Themengebiete identifiziert, denen von den GesprächspartnerInnen eine besondere Bedeutung zugewiesen wurde, und die im Folgenden erörtert werden.

Einen zentralen Stellenwert hat im Selbstverständnis der befragten MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung der „Service-Gedanke“, sie sehen in ihrer Tätigkeit allem voran einen Dienst an der Bevölkerung.

Der allumfassende Auftrag ist, für dieses Gemeinwesen Stadt für diese städtische Gesellschaft, die entsprechenden Dienste vorzuhalten und die entsprechenden Maßnahmen und Projekte umzusetzen, die der Existenz dieser Stadt und deren Bevölkerung dienen. Ist ja eine dienende Aufgabe.

In nahezu allen Gesprächen wurde darüber hinaus betont, dass eine Verwaltung mehr als ihre Pflichtaufgaben tun muss, um den Bedürfnissen des gemeinsamen Zusammenlebens gerecht zu werden:

(Es ist wichtig) da sozusagen am Puls der Zeit zu sein, um hier für die Bevölkerung auch die richtigen Entscheidungen treffen zu können.

Die Verwaltung muss aus meiner Sicht, die Grundwerte, die im Grundgesetz drinnen stehen, die wir hier entwickelt haben und weiterentwickeln, muss die leben, vorleben.

Andere gehen sogar noch weiter und vertreten die Ansicht, „dass die Verwaltung dem Bürger auch irgendwie Spaß machen sollte“.

Ein Ziel der Befragungen war es zu erheben, wie die MitarbeiterInnen zur demographischen Vielfalt der Stadt stehen, welchen Einfluss dies auf ihre Arbeit hat und wie sie die Zusammensetzung der Belegschaft sehen. Es gab dabei verschiedene Positionen, aber keine/r der InterviewpartnerInnen äußerte eine grundsätzliche Abneigung gegenüber mehr Vielfalt.

Ich glaube, den Entscheidungsträgern ist schon klar, dass wir eben stark geprägt sind von diesem internationalen Charakter.²⁵ Ich glaube, es ist allen auch bekannt, wie hoch der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund ist, und von daher nehme ich jetzt eigentlich schon eine positive Stimmung war.

Eine andere Frage ist die Zusammensetzung des Personals und der gleichberechtigte Zugang zu einer beruflichen Betätigung im Verwaltungsdienst der Stadt. Und hier ist die Beobachtung relativ eindeutig:

Bei den Amtsleitern – wir haben auch fast keine Frauen – da fällt mir jetzt niemand ein, der da Migrationshintergrund hat. Und dann auf der Ebene darunter, gibt es dann schon die eine oder andere Abteilungsleiterin und so, die oder der einen Migrationshintergrund hat. Aber es ist natürlich im Vergleich zur Stadt völlig unterrepräsentiert, das ist ganz klar.

Es ist kein Zufall, dass beim hier beobachteten Mangel an Diversität quasi sofort auch die Unterrepräsentanz von Frauen in Leitungspositionen angesprochen wird. Generell sind sich die Befragten innerhalb der Verwaltung weitgehend einig, dass die Vielfalt umso geringer wird, je höher die Hierarchiestufe ist, und dass dies alle Formen von Diversität betrifft.

Dies ist allerdings empirisch nicht überprüfbar. Eine Analyse des Personalbestands der Stadt Sindelfingen in Bezug auf die Kategorie „Migrationshintergrund“ wäre praktisch nur über eine repräsentative Befragung der Belegschaft möglich, die den Rahmen des Forschungsvorhabens gesprengt hätte. Eine Auswertung der Personalakten wurde für das Forschungsvorhaben vorgenommen, allerdings ist dort nur die Staatsangehörigkeit erfasst. Sie zeigt – mit Stand Ende 2016:

- dass von den 1.326 Bediensteten der Stadt gut 12% eine andere als die deutsche Nationalität hatten;
- die häufigsten Staatsangehörigkeiten waren türkisch (4%), italienisch (2%) und kroatisch (1%);
- insgesamt sind 28 Nationalitäten in der Mitarbeiterschaft der Stadt vertreten.

²⁵ Der internationale Charakter der Stadt Sindelfingen wurde von allen Befragten als selbstverständlicher Bestandteil der Stadt betrachtet, auf den man auch stolz sei. Eine besondere symbolische Stellung nahm dabei das Internationale Straßendorf ein, das bis auf eine Ausnahme in allen Gesprächen genannt und gelobt wurde. Und auch die Vermittlung von kultureller Vielfalt durch die verschiedenen internationalen Vereine und Vereinigungen wurde als bereichernd und bewahrenswert bewertet.

Die Staatsangehörigkeit ist nur ein Kriterium für einen „Migrationshintergrund“, die Gesamtzahl der MitarbeiterInnen, die auf einer oder beiden Elternseiten eine familiäre Zuwanderungsgeschichte haben, dürfte also deutlich höher liegen. Leider können zudem keine Angaben gemacht werden zu der Situation in den verschiedenen Arbeitsbereichen und auf den unterschiedlichen Funktionsebenen – zu vermuten ist eine höhere Präsenz z.B. im technischen Personal und in den Kindertagesstätten. Insgesamt entspricht die Situation in Sindelfingen damit in etwa der in vielen anderen Städte in Deutschland. So lag z.B. im Jahr 2014 der Anteil der Beschäftigten „mit Migrationshintergrund“ in der Hamburger Verwaltung laut einer Befragung bei 12% (bei einem Gesamtanteil an der Hamburger Bevölkerung von 31%). Interessant sind in Hamburg vor allem die Steigerungsraten vor allem bei den Auszubildenden: Hatten von den Beschäftigten, die in der Vergangenheit ihre Ausbildung bei der Hansestadt gemacht hatten, nur 9% einen Migrationshintergrund, so lag der Anteil bei den Auszubildenden zum Zeitpunkt der Befragung schon bei 24% (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2014: 8). Solche Angaben sind aktuell für Sindelfingen nicht möglich, auch eine regelmäßige Ermittlung des Hintergrunds bei den Auszubildenden findet unserem Wissen nach nicht statt.

Dem Gedanken, die Vielfalt der Stadt Sindelfingen auch vermehrt in das Rathaus hineinzutragen, standen alle InterviewpartnerInnen grundsätzlich positiv oder zumindest nicht ablehnend gegenüber. Das entspricht auch der offiziellen Linie des Landes Baden-Württemberg. So formulierten Ministerpräsident Winfried Kretschmann und die damalige Integrationsministerin Bilkay Öney:

Eine Bürgergesellschaft braucht eine Bürgerverwaltung, in deren Strukturen sich die Vielfalt der Gesellschaft repräsentiert. Es geht nicht nur um den Respekt vor Vielfalt, sondern auch um den produktiven Umgang mit ihr. (Winfried Kretschmann, zit. in: Ministerium für Integration 2014, S. 4)

Eine Verwaltung, in der sich die Bevölkerung widerspiegelt, schafft Vertrauen. Damit stärken wir auch die Integrationskraft unserer Gesellschaft, denn es ist die Verwaltung, die den Staat im Alltag repräsentiert. Die interkulturelle Öffnung ist deshalb auch keine Gefälligkeit, sondern eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung. (Bilkay Öney, in: Ministerium für Integration 2014: 5).

Zentral steht hier das Argument der Repräsentation der Verwaltung als ein Spiegelbild der Gesellschaft, in der sich – ohne interkulturelle Öffnung – ein wachsender Teil der Bevölkerung eben nicht wiederfindet. In einigen der Gespräche in der Sindelfinger Verwaltung tauch-

te dieser Gedanke durchaus auf, wurde aber vor allem auf den „sichtbaren“ Teil der Verwaltung bezogen: Mehr Diversität sei vor allem in Abteilungen oder Ämtern mit regelmäßigem Kundenkontakt wichtig, während es in anderen Verwaltungsbereichen weniger wichtig wäre dies zu „forcieren“.

Hintergrund dieser Verortung in den Bereichen mit Empfangssituationscharakter ist wiederum das Argument der „Nützlichkeit“, insbesondere im Hinblick auf mehrsprachige Kompetenzen. Im Kundenkontakt sind diese Kompetenzen allerdings nicht nur „nützlich“, sondern – im Sinne der Gewährleistung der Erfüllung des Dienstleistungsauftrags – auch in zunehmendem Maße eine *fachliche* Notwendigkeit, und schließen neben Mehrsprachigkeit auch Kenntnisse über Herkunftsländer oder nicht-christliche Religionen usw. ein. Aus Sicht der IKÖ ist das Vorhandensein interkultureller Kompetenzen aber eben nicht nur im Kundenkontakt von Bedeutung, sondern es soll auch in die Verwaltung selbst hinein wirken – nicht zuletzt als Ausdruck einer sich verändernden Wahrnehmung der Stadt, die zwar um die Vielfalt weiß, sie aber perspektivisch noch immer häufig nicht berücksichtigt.²⁶

Genau in dieser Hinsicht gibt es allerdings auch Skepsis: mehr Vielfalt in der Verwaltung nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberzustehen ist nicht unbedingt gleichzusetzen damit, auch aktiv dafür einzutreten oder darin überhaupt einen „Mehrwert“ zu sehen. Ein Beispiel:

Es gibt keinen originären Wert für mich an einer möglichst bunten Gesellschaft und den gibt es für mich auch nicht im Rathaus. Ich weiß nicht, worin der Mehrwert bestehen würde.

Das gilt auch für das Thema Sprache: Einerseits merkte ein Großteil der befragten Personen an, dass dem Thema Sprache im Kundenkontakt mit einem gewissen Pragmatismus begegnet werden sollte:

Man stößt schon immer wieder an Grenzen. Die Sprache macht einfach viel aus, wenn man sich nicht so ausdrücken kann. Besonders bei Problemen, denk ich, wiegt das noch schwerer.

²⁶ Ein Beispiel: In einer Informationsbroschüre des Ortsteils Maichingen von 2016, die den BürgerInnen alle relevanten Informationen und Adressen zur Verfügung stellen soll, sind zwar die örtlichen Kirchen aufgeführt, aber kein Hinweis darauf, wo etwa die nächste Moschee zu finden sein könnte. Auch bei den vorgestellten Vereinen ist kein einziger internationaler Verein dabei und das Geschäftsleben Maichingens „mit Migrationshintergrund“ ist nur marginal vertreten. Der Bevölkerungsanteil mit einer eigenen oder familiären Zuwanderungsgeschichte von immerhin 45% (bei den Jugendlichen sogar über 60%) ist damit praktisch unsichtbar.

Als besonders betroffene Bevölkerungsgruppen wurden dabei Geflüchtete, NeubürgerInnen mit geringen Deutschkenntnissen und RentnerInnen mit Migrationshintergrund identifiziert. Gerade letztere seien eine große Zielgruppe, die man ohne eine gewisse sprachliche Flexibilität nur schwer erreichen könne. Dazu gehört auch die Inanspruchnahme von Dolmetscherdiensten (z.B. die SprachmittlerInnen der Caritas) und häufig sind es auch die betroffenen BürgerInnen selbst, die die Initiative ergreifen und sich bei Behördengängen etwa von besser Deutsch sprechenden Bekannten oder Familienmitgliedern begleiten lassen. Es ist bekannt, dass in der Kommunalverwaltung nicht selten eine Diskrepanz besteht zwischen „offiziellen“ Regelungen – Beratung und Auskünfte sollen auf Deutsch erfolgen, damit sie rechtssicher sind; Übersetzungen müssen durch akkreditierte DolmetscherInnen erfolgen – und der alltagspraktischen Notwendigkeit, sich den KundInnen gegenüber verständlich zu machen und diesen den Zugang zu den ihnen zustehenden Dienstleistungen zu ermöglichen. Für solche Problemlagen sind behelfsmäßig informelle Unterstützungsstrukturen in der Verwaltung entstanden, die aber – eben aufgrund der Informalität – den eigentlichen Regelungsbedarf nur teilweise erfüllen können.

Auf der anderen Seite führt das zu Unsicherheiten:

(Es ist so,) dass manche Mitarbeitende hier, glaub ich, Angst haben, wenn sie jetzt selbst irgendetwas in eine andere Sprache übersetzen würden, weil sie dann denken, das ist nicht mehr rechtssicher.

Diese Unsicherheiten haben auch damit zu tun, dass die Diskrepanz zwischen offizieller Regelung und den eher informellen und pragmatischen Aspekten der Alltagspraxis von den MitarbeiterInnen alleine zu bewältigen ist. Eine Möglichkeit, dem offiziell zu begegnen, wären explizit mehrsprachige Service- und Beratungsangebote oder zertifizierte Dolmetscherdienste und Übersetzungen von Formularen und Merkblättern. Aber obwohl sich alle befragten Personen im Prinzip einig sind, dass man Sprachbarrieren nicht einfach ignorieren kann, gibt es auch Stimmen, die mehrsprachige Angeboten ablehnen. Auch hier war das am häufigsten genannte Argument das der sprachlichen Bevorzugung: Es sei nicht möglich, jede Sprache anzubieten, die in Sindelfingen gesprochen wird, und nichtberücksichtigte Sprachgruppen könnten sich vor den Kopf gestoßen fühlen:

Man sollte nicht dauerhaft dafür sorgen, dass mehrsprachig kommuniziert wird, weil dann immer die Sprache fehlt, die man dann auch noch gebraucht hätte.

Wie oben beim Thema frühkindliche Bildung schon genannt führt das Argument allerdings dazu, dass der Service- und Dienstleistungsauftrag quasi unterlaufen wird, indem man lieber alle nicht-deutschsprachigen KundInnen benachteiligt als möglichst wenige. Eine Verwaltung muss hier zwei verschiedene Ansprüche einlösen: auf der einen Seite ihrer zentralen Aufgabe nachzukommen, der Bevölkerung zu dienen und ihre Dienste *allen* BürgerInnen zukommen zu lassen – und das umfasst auch diejenigen mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen – und auf der anderen Seite die Rechtssicherheit von Entscheidungen und ihrer Vermittlung oder Kommunikation an die BürgerInnen zu gewährleisten. Das Kriterium der Rechtssicherheit kann allerdings auch dadurch in Frage gestellt sein, dass das Nichtverständnis für die betroffenen BürgerInnen mitunter gravierende Folgen mit sich bringen kann. Deshalb muss eine heutige Verwaltung bei Problemen mit der sprachlichen Verständigung pragmatische Lösungen anbieten. Insofern erscheint das obige Argument der Vermeidung von Bevorzugung wenig stimmig, zumal auch die MitarbeiterInnen mit dem beschriebenen Dilemma und seiner Auflösung quasi allein gelassen werden: Sie müssen im Alltag fortlaufend pragmatische Entscheidungen treffen, von denen sie nicht wissen, ob sie von der Behördenleitung und der Rechtslage eigentlich gedeckt sind.

Und noch ein weiterer Aspekt spielt eine Rolle: die Verwaltung muss als Arbeitgeberin darauf achten, dass sie nicht – direkt oder indirekt, willentlich oder unwissentlich – bestimmte Bevölkerungsgruppen im Zugang zu Stellen systematisch benachteiligt. Auch dies wird in einigen Interviews benannt:

...dass man allen Menschen gleichberechtigte Teilhabechancen in der Gesellschaft ermöglichen möchte.

(...dass ich,) wenn ich schon dort die Türe aufmache, nicht mit einem schrägen Auge angesehen werde, weil ich jetzt einen Schnurrbart habe, oder dunkelhäutig bin.

Es muss also auch darum gehen, Hindernisse abzubauen und Zugänge zu erleichtern. Demgegenüber sehen einige Befragte in einer aktiven Erhöhung des Anteils von MitarbeiterInnen mit „Migrationshintergrund“ die Gefahr einer Ungleichbehandlung von BewerberInnen *ohne* „Migrationshintergrund“. Und natürlich müssten die einzig relevanten Kriterien fachliche Kompetenzen und fehlerfreies Deutsch sein. Dann stelle sich auch gar nicht das Problem, dass man bestimmte Personen „aussortiere“, vielmehr habe es bisher schlicht kaum Bewerbungen von ausreichend qualifizierten Personen „mit Migrationshintergrund“ gegeben.

Auch hier ist das zentrale Thema die Sprache. So wurde in nahezu allen Gesprächen hervorgehoben, dass die deutsche Sprache als Amtssprache einwandfrei zu beherrschen sei, Auch hierzu ein Beispiel:

Sprache kann ein Hinderungsgrund sein, und wenn jemand sehr spät Deutsch lernt, als Erwachsener zum Beispiel, ist halt die Frage, ob er es noch schafft, auf so ein Sprachniveau zu kommen, das für Verwaltungshandeln reicht. [...] Wenn Sie in die Gesetze gucken, also bei uns hat man es ja viel mit rechtlichen Rahmenbedingungen zu tun, da können Sie nicht ungefähr argumentieren, da gibt es schon originär Deutsche, die daran scheitern, dass sie sich nicht klar ausdrücken können.

Ein zentrales Argument ist die Angst davor, dass die fehlerfreie Kommunikation auf Deutsch im Amt leiden könnte. Generell wurde beim Thema Sprache die Kategorie „Migrationshintergrund“ mehr oder weniger pauschal mit Sprachproblemen oder zumindest einem Zweifel an der Fähigkeit zur fehlerfreien Kommunikation auf Deutsch assoziiert. Hinzu kam die mehrmals geäußerte Sorge, dass MigrantInnen im Kundenkontakt versuchen könnten, die Sprachkenntnisse der MitarbeiterInnen in unzulässiger Weise für ihre eigenen Zwecke auszunutzen.

Da gibt es dann einfach bestimmte Menschen, die versuchen sich aus dem Verwaltungsregelwerk zu verabschieden und dann eben mit ihrer Sprache und der Unverständlichkeit nach außen und was weiß ich was für Angebote da kommen, Sonderbehandlungen zu machen.

Auffällig ist in den Gesprächen in der Verwaltung vor allem die auch im letzten Interviewausschnitt deutlich werdende pauschale Gegenüberstellung von Menschen mit „Migrationshintergrund“ auf der einen Seite und der Verwaltung in ihrer heutigen Zusammensetzung auf der anderen. Es wird vermutet, dass MitarbeiterInnen der Verwaltung mit Sprachkenntnissen oder einer eigenen Herkunft in einer der in Sindelfingen ansässigen Einwanderergruppen der Versuchung der Bevorteilung von Personen aus dieser Gruppe möglicherweise nicht widerstehen könnten, weil die soziale Kontrolle durch die KollegInnen ohne entsprechende Sprachkenntnisse nicht gegeben sei. Zudem werden „Migrationshintergrund“ und Mehrsprachigkeit beinahe durchgängig mit Sprachdefiziten in der deutschen Sprache assoziiert, also mit einer Migration im Erwachsenenalter, die es in der Tat schwierig macht, die deutsche Sprache akzentfrei zu erlernen. Die in Deutschland geborenen Kinder aus Einwandererfamilien finden als möglicher Pool für MitarbeiterInnen dagegen in keinem der Interviews Erwähnung, obwohl sie zumindest potenziell sowohl fehlerfreie Deutschkenntnisse als auch mehrsprachige Kompetenzen mitbringen. Ebenfalls nicht differenziert wird nach Tätigkeitsfeldern

innerhalb der Verwaltung, obwohl sicherlich nicht für alle Bereiche fehlerfreies Deutsch unverzichtbar ist.

Fazit und Empfehlungen

Die Stadt Sindelfingen zeigt sich durchaus engagiert im Bereich der Förderung des interkulturellen Miteinanders, wie in den vorherigen Unterkapiteln schon angedeutet werden konnte. Allerdings lag der Fokus bisher eher außerhalb der Verwaltung, z.B. in der Förderung des „Sprachmittler“-Programms der Caritas oder der Vereinsarbeit. Auch wenn es in der Vergangenheit immer wieder Trainingsangebote für verschiedene Abteilungen der Verwaltung im interkulturellen Umgang gegeben hat, ist eine *Strategie* der interkulturellen Öffnung der Verwaltung selbst bisher nicht zu erkennen.

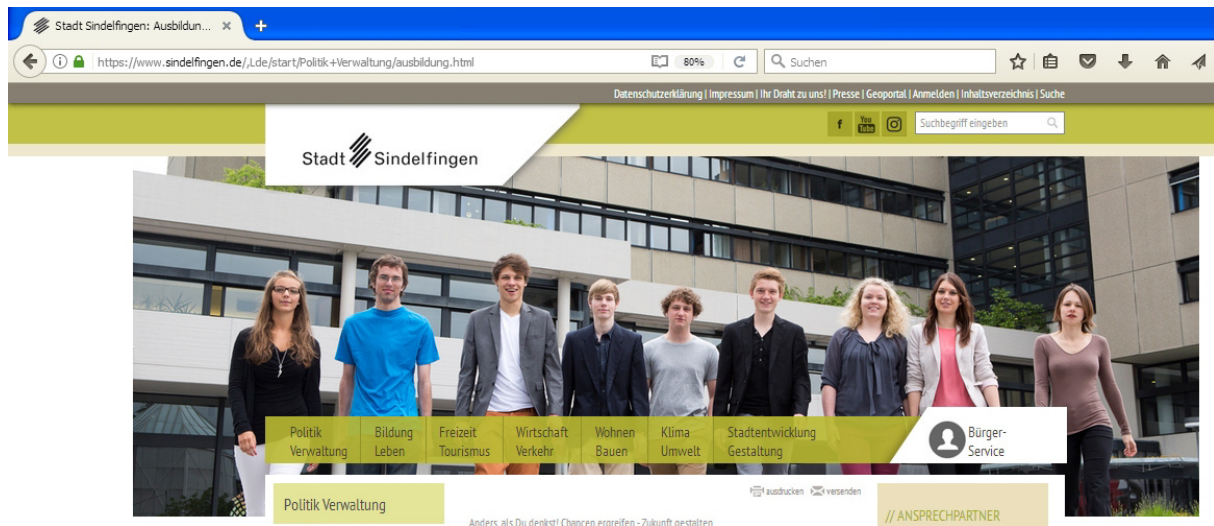
Ein Problem ist aber, dass notwendige oder wünschenswerte Veränderungen nicht von selbst eintreten. Angesichts der demographischen Entwicklung braucht es aktive Maßnahmen und dazu muss auch eine Strategie der Personalentwicklung gehören. Ein weiterer Aspekt ist der Vorbildcharakter der Stadt, gerade auch im Angesicht eines Prozesses der Neuausrichtung der Integrationsarbeit in Sindelfingen, zu der auch die hier vorgelegten Untersuchungsergebnisse und konzeptionellen Überlegungen einen Beitrag leisten sollen.

Die Verwaltung wird in einer Stadt wie Sindelfingen sicherlich speziell beansprucht, sowohl im alltäglichen Umgang mit der Bevölkerung als auch in ihrem Selbstverständnis. Es scheinen vor allem strukturelle Probleme zu sein, die bislang mehr Vielfalt in der Verwaltung erschweren, dazu gehören typischerweise u.a. attraktivere Jobaussichten in der Privatwirtschaft, ein zu hoher Anteil für den Zugang zur Verwaltungslaufbahn nicht ausreichender Bildungsabschlüsse und mangelnde Kenntnisse über den Öffentlichen Dienst in Einwandererfamilien. Gleichzeitig fehlt es aber auch in der Verwaltung an Differenzierungen in der Betrachtung der guten Hälfte der Stadtbevölkerung, die statistisch einen „Migrationshintergrund“ hat: Das Bild ist immer noch stark geprägt von der lange Jahre eher randständigen Situation der „Gastarbeiter“ (und aktuell der Geflüchteten). Die erwachsene zweite Generation und die junge dritte Generation aber brauchen heute keine Sprachhilfen mehr, sondern Zukunftsangebote und gleichberechtigte Zugänge zu Bildung, Arbeit und Wohnen.

Der hier empfohlene Prozess der interkulturellen Öffnung der Verwaltung sollte mit einer entsprechenden Kommunikationsstrategie einhergehen. So heißt es etwa in einer Broschüre

des Diakonischen Werks, dass die Ziele von interkultureller Öffnung, nämlich die „gesellschaftliche und wirtschaftliche Anerkennung sowie Wertschätzung der Potenziale der Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ und die „Förderung eines konstruktiven Umgangs mit vielfältigem Personal, heterogenen Kundengruppen und unterschiedlichen Kooperationspartnern“, eine aktive Kommunikationsarbeit benötigen (Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz/Diakonie Hamburg o.D.: 6f). Diese Kommunikation hat dabei immer zwei Richtungen: Es ist nach innen gerichtet von zentraler Bedeutung, dass die MitarbeiterInnen in der Verwaltung nachvollziehen können, worum es bei etwaigen Maßnahmen geht, mit welchen Auswirkungen zu rechnen ist, was die positiven Aspekte dabei sind und welche ihre Rolle darin sein soll. Durch eine offene Kommunikation können Vorbehalte abgebaut werden und eine Möglichkeit zum konstruktiven Dialog geschaffen werden (Reinecke/von Bernstorff 2011: 15).

Genauso wichtig ist die Kommunikation nach außen: Es wurde während der Gespräche angemerkt, dass sich nur sehr wenige Menschen mit „Migrationshintergrund“ für Positionen innerhalb der Verwaltung bewerben würden und dass die Zahl der BewerberInnen abnimmt, je höher die jeweilige zu besetzende Position in der Verwaltung ist. Das zeigt, dass hier eine aktivere Kommunikation der Erwünschtheit von kultureller Vielfalt und interkulturellen Kompetenzen nötig ist – z.B. durch Aufnahme entsprechender Formulierungen in Stellenausschreibungen. Gleichzeitig kann und sollte auch gefragt werden, welche fachlichen, Sprach- und interkulturellen Kompetenzen *in den verschiedenen Bereichen* der Verwaltung wünschenswert oder unabdingbar sind. Nicht auf allen Positionen im öffentlichen Dienst muss das Deutsch fehlerfrei und „paragraphenfest“ sein, in bestimmten Bereichen könnten umgekehrt sogar weitere Sprachkenntnisse neben dem Deutschen eine sinnvolle Einstellungsvoraussetzung sein (z.B. in KiTas, der Flüchtlingsarbeit, der Jugendsozialarbeit). Und auch die Rolle der Bildsprache etwa in Broschüren, Faltblättern und auf der Homepage sollte nicht unterschätzt werden – hier z.B. auf der Seite, die junge Leute für eine Ausbildung bei der Stadt gewinnen möchte:



Screenshot der Werbeseite für Auszubildende auf der Homepage der Stadt

Zumindest Angehörige von so genannten „sichtbaren Minderheiten“ sind in der Reihe der gezeigten Jugendlichen nicht vertreten. Der Einwand, dass der Hintergrund der Personen doch eigentlich keine Rolle spielen sollte, wird erst dann schlüssig, wenn eine Benachteiligung bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen tatsächlich und überprüfbar ausgeschlossen werden kann. Die Einführung einer explizit „interkulturellen Bildsprache“ in den städtischen Veröffentlichungen wird zumindest für eine mehrjährige Übergangszeit nicht gänzlich ohne die Bedienung bestimmter Klischees von „Vielfalt“ gehen. Das rührt allerdings vor allem daher, dass sie in vielen Bereichen eben noch keine Selbstverständlichkeit ist und sie deshalb in verschiedene Richtungen „signalisiert“ werden muss. Insbesondere bei Stellenausschreibungen der Stadt sollte die Gewünschtheit von interkulturellen Kompetenzen und Mehrsprachigkeit ausdrücklich benannt werden, letzteres insbesondere bei Stellen mit Kundenkontakt. Darüber hinaus empfehlen wir die Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren, d.h. dass die Erstauswahl der KandidatInnen für Vorstellungsgespräche ohne Fotos und ohne Kenntnis des Namens, des Geschlechts und der Wohnadresse erfolgt.

Regelmäßige Schulungen in interkulturell und vielfaltsrelevanten Themen sowie Anti-Bias-Trainings für alle MitarbeiterInnen der Verwaltung sollten verpflichtend gemacht werden. Für bestimmte Tätigkeiten können zudem Schulungen im Bereich der so genannten „sprachensiblen Beratung“ sinnvoll sein. Dazu gehören auch deutliche Signale aus der Verwaltungsspitze, dass Diskriminierung bei der Vergabe von Stellen oder auch im Kundenkontakt in städtischen Einrichtungen nicht toleriert und bei Wiederholung sanktioniert wird. Dafür muss es

eine geeignete verwaltungsinterne Anlaufstelle geben, die entsprechende Meldungen sammeln und bearbeiten und – in den allermeisten Fällen – einer Schlichtung zuführen kann.

Dialog, Vernetzung und Verständigung sind heute für eine erfolgreiche und nachhaltige Integrationsarbeit von entscheidender Bedeutung. Es wird empfohlen, die Herausbildung einer „Kultur des Dialogs“ zum zentralen Ziel zu erklären und Dialog, Vernetzung und Verständigung zur Leitlinie des neuen Integrationskonzepts zu erheben. Das wäre auch im kommunalen Vergleich innovativ, weil es nicht nur um den Dialog der Stadt mit internationalen Vereinen, Migrantenselbstorganisationen und Einwanderer-Communities geht. Das betrifft auch die Kommunikation der Verwaltung mit den BürgerInnen der Stadt und eine Öffnung der internen Diskussions- und Beteiligungsprozesse.

Politik: Parteien und Wahlen

Das folgende Kapitel beinhaltet zum einen eine Analyse der Ergebnisse der letzten Landtags- und Bundestagswahl in Sindelfingen. Zum anderen wird auf Basis qualitativer Interviews mit VertreterInnen der größeren Parteien und ihrer Jugendorganisationen untersucht, welche Faktoren die politische Teilhabe von Personen mit Migrationshintergrund in Sindelfingen beeinflussen.

Analyse der Wahlergebnisse

Eines der Themen, die nach den beiden letzten Wahlen in Sindelfingen – der Landtagswahl 2016 und die Bundestagswahl in 2017 – die politische Öffentlichkeit in der Stadt stark beschäftigt haben, war das Abschneiden der Partei Alternative für Deutschland (AfD). Die Partei wurde 2013 vor allem in Protest gegen die Einführung des Euro gegründet, entwickelte sich jedoch rasch zu einem Sammelbecken verschiedener rechtskonservativer Kräfte in Deutschland, das sich in der breiten Debatte um die Fluchtbewegung nach Deutschland ab 2015 mit einer rechtspopulistischen bis rassistischen Haltung gegen Flüchtlinge und Zuwanderung im Allgemeinen profilierte. Bei der Landtagswahl 2016 in Baden-Württemberg erhielt sie landesweit 15 Prozent, das Ergebnis lag in Sindelfingen mit 17 Prozent etwas über dem Landesdurchschnitt. In 15 von 43 Sindelfinger Stimmbezirken kam die AfD sogar auf über 20 Prozent, mit 26 Prozent als dem höchsten Wert, der in zwei Wahllokalen erreicht wurde. Diese hohen Ergebnisse fanden sich vorrangig im Norden der Stadt, also vor allem in Wahllokalen in Eschenried und im Eichholz (mit angrenzenden Gebieten in Rotbühl und Spitzholz) sowie in Hinterweil und Grünäcker. Hinzu kamen – städtebaulich und sozialstrukturell ähnlich gelagert – Viehweide und Teile vom Goldberg.

Vor allem drei Faktoren scheinen einen Einfluss auf die Wahlergebnisse der AfD gehabt zu haben: Da ist zum einen ein direkter Zusammenhang zum Anteil der lt. Statistik im Wahlbezirk ansässigen „AussiedlerInnen“, der im Übrigen vermutlich auch die wichtigste Gemeinsamkeit darstellt zwischen den eher niedrigen Einkommensgruppen in Eschenried, Hinterweil und Eichholz und den relativ besser gestellten Haushalten in Grünäcker. In allen Wahlbezirken mit überdurchschnittlich hohen Anteilen von „AussiedlerInnen“ lagen die Wahlergebnisse der AfD über 20%. Das gilt insbesondere für Hinterweil, Viehweide und Grünäcker. Ein

zweiter, allerdings indirekt wirkender Faktor war der Anteil der im Wahlbezirk ansässigen „AusländerInnen“, die ja selbst nicht stimmberechtigt waren. Das betrifft insbesondere die Innenstadt und den Goldberg, aber teilweise auch Eschenried und das Eichholz. Eine mögliche Interpretation ist, dass hier die nicht-ausländische wahlberechtigte Bevölkerung ihre Verunsicherung gegenüber der in ihrem Wohnumfeld besonders sichtbaren demographischen Veränderung der Stadt zum Ausdruck bringen wollte. Allerdings ist dieser Zusammenhang nicht durchgängig: So liegt der Anteil ausländischer Bevölkerung im Umfeld der Grundschule Gartenstraße und der KiTa Brunnenwiesenstraße in der Innenstadt sowie der Gottlieb-Daimler-Schule und der KiTa Schneidemühlestraße jeweils bei 40 Prozent und mehr, während gleichzeitig der Anteil der „AussiedlerInnen“ unterdurchschnittlich ist. In drei der genannten Wahllokale lagen die AfD-Ergebnisse bei über 20 Prozent, aber im Wahllokal „KiTa Brunnenwiesenstraße“ waren sie mit 11 Prozent sogar deutlich unter dem Durchschnitt. Auf der anderen Seite war das Ergebnis der AfD im Wahllokal „Pfarrwiesen-Gymnasium (Musiksaal)“ in Rotbühl mit 25% eines der höchsten überhaupt, obwohl im zugehörigen Wahlbezirk weder überdurchschnittlich viele „AusländerInnen“ noch „AussiedlerInnen“ wohnen. Weitergehende Interpretationen dieser Unterschiede sind ohne Wahllokalbefragungen nicht möglich, sie zeigen aber zumindest deutlich, dass Faktoren wie der Anteil „AusländerInnen“ – der nicht in einem direkten Verhältnis zum Anteil „Migrationshintergrund“ stehen muss (siehe Kapitel 1) – keinen linearen Einfluss auf das Wahlverhalten und die politischen Überzeugungen der Bewohnerschaft haben und weitere Faktoren eine viel zentralere Rolle spielen können (z.B. der Grad und Typ der Organisation der Nachbarschaft, aktuelle Problemlagen und ihre Sichtbarkeit u.v.m.).

Als dritter Faktor scheinen Bildungsniveau und Einkommen eine Rolle zu spielen: Zumindest fallen die Wahlergebnisse der AfD in den Wahlbezirken mit überdurchschnittlich höheren Einkommen vergleichsweise niedrig aus. Auch wenn sie mit nicht unter 12 Prozent immer noch hoch liegen, widerspricht dies zumindest der von der AfD selbst vertretenen These, eine vorrangig bürgerliche Partei zu sein. Gegen diese These spricht auch, dass die Wahlergebnisse von Grünen und FDP, die beide vor allem ein bürgerlich-gebildetes Milieu ansprechen, denen der AfD nahezu spiegelbildlich gegenüberstehen.

Bei den Ergebnissen der Bundestagswahl 2017 hat sich die Lage insofern verändert, als sich die Wahlergebnisse der AfD in allen Wahlbezirken verschlechtert haben – wenn auch auf

nach wie vor hohem Niveau. Auch weiterhin korrelieren sie in hohem Maße mit dem Anteil der „AussiedlerInnen“ im jeweiligen Wahlbezirk, während der Anteil der „AusländerInnen“ nicht mehr von Bedeutung zu sein scheint – zumindest sind hier keine Unterschiede zu anderen Wahlbezirken mit deutlich niedrigeren Anteilen mehr festzustellen. Möglicherweise hat sich hier ein Teil des Protestwahl-Effekts in der Landtagswahl bereits wieder verfliegen. In je einem der beiden Wahlbezirke rund um die KiTa Eschenried und um den Stadttreff Viehweide lagen die Stimmenanteile der AfD unverändert bei über 20 Prozent, in allen anderen sind sie unter 20 Prozent gesunken. Die größten Stimmenverluste für die AfD gab es mit minus neun Prozent im Wahllokal „Pfarrwiesen-Gymnasium (Musiksaal)“. In den beiden stärksten Wahlbezirken der AfD ist zugleich eine starke Polarisierung zu beobachten, weil hier auch die höchsten Stimmenanteile für die Partei Die Linke (Viehweide) bzw. die SPD (Eschenried) zu finden sind. Hier kann auch ein weiterer Kontrast festgestellt werden, nämlich zum noch eher dörflichen Teilort Darmsheim, in dem sowohl die AfD (8-14%) als auch Die Linke (3-5%) durchweg unterdurchschnittlich abgeschnitten haben, während die CDU mit über 40 Prozent ihre besten Ergebnisse erzielt hat.

Wahlvolk und Wahlverhalten

Personen mit Migrationshintergrund sind im parteipolitischen Geschehen der Stadt Sindelfingen noch nicht in dem Maß aktiv, wie es dem Anteil an der Bevölkerung, aber auch dem internationalen Selbstbild der Stadt entsprechen würde. In dem zum Zeitpunkt der Forschung aktiven Gemeinderat hatte nach Angaben der Stadt nur ein Vertreter (von 41 Sitzen) einen „Migrationshintergrund“. Auf den Listen der KandidatInnen der Parteien zur letzten Gemeinderatswahl im Mai 2019²⁷ standen durchaus auch solche mit einem durch ihren Namen vermittelten „Migrationshinweis“: Von jeweils vierzig KandidatInnen sind es fünf Namen auf der Liste der CDU, eine Person bei den Freien WählerInnen (FWS), sieben bei der SPD und drei bei den Grünen; bei der FDP sind es vier von 38 und bei der Linken eine von 17. Auch wenn eine solche Identifizierung natürlich sehr ungenau ist, da z.B. Namenswechsel durch Heirat in beide Richtungen einen tatsächlichen Migrationshintergrund entweder praktisch unsichtbar machen oder andersherum auch fälschlicherweise suggerieren können, wird deutlich, dass sich schon bei den Wahllisten in keiner Partei die Zusammensetzung der Sin-

delfinger Bevölkerung auch nur annähernd widerspiegelt. Gewählt wurde von diesen KandidatInnen mit ‚vermutetem‘ „Migrationshintergrund“ keine einzige Person; sie standen entweder von vorneherein auf einem aussichtslosen Listenplatz oder die WählerInnen nutzten ihre Möglichkeiten der Stimmenverteilung, um andere KandidatInnen zu bevorzugen.

In vielen Interviews mit VertreterInnen der im Gemeinderat vertretenen Parteien wurde das Fehlen von Gemeinderatsmitgliedern „mit Migrationshintergrund“ in der Tat vor allem auf die fehlende Akzeptanz in der „Mehrheitsbevölkerung“ zurückgeführt:

Was im Wahlkampf auffällig war, war dass der Versuch der anderen, Leute mit ’nem zum Teil ganz leichten Migrationshintergrund zu positionieren, jämmerlich gescheitert ist. Zum Beispiel von den FWS, das war der erste Vorsitzende des Jugendgemeinderats, der war auf Platz 2 (gesetzt). Die FWS haben neun Plätze im Gemeinderat gekriegt und der ist auf Platz 12 runtergewählt worden. Da befürchte ich, dass es daran liegen kann, dass der Sindelfinger sich von dem Namen bisschen hat abschrecken lassen. Weil früher war es mal so, dass ein Junger mit deutschen Namen damals von Platz 2 gewählt wurde. Also theoretisch funktioniert das, wenn man an prominenter Stelle jemanden präsentiert, aber bei dem hat es nicht funktioniert. Und die anderen mit Migrationshintergrund haben auch nicht so gut abgeschnitten.²⁸

Das wirft ein bisschen einen Schatten auf die Mentalität der Wähler. Da müsste man auch noch dran arbeiten, also es als legitim zu empfinden, dass ein intelligenter junger Mensch kroatischer Abstammung mein legitimer Vertreter im Gemeinderat ist. Den Gedanken kann man den Leuten noch nicht vermitteln, da nehmen die lieber den, den sie schon seit 40 Jahren kennen, der schon immer in Maichingen gelebt hat. Das ist ein Manko und da bin ich auch ein bisschen enttäuscht. Ich hatte mir eigentlich erhofft, als das EU-Recht 1999 kam, dass wir dann tatsächlich auch EU-Bürger in reichlicher Zahl reinkriegen, das hat sich alles sehr-sehr in Grenzen gehalten. Also es ist nicht so gekommen, dass die auch nur annähernd entsprechend ihres Bevölkerungsanteils in den Gemeinderäten vertreten wären. Das ist schade, da müsste man aber irgendwie dran arbeiten.

Ein Problem ist also die Akzeptanz in der Sindelfinger Wählerschaft. So wird der geringe Zuspruch von KandidatInnen mit Migrationshintergrund auf der einen Seite auf eine fehlende Offenheit der Sindelfinger Bevölkerung in dieser Frage zurückgeführt. Auf der anderen Seite besteht unter einigen Befragten aber auch die Ansicht, dass solche KandidatInnen hauptsächlich von „den MigrantInnen“ selbst gewählt werden müssten. Der geringe Zuspruch, den die KandidatInnen mit Migrationshintergrund in den vergangenen Wahlen hatten, wird folglich damit erklärt, dass die Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund seltener wählen gehen:

²⁷ Siehe <https://wahlen.iteos.de/AGS115045/115045g-2019.htm>

²⁸ Um die Anonymität der Interviewten zu wahren, verzichten wir auf eine Benennung der jeweiligen Parteizugehörigkeit. Bei aller Relevanz dieser Information ist auch festzustellen, dass sich zumindest die etablierten Parteien von links bis konservativ in der Frage der politischen Teilhabe nicht fundamental unterschieden haben.

In den letzten zwei oder drei Kommunal-, also sagen wir mal vor 15 Jahren hat das so begonnen, dass wir auch diese Leute mit auf die Liste für Kommunalwahlen aufgenommen haben. Also was mir dabei aufgefallen ist, war jedes Mal, die habe ich immer eingeschätzt vom Stimmenanteil, dass sie von ihrer Landsmannschaft – als Beispiel sag ich: soundso viele Griechen leben hier – dass die sich mobilisieren und wenigstens einen Vertreter reinkriegen, aber das war nie gegeben. Die [...] schneiden eigentlich erschreckend schwach ab.

Interviewerin: Und was glauben Sie, woran das liegt?

Weil denen ihre Leute sich dafür nicht interessieren und zur Wahl gehen.

Ja, das liegt schon irgendwie ein bisschen daran, dass wir da durchaus ne ziemliche Zurückhaltung haben von ausländischen Mitbürgern, was die Teilhabe an politischen Vorgängen angeht. Deswegen, also ich habe den Eindruck, dass sie weniger zu Wahl gehen, auch wenn sie den deutschen Pass haben, weil sonst wäre nicht zu erklären, warum die Menschen mit Migrationshintergrund, die auch die anderen Listen aufgestellt haben- also es gab ja bei den FWS, bei der CDU, bei der SPD Menschen auf den Listen, aber sie wurden nicht gewählt. Das deutet für mich darauf hin, dass die Integration in dem Sinne noch nicht so ganz gelungen ist, sonst würden die Leute verstärkter die Leute mit Migrationshintergrund wählen. Man könnte es natürlich auch so sehen, dass die Leute so integriert sind, dass sie es gar nicht mehr nötig haben. Aber das glaube ich eher weniger.

Gleichzeitig wurde vielfach darauf hingewiesen, dass offenkundig auch die Wahlbeteiligung der Bevölkerung „mit Migrationshintergrund“ zu niedrig sei, um hier einen Unterschied machen zu können. Das kann anhand der vorhandenen Daten allerdings nicht überprüft werden. Es besteht zwar ein gewisser statistischer Zusammenhang zwischen dem Anteil von Menschen „mit Migrationshintergrund“ in einem Stadtteil und der grundsätzlichen Wahlbeteiligung in den zugehörigen Wahllokalen. Erkenntnisse darüber, wer etwa die NichtwählerInnen sind und welche WählerInnen welche Parteien gewählt haben, liegen jedoch nicht vor.

Grundsätzlich wäre dabei allerdings auch zu fragen, warum WählerInnen „mit Migrationshintergrund“ eine quasi automatische oder natürliche Präferenz für KandidatInnen mit entsprechenden Namen haben sollten und dies auch noch unabhängig davon, ob eine Kandidatin oder ein Kandidat tatsächlich denselben „Migrationshintergrund“ hat. So wird in den Interviews deutlich, dass auch die ParteienvertreterInnen selbst die politisch Aktiven „mit Migrationshintergrund“ in erster Linie als VertreterInnen ihrer „Communities“ sehen und den mangelnden Erfolg entsprechender KandidatInnen einerseits vor allem in der geringen Wahlbeteiligung der WählerInnen mit ähnlichem Hintergrund sehen und andererseits in der fehlenden Akzeptanz von KandidatInnen „mit Migrationshintergrund“ bei der Wählerschaft, die selbst keinen „Migrationshintergrund“ hat.

Das erste Argument ist nicht vollständig von der Hand zu weisen: In der Tat ist die Wahlbeteiligung in Stimmbezirken mit hohem Anteil an „Deutschen mit Migrationshintergrund“ – eine genauere Analyse ist aus Datenschutzgründen nicht möglich – tendenziell niedriger als in Stimmbezirken mit niedrigeren Anteilen. Aus der Wahlforschung ist bekannt, dass das Interesse von Personen „mit Migrationshintergrund“ an politischer Beteiligung zum einen von individuellen Merkmalen abhängt, wie Bildung und sozialer Teilhabe, rechtlichen Beschränkungen und die Länge des Aufenthaltes, gleichzeitig steigt das politische Interesse im Generationenverlauf (vgl. Müssig/Worbs 2013: 22). Die Zunahme des politischen Interesses in der zweiten oder dritten Generation MigrantInnen ist auch in Sindelfingen zu sehen: So ist der Anteil der Mitglieder im Jugendgemeinderat, die einen „Migrationshintergrund“ haben, deutlich höher als im Gemeinderat. Zum anderen spielt laut Wahlforschung aber auch die „Mehrheitsgesellschaft“ eine bedeutende Rolle: Sie kann zu einer Stärkung des politischen Interesses beitragen, wenn sie bereit ist, spezifische Interessen von MigrantInnen wahrzunehmen und als legitim anzuerkennen. Ebenso kann eine sichtbare Repräsentanz von Personen „mit Migrationshintergrund“ in Positionen der Mehrheitsgesellschaft, z.B. in politischen Ämtern, einen positiven Effekt und eine Signalwirkung haben (Cyrus/Vogel 2008: 17).

Parteien und politische Teilhabe

In Sindelfingen hat das Aufstellen von KandidatInnen „mit Migrationshintergrund“ bislang nicht zum Wahlerfolg beigetragen. Dass die Befragten hierfür weniger ihr eigenes Parteiprogramm oder ihre Parteiarbeit, sondern die Wählerschaft verantwortlich machen, ist insofern problematisch, als es zeigt, dass noch mit relativ starren ethno-nationalen Zuschreibungen und der impliziten Idee von „Quotenmigranten“ gearbeitet wird, während die in der Wahlforschung angedeuteten weiteren Möglichkeiten gar nicht genutzt werden: erstens, die stärkere Berücksichtigung von Themen und politischen Forderungen, die vor allem für die Bevölkerung relevant sind, die eine familiäre Zuwanderungsgeschichte haben, und zweitens die Berufung von Persönlichkeit „mit Migrationshintergrund“ in führende Parteiämter mit einer entsprechenden Signalwirkung nach innen und außen.

Während der Erhebung wurden die interviewten ParteienvertreterInnen darum gebeten, den Anteil an Personen „mit Migrationshintergrund“ unter ihren Mitgliedern einzuschätzen. Wie die folgende Tabelle 4.1 zeigt, lag zum Zeitpunkt der Befragung in allen Parteien – das gilt auch für die FWS, die hier keine Schätzung abgeben wollte – der geschätzte Anteil weit unter

dem in der Gesamtbevölkerung (und ist vermutlich teilweise sogar eher überschätzt worden). Das hat erst einmal wenig damit zu tun, dass die Parteien die Diversität und Internationalität der Sindelfinger Bevölkerung nicht als positiv und normal ansehen würden.

Tabelle 4.1: Anzahl der Mitglieder und der geschätzte Anteil der Personen mit Migrationshintergrund (MH)

<i>Partei</i>	<i>Mitgliederanzahl</i>	<i>Anteil Personen mit MH</i>
CDU	200	10-15%
SPD	150	10-12%
Freie Wähler Sindelfingen	110-120	unbekannt
FDP	40	1 Person
Die Linke	35	7%

Quelle: Angaben aus den Interviews

Die Befragten sind sich einig darin, dass der Anteil an „Personen mit Migrationshintergrund“ in ihren Parteien zu gering ausfällt. Gleichzeitig hatte keine der Parteien eine Erklärung für diesen Befund. Hierzu zwei Beispiele:

Wir versuchen das einfach gar nicht zum Thema zu machen, dass wir vielleicht ein Migrationsproblem haben. Sondern wir versuchen das so zu leben, als ob das alles Sindelfinger sind. Wobei wir natürlich auch feststellen, das sieht man an den Mitgliederzahlen der Parteien, dass sich das Verhältnis in den Parteien nicht widerspiegelt. Das heißt, wir wünschen uns schon, dass wir mehr Mitglieder mit Migrationshintergrund hätten, aber wir haben sie nicht. Und wir tun auch nicht so richtig aktiv was dafür, dass wir die kriegen. Ich wüsste auch nicht, wie das gehen soll.

Interviewerin: Meinen Sie, dass das vielleicht Sinn machen würde, solche Themen zu thematisieren, auch um vielleicht Personen mit Migrationshintergrund anzuwerben?

Ich würde eher sagen, wenn man in diese Richtung arbeitet, dass man dann eher drauf abhebt, dass der Migrationshintergrund kein Hindernis ist, in irgendeiner Art und Weise am Leben in Sindelfingen teilzunehmen.

Im Versuch, die aktuelle Situation zu erklären und argumentativ zu bewältigen, stehen verschiedene Elemente nebeneinander, darunter zuallererst die Frage, ob man die Unterschiedlichkeit überhaupt betonen sollte, weil es ja um das „Gemeinsame als SindelfingerInnen“ geht: Führe die Frage nach dem „Migrationshintergrund“ nicht eigentlich schon wieder dazu,

dass die entsprechenden Personen darauf reduziert werden, während es doch eigentlich um die Personen und ihre Ideen und Konzepte zur Bewältigung der in Sindelfingen anstehenden Fragen gehen sollte? Gleichzeitig wurde deutlich, dass es auch die Parteien selbst sind, die den „Migrationshintergrund“ von Personen immer wieder hervorheben und relevant machen. Die Kenntnis von und Vertrautheit mit vor allem migrationsspezifisch relevanten Themen und Persönlichkeiten, die diese kompetent und brückenbildend in die mehrheitsgesellschaftlichen politischen Institutionen hineinbringen könnten, ist nicht zuletzt eine Frage der Perspektive und der Schnittmengen in sozialen Netzwerken. Beides ist in der politischen Landschaft Sindelfingens nicht sehr ausgeprägt – wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen (siehe unten). Dies verdeutlicht beispielhaft der folgende Ausschnitt:

Also ich muss ehrlich sagen, ich finde, was wir hier machen als Integrationsarbeit sehr, sehr viel. Also wir versuchen die Menschen anzunehmen. Für mich ist aber Integration immer auf beiden Seiten. Ich kann jetzt nochmal ein Beispiel sagen aus dem letzten internationalen Ausschuss: Da kamen dann welche, gerade von unseren türkischen Mitbürgern, dass sie eine Wohngemeinschaft machen wollten mit türkischen Frauen, die schon älter sind und eben eine Wohngemeinschaft wollten. Meine Frage lautet da natürlich auch: warum jetzt wieder unter sich bleiben? Wie integriere ich mich, wenn ich jetzt schon so lange hier in Deutschland bin, also die auch nicht mehr wahrscheinlich zurückwollen, warum gehen sie nicht bei uns in diese Wohngemeinschaften hinein, was ja viel einfacher wäre, um sich auch kennen zu lernen? Man profitiert ja selber auch. Also wenn ich in irgendein fremdes Land gehe und kann mich mit den Leuten einigermaßen verständigen oder sehe, wie sie leben, dann ist das ja was sehr Positives. Und da bin ich dann immer wieder erstaunt, wie schwierig es ist auch für uns, dass dieser Schritt auch von der anderen Seite kommt. Es wird dann immer mit Sprachbarrieren gehadert, aber es stellt sich heraus, dass viele lieber für sich bleiben. Das ist manchmal etwas schwierig. [...] Aber positiv, muss ich ehrlich sagen, ist gerade auch, was wir in der Kultur machen, gerade in den letzten Jahren. Es ist ja wirklich toll gewesen, was in der Biennale war, wo wirklich ganz viele ausländische Mitbürger mitgemacht haben, und da kommt man dann schon vielleicht etwas mehr heran.

Dieser längere Ausschnitt kann als prototypisch gesehen werden für eine Reihe von Grundelementen im politischen Diskurs zum Thema „Integration“ in der Stadt:

- Zwar heißt es, dass Integration immer beide Seiten betreffe, aber in der Regel wird die Verantwortung für „gelingende Integration“ klar den MigrantInnen zugeschoben: sie ist eine von diesen zu leistende „Bringschuld“. Dabei bleibt allerdings sehr vage, was dies genau heißen soll und kann, wann „Integration“ erreicht ist und was dann daraus folgt. Die anhaltende Betonung der familiären Zuwanderungsgeschichte auch bei Angehörigen der zweiten und dritten Generation deutet jedenfalls nicht darauf hin, dass erreichte und zugestandene „Integration“ – was immer das konkret heißen könnte – etwas daran ändern würde, dass diese Personenkreise weit überwiegend

und auch bei den politischen VertreterInnen in der Stadt weiterhin nicht als Teil „des Eigenen“ betrachtet werden.

- Nur *ex negativo* aus der Ablehnung der Idee einer türkischen Wohngemeinschaft für pflegebedürftige Ältere kann abgelesen werden, dass man jeder Form von „unter sich bleiben“ ablehnend gegenübersteht und auch alte Leute, die schon seit Jahrzehnten in Deutschland sind, Anstrengungen unternehmen sollten, Leute anderer, vermutlich vor allem deutscher Herkunft kennen zu lernen.
- Keinerlei Verständnis ist dafür zu erkennen, dass es gerade für alte Leute, die schon seit Jahrzehnten in Deutschland leben, ein berechtigtes Bedürfnis sein kann, ihre letzten Lebensjahre in einer Einrichtung zu wohnen, die ihre Sprache spricht und kultursensibel auf die Bewohnerinnen eingehen kann. Stattdessen werden auch von ihnen weiterhin „aktive Integrationsanstrengungen“ verlangt.
- Keinerlei Erwähnung findet die zweite Generation, die genau diesen „Crossover“ zwischen – in diesem Fall – „türkischer“ und „deutscher“ Kultur tagtäglich leistet und auch keine Sprachbarrieren hat.
- Trotzdem es in der Regel die Bevölkerung „ohne Migrationshintergrund“ ist, die die wenigsten „interethnischen Kontakte“ außerhalb der eigenen Gruppe vorweisen kann (s.o.), bleibt als Eigenbeitrag der „Mehrheitsgesellschaft“ zur „gelingenden Integration“ der Verweis auf die Anstrengungen der Stadt. Personen ohne „Migrationshintergrund“ sehen sich darüber hinaus in keiner Pflicht und Verantwortung.
- Selbst im versöhnlich-positiven abschließenden Verweis auf die Kulturbiennele bleibt die Perspektive eine von außen. Dies ist ein Muster, das auch bei den vielen Erwähnungen des Internationalen Straßenfests, das eine hohe Symbolfunktion für das Sinfelfinger Selbstverständnis als „internationale Stadt“ hat, erkennbar ist: Man erfreut sich an der Vielfalt der Stände, kulinarischen Spezialitäten und kulturellen Darbietungen, aber Begegnungen mit den „Communities“ und das Erlebnis von Gemeinsamkeit über „ethnische“ Unterschiede hinweg bleiben die große Ausnahme und werden offenkundig auch gar nicht angestrebt.

Selbst in der Frage der politischen Teilhabe sehen sich die VertreterInnen der Parteien nicht wirklich selbst in der Verantwortung, von sich aus und im eigenen Funktionieren als Parteien

und Fraktionen etwas zu ändern. Immer wieder wird betont, dass Möglichkeiten zur Teilhabe von Seiten der Stadt Sindelfingen doch gegeben seien, die BürgerInnen würden diese jedoch nicht ausreichend nutzen:

Und da sieht man auch einfach, wie schwierig das ist, auch an Menschen mit Migrationshintergrund ranzukommen. Also ich sehe es auch im Internationalen Ausschuss. Das ist wenig, die sich wirklich total auch einbringen, obwohl sie die Möglichkeit haben.

Hier ist allerdings zu erwähnen, dass die Möglichkeiten der Teilhabe im Internationalen Ausschuss (INTA) des Gemeinderats auf Redebeiträge der so genannten „sachkundigen EinwohnerInnen“ beschränkt sind, während nur die anwesenden parteizugehörigen Gemeinderatsmitglieder – aktuell alle ohne Migrationshintergrund – auch abstimmen dürfen. Schon die Bezeichnung des Ausschusses dürfte für viele Angehörige vor allem der zweiten Generation wenig Motivation zur Teilhabe bieten, zumal die für sie relevanten Fragestellungen weit überwiegend in anderen Ausschüssen behandelt werden.²⁹

Immerhin konzediert eine Interviewperson, dass man an dieser Stelle vielleicht von der Bevölkerung „mit Migrationshintergrund“ nicht mehr verlangen könne als von den anderen: „Politikverdrossenheit“, Wahlabstinenz und ein geringes Prestige der Parteien sind allgemeine politische Trends, die sich negativ auswirken auf die Mitgliederzahlen aller Parteien und die Bereitschaft sich aktiv zu engagieren:

Also mit anderen Worten: die Integrationsmöglichkeiten, da wäre mehr drin, aber die nehmen das dann nicht wahr. Wobei man sagen muss, das ist ein Phänomen, das es bei den Deutschen auch gibt: Wir sind 42 Gemeinderäte und dann gibt's noch so'n paar Dauerzuschauer auf der Tribüne, das sind aber vielleicht zehn, und dann gibt es noch zehn, die sich bei der Bürgerversammlung zu Wort melden, und die sechzig Namen könnte ich Ihnen alle aufzählen und dann hat sich's aber auch. Also das Engagement derjenigen, die nicht im Gemeinderat sind, ist auch bei den Deutschen ziemlich unterentwickelt. Von daher ist es vielleicht gar nicht mal ein interkulturelles Problem, sondern die Möglichkeiten, die wir gerne geben würden, werden halt nicht wahrgenommen. Das find ich schade, ich hätte gerne mehr Dialog zwischen den Gruppen. An der Teilhabe hapert's.

Fazit und Empfehlungen

Außer es nicht aktiv zu *verhindern*, wurde im Forschungsprojekt wenig gefunden, das die Parteien unternehmen würden oder sich zumindest vorgenommen hätten, um mehr Bürge-

rInnen „mit Migrationshintergrund“ aktiv für die eigene Politik zu begeistern. Sie sehen sich da aber überwiegend auch nicht „in der Pflicht“ – im Gegenteil: es wird eher geklagt, dass von den MigrantInnen selbst zu wenige Schritte der Beteiligung ausgehen würden. Auch eine Unterscheidung nach Generationen wird kaum vorgenommen, so dass insbesondere die schon etablierte zweite Generation in ihrem Beteiligungspotenzial kaum wahrgenommen wird. Das ist im Falle der dritten Generation etwas anders, die – was sehr positiv aufgenommen wird – im Jugendgemeinderat sichtbar präsent ist. Und auch bei der ersten Generation gibt es vor allem über die bekannten „internationalen Vereine“ eine „etablierte“ öffentliche und politische Wahrnehmung, allerdings spielt hierbei der Generationenwechsel in vielen der etablierten MSOs (siehe folgendes Kapitel) keine Rolle.

Nicht erkennbar waren in den Interviews auch weitergehende Vorstellungen oder Modelle, wie die politische Partizipation in Zukunft gestaltet werden könnte, obwohl die aktuelle Konstruktion des Internationalen Ausschusses (INTA) mit den nicht stimmberechtigten „migrantisches“ VertreterInnen als herangezogenen „sachkundigen EinwohnerInnen“ von nahezu allen InterviewpartnerInnen, einschließlich der im folgenden Kapitel zentral stehenden MigrantInnenselbstorganisationen für nicht besonders gelungen gehalten wird.

Im letzten Interviewausschnitt oben wurde allerdings auch deutlich, dass die Grundproblematik komplexer ist, weil sich die mangelnde Teilhabe nicht allein auf die Bevölkerung „mit Migrationshintergrund“ beschränkt: Ebenso irritiert und verständnislos haben Politik und Verwaltung auf die verhältnismäßig hohen Wahlergebnisse der rechtspopulistischen AfD in mehreren Sindelfinger Siedlungsbezirken reagiert und auch hier sind keine strukturell angelegten Erkenntnisse und Antworten erkennbar geworden. Das Feld der lokalen Parteipolitik erscheint zunehmend assoziiert mit einer bestimmten Form eines bürgerlichen Habitus, der sicherlich weniger „klassisch bildungsbürgerlich“ ist als dies in großen Städten wie Stuttgart (oder Universitätsstädten wie Tübingen) der Fall ist, aber gleichzeitig auch wenig mit den früheren „Arbeitermilieus“ zu tun hat – schon gar nicht, wenn diese in hohem Maße aus eingewanderten Familien bestehen, einschließlich der „Aussiedler“ und Russlanddeutschen.

²⁹ In den Gemeinderatsausschüssen für Digitalisierung, Jugend und Soziales, Kultur und Sport sind aktuell jeweils einzelne Personen als „sachkundige EinwohnerInnen“ vertreten, deren Namen auf einen „Migrationshintergrund“ hinweisen.

Zu empfehlen sind eine deutliche Stärkung des Dialogs zwischen den Parteien und VertreterInnen von Migrantenselbstorganisationen (erste *und* zweite Generation!) sowie mit der Schülerschaft und Jugend, um mehr Verständnis für deren (super-)vielfältigen Alltagserfahrungen und Umgangsstrategien zu erlangen. Hierfür reicht der Jugendgemeinderat nicht aus und hier könnten insbesondere die Jugendorganisationen stärker aktiv werden.

Aber MigrantInnen und die Nachkommen aus Einwandererfamilien müssen sich auch in den Themen und Programmen wiederfinden, die dementsprechend um die Aspekte erweitert werden sollten, die vor allem für MigrantInnen und die Nachkommen aus Einwandererfamilien relevant sind (z.B. Berücksichtigung der Migrationsgeschichte im Stadtbild, Anerkennung und Förderung der Mehrsprachigkeit, kultursensible Altenpflege u.v.m.).

Ebenso hilfreich und von symbolischer Bedeutung kann die Benennung von Persönlichkeiten mit „Migrationshintergrund“ für sichtbare Führungspositionen der Parteien sein. Hier ist auch Geduld gefragt, weil dies mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zu Negativreaktionen aus der bisherigen Mitgliedschaft führen wird. Dabei können aber die Parteien auch auf den Gewöhnungseffekt setzen: Je häufiger und regelmäßiger die Parteien KandidatInnen „mit Migrationshintergrund“ prominent z.B. auf ihre Wahllisten platzieren, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie auch gewählt werden und sich beweisen können.

Zur Stärkung der Wahrnehmung des passiven Wahlrechts sollte die Bevölkerung mit „Migrationshintergrund“ auch direkt angesprochen werden, z.B. über mehrsprachige Wahlplakate und -veranstaltungen in Stadtteilen mit hohen Anteilen an migrantischer Bevölkerung. Dazu beitragen könnte auch eine Initiative (zusammen mit anderen Städten in der Region) zum kommunalen Wahlrecht für AusländerInnen mit unbefristetem Aufenthalt. Solange dies nicht der Fall ist, wäre auch die Ausrichtung einer symbolischen Möglichkeit der Stimmabgabe für diese Bevölkerung bei der nächsten Kommunalwahl denkbar.

In Bezug auf die Einbeziehung der eingewanderten Communities in die politische Willensbildung auch unabhängig von Staatsangehörigkeit und Wahlrecht sind verschiedene Modelle möglich und in Deutschland verbreitet – ein „Königsweg“ ist dabei allerdings nicht vorhanden. Das heutige Sindelfinger Modell des Internationalen Ausschusses des Gemeinderats ist nicht zuletzt das Ergebnis einer stetig gesunkenen Wahlbeteiligung bei einem früheren Gremium aus gewählten VertreterInnen der Communities. Eine vor einigen Jahren in Baden-Württemberg eingeführte und in einigen Kommunen auch bereits anscheinend ganz gut

funktionierende Variante ist die Schaffung eines „Integrationsrats“, in dem Personen vertreten sind, „die einen Migrationshintergrund haben oder aufgrund ihrer Kenntnisse in Fragen der Migration und Integration einen Beitrag zur Arbeit des Integrationsrats leisten können“ (Partizipations- und Integrationsgesetz für Baden-Württemberg (PartIntG BW), §13, Absatz 1). Mitglieder des Integrationsrats sind also zivilgesellschaftliche AkteurInnen, die entweder aufgrund ihrer familiären Zuwanderungsgeschichte oder ihrer fachlichen Kompetenz und langjährigen Erfahrung für eine Nominierung in Frage kommen. Positiv zu bewerten ist auch, dass dieses Gremium im Gemeinderat Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht hat. Vorschläge oder Forderungen des Integrationsrats sind zwar für den Gemeinderat nicht bindend, aber es könnte sich als „gute Praxis“ etablieren, dass eindeutigen Vote des Integrationsrats durch den Gemeinderat übernommen werden – dies kann sogar auch in der Geschäftsordnung des Gemeinderats entsprechend festgehalten werden (siehe PartIntG §13, Absatz 5).

Positiv hervorzuheben ist an dieser Stelle der Jugendgemeinderat. Er wird an den Schulen gewählt und bietet gerade deshalb allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, ihr aktives und passives Wahlrecht auszuüben. Die Zusammensetzung des Jugendgemeinderats der letzten drei Wahlperioden zeigt, dass es keinesfalls einen Hinderungsgrund für politisches Engagement in der Stadt darstellt, einen „Migrationshintergrund“ zu haben. Förderlich ist zudem, dass sich die Stadt sehr bemüht, den VertreterInnen des Jugendgemeinderats das Gefühl zu geben, ernst genommen zu werden und tatsächlich etwas bewirken zu können.

MigrantInnenenselbstorganisationen (MSOs) und „internationale Vereine“

Die Fragestellung

Lange Zeit wurde die Selbstorganisation von MigrantInnen eher mit Skepsis und Misstrauen betrachtet, während heute ihr Nutzen und ihre Potenziale für die Förderung der Integration in Wissenschaft und Politik weitgehend unstrittig sind (vgl. Hunger/Metzger 2013: 35). Von der nationalen bis zur lokalen Ebene trägt die Zusammenarbeit mit Organisationen ethnischer Gruppierungen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur verbesserten gesellschaftlichen Teilhabe von zugewanderten Personengruppen bei (vgl. Beauftragte der Bundesregierung 2007: 20f.). Dabei stellt sich nicht nur in Städten, die wie Sindelfingen über einen sehr hohen Anteil an Bevölkerung „mit Migrationshintergrund“ verfügen, zunehmend die Frage, ob der Fokus auf „Integration“ im Sinne einer eher schematischen Gegenüberstellung von „deutscher Mehrheitsgesellschaft“ und eingewanderten Minderheiten die gesellschaftliche Realität noch adäquat abbildet. Das betrifft die zunehmende Diversifizierung der so genannten Herkunftsgruppen (vgl. Vertovec 2012) ebenso wie den oben dargestellten wachsenden Anteil derjenigen „mit Migrationshintergrund“, die bereits in Deutschland geboren und aufgewachsen sind und/oder aus bi-nationalen Elternhäusern kommen.

Mit den sich verändernden demographischen Verhältnissen und zunehmenden Forderungen nach gleichberechtigter Teilhabe werden auch die Zugänge zu Einfluss und Macht neu ausgehandelt werden. Eigenorganisationen von ethno-nationalen Herkunftsgruppen oder MigrantInnen unterschiedlicher Herkunft – im Folgenden unter dem Begriff „MigrantInnenenselbstorganisationen“ (MSOs)³⁰ zusammengefasst – werden auch zukünftig von zentraler Bedeutung sein, insbesondere als Brücke zwischen kommunaler Verwaltung und den migrantischen Communities (vgl. Nieswand 2010). Gleichzeitig sehen sich aber auch die MSOs selbst tiefgreifenden Veränderungen gegenüber, die mit dem generationalen Wandel auch einen Funktionswandel vollziehen (müssen): während die Pflege der heimatlichen Sprache und Kultur für die einheimischen Kinder und Enkel kaum noch eine Bedeutung hat und mit dem zuneh-

menden Alter der eingewanderten ersten Generation immer mehr in den Hintergrund rückt, werden neue Aufgaben übernommen, z.B. in der Form „sozialer Dienstleistungen“ und übergreifender Kooperationen und „Verwobenheiten“ mit mehrheitsgesellschaftlichen Institutionen. Das lässt sich ganz gut am Beispiel von ethnisch konnotierten Fußballvereinen verdeutlichen, von denen viele besonders auf Kreisliga-Niveau Teil des normalen mehrheitsgesellschaftlichen Sportbetriebs sind, über ihre Namen aber noch immer einen bestimmten ethnisch-kulturellen Bezug erkennen lassen:

		Gesamt				Heim		Auswärts		Hinrunde		Rückrunde		Tore		Diff	P
		S	S	U	N	S	S	U	N	S	S	U	N	Tore	Diff	P	
1.	TSV Weilimdorf II	25	21	1	3	131	37	94	64	25	21	1	3	131	37	94	64
2.	SV Heslach	25	20	3	2	71	31	40	63	25	20	3	2	71	31	40	63
3.	Calcio Leinfelden-Echterdingen II	25	18	1	6	126	33	93	55	25	18	1	6	126	33	93	55
4.	SKV Palästina Al Q'uds Stuttgart	25	17	4	4	122	34	88	55	25	17	4	4	122	34	88	55
5.	SG Stuttgart West (Ab)	25	16	6	3	93	25	68	54	25	16	6	3	93	25	68	54
6.	TSV Steinhaldenfeld (Ab)	25	14	5	6	98	43	55	47	25	14	5	6	98	43	55	47
7.	SV Eintracht Stuttgart	25	12	2	11	72	77	-5	38	25	12	2	11	72	77	-5	38
8.	1. Stuttgarter FV 1896	25	10	3	12	70	74	-4	33	25	10	3	12	70	74	-4	33
9.	TSV Leinfelden II (Neu)	25	6	5	14	50	86	-36	23	25	6	5	14	50	86	-36	23
10.	Sportfreunde Stuttgart II	26	6	5	15	41	77	-36	23	26	6	5	15	41	77	-36	23
11.	PSV Stuttgart II	24	5	1	18	44	82	-38	16	24	5	1	18	44	82	-38	16
12.	SV Tuna Spor Echterdingen II (Neu)	25	4	3	18	55	122	-67	15	25	4	3	18	55	122	-67	15
13.	MK Makedonija Stuttgart	25	3	1	21	44	150	-106	10	25	3	1	21	44	150	-106	10
14.	SV Özatan Stuttgart II (Neu)	25	2	2	21	38	184	-146	8	25	2	2	21	38	184	-146	8
15.	SV Rot 1945 II zg.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Screenshot der Webseite FuPa.net (Saison 2017/18) mit der Tabelle der Stuttgarter Kreisliga B4: Die erkennbaren ethnisch-kulturellen Bezüge sind Italien, Palästina, Mazedonien und Türkei.

Viele dieser Vereine spielen nicht nur in den regulären Ligen des Deutschen Fußballbundes, sondern bringen zunehmend ethnisch diverse Mannschaften auf den Rasen – nicht zuletzt, weil sie besonders in den Großstädten in vielen Stadtteilen einen der führenden Vereine darstellen und daher die lokale Jugend unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft ansprechen,

³⁰ Dieser Begriff wird auch in diesem Forschungsbericht verwendet, weil er wissenschaftlich etabliert ist. Er kann aber als weitgehend synonym zu der in Sindelfingen vorrangig verwendeten Bezeichnung „internationale Vereine“ gesehen werden.

weil es letztendlich vor allem der sportliche Erfolg ist, der für alle Beteiligten im Vordergrund steht. Konsequenterweise finden wir eine Reihe von Vereinen, die ihre ethnisch spezifischen Namen zugunsten neutraler lokaler Bezeichnungen aufgeben.³¹

Gleichzeitig ist es daher aber erklärungsbedürftig, wenn migrantische Selbstorganisationen fortbestehen, weil dies im Widerspruch zu stehen scheint zu den „klassischen Integrationsparadigmen“ (siehe oben), die vor allem im Übergang von der ersten zur zweiten und dann zur dritten Generation von einer Auflösung ethnischer Bindungen ausgehen (vgl. Nagel 2015: 13f.). Im Folgenden sollen daher die aktuelle Rolle migrantischer Eigenorganisation im Kontext der beschriebenen demographischen Veränderungen analysiert und auf dieser Basis Vermutungen über die weitere Entwicklung in den nächsten Jahren aufgestellt werden.

Als „organisationale Systeme“ haben MigrantInnenselbstorganisationen (MSOs) ihren Ursprung erst einmal in der Betonung der *Differenz* zwischen Organisation und Umwelt. Auf Basis dieser Differenz wird eine gemeinsame Identität und innere Einheit hergestellt oder reproduziert und diese gleichzeitig immer wieder versucht zu bestätigen und erlebbar zu machen. Für die Mitglieder kann die Organisation ein Faktor der Stabilität in einer aufgrund der Migration grundsätzlich als unsicher und instabil wahrgenommenen Situation sein. Die Organisation wiederum bindet auf diese Weise die Mitglieder an sich und sichert so ihren eigenen Fortbestand (vgl. Goeke 2010: 123, Luhmann 1997: 595, Weiß 2017: 88f.). Gleichzeitig verändern sich sowohl die Organisation als auch ihre Kontext als auch die Individuen, aus denen sie besteht, und aus diesen Veränderungen – häufig auch Spannungen und Konflikte – können eine Verschiebung oder sogar Aufhebung von eigentlich konstitutiven Merkmalen und damit einen tiefgreifenden Wandel in der Organisation zur Folge haben (vgl. Weiß 2017: 25, 88f., 95f.).

Um solche Dynamiken greifbar zu machen, wurden folgende Leitfragen formuliert:

- a. Anhand welcher Indikatoren werden Wandlungsprozesse innerhalb der Eigenorganisation wahrgenommen?
- b. Welche internen und externen Faktoren spielen dabei eine Rolle?

³¹ Die bekanntesten Fälle sind wohl der FC Kreuzberg (ehemals Samsunspor) und der Rixdorfer SV (ehemals Galatasaray Berlin) in Berlin (siehe z.B. https://www.deutschlandfunkkultur.de/vielfalt-in-verein-und-fankurve-fussball-als-vorbild-fuer.1001.de.html?dram:article_id=428967; letzter Zugriff am 10.11.2019).

- c. Welche Rolle spielt der lokale Kontext Sindelfingen für einen Wandel der Funktionen und des Selbstverständnisses?
- d. Welche Prozesse liegen dem zugrunde und wie sind unterschiedliche Entwicklungen im selben Kontext zu erklären?
- e. Welche Entwicklungen zeichnen sich für die Zukunft ab und was bedeutet das für die kommunale Integrationsarbeit?

Selbstorganisation im lokalen Kontext

Ein Resultat der Vielfalt der in Sindelfingen ansässigen Herkunftsgruppen ist eine ausdifferenzierte Landschaft internationaler Vereine. Auf Grundlage einer von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellten Aufstellung mit Kontaktadressen wurden insgesamt 56 Vereine mit ethnischem Bezug erfasst. Dabei besteht zahlenmäßig eine klare Überlegenheit von Vereinen mit Bezug zu ethno-nationalen Herkunftsgruppen, die der ehemaligen „Gastarbeiter“-Migration nach Sindelfingen zugeordnet werden können. Die spiegelt sich auch in der Stichprobe der dann konkret befragten Vereine wider.

Ein weiteres Auswahlkriterium war Religion: Vier befragte Vereine haben eine religiöse Ausrichtung, drei sind säkular orientiert. Hier offenbart sich bereits eine zentrale Schwäche von Begriffen wie „internationale Vereine“ oder „MigrantInnenselbstorganisationen“: Das verbindende Element ist ausschließlich die Tatsache, dass die (Gründungs-)Mitglieder eine (familiäre) Zuwanderungsgeschichte haben. Da andere Religionen als die christlichen Konfessionen und das Judentum in Deutschland in der Regel keinen per Staatsvertrag geregelten offiziellen Status als Religionsgemeinschaften haben, sind Moscheen und Tempel meistens als Vereine organisiert und erscheinen daher auf einer Ebene mit Sport- und Kulturvereinen. Hinter religiösen Organisationen steht aber in der Regel eine andere Organisationslogik und ein umfassenderer Vertretungsanspruch, was sich u.a. darin zeigt, dass die meisten Moscheen und Moscheevereine größeren islamischen Verbänden angehören und damit über den unmittelbaren lokalen Kontext hinauswirken sowie nicht nur eine bestimmte Herkunftsgruppe ansprechen (selbst in eindeutig türkeistämmigen Dachverbänden oder sogar der türkischen Religionsbehörde zugeordneten Moscheen kommt ein wachsender Anteil der Gläubigen aus ganz verschiedenen Herkunftsländern). Demgegenüber konnten vor allem die Herkunftsgruppen katholischen Glaubens direkt von entsprechenden kirchlichen Einrichtungen wie der Katholischen Mission aufgefangen und teilweise „eingemeindet“ werden.

Die sieben befragten Vereine wurden zwischen 1963 und 2000 gegründet. Bei den älteren Vereinen standen zum Zeitpunkt der Gründung vor allem die Situation und Bedarfe der im Rahmen der Arbeitsmigration ab den 1960er Jahren zugewanderten Personen und ihrer Nachkommen im Vordergrund. Das entsprach allem voran dem Wunsch nach einer Gemeinschaft von Gleichen in der Fremde, der Bewahrung und Weitergabe von Kultur und Sprache sowie die gemeinsame Ausübung der Religion. Hinzu kam die Repräsentation der Herkunfts- und bestimmter Interessengruppen gegenüber den Behörden des Ankunfts- und teilweise auch des Herkunftslandes. Bei den jüngeren Vereinsgründungen stehen dagegen der Aspekt der Repräsentation gegenüber der Mehrheitsgesellschaft und der Wunsch, sich gesellschaftlich einzubringen, stärker im Vordergrund. Andere jüngere Organisationen sind Weiterentwicklungen von älteren Vorläufern oder sie haben sich aufgrund politischer und sozialer Differenzen von diesen abgespalten.

Gleichzeitig unterliegt die „Landschaft“ der MSOs in Sindelfingen ebenso wie andernorts fortlaufenden Veränderungen, die sich vor allem in einer gewissen Schwerpunktverlagerung in der Bandbreite der Angebote und Aktivitäten zeigen: Vor allem Sport- und Freizeitangebote sowie soziales Engagement über die Community hinaus spielen heute eine größere Rolle, insbesondere um vermehrt und einfacher die Jugend ansprechen zu können. Andere Veränderungen ergeben sich aber auch durch die Neuzuwanderung von Personen entweder der gleichen Herkunftsgruppe (wie im Falle der aktuellen EU-Arbeitsmigration z.B. aus Griechenland) oder sehr unterschiedlicher Herkunft, aber mit einem gemeinsamen Glauben, wie im Falle der muslimischen Flüchtlinge und ihre Integration in die bestehenden Moscheegemeinden. Diese Neuzuwanderung kann sowohl den Bestand einer Organisation sichern und traditionelle Funktionen wie die Erstorientierung und religiöse Strukturen stabilisieren als auch ihre Verjüngung/Veränderung beschleunigen. Gerade im Fall der Angebote für Neuankommende können das zivilgesellschaftliche Engagement und/oder eine gewisse Professionalisierung im Sinne des Wandels von der Selbstorganisation zu einem „sozialen Dienstleister“ mit spezifischen Alleinstellungsmerkmalen – vor allem im Hinblick auf sprachliche und sonstige kulturelle Kompetenzen – einen Zugang zu anderen finanziellen Ressourcen ermöglichen (dazu unten mehr). Dieser organisationale Wandel soll im Folgenden für verschiedene Teilaspekte analysiert werden.

Das Spannungsfeld intergenerationaler Konflikte

Gemeinsam ist allen befragten Führungsmitgliedern der Wunsch nach Erhalt der jeweiligen Organisation und der mühsam aufgebauten Strukturen. In vielen Fällen ist es aber auch das inhaltliche Anliegen, die mitgebrachte Kultur und Tradition der Herkunftsregion vor einer zunehmenden Auflösung in die Gesamtgesellschaft zu bewahren und an die nachfolgenden Generationen weitergeben zu können. Ein Beispiel:

...natürlich der Erhalt der [Herkunftsgruppe], dass die Kultur und das Erbe immer hierbleibt, dass nicht irgendwann einmal alles verschwindet und [...] und es dann nix mehr gibt.

Die Bewahrung von Kultur und Tradition setzt ein gemeinsames religiöses und/oder kulturelles Selbstverständnis voraus, das aber durchaus keine Selbstverständlichkeit ist. Neben finanziellen und strukturellen Aspekten wird vor allem der Generationenwechsel als eine große und grundsätzliche Herausforderung vieler MSOs genannt. Während die langjährigen treuen Mitglieder älter werden, sind die jüngeren Generationen häufig weniger an einem Engagement in einem „eigenethnischen“ Verein interessiert. Daraus ergibt sich ein Spannungsfeld zwischen dem Wunsch der älteren Generation, Kultur und Sprache gegen einen gefühlten oder tatsächlichen Assimilierungsdruck von außen zu bewahren, und den quasi automatisch nachlassenden sozialen und damit auch kulturellen Bindungen der Jüngeren zum Heimatland der Eltern.

Letzteres hängt auch mit dem sozialen Aufstieg der jüngeren Generation zusammen: Je höher der erreichte Bildungstitel desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Jüngeren sich von der vielfach stark bäuerlich-ländlich oder von der Arbeiterschicht geprägten elterlichen Alltagskultur entfernen. Das macht den intergenerationalen sozialen Aufstieg aus Sicht der ersten Generation ambivalent: Während es ja sehr häufig das eigentliche Ziel des ursprünglichen „Migrationsprojektes“ war, dass es die Kinder einmal besser haben sollen und dies in der Regel mit sozialer Mobilität einhergeht, so erhöht letztere doch auch die Gefahr der „Entfremdung“ der jüngeren Generationen von der Herkunft der Eltern und ist die mitgebrachte Kultur nur schwer weiterzugeben an die Kinder- und vor allem die Enkelgeneration.

Daraus können unterschiedliche Wertvorstellungen und Erwartungen der Generationen auch an den jeweiligen Verein resultieren: Beklagt werden von einigen Älteren z.B. das eher passi-

ve Verhalten und die gleichzeitige Ungeduld der Jugend, für die der „Eventcharakter“ von Veranstaltungen im Vordergrund stehe. Ein Beispiel:

Früher gab es noch gewisse andere Werte, die man auch im Verein übermittelt hat, und alles Mögliche, und heute ist es eben nicht so. [...] Sei es Großveranstaltungen, wo man für ein Event, eine Jubiläumsfeier oder wie auch immer, Riesenstars einladen muss, die Megageld kosten. Warum? Weil diese neue Generation es sehen möchte. Die gehen dann hin, tanzen vielleicht nicht mal dazu, aber die wissen, die Leute waren da. Und das ist halt etwas, wo ich- also ich versuch mit der Zeit zu gehen, aber ich habe einfach so ein bisschen meine Schwierigkeiten, dies so anzunehmen.

Auch in den befragten Religionsgemeinschaften ist dieser „Wertewandel“ trotz fest etablierter Regeln und Rituale spürbar und auch hier wird dies in der Regel auf soziale Aufstiegsprozesse zurückgeführt. Während etwa der Moscheeverein bei seiner Gründung durch die erste Generation zumindest *auch* die Funktion hatte, das Heimatgefühl zu pflegen und für ein Gefühl von Gemeinschaft in der „Diaspora“ (und nicht zuletzt gegen die beinahe alltäglich erfahrene gesellschaftliche Ausgrenzung) zu sorgen, stehen diese beiden Aspekte für die jüngere Generation nicht mehr zentral, auch wenn für sie die Religion der Eltern selbstverständlich dazu gehört. Die erste Generation musste überhaupt erst einmal dafür sorgen, dass es Moscheen gab, während dies laut dem folgenden Interviewausschnitt für die nachfolgenden Generationen nichts Besonderes mehr ist:

Die erste, zweite Generation, die waren alleine hier, sprich die Familie war gar nicht da, die sind nur in die Arbeit und kamen dann nach Hause und vielleicht in den Verein. Das war denen vielleicht ganz wichtig. Und die dritte Generation, die ist verheiratet, hat vielleicht irgendwo studiert, hat irgendwo vielleicht ein Geschäft, vielleicht irgendwo eine Führungsposition mit viel mehr Verantwortung. Die Interessen sind natürlich ganz anders wie in der ersten und zweiten Generation. Und das zeigt natürlich, dass die Zeit, die sie opfern für solche Aktivitäten, ganz anders ist wie bei der ersten und zweiten Generation. [...] Also dass die dritte dieses Selbstverständliche, was die erste Generation hatte, nicht mitbringt. Die sagt, ja das ist okay, wenn es da ist, wenn es gemacht ist, ist gut, aber wenn nicht, dann halt nicht. Das war für die erste Generation undenkbar, die haben gesagt: „Das muss gemacht werden, diese Moschee muss stehen, das muss noch gemacht werden.“ Und die jetzige- okay, man muss auch sagen: Wandel der Zeit, Generation Y. [...] Ich komm in die Moschee, bete und gehe, der Rest ist mir egal, so denken viele. Ob es jetzt der Moschee finanziell gut geht und so Gemeindeinteressen, das interessiert, denk ich, die Leute nicht so arg, also nicht mehr so wie früher.

Die hier beschriebenen Unterschiede zwischen den Generationen sind von den historisch-soziologischen Erfahrungen in den jeweiligen Biographien geprägt: Die erste Generation errichtete mit viel Mühe und Herzblut eine religiöse und kulturelle Infrastruktur, die im Aufnahmeland bis dahin fast vollständig fehlte. Hingegen nimmt die Jugend, die sich zunehmend auch mit den Regelstrukturen der Gesellschaft identifizieren kann, diese Strukturen als gege-

ben und selbstverständlich hin. Interessant ist, dass der Generationenkonflikt im Ausschnitt oben durch die Gegenüberstellung von erster und dritter Generation noch weiter überhöht wird. Die Beschreibung der dritten Generation, also der Enkel der „GastarbeiterInnen“ und MoscheegründerInnen reflektiert vermutlich weitgehend treffend, dass die Gleichgültigkeit gegenüber der Organisation der Moschee und die Selbstverständlichkeit, mit der sie als gegeben angenommen wird, in der dritten Generation besonders ausgeprägt ist. Allerdings hat auch die zweite Generation, die hier völlig unerwähnt bleibt, die Moschee nicht mit aufgebaut, dürfte aber in dieser Frage in der Tat näher an der Elterngeneration sein als an der ihrer eigenen Kinder. Ein wesentlicher Unterschied liegt auch darin, dass die zweite Generation zunehmend die Führungspositionen in den Vereinen übernommen hat und auch vor diesem Hintergrund eine andere Haltung einnimmt als die dritte Generation, die diesbezüglich bisher noch kaum Verantwortung übernehmen musste. Es wird interessant sein zu beobachten, wie sich dies im Laufe der nächsten zwei Jahrzehnte entwickeln wird.

Mit den veränderten Erwartungen und Bedarfen der Jugend geht ein Bedeutungs- und Funktionsverlust der Organisationen einher, der sich häufig auch an rückläufigen Mitgliederzahlen bemerkbar macht. Das wird durchaus nicht nur negativ gesehen, bedeutet es doch, dass die jüngere Generation, egal welcher Herkunft, in der deutschen Gesellschaft so weit angekommen ist, dass sie die „eigenethnischen“ Strukturen gar nicht mehr benötigt – wie etwa im folgenden Ausschnitt dargestellt:

Irgendwann mal stirbt so ein Verein aus, ganz klar. Also ich sehe das so, ich sehe so schwarz. Und nicht nur jetzt für unsern Verein, sondern für viele anderen Vereine, die vielleicht auch in der Situation sind, dass sie nicht so viele junge Leute haben. Ich bin [...] froh, wenn sich alle jungen Menschen, die hier geboren sind, die hier in die Schule gegangen sind, die hier studiert haben, die hier arbeiten, voll integrieren in das deutsche Leben. (Das) sind Leute mit 30, [...] aber die sind hier geboren, die sind hier zur Schule gegangen, die arbeiten als Ingenieur beim Daimler, bei Smart, egal wo, und dass die so einen Verein gar nicht mehr brauchen, da freu ich mich genauso für die Türkin wie für die Italienerin. Wenn die einen solchen Verein nicht mehr brauchen, dann ist das okay.

Andere Organisationen wollen dem Bedeutungsverlust mit der Schaffung neuer Angebote entgegenwirken und müssen dabei auch die Tatsache berücksichtigen, dass für die Jugend die Abgrenzung zwischen Herkunfts- und Ankunftsgesellschaft kaum noch eine Rolle spielt: Neben die klassischen Aktivitäten wie Folkloregruppen, Sprach- und Religionsunterricht, gemeinsame Gebetszeiten und das Begehen von Festen treten daher zunehmend auch Angebote wie Hiphop und Fußball, die sich gezielt an die jüngere Klientel richten und nicht her-

kunftsspezifisch sind. Hier sind die Strategien der MSOs übrigens sehr ähnlich denen von Vereinen, die nicht von MigrantInnen gegründet wurden. Generell leidet das Vereinswesen in Deutschland darunter, dass die geographische und soziale Mobilität der Familien erheblich zugenommen hat und damit Vereinsmitgliedschaften weitaus weniger innerhalb einer Familie „vererbt“ werden, als dies früher der Fall war. Auch viele alteingesessene Vereine ohne Migrationsbezug müssen ihre „Funktion“ neu definieren und andere Formen der Ansprache suchen, wenn sie für die jüngeren Generationen attraktiv bleiben wollen.³²

Schon weil die älteren Mitglieder irgendwann die Vereinsgeschäfte nicht mehr führen können, brauchen die MSOs Angehörige der jüngeren Generationen und versuchen daher, diese inhaltlich stärker einzubinden und über Projekte und die Mitarbeit in verschiedenen Bereichen auch an führende Rollen im Vorstand heranzuführen:

Ich bin der Meinung, ein Verein muss Nachwuchs haben, damit es weitergeht. Und Nachwuchs nicht nur in den Gruppen, sondern Nachwuchs in allen verantwortlichen Positionen, auch im Vorstand. [...] Aber klar, Generationswechsel gibt's und ja, wir sind gut dabei. Wie gesagt, die Anzahl der Mitglieder ist ständig gewachsen, jetzt auch durch neue Mitglieder, durch neue Aktivitäten, und es war einfach eines der Ziele von uns: Wir müssen, wenn wir eine Zukunft für den Verein haben wollen, neue Aktivitäten schaffen, um somit einfach Interessen zu schaffen, damit aus diesen Interessen, ja, ein neuer Vorstand kommt.

Indem die Sichtweisen und Interessen der jüngeren Generation und ihre ganz anderen Erfahrungen in Deutschland auch im Vorstand abgebildet werden, soll die Dynamik des Vereins erhalten bleiben:

...einfach einen jungen Vorstand, der hier schon aufgewachsen ist, und der weiß, was es heißt, [...] als „Ausländer“ in Deutschland geboren zu sein, aufzuwachsen und die [Kultur der Eltern] oder eine ausländische Kultur zu vertreten. Also da haben wir im Vorstand Leute, die einfach auf dem Papier und laut Definition vielleicht Ausländer sind, aber sich eben nicht als Ausländer fühlen, sondern wirklich als Bürger von Sindelfingen, also von einer internationalen Stadt, sag ich jetzt mal, die eine Vielfalt an Kultur hat.

Gleichzeitig geht es bei der Jugendarbeit natürlich nicht nur um das „Mittel zum Zweck“ der Bestandserhaltung: Jugendarbeit ist auch Bildungs- und Sozialarbeit, da unterscheiden sich die MSOs nicht von anderen Vereinen. Insbesondere die Religionsgemeinschaften sehen für

³² Hier können aus der Feldforschung zwei Beispiele genannt werden: Während sich vor allem Gesangsvereine dem gesellschaftlichen Wandel beinahe hilflos gegenüber sehen, weil sich sowohl die kulturelle Praxis des gemeinsamen Singens als auch die soziale Funktion des Austauschs vor allem unter Männern stark verschoben haben, können etwa Wandervereine durch entsprechende Angebote von der andauernden Attraktivität von „Outdoor“-Aktivitäten aller Art profitieren und dabei nicht nur ein jüngeres, sondern auch ein vielfältigeres Publikum erreichen.

sich auch einen Erziehungsauftrag, der Jugend den Weg zu einem gottgefälligen Leben zu zeigen und sie dadurch von Straftaten oder ähnlichem abzuhalten. Über die Einrichtung eines speziellen Raumes mit besonderer Ausstattung, neuen moderneren Bildungsmaterialien sowie stärker partizipativen Unterrichtsformen soll z.B. im Moscheeverein der religiöse Bildungsunterricht attraktiver gemacht werden. Auch die Schaffung eigener Abteilungen für junge Leute ist ein Versuch, die unterschiedlichen Interessen der Mitglieder besser bedienen zu können. Ein weiterer Aspekt ist die Unterstützung der Erziehungsarbeit der Eltern durch Beratungsangebote, Informationsveranstaltungen und die sozialen Netzwerke im Verein:

Weil die Jugendlichen oder die Eltern die Sorge haben, genauso wie alle anderen: Was passiert mit meinem Kind nach der Schule? Wird der studieren, wird der eine Ausbildung finden, was macht der nach der Ausbildung? Zu meiner Zeit hat sich mein Vater nicht darum gekümmert, weil es ihm unwichtig war, das war für ihn nicht so wichtig: „Jetzt machst du mal, jetzt schauen wir mal“, das war’s. Und jetzt die neue Generation, auch ich, ich mach mir jetzt schon Gedanken: Mein Kind ist 12, was wird jetzt nach vier Jahren mit ihm? Wird es studieren, macht es eine Ausbildung, und wenn ja, welche Ausbildung?

Im eigentlichen „Kerngeschäft“ der Vermittlung der nationalen und kulturellen Identität des Heimatlandes kommt es dagegen immer wieder zu Konflikten, da hier die Interessenlagen der älteren und ersten Generation kaum und diejenigen der zweiten und dritten Generation teilweise kaum in Übereinstimmung gebracht werden können. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Frage der Sprache bei Predigten in religiösen Vereinigungen: Während die Sprache des Heimatlandes hier für die erste Generation nahezu unverzichtbar ist, würden sich die nachfolgenden Generationen auch zunehmend Predigten auf Deutsch wünschen – nicht zuletzt, weil sie sich im Deutschen häufig mehr zuhause fühlen als in der Muttersprache der Eltern. Im folgenden Ausschnitt ist es ein Angehöriger der zweiten Generation, der aus seiner Sicht den Generationenkonflikt beschreibt, der auch in den unterschiedlichen Kommunikationspraktiken seinen Ausdruck findet:

Es gibt einen riesengroßen Unterschied zwischen der türkischen Lebensart, Lebensweise, die die Türken in der Türkei leben, und hier. [...] Und die ältere Generation erwartet mehr, dass wir uns mehr kulturell und national aufstellen, und die neue Generation, der ist es egal. Die sagt, „ich kann Deutsch sprechen und wenn ich will, switch ich auf Türkisch um.“ Und die ältere Generation, die macht das nicht. Wenn wir hier Themen zum Beispiel diskutieren- ich mach das auch, weil es für mich ganz normal mittlerweile ist: Ich fang an Türkisch zu reden und dann merk ich aber im späteren (Verlauf) gar nicht, dass, wenn mir etwas nicht einfällt, dass ich – zack – auf Deutsch umswitche. Und dann sagt der, „ja, was hast du gesagt? Jetzt sag es auf [...] Türkisch!“ Für mich ist es ganz normal, irgendwie gewohnt, aber die ältere, vor allem die ganz ältere Generation, die hören dann nicht mehr zu, wenn du gewisse Sätze auf Deutsch sagst. Nichts, gar nichts, die reden dann gar nicht.

Ein weiterer Konflikt ist die Erwartung mancher Älteren, dass die Organisation einen Teil der kulturellen Erziehung übernimmt. Auch hier ein Beispiel:

Ja, er hat das Gefühl, dass sein Kind hier durch die ganze Integration assimiliert wird. Er möchte das nicht. Und er erwartet eigentlich von uns, dass wir seinen Sohn auf den richtigen Weg bringen. Wo ich dann gesagt habe, das ist nicht unsere Aufgabe.

Die interviewte Person sieht diese Erziehungsaufgabe aus zwei Gründen nicht als Teil der Aufgaben oder „Dienstleistungen“ des Vereins: weil erstens der Einfluss auf die Jugendlichen als eher begrenzt eingeschätzt wird und weil für sie als Angehörige der zweiten Generation zweitens gar nicht, was da genau das Problem ist und was da eigentlich vermittelt werden soll, da sich die türkische Kultur sowohl in Deutschland als auch in der Türkei weiterentwickelt habe:

Wir könnten es eventuell machen, wenn wir vielleicht die Kapazitäten dazu hätten, oder wenn wir die Mittel dazu hätten, könnten wir versuchen, ihm durch andere Informationen vielleicht mehr rüberzubringen, was türkische Kultur, wie es bei uns ist, ist. Selbst ich kenne mich nicht hundertprozentig aus, obwohl ich auch aus der Türkei komme, ich bin ja nicht hier geboren. Aber selbst ich kenne die hundertprozentige türkische Kultur nicht. Wie soll ich dann einem Jungen oder einem Jugendlichen, der hier aufgewachsen ist, total mit einer anderen Gesellschaft oder Umgebung (vertraut) ist, die reine türkische Kultur beibringen? Das geht nicht!

In nicht wenigen Moscheevereinen ist der Generationenwandel in den Vorständen schon weitgehend vollzogen. Sie agieren in ihrer Öffentlichkeitsarbeit inzwischen überwiegend auf Deutsch, die Materialien werden überwiegend in deutscher Sprache veröffentlicht und die Predigten finden rotierend auf Deutsch und Türkisch statt – auch wenn dies zum Teil das Missfallen der älteren Generation hervorruft. Der Gebrauch des Deutschen ist aber auch eine Reaktion auf die zunehmende Diversifizierung der Gläubigen in den Moscheen und wird zunehmend als gemeinsame Umgangssprache gebraucht: Während die verschiedenen Gruppierungen früher auch räumlich separiert ihre Einzelgespräche führten, so unterhält man sich heute auf Deutsch auch über ethnische Grenzen hinweg und tauscht sich über die gleichen Themen aus:

Wenn man bedenkt, dass früher [...] die türkische Gemeinde ihre Sitzecke hatte und die arabische ihre Sitzecke hatte und die anderen ihre Sitzecken woanders hatten, und es jetzt mittlerweile eine richtig bunte Mischung ist. Deutsch ist halt die Sprache, wo man sich verständigt. Ich kann kein Arabisch, die können kein Türkisch, also müssen wir uns auf Deutsch unterhalten. Und so kommt die Gemeinde viel näher zusammen. [...] Mittlerweile hat man (auch) die gleichen Themen: Kinder, Jugend, Bildung, Politik,

kommunale Politik, allgemeine Politik, das sind Sachen, die man hier zusammen bespricht, mit der Gemeinde zusammen, egal, aus welcher Nation er kommt.³³

Ein weiteres Konfliktfeld, in dem beide o.g. genannten Aspekte zusammenlaufen, ergibt sich aus dem für die jüngere Generation selbstverständlichen Umgang mit neuen Kommunikationsmitteln – also etwa der Frage der Webpräsenz des Vereins und der internen Kommunikation per E-Mail – und den Unterschieden im Sprachniveau, die beide zu Blockadehaltungen seitens der älteren Generation führen können. Dem wird versucht entgegenzuwirken, indem einzelne Schlüsselpersonen – vermutlich größtenteils Angehörige der zweiten Generation – die Vermittlung zwischen den Generationen übernehmen, die Kommunikation sicherstellen und versuchen, die Sachverhalte einfach und klar verständlich für alle darzustellen. Ein Beispiel:

Da gibt es ein jüngeres Vorstandsmitglied, zum Beispiel, aber mit einer leicht erhöhten Sprache, und [...] die verstehen ihn nicht. Also die verstehen diesen Zusammenhang nicht. Und weil man sich dann falsch versteht, wird dann gleich abgeblockt: „Nein, das machen wir nicht!“ Und dann komm ich dann oder der Herr [Name] ins Spiel und wir versuchen dann so darzustellen oder so zu kommunizieren, dass es für die verständlich ist. Da finden wir manchmal Lösungen, ja, und manchmal auch gar nicht.

Die Rolle von vermittelnden Schlüsselfiguren ist aber nicht nur innerhalb des Vereines relevant, sondern bildet auch eine wichtige „Scharnierstelle“ zur Stadt, da dies Personen sind, die in beide Richtungen den richtigen Ton und das richtige Sprachniveau treffen können (siehe unten).

Veränderte und neue Zielgruppen

Nicht nur durch die Jugend ergeben sich neue Bedarfe und Erwartungen, sondern auch für die Gründergeneration durch ihr Älterwerden. Dies zeigt sich vor allem bei den älteren muslimischen Frauen, die nach dem Tod des Ehemanns aber nicht bei ihren Kindern unterkommen und von diesen oder anderen Familienangehörigen versorgt werden (können):

³³ Die überwiegend türkischsprachigen Moscheevereine sind vor allem durch die hohe Zahl von muslimischen Flüchtlingen nach 2014 zusätzlich unter Druck geraten: Viele Moscheevereine haben die Integration der neuangekommenen Muslime als ihre Aufgabe betrachtet, diese konnten aber mit auf Türkisch vorgetragenen Predigten wenig anfangen. Gleichzeitig ist damit die grundsätzliche Frage verbunden, ob und inwieweit sich bestimmte islamische Verbände weiterhin vorrangig als *türkische* Organisationen verstehen oder zu einer deutschen *islamischen* Organisation werden, die dann auch verstärkt andere Herkunftsgruppen ansprechen kann. Diese Schwierigkeit stellt sich übrigens auch – in etwas anderer Form – für die deutschen Kirchen, wenn etwa afrikanische Gemeinden in die lokalen Kirchengemeinden integriert und die Frage nach gemeinsamen oder getrennten Gottesdiensten und der in den Gottesdiensten verwendeten Sprachen auftaucht.

Ich merke es halt in der Seelsorge. Die neue Generation, die macht jetzt Karriere. Und dadurch merkt man auch hier, dass die Frauen mehr vereinsamt sind, dass wir dann immer gerufen werden und man denkt: „Haben die keine Kinder?“ Doch, haben sie, aber (die haben) keine Zeit. Das gab es vielleicht früher nicht, da hatte man Zeit, da hat man Zeit gefunden, auch wenn man keine Zeit gehabt hat.

Daraus haben sich in den vergangenen Jahren neue Projekte entwickelt wie die Krankenhauseelsorge oder Heime und Wohngemeinschaften z.B. für ältere Frauen muslimischen Glaubens und/oder mit derselben Herkunftssprache. Abgesehen davon, dass viele Frauen der ersten Generation nie gut Deutsch lernen konnten, weil es zu ihrer Zeit keine entsprechenden Kursangebote gab und/oder schlicht die Zeit fehlte, neben Familie und Arbeit auch noch Deutschkurse zu besuchen, wird die Muttersprache im Alter sehr häufig wieder wichtiger – ebenso wie die kulturelle Vertrautheit und der Respekt gegenüber den ethisch-religiösen Anforderungen in Bezug auf das Essen und die Pflege. Dies ist zwar generell zunehmend in Altersheimen und Pflegediensten der Fall, allerdings können diese in der Regel z.B. keine muttersprachlichen Pflegekräfte garantieren, was wiederum bundesweit das Geschäftsmodell von nicht wenigen auf kultursensible Pflege spezialisierten ambulanten Pflegediensten ausmacht.

Ein weiteres Element der Differenzierung ist der aktuelle Zuzug von neuen Mitgliedern der Herkunftsgruppe. Dies wirkt sich einerseits positiv auf die Zukunftsperspektive der jeweiligen MSO aus, bringt aber auch neue Aufgaben mit sich (bzw. alte Aufgaben zurück), die durch die Aufstiegsprozesse der jüngeren Generation im Laufe der Zeit an Bedeutung verloren hatten – wie z.B. die Unterstützung bei der Erstorientierung oder Deutschkurse. Gleichzeitig nimmt der Neuzuzug einen Teil des Drucks und der Notwendigkeit zum Wandel. So wurden beispielsweise die Überlegungen zur Zusammenlegung des Kommuniionsunterrichtes von deutschen und zugewanderten katholischen Kindern erst einmal nicht weitergeführt, weil die Zahl der Kommuniionskinder in der beteiligten Diaspora-Gemeinde durch den Neuzuzug stark angestiegen war:

Wir haben im Normalfall um die 20-30 Kommuniionskinder, bei den Deutschen sind es eher 7-8. Und das Verhältnis ist jetzt doch noch ein bisschen anders. Also bis dato haben wir das (die Zusammenlegung der Kommuniionsgruppen) noch nicht gemacht, aber das ist jetzt ein Beispiel, da will man jetzt langsam in diese Richtung gehen. Aber ich glaube, das wird jetzt durch den Zuzug dieser neuen Kinder eher eine längere Geschichte. Ich glaube, wären die Kinder jetzt nicht gekommen, wäre das früher oder später so gekommen.

Neben den Moscheevereinen erleben auch verschiedene christliche Diaspora-Gemeinden aufgrund der Arbeitsmarktsituation in den Herkunftsländern einen Anstieg vor allem an neuen und jüngeren Mitgliedern. Der Faktor Religion erweist sich, anders als die ethnische Zugehörigkeit und entgegen dem gesamtgesellschaftlichen Trend der zunehmenden Säkularisierung, sowohl bei christlichen als auch bei muslimischen Gemeinden als positiv im Hinblick auf das Überleben der Vereine und die Stabilisierung der Organisationen.

Gleichzeitig haben der generationale Wandel und das Engagement in der Flüchtlingshilfe bei vielen MSOs zu einer stärkeren Vielfalt bei den Zielgruppen geführt, z.B. in Form religiöser und sozialer Dienstleistungen oder auch als nützliche soziale Netzwerke etwa im Zugang zu Praktikums- und Arbeitsplätzen. Die Öffnung für einen Austausch mit anderen Kulturen ist vor allem bei den nicht-religiösen Vereinen schon Teil des Programms, aber zunehmend auch innerhalb der Organisationen spürbar, weil sie es bei den Jüngeren immer häufiger auch mit gemischten Familien zu tun haben:

Also wir sind offen [...]. Also in unserer Satzung, in unseren Zielen ist ja auch drin, dass wir nicht nur – also klar – unsere Kultur präsentieren, [...] aber wir sind für alles offen, und vor allem auch für diesen interkulturellen Austausch.

Wir haben ja Familien, [...] da sind ja mittlerweile schon die Frauen entweder Deutsche oder Italienerin oder was weiß ich, also da ist multikulti. Weil mittlerweile die Generation, das ist ja die vierte Generation, und das hat sich jetzt reingeschmolzen, das sind nicht nur [unsere Leute] hier.

Stärkere Orientierung auf die Stadt

Die Veränderung in den Aktivitäten der MSOs spiegelt nicht nur andere Bedarfe jeweils der Jugend und bei Neuzugewanderten wider, sondern auch die Erkenntnis, dass die jüngeren Generationen nicht mehr in das Herkunftsland der Eltern oder Großeltern zurückkehren werden. Damit gewinnen insbesondere die lokale Politik und ihre Mitgestaltung an Bedeutung. Zwar wird die politische Vertretung der Interessen der eigenen Herkunftsgruppe nicht als direktes und bewusstes Ziel genannt und stehen die Interviewten einer politischen Einflussnahme grundsätzlich eher skeptisch gegenüber. Aber man möchte gerne mitreden und Erfahrungen teilen:

Natürlich redet man mit, ich bin ja in allen Netzwerken drin, und versucht, von den Erfahrungen zu erzählen, wenn gefragt wird, zu sagen, da sind noch Lücken oder da. Aber jetzt so richtig davon anfangen tu ich nicht, ehrlich gesagt. Es ist nicht mein Ziel, jetzt so richtig in die Politik zu gehen.

Politisch halten wir uns da raus. [Unsere] Gemeinde muss neutral bleiben, ja. Ich habe natürlich meinen Glauben, politisch bin ich engagiert, aber privat, nicht über den Verein.

Man versucht, durch solche Veranstaltungen ein bisschen präsent zu sein, zu zeigen: „Hallo, wir sind hier seit vierzig Jahren, wir machen das, das, das, das.“ Da versuchen, wir ein bisschen aktiv zu sein. Dann bei den ganzen öffentlichen Veranstaltungen, die allgemein hier gemacht werden, wo wir eingeladen sind, da versuchen wir, unsere Meinung darzustellen. [...] Und dann das Klassische halt: Gespräche mit der Stadt, Gespräche mit den Kommunen, Gespräche mit den Parteien, Gespräche mit den örtlichen Institutionen.

Die stärkere Öffnung zur Stadtgesellschaft und Verwaltung dient auch der Sichtbarmachung der Arbeit der MSOs und dem Entgegenwirken von Misstrauen und falschen Vorwürfen. Zum Beispiel über die Teilnahme am Christlich-Islamischen Dialog und anderen Gremien und Veranstaltungen wird versucht, Präsenz in der Stadt zu zeigen und sich als Partner der Bemühungen um Integration und ein gutes gesellschaftliches Klima anzubieten. Und auch untereinander scheint ein überwiegend gutes kooperatives Verhältnis zu bestehen. Die MSOs heben dabei immer wieder die Brückenfunktionen zwischen den eingewanderten Communities und den gesamtgesellschaftlichen Strukturen hervor. Diese reicht von der Erstorientierung von Neuzugewanderten in deren Herkunftssprache bis zur Vermittlung zwischen verschiedenen Interessen und einen Beitrag zur interkulturellen Sensibilisierung der Stadtgesellschaft zu leisten – zum Beispiel, wenn es um die Bekleidung muslimischer Frauen in den öffentlichen Schwimmbädern und eine entsprechende Änderung der Badeordnung geht. Durch die Arbeit der MSOs gelingt es umgekehrt leichter, Menschen an Räume heranzuführen, in die sie sich sonst nicht trauen würden; das können die Regeldienste der Verwaltung und die Wohlfahrtsverbände ebenso sein wie Kulturangebote und Sportvereine:

Manche trauen sich nicht in andere Bereiche, vor allem jetzt. Viele Muslime trauen sich nicht in andere Vereine, da spielen wir die Brücken, das ist dann notwendig, das ist gut so. Weil alleine würden die jetzt nicht ins Haus der Familie gehen, zum Beispiel. [...] Und deswegen ist es schön, dass sie sich erstmal in einem geschützten, vertrauten Rahmen fühlen, und dann aber offen sein, das ist sehr wichtig.

Sowohl die MigrantInnen selbst als auch die etablierten Strukturen können also von dieser Brückenfunktion profitieren. Darauf zielen auch einige der Bundesprogramme ab, die in Sin-

delfingen und anderswo umgesetzt werden – hier ist besonders das Programm „Demokratie leben!“ zu nennen. Diese Entwicklung führt vielerorts zu einer Professionalisierung von MSOs als Träger für soziale Dienstleistungen mit dem Alleinstellungsmerkmal der interkulturellen Kompetenz³⁴ – auch dies ist eine mögliche Zukunftsstrategie, die jedoch in Sindelfingen bislang auf wenige Ausnahmen beschränkt zu sein scheint. Dabei scheinen die Bereitschaft und der Wille sich zu engagieren durchaus weit verbreitet zu sein – wie im folgenden Ausschnitt zum Beispiel bei muslimischen Frauen:

Es kommen viele muslimische Frauen, die uns fragen: „Wir möchten auch einen Verein gründen, helft uns!“ Ich helfe dann wirklich, weil jeder soll sowas machen. Ich mein, wir möchten ein Vorbild sein, und nicht sagen: „Nein, nur wir!“ Das ist ja nicht Sinn der Sache. [...] Die Frauen sollen ja nicht rumsitzen, die sollen ja Verantwortung übernehmen, gute Menschen sein, was Gutes beitragen, Gutes weitervermitteln.

Der institutionelle Umgang mit Einwanderung

Einen Einfluss auf Aktivitäten und die Vernetzung von migrantischen Organisationen haben auch die Kommunalpolitik und ihre Regelungen zum Umgang mit religiöser und ethnischer Vielfalt vor Ort. So erwies sich in der Vergangenheit u.a. der eingeschränkte Zugang zu politischen Partizipationsrechten von MigrantInnen und ihren Nachfahren als ein Faktor, welcher die Entstehung herkunftsgruppenorientierter Organisationen eher beförderte. Gleichzeitig wurden gerade auf kommunaler Ebene Beteiligungsstrukturen geschaffen, die auch Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft politische Beteiligung ermöglichen sollen. Zu diesem Zweck wurden ab den 1970er Jahren in vielen deutschen Städten und Gemeinden sogenannte „Ausländerbeiräte“ eingerichtet (vgl. Kortmann 2011: 68).³⁵

In der Integrationspolitik Sindelfingens bekamen die als „international“ bezeichneten Vereinen schon früh eine zentrale Rolle bei der Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund in die Kommunalpolitik zugewiesen. 1977 wurde erstmals die Stelle eines hauptamtli-

³⁴ So wurde etwa die Türkische Gemeinde Deutschland (tgd) für Förderprogramme der Bundesregierung auf der gleichen Ebene wie die großen etablierten Wohlfahrtsverbände als ein „Intermediär“ anerkannt und gefördert, der aus diesen Bundesmitteln wiederum eine Vielfalt von Projekten anderer Träger und Vereine fördert.

³⁵ Ein Streitpunkt über Jahrzehnte ist das kommunale Wahlrecht für nicht-deutsche StaatsbürgerInnen, das einerseits vor allem von den konservativen Parteien lange vehement abgelehnt, aber auch durch eine entsprechende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verhindert wurde. Aufgrund europarechtlicher Regelungen musste es für EU-AusländerInnen schließlich eingeführt werden, während es selbst für seit Jahrzehnten mit unbefristetem Aufenthalt ansässige „Drittstaatsangehörige“ nicht gilt. Aus Sicht der Kommunen selbst spricht vermutlich mehr für das kommunale Wahlrecht für langjährig ansässige AusländerInnen als dagegen.

chen „Ausländerbeauftragten“ geschaffen, die Friedrich Fausten übernahm, der sich bereits seit Beginn der 1960er Jahre in der Ausländerarbeit in Sindelfingen engagiert hatte – beispielsweise beim Ausbau der internationalen Begegnungsstätte „Don-Bosco-Haus“, für Alphabetisierungskurse und Begegnungsfeste. Auch weitere Initiativen, die bis heute die Integrationspolitik Sindelfingens prägen, lassen sich auf die Amtszeit Friedrich Faustens als Ausländerbeauftragten zurückführen, wie beispielsweise die Schaffung von Beratungsstellen für ausländische Jugendliche und flächendeckende Hausaufgabenbetreuung (vgl. Staber 2013, Weisert 1988: 180). 1981 wurde von Friedrich Fausten die „Arbeitsgemeinschaft für ausländische Mitbürger“ gegründet, welche über ein Antragsrecht gegenüber dem Gemeinderat verfügte. 1985 wurde erstmals ein „Ausländerbeirat“ gewählt, der es Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft ermöglichen sollte, sich an den Angelegenheiten der Gemeinde zu beteiligen (vgl. Staber 2013, Weisert 1988: 180). Dieser wurde 1995 in „Beratenden Ausländerausschuss“ und schließlich im Jahr 2000 in „Internationaler Ausschuss“ umbenannt.

Dieser Ausschuss besteht aus zehn Mitgliedern des Gemeinderates und neun so genannten „Sachkundigen Einwohnern“ ohne deutsche Staatsbürgerschaft. In den Gemeinderat beratender Funktion besteht seine Aufgabe darin, sich für die besonderen Belange der SindelfingerInnen nicht-deutscher Herkunft einzusetzen. Den Mitgliedern ist es möglich, Anträge an den Gemeinderat und die beschließenden Ausschüsse zu stellen. Über SprecherInnen im Gemeinderat und in anderen Ausschüssen können sich die „Sachkundigen Einwohner“ auch direkt in alle kommunalen Teilbereiche einbringen. Die Sitze der „Sachkundigen Einwohner“ werden nach Anteil der Nationalitäten an der Gesamteinwohnerzahl verteilt. Dazu werden die der Verwaltung bekannten ausländischen Vereine und Institutionen mit Sitz in Sindelfingen aufgefordert, ihre Vorschläge für VertreterInnen einzureichen. Um sich dafür zu qualifizieren, sind die Mitgliedschaft in einem Verein und eine ausländische Staatsbürgerschaft notwendig (Stadt Sindelfingen 2004). Zwischen 1995 und 2004 wurden die Mitglieder des „Internationalen Ausschuss“ (bzw. des „Beratenden Ausländerausschusses“) von den nicht-deutschen EinwohnerInnen Sindelfingens direkt gewählt; dabei ging die Wahlbeteiligung aber so weit zurück, dass 2004 entschieden wurde, die „Sachkundigen Einwohner“ wieder auf Grundlage der Vorschläge der Vereine zu ernennen (vgl. Grömminger 2010: 6).

Ein weiteres Gremium der kommunalen Einbeziehung besteht im *Christlich-Islamischen Dialog (CID)*, der im Jahr 1998 eingerichtet wurde. Hieran sind VertreterInnen der evangelischen

und katholischen Kirchen, der muslimischen Gemeinden und Vereine, der Stadt Sindelfingen und interessierte Einzelpersonen beteiligt.³⁶ Ziele des CID sind das Kennenlernen und die Annäherung von Angehörigen unterschiedlicher Glaubensrichtungen und ein besseres Verständnis füreinander sowie die Organisation einer jährlichen öffentlichen Veranstaltung, auf der relevante Themen aus muslimischer und christlicher Perspektive diskutiert werden (Christlich-Islamischer Dialog 2017).

Ebenfalls im Jahr 1977 wurde von der Stadt das *Internationale Straßenfest (ISF)* initiiert, um über Darbietungen von Kultur und kulinarischen Spezialitäten seitens der internationalen Vereine „die Kultur“ der migrantischen Communities sichtbar zu machen und auf emotionaler Ebene die gegenseitige Annäherung zu fördern. Heute spielt das ISF als jährlich wiederkehrendes, öffentlichkeitswirksames und weit über die Stadtgrenze hinaus bekanntes Ereignis eine wichtige Rolle für das Selbstverständnis Sindelfingens als „internationale Stadt“. Aufgrund finanzieller Schwierigkeiten der Stadt Sindelfingen wurde 1993 die Organisation des Festes in die Hände eines neu gegründeten Vereins „Internationales Straßenfest Sindelfingen e.V.“ gelegt und bekam damit nach Meinung mehrerer InterviewpartnerInnen aus verschiedenen Bereichen einen eher kommerziellen und unpolitischen Charakter. Durch die verhältnismäßig hohen Standgebühren fühlten sich zudem gerade die kleineren Kulturvereine von einer Beteiligung zunehmend ausgeschlossen (vgl. Merkel 1996: 212ff., Tevnan 2009, Staber 2013).³⁷

Seitens der interviewten VertreterInnen der Stadt wird sowohl das Zusammenleben in der Bevölkerung als auch die Zusammenarbeit mit den MSOs grundsätzlich positiv bewertet. Besonders die Übersichtlichkeit der Stadt, das Funktionieren des sozialen Miteinanders und das Faktum der Vielfalt, aber auch die Offenheit, die dieser entgegengebracht wird, werden gelobt:

Was mir besonders gefallen hat, war eigentlich dann auch diese Bereitschaft damals, früh zu erkennen, den Bedürfnissen der Migranten auch nachzugehen. Das hat mir sehr gut gefallen, ganz am Anfang. Dass man sehr offen war, für viele Fragen. [...] Also mir gefällt, dass Vielfalt ist in dieser Stadt einfach, das ge-

³⁶ Die konkrete Zusammensetzung ist allerdings historisch gewachsen. Es ist ein im CID immer wieder diskutiertes Thema, inwieweit der CID auch für Einzelpersonen offen sein sollte oder nur Gemeinden und religiöse Vereine Mitglied sein können.

³⁷ Seit dem ISF 2017 hat die Stadt die Standgebühren für die internationalen Vereine übernommen, um auf diese Kritik zu reagieren und die Beteiligung zu erleichtern. Für viele Vereine bietet der Verkauf von Speisen und Getränken auf dem Fest eine nicht zu vernachlässigende Einnahmequelle.

fällt mir. Vielfalt, an vielen Sachen eigentlich. Dass vielleicht die Politik zu wünschen übriglässt, aber doch die Menschen halt, unabhängig von der Parteizugehörigkeit oder so was, man versteht sich sehr gut miteinander.

Ziel der Zusammenarbeit mit den Vereinen ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, aber auch durchaus einen Einfluss darauf zu nehmen, ob sich die Mitglieder in ihre Herkunftsgruppe zurückziehen und eine Förderung seitens der Stadt eine Abschottung eher weiter befördern würde.

Es geht wirklich immer darum, dass die Vereine einerseits ein ganz wichtiges ehrenamtliches Engagement einbringen, aber die Frage der Integration ist deswegen nicht immer außen vor. [...] Also ist das jetzt ein Verein, wo ich da nur hinkommen kann, wenn ich jetzt aus 'ner bestimmten Stadt oder aus Italien komme oder aus Portugal, oder ist das eigentlich ein Verein, der offen ist, sozusagen, für alle? Also das ist eine Frage, die wir schon stellen, also das dann abklopfen.

Eine große Rolle in der Zusammenarbeit zwischen MSOs und der Stadtverwaltung spielt die Pflege persönlicher Kontakte durch die Integrationsbeauftragte, das Amt für soziale Dienste oder auch den Oberbürgermeister. Es wird in mehreren Interviews betont, dass man grundsätzlich versuche, möglichst offen auf die Vereine zuzugehen. Wie auch bei der finanziellen Förderung gibt es keine klaren Kriterien, mit welchen Vereinen in welchem Umfang Kontakte gepflegt werden. Grundlage sind insbesondere die Rechtsstaatlichkeit, aber auch die Offenheit des Vereins nach außen und seine grundsätzlichen Interessen und Ziele.

Also normalerweise sind wir da sehr offen, mit wem zusammengearbeitet wird. Also wir prüfen einfach jede Anfrage und [...] wenn jetzt jemand, den wir nicht kennen, hier anfragt, dann wird das einfach geprüft. Die Kriterien sind schon, also wir versuchen zu recherchieren, auf welcher rechtsstaatlichen Basis jemand sich bewegt, wie breit die aufgestellt sind, für was sie stehen, was ihre Interessen sind.

Die Initiative für den Erstkontakt geht meist von den Vereinen aus, aber auch seitens der Verwaltung wird aktiv Kontakt gesucht. Dadurch, dass die Stelle der Integrationsbeauftragten in Sindelfingen eine Zeitlang vakant war, wurde die Neubesetzung der Stelle auch dazu genutzt, das „Terrain“ neu zu sondieren. Das Vorliegen der o.g. Kriterien der grundsätzlichen Offenheit und Integrationsbereitschaft wird allerdings nicht anhand klar definierter Bedingungen entschieden, sondern basiert wiederum vor allem auf Einzelfallentscheidungen und Abwägungen, die im Zweifelsfall auch nach Gefühl getroffen werden (müssen). Der Vorteil dieses nahen und persönlichen Vorgehens ist, dass es Spielräume schafft, um möglichst flexibel auf Veränderungen in der Vereinslandschaft eingehen zu können. Die zugrundeliegenden

persönlichen Begegnungen scheinen gleichzeitig ein Vertrauensverhältnis zu schaffen. Gleichzeitig ist natürlich zu fragen, ob „Offenheit nach außen“ notwendigerweise dem Sinn und Zweck von MSOs entspricht, nach welchen Kriterien diese Offenheit überhaupt beurteilt werden kann und ob nicht auch eine in der Mitgliederschaft eher geschlossen wirkende Vereinigung wichtige Beiträge zur Integration ihrer Mitglieder leisten kann – gerade auch in Bezug auf eine mögliche Brückenfunktion zu Communities und Personenkreisen, die aus Sicht der Verwaltung kaum zugänglich erscheinen. Zudem können über die Vereine wesentlich mehr Leute erreicht werden als über Einzelpersonen.

Innerhalb der Verwaltung ist allerdings nicht nur das Amt für soziale Dienste, in dem die Stelle der Integrationsbeauftragten angesiedelt ist, für MSOs zuständig, sondern je nach Ausrichtung auch das Kulturamt und das Sport- und Bäderamt. Das erscheint grundsätzlich sinnvoll, da damit der Ausrichtung und Funktion z.B. von ethnisch konnotierten Fußballvereinen oder Musikensembles Rechnung getragen wird – auch wenn die konkrete Aufteilung der Vereine auf die unterschiedlichen Zuständigkeiten nach Aussage unserer GesprächspartnerInnen vielfach heute nicht mehr nachvollziehbar sei und eher auf „*historisch gewachsenen Kontakten zu irgendwelchen Amtsleitern*“ (Zitat Interview) zu beruhe.

Deutlich wird in jedem Fall, dass die institutionelle Struktur der Stadt für den Umgang mit Migration und Vielfalt noch stark auf einem Modell der klaren „ethnischen“ und religiösen Zuordnungen basiert und die grundsätzliche Frage aufwirft, inwieweit dies noch zeitgemäß ist bzw. welche Personenkreise damit möglicherweise nicht oder kaum (mehr) erreicht werden können. Das betrifft z.B. diejenigen Gläubigen, die die eher konservativen Auslegungen in einigen Kirchen und islamischen Verbänden für sich persönlich ablehnen. Nicht zuletzt deshalb vertreten die großen islamischen Verbände nur einen kleinen Teil der gläubigen Muslime in Deutschland und das gilt insbesondere für die jüngeren Generationen. Und auch in Bezug auf die gängigen ethno-nationalen Kategorien stellt sich, wie oben dargestellt, die Frage, wie relevant sie hier noch sind – vor allem für diejenigen, die zwar die Herkunft, Sprache, Kultur und Religion ihrer Eltern noch wichtig finden, aber nicht von so zentraler Bedeutung, als dass sie sich deshalb vorrangig in Bezug auf die ethno-nationale Herkunft ihrer Eltern oder Großeltern organisieren und engagieren (wollen) würden.

Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die o.g. etablierten Gremien wie den Christlich-Islamischen Dialog, in dem die Mehrheit der unorganisierten gläubigen Muslime ebenso we-

nig vertreten ist wie andere christliche Konfessionen als die beiden großen Kirchen oder gar weitere in Sindelfingen vorhandene Religionen. Dies gilt auch für den Internationalen Ausschuss, zu dem nur Personen als „sachkundige Einwohner“ Zugang haben, die eine ausländische Staatsangehörigkeit haben. Die demographische Wirklichkeit der Sindelfinger Bevölkerung „mit Migrationshintergrund“ und auch die Entwicklungen in den migrantischen Communities und Organisationen sind darin in keiner Weise adäquat abgebildet.

Die demographische Entwicklung schafft eine „neue Unübersichtlichkeit“, die neue Konzepte und Narrative erfordert (vgl. Schneider 2019), weil die sich daraus ergebenden „kulturellen Verunsicherungen“ über das gängige „Integrationsparadigma“ (vgl. Czollek 2018) nicht zu greifen sind. Das macht es auch für die MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung – zumal in Zeiten rechtspopulistischer Agitation – schwierig, in aller Ruhe und Abwägung adäquate Positionen zu diskutieren und zu finden:

Das macht ja was, und man merkt einfach schon auch diese Zunahme von Frauen mit Kopftuch, oder so Themen, darf man jetzt oder nicht in Schwimmbädern einen Burkini nutzen? Das sind ja alles Themen, die in irgendeiner Form relevant sind für die Leute und da haben wir schon- also wir reden viel, wir diskutieren viel, wir versuchen Sorgen und Nöte rauszuhören. Wir versuchen aber auch irgendwie, unsere Positionen zu finden [...]. Damit muss man einen Umgang finden, und dann gibt es ja die Leute, die einfach sagen, „der muss mir die Hand geben, wir sind deutsch, da gehört sich das, und der hat sich gefälligst unterzuordnen“. Auf der anderen Seite kommt dann immer das Argument, „naja, also ihr müsst unsere Religion wertschätzen“, und da dazwischen eine Position zu finden, das ist schon nicht so einfach.

Die Bewertung der Zusammenarbeit aus Sicht der Vereine

Von den InterviewpartnerInnen aus den „internationalen Vereinen“ werden die Erfahrungen mit der Stadtverwaltung überwiegend als sehr gut bewertet und es wird auf bestehende Verbindungen zu Akteuren auf verschiedenen Ebenen der kommunalen Politik verwiesen. Man habe den Eindruck, das eigene Engagement werde sehr wertgeschätzt.

Ich sag mal so, ich habe alles, was ich der Stadt Sindelfingen vorgeschlagen habe und irgendwie gebeten habe, dass ich das machen darf. Also die sind engagiert, die sind begeistert, die würden sogar noch mehr von uns wollen, dass wir mehr Sachen machen.

Ich muss eigentlich sagen, die Stadt Sindelfingen: Ich bin beeindruckt, es ist sehr positiv. Was ganz wichtig ist, dass da ein Wille dahintersteckt, dass einfach der Wille da ist, dass man einfach offen für die anderen und man geht aufeinander zu, auf die anderen. [...] Das find ich toll. Niemand fühlt sich isoliert oder nicht gewünscht, das ist ganz wichtig. Ja, wir wollen miteinander leben und wir wollen zusammenarbeiten.

Das ist die grundsätzliche Einschätzung, die viel mit guten persönlichen Kontakten in die Verwaltung zu tun hat. Wenn es konkret wird und vor allem, wenn es um die Förderung von bestimmten Vorhaben geht, sehen sich die Vereine aber auch bürokratischen Hürden und einem – vermutlich auch verwaltungstypischen – Misstrauen gegenüber. Auch haben einige der InterviewpartnerInnen den Eindruck, dass Entscheidungen, die die Vereine betreffen, wenig Priorität haben und häufiger immer wieder aufgeschoben werden:

Eine Entscheidung hätte es geben sollen bis Ende letzten Jahres, ich seh nix. Irgendwann fragt man sich, obwohl man sich nicht fragen möchte, fragt man sich, ob es mit anderen Projekten genauso laufen würde. [...] Und wenn man seitdem praktisch über Projekte redet, die die Kultur und die die internationalen Vereine oder allgemein Vereine bevorzugt, und es dann heißt, „es passiert was, habt Geduld, jetzt wird es wirklich was“, und dann hör ich von anderen älteren Vorsitzenden, hier unsere Nachbarn von Vereinen, da heißt es dann, „das hör ich mir schon seit 20 Jahren an!“ Und ich hab dann noch so dieses Vertrauen, ne?, und wenn die (von der Verwaltung) das sagen, wird das schon passen. Und dann haben wir das Ende vom Jahr und bis Ende des Jahres hätte es eine Entscheidung geben sollen oder zumindest eine Entscheidung für die nächsten Schritte, und nix. Wird verschoben. Und das ist dann etwas, wo man denkt, hm, vielleicht hat er doch recht. [...] Weil, wenn das Interesse besteht, dann würden die Entscheidungen auch fallen, ganz einfach.

Es ist für die Betroffenen meistens nicht erkennbar, ob das Problem in den administrativen Strukturen liegt oder eher an Einzelpersonen in der Stadtverwaltung hängt. Die oben beschriebene in gewisser Weise vielfach eher „informelle“ Vorgehensweise auf Seiten der Verwaltung kann Dinge unbürokratisch ermöglichen. Bei einer im Grundsatz negativen Haltung z.B. gegenüber bestimmten Vereinen und ihren VertreterInnen oder auch gegenüber ganzen Herkunftsgruppen oder Religionen kann sie aber auch eine kaum zu überwindende Hürde darstellen, die als Willkür empfunden wird. Am Umgang der Stadt mit bestimmten Organisationen oder Vereinen lesen die Mitglieder ab, ob und inwieweit sich ein über die engere Vereinsarbeit hinausgehendes Engagement lohnt. Bei Gegenwind und fehlender Anerkennung werden Vorbehalte bestätigt, die in den Communities durchaus auch gegenüber der deutschen Gesellschaft insgesamt bestehen. Auf diese Weise können sich die skeptischen Haltungen beider Seiten gegenseitig verstärken:

Wir müssen immer wieder (von den Mitgliedern) hören, ob es bei der Mitgliederversammlung ist, ob es bei den einzelnen Gesprächen ist: „Die (im Rathaus) geben euch sowieso nix, die wollen euch sowieso nicht hier haben. [...] Hör doch auf mit den ganzen Gesprächen, das hat eh keinen Sinn.“ So was höre ich bei fast jedem Gespräch. „Die wollen uns sowieso nicht hier haben. Was macht ihr noch? Wir bezahlen doch nicht Geld für so was.“ Zum Beispiel so was. Wenn ich dann aber erzähle, ja, das war vielleicht früher so, jetzt mittlerweile hat sich das geändert, man erkennt uns an, man kennt uns, man versucht, miteinander zu kooperieren, man versucht etwas gemeinsam zu machen! „Ach was! Nur unnötige Energie,

die ihr da betreibt, hat eh keinen Sinn, lasst das, guckt doch mal, wann war der OB das letzte Mal hier? Die Leute wollen doch gar nicht, die Politiker interessieren sich sowieso nicht, was ihr hier macht!“ So was kommt von den Leuten rüber.

Das stärkere Bemühen der Stadt um Annäherung in den letzten Jahren wird durchaus positiv wahrgenommen und motiviert die dialogorientierten Führungsmitglieder, an ihrem Kurs von Engagement und Dialog festzuhalten. Da dies mit Schwierigkeiten und Gegenwind verbunden ist, werden irgendwann auch sichtbare Erfolge nötig sein, um diesen Prozess nicht zum Stillstand kommen zu lassen. Es ist möglicherweise der Verwaltung auch nicht immer bewusst, wieviel Arbeit und ehrenamtliches Engagement die MSOs aufbringen müssen, um überhaupt wahrgenommen zu werden:

Wir haben Probleme, Gehör zu finden. [...] Ich habe trotzdem meine Ziele erreicht, aber halt über Umwege, durch mehr Engagement, mehr Zeit opfern, mehr Organisation, mehr telefonieren, viel mehr Zeitaufwand, damit haben wir ein Problem. [...] Es ist wie, als wäre die Tür zugeknallt, wir machen eine Tür auf, gehen weiter, kommt die nächste Tür, wir machen die nächste Tür auf, wir fallen hin, stehen wieder auf, und laufen wieder, fallen wieder hin und stehen wieder auf.

Spannungsfeld Integrationsbegriff

Menschen „mit Migrationshintergrund“ sind mehr oder weniger ständig mit der Frage nach ihrer „Integration“ konfrontiert, das gilt sogar noch für die zweite und dritte Generation. Und das gilt auch für MSOs im Spannungsfeld zwischen dem Verdacht, „parallelgesellschaftliche Strukturen“ zu bilden oder fördern, und der wichtigen Rolle als potenzielle Brückenbauer. Einerseits wurde von vielen unserer InterviewpartnerInnen der Integrationsbegriff als inhaltsleer abgelehnt und als ein Begriff, der vor allem dazu diene, Menschen mit familiärer oder eigener Zuwanderungsgeschichte mangelnde Anpassung vorzuwerfen. Dabei sei – so eine befragte Person – nicht einmal klar, was denn nun genau der Endpunkt sei, an dem „die Integration“ als abgeschlossen oder erfolgreich vollzogen gelten könne. Sinn mache der Integrationsbegriff nur, wenn er dazu diene, dass gemeinsam etwas Neues geschaffen wird und beide Seiten aufeinander zugehen:

Ohne sich irgendwie aufzugeben, einfach die Arme, Hände öffnen und zusammen in die Welt schöner gestalten, das ist für mich Integration. Aber dieses normale Integrationswort mag ich gar nicht (lacht). Das klingt für mich immer negativ. [...] Für die anderen da sein, zusammen, egal welche Kultur, Religion, zusammen die Welt verschönern, das ist für mich Integration. [...] Wir zeigen ja dadurch, dass wir offen sind, indem wir total vernetzt sind und überall mitmachen, [...] dass man zusammen auch was Schönes machen kann. Also ich denke, wir sind 100% Integration (lacht), mehr Integration geht nicht.

Das muss nicht bedeuten, dass der im gängigen Diskurs vor allem vorgebrachte Aspekt der Anpassung an die Regeln und Werte der deutschen Gesellschaft keine Rolle mehr spielen würde. Aus Sicht einiger InterviewpartnerInnen wäre dagegen nichts einzuwenden, wenn in diesem Zusammenhang nicht vielfach eher banale alltägliche Dinge, wie das Essen von Schweinefleisch oder das Händeschütteln zur Begrüßung, zu Indikatoren für „gelungene oder gescheiterte Integration“ hochstilisiert würden. Grundsätzlich wird die Idee der Anpassung auch von MigrantInnen selbst vertreten und als Erwartungshaltung gegenüber Neuankommenden ausgedrückt:

Es klingt vielleicht auch ein bisschen hart, aber es ist ja keiner gezwungen, hier in Deutschland zu bleiben. Es gibt auch bei uns welche, die was weiß ich was die da für Vorstellungen haben. Ich sag mir, ich bin hier mehr oder weniger „Gast“, in Anführungszeichen, ein bisschen mehr als ein Gast, weil ich hier schon aufgewachsen bin, aber ich pass mich an. Das sind so Gesetze, so Richtlinien, an die habe ich mich zu halten, also muss ich mich anpassen. So. Und wenn das nicht funktioniert, dann stimmt da irgendwas nicht, ja? Dann muss ich sagen, entweder kann ich mit so was leben oder kann ich mit so was nicht leben.

Es ist kein Zufall, dass dieser Ausschnitt auf „Gesetze“ und „Richtlinien“ verweist, an die sich Neuankommende, langjährige Niedergelassene und ihre Kinder halten sollen: Gesetze und Richtlinien sind in aller Regel konkret und benennbar und sie gelten für alle, also auch die Bevölkerung „ohne Migrationshintergrund“. Individuelle Vorlieben für bestimmte Ernährung oder Unterschiede in den gängigen Begrüßungsformen bleiben hierbei aus gutem Grund außen vor.

Die Ablehnung des Integrationsbegriffes wird häufig auch damit begründet, dass man ja bereits ein vollwertiger Teil der Gesellschaft sei. Man sieht sich als Teil der Gesellschaft und möchte als solcher genauso wie andere auch seine Meinung äußern dürfen. Aber signalisiert werde eben häufig eher das Gegenteil:

„Ja, ist gut, arbeite, zahl deine Steuern, aber misch dich nicht in unsere Sachen ein. Politik, das ist nichts für dich. Probleme beseitigen, das ist nicht für dich, geh du in die Moschee, und mach deine Gebete. Der Rest, der interessiert dich nicht.“ Nein, es interessiert mich! Wenn hier in Sindelfingen etwas gemacht wird, was mir nicht gefällt, dann möchte ich einfach, dass man mir zuhört. Warum? Weil ich lebe genauso hier. Wenn etwas gebaut wird und ich hab ein Problem damit, dann möchte ich sagen, „hey, es ist scheiße, was ihr gemacht habt!“ - „Nein, ihr habt nichts zu sagen, bleibt lieber dort hocken, ist okay für euch, Sie haben zwar Recht, aber...“ Also ich komme mir wie in einer Wüste vor, wo man sagt, [...] „Sie haben das Recht zu schreien, aber es hört Ihnen keiner zu. Aber Sie dürfen schreien, das ist kein Problem, aber ich höre nicht zu.“ [...] Diese ganzen Gemeinden hier in Sindelfingen, diese 50 Prozent (mit Migrationshintergrund), die hier leben, das ist kein Pipifax! Fünfzig Prozent! Wenn sie fünfzig Prozent ignorieren, und nur für die anderen fünfzig Prozent was machen wollen, dann haben die restlichen 50 Prozent ein Problem damit.

Ich finde, Sindelfingen hat keinen Grund, sich zu verstecken gegenüber anderen Städten, größeren Städten. Sindelfingen hat Potenzial vor allem beim Thema internationale Vielfalt, also wir haben über fünfzig Prozent Migrationshintergrund, das muss man bewerben, vor allem, wenn man in Deutschland immer wieder, seit Jahren, seit Jahren, seit Jahren, in Talkshows hört: „Hauptthema Integration, sind die Ausländer in Deutschland genug integriert?“ Das hat man vor 30 Jahren gesagt, das hat man vor 20 Jahren gesagt, das sagt man heute noch. Was heißt denn Integration überhaupt? [...] Ich bin aufgewachsen in einer Schule, ich glaub bei mir in der Klasse waren drei Deutsche (lacht). So. Ich bin international aufgewachsen, für mich ist das Internationale Straßenfest, es gibt kein wichtigeres Fest während des Jahres. [...] Ich bin mit Italienern aufgewachsen, mit Türken, mit Kroaten, [...] also das ist unvorstellbar. Und ich glaub einfach, egal wo man in Europa ist, und ich glaube, das hat der Oberbürgermeister auch mal gesagt: Selbst in Deutschland muss man lange suchen, bis man etwas Vergleichbares wie Sindelfingen findet. Und ich finde, hier klappt's. In Sindelfingen klappt's. Man braucht sich einfach nicht zu verstecken.

Unzufriedenheit besteht schließlich auch in Bezug auf die eingeschränkten Möglichkeiten der politischen Teilhabe und die Tatsache, im Gemeinderat lediglich beratend den kommunalen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess beeinflussen zu können:

Also Internationaler Ausschuss ja, find ich sehr gut, steh ich voll dahinter. Aber wie ernst ist das gemeint? Ist das nur so eine Art Alibi? Oder ist das etwas, womit wir wirklich aktiv arbeiten wollen?

Auch in anderen Gremien der Stadt fühlen sich viele Führungsmitglieder der MSOs nur unzureichend aktiv beteiligt und würden sich die Einbeziehung von ihnen als „IntegrationsexpertInnen“ auch in andere relevante Themen wie Städtebau oder Sport wünschen.

Für die MSOs geht es neben der Förderung des Austauschs und Miteinanders innerhalb der Communities immer auch um den Wunsch nach Anerkennung seitens der „Mehrheitsgesellschaft“ und den Aufbau von Strukturen, die in der Lage sind, gegenüber der Stadt mehr Gleichbehandlung zu erreichen und ernster genommen zu werden. Deshalb spielt für die Vereinsarbeit der Begriff der „Integration“ eigentlich keine Rolle: Aus ihrer Sicht haben sowohl die Vereine selbst als auch die Mitglieder ihren Anteil an der „Integrationsarbeit“ weit überwiegend bereits geleistet. Für sie geht es um die Ermöglichung gleichberechtigter gesellschaftlicher Mitsprache und die Anerkennung der Leistungen der Vereine für das soziale Leben in der Stadt. Zentral steht dabei eine Vorstellung vom städtischen Zusammenleben, in der die klassische Gegenüberstellung von Minderheiten und Mehrheitsgesellschaft weitgehend aufgelöst wird, weil in hoch diversen Stadtgesellschaften wie Sindelfingen alle einer Minderheit angehören und nur zusammen die Mehrheit bilden können. Keine der angesprochenen MSOs verortet sich und ihre Mitglieder als „außerhalb“ der Stadtgesellschaft oder strebt tatsächlich umfassende „parallelgesellschaftliche Strukturen“ an.

Fazit und Empfehlungen

MigrantInnenselbstorganisationen (oder internationale Vereine) können in mehrfacher Hinsicht einen wesentlichen Beitrag zur Integration leisten, weil sie Neuankommenden aufgrund der Sprache und dem Bezug zur Herkunftskultur leichter erste Anlaufpunkte, Orientierung und soziale Netzwerke bieten, aber gleichzeitig auch eine wichtige Brückenfunktion zur Mehrheitsgesellschaft (in all ihrer Vielfalt) einnehmen. MSOs sind ein zentrales Element der Ermöglichung von sozialer und politischer Teilhabe in der Gesellschaft. Das können sie aber umso mehr, wenn diese Rolle auch anerkannt wird und sie nicht fortlaufend dem Vorwurf ausgesetzt sind, eher den Rückzug ins Eigene zu fördern und „wirkliche Integration“ quasi zu verhindern. In dem von allen Interviewten geäußerten Wunsch nach Wertschätzung der eigenen Arbeit und des zivilgesellschaftlichen Beitrages, den die Vereine ihrer Meinung nach zum Zusammenleben in der Stadt leisten, spiegelt sich ihre Orientierung auf und Identifikation mit den kommunalpolitischen Strukturen wider (vgl. Nagel/Plessentin 2015: 245f.).

MigrantInnenselbstorganisationen sind keine statischen Gebilde, sondern unterliegen Entwicklungs- und Wandelprozessen, in denen sich aktuelle politisch-gesellschaftliche Veränderungen ebenso wiederfinden wie der demographische und der generationale Wandel. Teilweise schon vor mehreren Jahrzehnten von den damals Neuzugewanderten zur Förderung des Zusammenhalts in der Diaspora gegründet, geht es in vielen Vereinen zwar immer noch um die Pflege von Kultur und Sprache, aber immer auch um Dialog und Kontakt zu anderen Sektoren und Bereichen der Mehrheitsgesellschaft. In der Auseinandersetzung mit den sich verändernden Bedarfen der jüngeren Generation entstehen zudem immer wieder neue Orientierungspunkte und Tätigkeitsfelder. Internationale Vereine könnten z.B. noch viel häufiger als erste Ansprechpartner für Neuzugewanderte und Geflüchtete dienen und diesen bei der ersten Orientierung in der neuen Umgebung helfen (Dauke 2016: 6, Vertovec 2012). Um diese Aufgaben möglichst gut wahrnehmen zu können, sind Maßnahmen der Professionalisierung und Weiterqualifizierung und finanzielle Sicherheit zu fördern (vgl. Gaitanides 2003: 28). Auf der anderen Seite können und wollen nicht alle Vereine aktiv in die Integrationsarbeit eingebunden werden (vgl. Hirsland 2013: 32, Weiss 2011: 82) – so wie ja auch nicht an alle Vereine „ohne Migrationshintergrund“ dieser Anspruch gestellt wird – auch dies ist Teil der Vielfalt der MSOs und sollte nicht per se zum Problem erklärt werden.

Früher waren die Bedarfe vor allem von der marginalisierten Stellung von MigrantInnen in der deutschen Gesellschaft geprägt (vgl. Kreiser 1996: 311). Heute nehmen viele Menschen „mit Migrationshintergrund“ aufgrund sozialer Aufstiegsprozesse eine zentralere Stellung in der Gesellschaft ein, sehen sich aber dennoch immer noch und immer wieder der Frage nach ihrer „Integration“ ausgesetzt. In diesem Zusammenhang bilden MSOs häufig auch den Ausgangspunkt einer neuen und überfälligen Aushandlung von Grenzziehungen und Selbstbildern einer sich zunehmend diversifizierenden Gesellschaft. Hierbei wird nicht zuletzt die Tatsache, dass über die Hälfte der Sindelfinger Stadtbevölkerung einen „Migrationshintergrund“ hat, zum Ausgangspunkt einer neuen kollektiven Identität und für die Forderung nach gleichberechtigter und voller Teilhabe. Die Interviewten sehen sich als gleichwertigen Teil der Stadt – nicht zuletzt, weil auch sie die Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg mit aufgebaut und zum heutigen Wohlstand und Gesicht der Stadt beigetragen haben, ein Beitrag, der sich allerdings im öffentlichen Selbstbild der Stadt kaum wiederfindet. Unabhängig von der Herkunft ist die lokale Identität eine zentrale Bezugsgröße und steht daher für das Verbindende. Angesichts der demographischen Situation – zunehmende Vielfalt und ein hohes Maß an Fluktuation in der Stadtbevölkerung – muss der gesellschaftliche Zusammenhalt in der Tat auf einem Selbstverständnis beruhen, das sich als ein „Wir der Verschiedenen“ (vgl. DaMigra 2016: 1) darstellt.

Eine weitere Frage ist die Teilhabe der Bevölkerung „mit Migrationshintergrund“ an den städtischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen und die Rolle die Community-Organisationen dabei spielen können. Eine besondere Rolle kann und sollte im weiteren Gestaltungsprozess die so genannte zweite Generation der bereits in Sindelfingen oder Deutschland geborenen Erwachsenen mit familiärer Zuwanderungsgeschichte einnehmen und zugewiesen bekommen: Nicht nur, dass sie zunehmend die Führung auch alteingesessener MSOs und Religionsgemeinschaften übernimmt, sie ist auch in besonderem Maße geeignet, eine Art „Scharnierfunktion“ zwischen der bisherigen Mehrheitsgesellschaft und den Bevölkerungen „mit Migrationshintergrund“ einzunehmen.

Vereinsleben: Sport

Die Fragestellung

Historisch betrachtet war Sport immer schon (und ist bis heute) geprägt vom Postulat der Chancengleichheit zwischen den AthletInnen unabhängig von Aussehen, Herkunft oder Identität: Lediglich die Leistung zählt. Sport lässt, zumindest während des Wettkampfes, gesellschaftliche und Statusunterschiede zwischen den TeilnehmerInnen verschwinden oder zumindest in den Hintergrund treten (Gebauer 1986: 116). Das Motto „Sport für Alle...“, mit dem nicht nur der Deutsche Olympische Sportbund, sondern auch mehrere Landessportbunde sowie viele kleinere und größere Vereine werben,³⁸ verdeutlicht, dass auch im Bereich des Breitensports ein Ideal besteht von Gleichheit und Gemeinschaft durch gemeinsame Sportausübung und unabhängig des Alters, der Bildung, des Geschlechts, der Religion, der Herkunft und der körperlichen Voraussetzungen usw.

Gleichzeitig ist der Sport ein wichtiges gesellschaftliches und soziales Feld, bei dem es um sehr viel mehr geht als nur körperliche spielerische Betätigung und gesellschaftliche Unterschiede eine wichtige Rolle spielen. Ein Vergleich der empirischen Ergebnisse über die generellen Motive, Sport unabhängig von der Leistungsbezogenheit zu treiben, zeigt vor allem, dass in mittleren und oberen Schichten und mit zunehmendem Alter *Gesundheit* als sehr wichtig erachtet wird. Und auch die Wahrnehmung vom Körper und von Körperlichkeit wird oft als nicht nur schicht-, sondern auch kulturabhängig und mit regionalen Unterschieden definiert (Thiel/Seibert/Mayer 2013: 79f). Angesichts der zunehmenden Vielfalt in der Gesellschaft wird also die Frage nach der Rolle und Bedeutung ethnisch-kultureller Unterschiede in der Wahrnehmung von Körperlichkeit, aber auch im Zugang zum Vereinssport zunehmend relevant.

Die Frage nach Menschen mit Migrationsgeschichte in Sportvereinen ist erst seit etwa zehn Jahren in den wissenschaftlichen Fokus gerückt. So wurden in den letzten Jahren einige Sekundäranalysen veröffentlicht, die sich mit quantitativen Datensätzen wie etwa der Shell-Jugendstudie oder der SPRINT-Studie zum Schulsport in Deutschland beschäftigen

³⁸ Für den Olympischen Sportbund siehe <https://www.dosb.de/de/organisation/vermarktung/breitensport/>. Vgl. auch <http://www.vfl-sindelfingen.com/sport-für-alle/> (letzter Zugriff am 03.07.2017).

(Mutz/Burmann 2015: 69). Bei den qualitativen Forschungen zum Thema Zugangsbedingungen im Vereinssport mit Fokus auf Migration seien hier exemplarisch erwähnt die beiden Veröffentlichungen *Jugend, Migration und Sport: Kulturelle Unterschiede und die Sozialisation zum Vereinssport* (Burmann/Mutz/Zender 2015) und *Migration, Integration und Sport: Zivilgesellschaft vor Ort* (Braun/Nobis 2012).

Im Rahmen der im Februar 2017 durchgeführten Datenerhebung des IMIS wurden auch im Bereich Sport Interviews geführt, und zwar mit einigen „ethnischen“ Fußballvereinen und insbesondere mit dem VfL Sindelfingen. Der Verein ist nach eigenen Angaben³⁹ mit über 9.000 Mitgliedern nicht nur der größte Verein in der Stadt, sondern auch einer der größten in Baden-Württemberg. Er besitzt 28 Sportabteilungen und bietet Angebote in den Bereichen Freizeitsport, Gesundheitssport, Breitensport und Leistungssport an. Über die Hälfte der Mitglieder sind Kinder und Jugendliche. Der VfL Sindelfingen bewirtschaftet mehrere Sportplätze und ein (kommerziell betriebenes) Fitnessstudio und führt zudem zahlreiche Sportveranstaltungen im Glaspalast Sindelfingen durch, einer professionellen Großsporthalle mit über 5.000 Plätzen (die auch offizieller Olympiastützpunkt für den Nachwuchsleistungssport im Judo ist).

Nach ersten Kontakten zum Verein und einer ausführlichen Internetrecherche wurden kontrastierend zwei Sportarten ausgewählt, die schon in historischer Tradition ein sehr unterschiedliches Image mit sich bringen: Während es bei der einen Sportart vor allem um Kraft und die direkte körperliche Auseinandersetzung geht, stehen bei der anderen Sportart Technik und der körperlose Wettkampf im Mittelpunkt. Es wird wenig überraschen, dass die erste Sportart historisch eher mit den unteren Schichten assoziiert wird, während die zweite Sportart eher den bürgerlichen Schichten zugeordnet werden kann (Gebauer 1986: 124ff). Beide Disziplinen reflektieren also in gewisser Weise eine schichtspezifische Einstellung zum Körper und lassen daher auch jeweils eigene Habitusformen vermuten. Damit einher geht in der Regel auch ein unterschiedlicher Leistungsanspruch bzw. eine Schwerpunktsetzung eher in Richtung Leistungssport (Sportart 2) oder auf dem Breitensport (Sportart 1).

³⁹ Vgl. http://vfl-sindelfingen.passgeber.de/wp-content/uploads/2016/11/VfL-Sindelfingen-1862eV_Vereinspraesentation.pdf (letzter Zugriff am 03.07.2017).

Die interviewten Personen wurden zu den Möglichkeiten des Zugangs und der Zusammensetzung der Aktiven in beiden Sportarten befragt – natürlich auch vor dem Hintergrund des Interesses an der Beteiligung von Personen mit „Migrationshintergrund“. Die InterviewpartnerInnen wurden in diesem Fall auf zwei Ebenen angesprochen: als ExpertInnen und als Aktive im Sportverein.

Migrationshintergrund und soziale Schicht

In den ersten beiden im Folgenden kontrastierend wiedergegebenen Interviewausschnitten⁴⁰ geht es um das Thema soziale Schicht:

Interview 1: Also klar, die [Abteilung] verlangt ja einen monatlichen Betrag, (den sich nicht jeder leisten kann). Dann hast du meistens noch zwei, drei weitere Kinder, die auch irgendwas machen. Also ist das schon mal ein K.O.-Kriterium für finanzschwache Familien. [...] Also in der Regel sind es doch Familien, die über ein mittleres bis höheres Einkommen verfügen. [...] Das ist hier doch schon ein bisschen auch 'ne Sportart, die – wie soll man es sagen, ohne dass das jetzt arrogant klingt? – eine Sportart für die gehobene Schulausbildung. Also wir haben kaum Jugendliche, die auf der Hauptschule sind. Der Großteil bei uns ist auf dem Gymnasium und hat auch mehr Zeit, um sich einzubringen. [...] Also ich will jetzt nicht sagen, [...] dass das eine Elite-Sportart ist, weil die, die Abitur machen, die finden auch ihren Weg in [dieser Sportart]. [...] Wir sind keine Hobbysportart, also wir haben schon den Gedanken der Leistung. Das muss man auch offen sagen: Wir wollen Leistungssport.

Interview 2: Für Erwachsene, sprich Berufstätige, sind es 60 Euro im Jahr. [...] Und wenn du dann siehst, du kannst hier viermal die Woche trainieren, ist das eigentlich relativ günstig, ja? Das heißt, es können auch (sozial Schwache teilnehmen). [...] Das war auch so, als die ganze Flüchtlingswelle gekommen ist, da hab ich auch gesagt: Jeder der trainieren will, kann dazukommen. [...] Ich würde sagen, das Verhältnis der Schüler, die zum Beispiel in den Bereich Ausbildung gehen, zu den Leuten, die jetzt studieren, ist 50:50. [...] Mir ist sehr daran gelegen, dass jeder, der den Sport machen will, den Sport auch machen kann. Punkt. [...] Wir haben einen gewissen Ausbildungsauftrag und nehmen den auch wahr. Weil wir sagen immer in den Diskussionen mit der Stadt, wenn die wieder was streichen wollen für die Vereine und so weiter, dann sagen wir auch: „Wir nehmen euch viel Arbeit ab, da müsst ihr da eben mehr Sozialarbeiter einstellen, weil die ganzen Jungen, die hängen sonst irgendwo auf der Straße rum oder kommen auf andere dumme Ideen.“ Und so im Verein bist du aufgehoben, da kriegst du 'ne gewisse Anleitung.

Der erste Interviewausschnitt zeigt, wie die verschiedenen Ebenen ineinandergreifen: Aus Sicht der interviewten Person ist das Leistungsprinzip charakterisierend für die Mittelschicht und ihren Zugang zu Bildung, Arbeit und eben auch Sport. Es ist das Argument hinter den im Allgemeinen höheren Gehälter in akademischen Berufen und hinter dem Anspruch auf Bil-

⁴⁰ Die Interviewausschnitte wurden geglättet und teilweise verfremdet, um die Anonymität der Personen besser zu gewährleisten.

derung in Institutionen, die eben nicht allgemein zugänglich sind. Im obigen Ausschnitt wird diese quasi „natürliche“ Verbindung zwischen Leistung und Mittelschicht praktisch umgedreht, indem die Vermutung aufgestellt wird, dass das Leistungsprinzip – von wenigen Ausnahmen abgesehen – eigentlich auch nur von Angehörigen der Mittelschicht richtig ausgefüllt werden *kann*. Auch wenn die verhältnismäßig hohen Mitgliedsbeiträge vermutlich nicht mit dem Zweck festgelegt wurden, mögliche Aktive aus weniger wohlhabenden Familien abzuschrecken, machen sie den Wunsch nach sozialer Homogenität materiell konkret. Ein weiterer interessanter Ausschlussmechanismus ist *Zeit*. Da es eigentlich keinen Grund gibt, warum GymnasiastInnen mehr Zeit haben sollten als Haupt- und RealschülerInnen, impliziert auch dieser Hinweis Elternhäuser, in denen erstens die Jugendlichen oder Studierenden nicht nebenbei jobben müssen und zweitens die Mütter nicht Vollzeit erwerbstätig sind.

Im Unterschied dazu versucht die andere Abteilung, die Ausübung des Sports sogar mit der Arbeit im Schichtdienst kompatibel zu machen. Im zweiten Interview wird auch hervorgehoben, dass die Mitgliedsbeiträge genau umgekehrt auf die Ermöglichung einer möglichst breiten Teilhabe ausgerichtet sind, notfalls wird sogar ganz darauf verzichtet. Erster Gedanke ist hier also die Förderung der positiven sozialen Wirkungen von Sport in der Breite und der freien Zugänglichkeit für Menschen aller Schichten. Das muss nicht heißen, dass nicht auch diese Sportart erfolgreich sein kann im Leistungssportbereich, aber die Ausgangsbasis ist eine andere: Ist es in Sportart 1 die Exklusivität und Auswahl aus einem Kreis von jungen Leuten, denen eine besondere Leistungsbereitschaft unterstellt wird, so kommt die Leistungsfähigkeit der Abteilung von Sportart 2 aus dem breiten Pool von Aktiven auf allen Leistungsniveaus. Wie der folgende Ausschnitt zeigt, gilt zudem ein Leistungsprinzip, das anders konstruiert ist als in Sportart 1: nämlich an der Disziplin und Selbstbeherrschung, die jedeR einzelne SportlerIn bereit ist zu entwickeln und die daher unabhängig von der Sprache, der Herkunft oder der Schicht ist:

Interview 2: Mich interessiert keine Hautfarbe, keine Nationalität, es geht mir hier um den Sport. Aber ich habe auch immer von vornherein gesagt: wir machen hier keine Sonderbehandlung. Bei uns ist das Training eben immer sehr diszipliniert. Es ist gang und gäbe, dass bei uns Leute, ich sag es mal so, etwas übermotiviert sind. Und da wird dann gesagt: „Du gehst jetzt duschen, du kannst heimgehen, das ist nix für dich.“ [...] Egal welche Nationalität, die Disziplin ist das A und O hier. Und das funktioniert auch sehr gut, das wird auch akzeptiert. [...] Was mir hier gleich am Anfang aufgefallen ist: Hier war schon immer ein kunterbunter Mix von Nationalitäten da, ja? Aber gleichzeitig, muss ich sagen, auch eine gute Kameradschaft. Wir haben uns immer sehr gut verstanden, wir sind immer noch zusammen fortgegangen nach dem Training, sind hier zusammengesessen, egal was für Nationalitäten das waren.

Hier geht es schon zentral um den Aspekt, der für diese Studie zentral steht: den Migrationshintergrund. Es ist offenkundig Teil des Selbstverständnisses dieser Abteilung, das „gleichmacherische Prinzip“ des Sports – das ja auch darin liegt, dass in der Sporthalle und auf dem Sportplatz entweder Vereinstrikots oder Trainingskleidung getragen werden und damit viele Unterschiede tendenziell unkenntlich gemacht werden – tatsächlich mit Leben zu füllen und auch über die eigentliche sportliche Tätigkeit im hinaus umzusetzen.

Das ist nicht gleichbedeutend damit, dass kulturelle oder religiöse Unterschiede gar keine Rolle spielen würden. So stellt sich bei sportlichen Aktivitäten generell die Frage, ob sie z.B. in streng gläubigen islamischen oder protestantische Familien als kompatibel mit verbreiteten religiösen Vorstellungen insbesondere zum angemessenen Verhalten, zur getrennten Sportausübung und zur Kleidung bei jungen Frauen. So auch in Sportart 2:

Interview 2: Speziell zum Beispiel bei Mädchen, die aus der islamischen Ecke kommen, sind da noch gewisse Hemmschwellen da. Da ist natürlich auch bei den Eltern ein gewisser Vorbehalt da. Zum Beispiel wollten einige [hier mitmachen]. Aber dann haben die Eltern gesagt: „Nein, du zeigst dann viel zu viel!“ ne? Es kam dann schon vor, dass der Vater die Tochter wieder abgemeldet hat und so.

Interessant ist an diesem Ausschnitt, dass es offenkundig muslimische Mädchen gibt, die sich eigenständig für diese Sportart anmelden (und in einigen Fällen dann von ihren Vätern wieder abgemeldet werden). Das kann als Hinweis auf niedrige Zugangsbarrieren gewertet werden, auf mögliche Vorbilder, an denen die Mädchen sich orientieren, und darauf, dass traditionalistische Vorstellungen über Religion und Freizeitbeschäftigungen für die dritte Generation kaum noch relevant sind.

Auch in Sportart 1 wird natürlich wahrgenommen, dass Kinder und Jugendliche mit „Migrationshintergrund“ generell und auch im Sport immer sichtbarer werden. Das bedeutet allerdings nicht, man daraus einen Anspruch ableiten würde, sich darauf aktiv einzustellen:

Interview 1: Ich muss auch ehrlich sagen, wir sind da eher in der passiven Rolle. Wir warten was kommt und wir nehmen sie auch alle auf, aber es ist jetzt nicht so, dass wir aktiv auf sie zugehen würden. Dazu fehlt uns einfach auch die Motivation oder der Antrieb. Wir brauchen es auch nicht, wir haben eh schon unheimlich viele Kinder aus dem „normalen Klientel, sag ich jetzt mal. [...] Wir haben hier wenige Kinder, die nicht deutsch sind oder mit Migrationshintergrund [...], aber es ist auch nicht so einfach, die kommen auch nicht, weil sie zum Teil nicht dürfen. [...] Also wenn wir bei den Wettkämpfen waren und mal so geschaut haben auch bei anderen Vereinen, also da findet man schon so einzelne Lichtpunkte, wo man sieht, das sind Mädchen mit Migrationshintergrund, weil sie zum Beispiel mit Kopftüchern (antreten). Also da sieht man es halt sehr deutlich, aber es ist doch die Minderheit hier [in unserem Sport].

Ähnlich wie in den politischen Parteien (siehe oben) fühlt man sich in dieser Abteilung für eine Öffnung oder gar eine *proaktive* Haltung der Werbung von Personen aus immerhin „der anderen Hälfte“ der Sindelfinger Bevölkerung nicht zuständig. Und auch in diesem Ausschnitt kommen muslimische Mädchen vor: Wie die interviewte Person feststellt, treffen sie bei Wettkämpfen auf Sportlerinnen anderer Vereine, die z.B. mit Kopftuch antreten. Angesichts der Tatsache, dass diese Sportart ohne direkten Körperkontakt mit den GegnerInnen auskommt, könnte sie vermutlich sogar als besonders geeignet für junge Frauen aus strenger religiösen Familien bezeichnet werden. Aber Kinder und Jugendliche aus Einwandererfamilien sind nicht das „normale Klientel“ und ein merklich steigender Anteil von SportlerInnen anderer Herkunft und Religion in dieser Abteilung würde vermutlich ebenso als Widerspruch zum habituellen Selbstverständnis als bürgerliche oder „Mittelschichtssportart“ gesehen werden wie eine höhere Präsenz von HauptschülerInnen.⁴¹ Dies folgt der immer noch gängigen Gleichsetzung von „Migrationshintergrund“ mit niedrigem sozioökonomischem Status, obwohl gerade in Städten wie Sindelfingen die soziale aufgestiegene und beruflich erfolgreiche zweite Generation an vielen Orten bereits deutlich sichtbar ist und die ortsansässigen Industrien zunehmend hochqualifizierte Fachkräfte aus aller Welt beschäftigen. Beide Gruppen haben möglicherweise das habituelle Selbstverständnis der Mittelschicht ebenso verinnerlicht wie die der Mittelschicht angehörigen SindelfingerInnen ohne „Migrationshintergrund“, sie spielen aber in der Wahrnehmung der meisten unserer InterviewpartnerInnen ebenso wenig eine Rolle wie im gängigen „Integrationsdiskurs“ der Stadt.

Und auch sportlich entsteht ein Widerspruch: Durch die Abgrenzung von den nicht-akademischen Schichten und ihre quasi automatische Assoziation mit SportlerInnen „mit Migrationshintergrund“ wird letztendlich und bei näherer Betrachtung das so betonte Leistungsprinzip ausgehöhlt, weil sportliches *Talent* natürlich nicht herkunfts- oder schichtspezifisch in der Bevölkerung verteilt ist. Würde es tatsächlich ausschließlich um das Leistungsprinzip als Voraussetzung für den Leistungssport gehen, müsste die Abteilung eigentlich ein Interesse daran haben, möglichst breit aufgestellt zu sein und möglichst viele in der Stadt

⁴¹ Es sei an dieser Stelle an das soziale Distinktionsverhalten von Eltern bürgerlicher Herkunft im Bereich der Schulbildung hingewiesen, die sich in den größeren Städten z.B. darin äußert, dass man zwar gerne in den lebendigen und bunten Stadtteilen wohnt, die Kinder dort aber nicht zur Schule gehen lassen möchte. Auch beim Thema KiTa oben tauchte dieses Element auf.

vorhandene Talente zu entdecken und zu fördern, anstatt praktisch zuallererst auf die familiäre Herkunft zu schauen.

Eine völlig andere Haltung zu dieser Frage haben naheliegenderweise Vereine, die sich von vorneherein eine bessere Beteiligung von zugewanderten Menschen zum Sport auf die Fahne geschrieben haben – insbesondere auf Seiten der so genannten „internationalen Vereine“. Der Sport hat hier vielfach eine doppelte Funktion: Er soll dazu beitragen, die Identifikation insbesondere der jungen Menschen mit der „ethnischen Community“ zu stärken, gleichzeitig können diese Vereine durch die Beteiligung in Ligen und Turnieren eine wichtige Brückenfunktion zwischen MigrantInnen und der Stadtgesellschaft einnehmen. Allerdings wird dieses Potenzial nach unserem Eindruck bisher nur wenig genutzt und sind diese Vereine auch am Dialog zwischen Sport und Stadt nicht zufriedenstellend beteiligt.

Hier wirkt sich möglicherweise die Größe des VfL Sindelfingen negativ aus, denn zumindest aus Sicht der interviewten migrantischen Vereine besteht eine gewisse Ungleichbehandlung etwa im Zugang zu Hallen- und Sportplatzzeiten, das einhergeht mit dem Gefühl fehlender Anerkennung für die eigene „Integrationsarbeit“ durch den Sport. Ein Beispiel:

Ich wollte, dass ein kleiner Verein (wie wir) genau die gleiche Anerkennung bekommt wie der große VfL Sindelfingen, okay? [...] Von unserer Verwaltung her, den Mitgliederkarteien und der ganzen EDV, in die wir stark investiert haben, glaube ich nicht, dass der VfL Sindelfingen da besser dasteht als wir. [...] Aber wenn ich für unsere neu gegründete Fußballmannschaft einen Platz brauche zum Trainieren, dann heißt es, dass alle Plätze vergeben sind an den VfL Sindelfingen. Aber dann fahre ich da vorbei an bestimmten Tagen und die Plätze sind frei, und dann krieg ich einen Hals. Und das sind einfach so Punkte, wo ich finde, dass es gleichgestellt sein muss, dass wir die gleiche Stimme haben wie ein VfL Sindelfingen oder wie sie alle heißen.

Vermutlich sind es etablierte Verfahrensweisen und Vorgaben, die hier auf möglicherweise zu wenig berücksichtigte Veränderungen in der Vereinslandschaft treffen. Mehrere interviewte Personen aus Sportvereinen migrantischen Ursprungs kannten die IG Sport als Gremium der Verständigung zwischen der Stadtverwaltung und den Sportvereinen nicht, sie sind vermutlich auch in die informellen Vernetzungs- und Kommunikationsstrukturen des organisierten Sports in Sindelfingen nicht eingebunden.

Fazit und Empfehlungen

Sportliche Betätigung ist von zentraler Bedeutung für die gesunde körperliche, aber auch die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Es ist deshalb im Interesse einer

Gesellschaft, möglichst niedragschwellige Zugänge für *alle* Kinder und Jugendlichen zum Sport zu schaffen und zu gewährleisten. Der Sport ist aber auch als ein Ort der Begegnung von herausragender Bedeutung, weil er ein beinahe universelles Gemeinschaftserlebnis bietet, das auch weitgehend ohne verbale Kommunikation funktionieren kann. Und schließlich ermöglicht Sport in besonderer Weise den Kontakt und die Kommunikation zwischen Altersgruppen und Generationen und verstärkt durch die Vereinsarbeit die lokale Identifikation. Die positiven individuellen und gemeinschaftsstärkenden Wirkungen sind also nicht auf Kinder und Jugendliche beschränkt, so dass auch bei Erwachsenen sportliche Aktivitäten bis ins hohe Alter gefördert werden sollten.

Sindelfingen verfügt über hervorragende Sportstätten und eine lebendige Vereinslandschaft, zu der nicht nur der „große“ VfL Sindelfingen gehört, sondern auch eine inzwischen Jahrzehnte zurückreichende Tradition und Vielfalt an Vereinen, die sich gezielt an bestimmte Einwanderer-Communities richten und für diese generationen- und kulturübergreifende Gemeinschaftserlebnisse organisieren. Diese Vielfalt gilt es erstens als uneingeschränkt positiv zu bewerten und zweitens aktiv zu fördern. Ein wichtiger Schlüssel dazu ist der Zugang zu den Sportstätten. Hier scheint es zumindest einen erhöhten Abstimmungsbedarf zwischen den Vereinen und mit der Stadt zu geben. Empfohlen wird daher insbesondere eine bessere Einbeziehung der „migrantischen“ Sportvereine in die Vernetzung der Sportangebote untereinander und den Dialog zwischen Sport und Stadt.

Aus der Analyse der beiden Sportabteilungen innerhalb des VfL ergibt sich ein im Diskurs verankerter Widerspruch zwischen dem Hochleistungsanspruch des Leistungssports auf der einen und einer Orientierung auf den Breitensport auf der anderen Seite. Dieser Widerspruch ist nachvollziehbar, weil Leistungssportler notwendigerweise verhältnismäßig wenige sind, die aber einen privilegierten Zugang zu Sportstätten brauchen. Problematisch wird die Gegenüberstellung aber, wenn dieser Widerspruch dazu führt, dass bestimmten Gruppen von Kindern und Jugendlichen der Zugang zu bestimmten Sportarten erschwert und damit das integrative Prinzip des Sports konterkariert wird. Das ist in zwei Richtungen problematisch: zum einen widersprechen direkte oder indirekte Ausschlussmechanismen aufgrund der ethnische oder sozialen Herkunft dem Gleichstellungsgebot, zum anderen kann es aber auch nicht im Sinne des Leistungssports sein, den „Pool“ der Kinder und Jugendlichen, der für die Suche nach talentiertem Nachwuchs zur Verfügung steht, um fast zwei Drittel zu reduzieren,

weil anhand von für das Talent nicht relevanten Kriterien – wie etwa einen „Migrationshintergrund“ zu haben – bewusst oder unbewusst eine Vorauswahl getroffen wird. Umgangen werden könnte dies etwa durch engere Kooperationen zwischen Sportvereinen und Schulen (und insbesondere den Grundschulen!) z.B. in Form von „Karussellangeboten“ (analog zur Musikschule), um Kinder und Jugendliche in ihrer ganzen an den Schulen vorhandenen Vielfalt auch an Sportarten heranzuführen, die weniger bekannt und zugänglich sind. Dies kann einerseits zu einer verbesserten Verschränkung zwischen Breiten- und Leistungssport beitragen, aber auch die Talentsuche der Vereine und Sportabteilungen effizienter werden lassen.

Darüber hinaus wird empfohlen, das Sportangebot in Sindelfingen insgesamt um mehr explizit „interkulturelle Elemente“ zu ergänzen und die bestehenden Elemente deutlicher hervorzuheben. Dazu sollten in jedem Fall Sportangebote gehören, die sich gezielt an Neuangekommene mit geringen Deutschkenntnissen richten. Auch im Hinblick auf ältere MigrantInnen sollte es mehr mehrsprachige Angebote mit entsprechend mehrsprachig kompetenten Kursleitungen geben. Darüber hinaus könnte es ein stärker zu berücksichtigendes Kriterium in der städtischen Förderung von Sportprojekten und -angeboten sein, ob sie erfolgreich zur interkulturellen und generationenübergreifenden Verständigung beitragen.

4. Kapitel

Identitäten: Heimat und Herkunft

Einführung

Integration und Zugehörigkeit

Wie in Kapitel 2 dargelegt ist es allem voran die *strukturelle* Teilhabe an der Gesellschaft, die definiert, ob von einer „gelungenen Integration“ gesprochen werden kann. Bildung und Ausbildung, Arbeit und Einkommen sowie ein Ort zum Wohnen sind Parameter, die für eine volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eine unabdingbare Voraussetzung darstellen. Gleichzeitig lassen sich diese Parameter sowohl individuell beobachten als auch verwenden, um festzustellen, inwieweit es spezifische strukturelle Zugangsbarrieren oder Benachteiligungen gibt – wie zum Beispiel die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Führungspositionen im Beruf, die strukturell vor allem Frauen benachteiligt, oder Diskriminierungen verschiedenster Art, denen Muslime (bzw. als solche wahrgenommene Personen) und Menschen mit dunkler Hautfarbe in Deutschland in höherem Maße ausgesetzt sind als andere Personengruppen.⁴²

Aber „Integration“ ist auch unvollständig, wenn Gefühle von Zugehörigkeit nicht entstehen (können) oder fortlaufend in Frage gestellt werden. Auch das gilt im Grundsatz für jeden Menschen, weil die soziale Einbindung und die Entwicklung von Zugehörigkeiten Bestandteil und Inhalt jeder Form von Sozialisation sind. Dies ist auch nicht auf junge Menschen beschränkt, sondern stellt sich als Herausforderung z.B. bei jedem Wechsel der Arbeitsstelle oder Umzug in eine andere Stadt. Migrationsspezifisch ist, dass die fremde Sprache und die fehlende „kulturelle Intimität“ (Michael Herzfeld) mit den Verhältnissen im Ankunftsland diese sog. „zweite Sozialisation“ zusätzlich erschweren können und insbesondere erwachsene MigrantInnen vor dem Hintergrund ihrer Biographie und Erstsozialisation in ihren Zugehörigkeitsgefühlen auch nach vielen Jahren häufig noch ambivalent sind. So bleiben im Herkunftsland nicht nur Verwandte und Freundschaften zurück, sondern auch die Kindheits- und Jugenderinnerungen und die Selbstverständlichkeit kultureller Vertrautheit. Allerdings kann mit den Jahren der Abwesenheit auch das Land der Herkunft langsam und auf eine besondere Weise fremd werden.⁴³ All dies wird natürlich auch davon beeinflusst, unter welchen

⁴² Siehe z.B. die Homepage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) für aktuelle Publikationen und Studien zu verschiedenen Formen der Benachteiligung (<http://www.antidiskriminierungsstelle.de>).

⁴³ Ein Beispiel für eine aktuelle literarische Verarbeitung dieser Ambivalenz ist der Roman *Restaurant Dalmatia* von Jagoda Marinić (2016). Hier wird auch thematisiert, dass bei aller nostalgischen Erinnerung an die Schönheit der Landschaft

Rahmenbedingungen Migration überhaupt erfolgt: unfreiwillig oder freiwillig (oder irgendwas dazwischen), zeitlich befristet oder „für immer“ (was sich allerdings im Laufe der Zeit wieder ändern kann), erwünscht (oder gar angeworben) oder unerwünscht im Aufnahme-land, mit direktem Zugang zu Arbeit oder über Jahre zur Untätigkeit gezwungen, mit akademischer Ausbildung oder nicht einmal alphabetisiert, mit Vermögen oder angewiesen auf staatliche Unterstützung, mit der Familie (oder gar schon anwesenden Familienangehörigen) oder ohne u.v.m.

Sozialisationserfahrungen sind für Kinder und Jugendliche in besonderem Maße relevant. Unabhängig davon, ob eine familiäre Zuwanderungsgeschichte vorliegt oder nicht, wird es für Kinder und Jugendliche schwierig, wenn naheliegende Zugehörigkeiten – wie etwa zum unmittelbaren familiären Umfeld oder zu dem Ort, an dem eine Person aufwächst – verhindert oder in Frage gestellt werden. Auch dies ist nicht nur für das Individuum bedeutsam, indem fehlende individuelle Zugehörigkeitsgefühle aus psychologischer Sicht zu „dysfunktionalen Identitäten“ führen können. Insbesondere auf lokaler Ebene kann dies auch gesellschaftlich relevant werden, wenn sich z.B. Jugendliche einen „Ersatz“ suchen in Formen von Gemeinschaft, die aus gesellschaftlicher Sicht nicht erwünscht sind. Seit vielen Jahrzehnten bekannt ist dies für Kinder und Jugendliche aus schwierigen, eben keine Zugehörigkeit anbietenden oder sogar bedrohlichen Familienverhältnissen. Weniger „routiniert“ und professionalisiert ist dagegen der gesellschaftliche und staatliche Umgang mit den möglichen Wirkungen von fortgesetzt abgesprochener Zugehörigkeit anhand von Definitionskriterien wie Religion, Hautfarbe oder „Migrationshintergrund“.⁴⁴ Es ist allerdings z.B. eines der Elemente, die von ExpertInnen im Feld herangezogen werden, um u.a. die Popularität von radikal-islamistischen Predigten unter in Deutschland geborenen muslimischen Jugendlichen zu er-

u.ä. im Herkunftsland Kroatien die damals jungen Leute auch gute Gründe hatten, weggehen zu wollen – und bei allem Erfolg in Deutschland wiederum die Sehnsucht nach „Zuhause“ nicht verlieren.

⁴⁴ Eigentlich ist die Rechtslage hier klar, weil sowohl das Grundgesetz als auch mehrere von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierte internationale Konventionen sehr deutlich jegliche Benachteiligung auf Grundlage der Religion, der „Ethnie“ und der Hautfarbe usw. verbieten. Aber das Beispiel Geschlecht zeigt, wie schwer die Umsetzung von effektiven Maßnahmen gegen fortdauernde Benachteiligung ist – und das obwohl die Debatte dazu schon so lange und so breit geführt wird. Die strukturelle Benachteiligung von Frauen ist gewissermaßen „kulturell eingeschrieben“ und tief verankert in der gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung. Gleichzeitig macht das Beispiel aber auch deutlich, dass diese kulturelle Verankerung nicht statisch ist, sondern einem Wandel unterliegt, um den allerdings auch weiterhin gestritten wird. Bei Kriterien wie Hautfarbe, Religion und ethnischer Zugehörigkeit, die in Deutschland vor allem als migrationsbezogen verstanden werden, ist die Debatte dagegen weit weniger fortgeschritten, wird aber auch noch nicht so lange geführt wie die um die Emanzipation. Außerdem kann hier „Aus-Grenzung“ durchaus auch wörtlich verstanden werden, weil nicht-weiße Hautfarbe, nicht-deutsche Ethnizität und nicht-christliche Religion häufig eine grundsätzliche Infragestellung der *nationalen* deutschen Zugehörigkeit begründen sollen.

klären. Hiermit wird auch deutlich, dass sich das Verhältnis von „Heimat“ und „Herkunft“ für die zweite Generation der in Deutschland aufgewachsenen Kinder aus Einwandererfamilien ganz anders darstellt als für die erste Generation. Für die migrierten Eltern ist die Herkunft unstrittig, aber die Frage der Heimat ambivalent und auch eine Frage der Zeit; für die zweite Generation ist es dagegen umgekehrt: Heimat ist zumindest auf lokaler Ebene weitgehend unstrittig, aber welche Rolle die Herkunft spielt oder spielen soll, wird sehr unterschiedlich gesehen.

Noch einmal anders sieht dies in der heute noch überwiegend jugendlichen dritten Generation aus, die mit ethno-nationalen Fremdzuschreibungen wie „italienisch“ oder „türkisch“ noch weniger anfangen kann, diesen aber noch immer häufig ausgesetzt ist. Gleichzeitig bringt allerdings die in Kapitel 1 beschriebene demographische Entwicklung eine neue Dimension der Vielfalt mit sich: In den Klassenzimmern ist auch die dritte Generation nur eine Minderheit unter vielen und trifft auf neuzugewanderte Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien und EU-Krisenländern ebenso wie auf eine wachsende Zahl von Kindern aus binationalen Familien und einheimische Kinder ohne familiäre Zuwanderungsgeschichte.

Das folgende Kapitel beleuchtet die generationalen Unterschiede im Verhältnis zu Herkunft und Heimat und analysiert was dies für den Umgang mit verschiedenen Identitäten durch die Individuen, aber auch für die Stadt Sindelfingen als Bezugsrahmen bedeutet. Zudem geht es der Frage nach, in welcher Weise die neue „Supervielfalt“ unter Kindern und Jugendlichen die Bildung von Gemeinschaft und Zugehörigkeitsgefühlen beeinflusst.

Da „Identität“ zu den Begriffen in der Debatte gehört, die zwar ständig verwendet, aber nur selten definiert oder näher bestimmt werden, beginnt dieser Abschnitt mit einem kurzen Exkurs zur wissenschaftlichen Definition dieses Begriffs.

Was ist Identität?

Festlegungen von Zugehörigkeit werden in der Regel von drei Seiten vorgenommen: durch die Individuen selbst, von den Gruppen, deren Mitglieder auf diese Weise bestimmt werden, und von außen bzw. durch die (jeweils) Anderen. Gleichzeitig geht jede Zuschreibung von Zugehörigkeit zumindest impliziert immer mit einer Abgrenzung zu anderen als analog verstandenen Kategorien einher: „Griechen“ sind keine „Russen“, „Katholiken“ sind keine „Mus-

lime“ und „Frauen“ sind keine „Männer“. Im Idealfall werden von allen drei Seiten dieselben Kategorien zur Selbst- und Fremdbestimmung verwendet.⁴⁵

Allerdings ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen Gruppenidentität (z.B. „die Identität der Deutschen“) und der oder den Identität(en) der einzelnen Individuen. Gruppenidentitäten üben immer einen gewissen Homogenisierungsdruck aus, weil sie Gemeinsamkeiten postulieren und dafür Kriterien und (kulturelle) Erwartungen an ihre Mitglieder formulieren. Vielfach ist dies mit erheblichen Unschärfen verbunden, weil die verwendeten Großkategorien so umfangreich sind, dass das Gemeinsame bestenfalls *behauptet*, aber nicht tatsächlich *empirisch festgestellt* werden kann. Identitäten werden deshalb in der Literatur inzwischen überwiegend als eine weitgehend unabhängig von konkreten Inhalten erfolgende „Etikettierung“ beschrieben, die keine objektiven „kulturellen Verhältnisse“ als Grundlage haben müssen.⁴⁶

Die Dominanz *nationaler* „Etiketten“ in der Bezeichnung von Herkunftsgruppen führt zum Beispiel dazu, dass regionale oder andere Differenzierungen *innerhalb* einer derart definierten Herkunftsgruppe nicht mitbenannt werden. Dabei ist es durchaus relevant, ob ein wichtiger Teil „der ItalienerInnen“ in Sindelfingen aus einem einzigen Dorf in Sizilien kommt, ob sich viele „KurdInnen“ nicht mehr unter das Etikett „türkisch“ subsumieren lassen wollen oder ob ehemalige „JugoslawInnen“ sich aufgrund der politischen Entwicklungen gezwungen sehen, Angehörige verschiedener neuer Nationalitäten zu werden. Wie oben beschrieben entsteht auch durch den Wandel in der Funktionalität und Ausrichtung von migrantischen Organisationen eine gewisse „Unschärfe“, wenn etwa die bereits in Deutschland geborene Generation das Ruder übernimmt. Auch hier stellt sich dann die Frage, wie weit das ethno-

⁴⁵ In Einwanderungsländern wie den USA, die von Einwanderern aus verschiedenen Ländern gegründet wurden, wurde deren ethno-nationale Herkunft zu einer *Unterkategorie* zur nationalen Zugehörigkeit, die damit nicht mehr im Widerspruch zueinander sind: Man ist *ethnisch* z.B. „deutsch“ und gleichzeitig *national* „amerikanisch“. In der deutschen Debatte werden „ethnische“ Selbst- und Fremdzuschreibungen wie „Italiener“ oder „Spanier“ dagegen nicht als Unterkategorien, sondern im Widerspruch zur nationalen „deutschen“ Zugehörigkeit gesehen.

⁴⁶ Dies ist eine der wichtigsten Erkenntnisse sowohl der Nationentheorie als auch der theoretischen Beschäftigung mit „ethnischen Gruppen“: Der vom Historiker Benedict Anderson geprägte Begriff der „imaginierten Gemeinschaft“ besagt, dass eigentlich alle Elemente, die Nationen als Selbstbegründung anführen – typischerweise sind das ein klar definiertes Territorium, eine gemeinsame Kultur und eine weit zurückreichende Geschichte – auf Imaginationen und Konstruktionen beruhen, die der Nation gewissermaßen im Nachhinein „angedichtet“ werden (Anderson 1991). Zu ganz ähnlichen Ergebnisse war schon 1969 der norwegische Ethnologe Fredrik Barth in Bezug auf „ethnische Gruppen“ gekommen: Auch hier stehen am Anfang das Bedürfnis und die Absicht der *Abgrenzung* zu anderen „ethnischen Gruppen“ und nicht, wie allgemein vermutet, objektive kulturelle Unterschiede. Diese sind – so Barth – eher eine *Folge* der Grenzziehung zwischen zwei „ethnischen Gruppen“ als ihre Voraussetzung (Barth 1969: 15).

nationale Etikett noch trägt oder es inzwischen mehr um die Selbstorganisation einer ethnischen *Subidentität zur deutschen* Identität geht (was wiederum durchaus auch innerhalb der Organisationen zwischen den Generationen umstritten sein kann – siehe dazu Kapitel 3). Und schließlich zeigt dies auch, wie das Phänomen „Migration“ überhaupt gesellschaftlich wahrgenommen und diskutiert wird: Wie in Kapitel 1 gezeigt, werden als „MigrantInnen“ in der Regel nur diejenigen bezeichnet, die eine *nationale* Grenze überschritten haben, während die zahlenmäßig weitaus bedeutenderen Wanderungsbewegungen über *regionale* Grenzen hinweg – z.B. aus dem seit Jahren im Schrumpfen begriffenen Ruhrgebiet in den boomenden Großraum Stuttgart – in diesem Zusammenhang nicht erfasst werden. Auch diese Migration könnte ja durchaus als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und Bedrohung für schwäbische Regionalkultur interpretiert werden. Aber selbst bei grenzüberschreitenden Wanderungsbewegungen gibt es Unterschiede: So wird die zahlenmäßig durchaus relevante Einwanderung von Personen mit österreichischer oder schweizerischer Staatsangehörigkeit – beide gehören zum oberen Viertel der wichtigsten Herkunftsländer – kaum mit dem Begriff „Migration“ assoziiert, während insbesondere die Zuwanderung aus mehrheitlich muslimischen Ländern in aller Regel deutlich überschätzt wird (siehe Kapitel 1).

Auch die Identität des Individuums beruht im Prinzip auf vergleichbaren „Etikettivorgängen“. Die Selbst- und Fremdzuschreibung als z.B. „deutsch“ oder „kroatisch“ sagt erst einmal nur wenig aus über das Individuum und was in notwendiger oder hinreichender Weise gegeben sein muss. Menschen können z.B. völlig akzentfrei Deutsch sprechen, ohne dass sie von ihrer „deutschen“ Umgebung als zugehörig angesehen werden (z.B. wenn sie einen „fremd“ klingenden Namen haben). Es ist aber auch keine Garantie dafür, dass sich die Person selbst als „deutsch“ definiert oder sehen möchte. Umgekehrt sind viele SpätaussiedlerInnen als „Deutsche“ nach Deutschland gekommen und sofort eingebürgert worden, obwohl sie kaum oder gar kein Deutsch sprechen konnten.

Das Besondere des Identitätsbegriffs liegt in der scheinbaren Widersprüchlichkeit zwischen der eigentlichen Wortbedeutung als „Gleichheit“ (*idem* = lateinisch für „gleich“) und der mit dem Begriff der persönlichen Identität aber verbundenen Idee von Individualität und Einzigartigkeit. Aus Sicht der Psychologie ist dies insofern kein Widerspruch, als eine „funktionale“ persönliche Identität darin besteht, mit ganz unterschiedlichen Kategorien von Zugehörigkeit möglichst vielseitig und flexibel sowie kontext- und situationsbezogen auf die Erfor-

dernisse des Alltags reagieren zu können. Jedes Individuum ist Teil von vielen verschiedenen Großgruppen (oder Kategorien), in denen es alles andere als einzigartig ist: z.B. Geschlecht, Beruf, Alter, Familienstand, Religion, sexuelle Orientierung, Wohn- und Geburtsort. Es ist die jeweilige *Kombination der Zugehörigkeiten*, die immer höchst individuell und einzigartig ist: In der Regel reichen schon fünf oder sechs sozial relevante Kategorien, um ein Individuum genau und als einzigartig zu bestimmen. Zwar erscheinen ethno-nationale Zugehörigkeiten in der gesellschaftlichen Debatte nahezu allumfassend zu sein, aus Sicht des Individuums stellen sie aber nur einen oder mehrere Aspekte des jeweiligen individuellen „Identitätgefüges“ dar – die zudem in ihrer *alltäglichen Relevanz* meistens hinter anderen Aspekten wie dem Beruf, dem Geschlecht, der lokalen Zugehörigkeit oder dem Alter zurückstehen.

Das bedeutet auch, dass Menschen beliebiger ethno-nationaler Herkunft oder Religion immer auch einiges *gemeinsam* haben bzw. die Abgrenzungen je nach Thema und Kontext entlang ganz unterschiedlicher Unterscheidungslinien verlaufen. „Dysfunktional“ werden Identitäten bzw. Selbst- und Fremdzuschreibungen, wenn sie in dem jeweiligen Kontext oder einer bestimmten Situation nicht angemessen erscheinen: z.B. die Betonung der nationalen Zugehörigkeit beim Elternabend in der Schule oder die Ablehnung von Personen allein aufgrund der Hautfarbe, obwohl diese außerhalb der Kosmetikberatung in kaum einem gesellschaftlichen Zusammenhang tatsächlich einen relevanten Unterschied macht.

Lokale Identität: Ergebnisse der Straßenbefragung

Wie bereits in Kapitel 2 erwähnt, sind knapp 20% der befragten MigrantInnen so jung nach Sindelfingen gekommen, dass sie noch einen wesentlichen Teil ihrer jugendlichen Sozialisation in der Stadt verbracht haben. Für die zweite Generation gilt dies für etwa 70%, bei den Befragten ohne „Migrationshintergrund“ ist es dagegen nur gut die Hälfte. Ebenfalls bereits erwähnt wurde, dass die Frage der lokalen Identität weniger vom „Migrationshintergrund“ als vor allem von der Wohndauer in Sindelfingen und dem „Einheimisch-sein“ abhängt.

So liegt der Anteil derjenigen, die sich als SindelfingerInnen fühlen, bei den bereits in der Stadt Aufgewachsenen bei 70% gegenüber 60% derjenigen, die erst später in die Stadt gekommen sind. Der Unterschied ist größer, wenn man sich diejenigen anschaut, die sich *nicht* als SindelfingerInnen fühlen: 5% der Einheimischen und 16% der Zugezogenen. Damit findet

sich nicht nur ein hohes Maß an lokalen Zugehörigkeitsgefühlen, sondern dieses steht offenkundig auch denjenigen offen, die nicht schon ihre Kindheit und Jugend in der Stadt verbracht haben. Naheliegenderweise entwickeln diese ihr Zugehörigkeitsgefühl umso eher, je länger sie in Sindelfingen wohnen: Es liegt bei gut einem Drittel derjenigen, die erst seit maximal 5 Jahren in der Stadt wohnen, aber bei fast zwei Dritteln bei den schon länger Ansässigen. Der „Migrationshintergrund“ macht dagegen für sich keinen Unterschied: Die Zugehörigkeitsgefühle sind niedriger bei der ersten Generation (aber selbst hier sieht sich die Hälfte als SindelfingerInnen), aber zwischen der zweiten Generation und denjenigen ohne „Migrationshintergrund“ gibt es keine Unterschiede, in beiden Gruppen bezeichnen sich etwa drei Viertel als SindelfingerInnen.

Interessanterweise macht der „Migrationshintergrund“ auch kaum einen Unterschied bei der Frage, ob Aktivitäten oder Veranstaltungen in Sindelfingen besucht werden – die Ja-Antworten liegen bei 55% bis knapp 70% – allerdings wurde hier nicht weiter differenziert nach Unterschieden bei der *Art* der besuchten Veranstaltungen oder Aktivitäten gefragt. Zudem müssten weitere Differenzierungen z.B. nach Alter, Bildungsgrad und Wohnort vorgenommen werden, die aber mit den vorliegenden Daten nicht sinnvoll aufgeschlüsselt werden können. Erwartbare Unterschiede gab es dagegen bei der *aktiven* Beteiligung an Aktivitäten in der Stadt, sie liegt bei nur 10% in der ersten Generation und bei über 25% jeweils bei denjenigen „ohne Migrationshintergrund“ und der zweiten Generation.

Um einen Einblick in die sozialen Netzwerke der Befragten zu bekommen, wurde nach den „ethnisch-kulturellen“ Hintergründen der drei besten FreundInnen bzw. gefragt. Hier ist es wenig überraschend, dass die erste Generation die wenigsten Bezüge zu „deutschen“ FreundInnen hat: Knapp 30% geben an, „keine“ oder nur „sehr wenige“ Deutsche unter den drei besten FreundInnen zu haben, bei denjenigen „ohne Migrationshintergrund“ sind es 4%. Bei Letzteren ist es wiederum nur ein Fünftel, die in größerem Maße beste FreundInnen mit einem anderen als dem „deutschen Hintergrund“ haben. Interessant ist hier vor allem die zweite Generation und bei ihr findet sich die gesamte Bandbreite: etwa 40% hat nur „einige“ oder „sehr wenige“ deutsche beste FreundInnen, gut 60% dagegen „viele“ oder sogar „die meisten“. Auch hier wären weitere Differenzierungen insbesondere nach Alter und Wohnort interessant, aber diese Zahlen geben zumindest einen klaren Hinweis, dass die zweite Generation die oben vermutete „Brückenfunktion“ auch tatsächlich innehat und in

der Mehrheit über vielfältige FreundInnenkreise verfügt, die auch EinwohnerInnen „ohne Migrationshintergrund“ umfassen.

Eine Frage des Fragebogens relativiert allerdings dieses im Grundsatz sehr positive Bild etwas: Die Befragten wurden gebeten anzugeben, ob und wie häufig sie schon „wegen ihrer Herkunft“ verbal oder tätlich angegriffen wurden. Knapp 90% derjenigen „ohne Migrationshintergrund“ haben hier die Antwort „nie“ angekreuzt, bei der zweiten Generation war dies dagegen nur gut die Hälfte. Und bei der ersten Generation sogar weniger als die Hälfte. Wenn man berücksichtigt, dass es z.B. in Bezug auf Zugehörigkeitsgefühle gar nicht so entscheidend ist, wie häufig sich Personen wegen ihrer Herkunft angegriffen fühlen, sondern ob dies überhaupt geschieht (vgl. Schneider et. al, 2012: 295), dann sind diese Zahlen mit einer gewissen Sorge zu betrachten.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Sindelfingen – trotz hoher Mobilität in der Bevölkerung – ein hohes Maß an lokalen Zugehörigkeitsgefühlen hervorbringt und diese beinahe unabhängig davon sind, ob die EinwohnerInnen Zugewanderte (aus dem In- und Ausland) oder Einheimische sind. Allein die Wohndauer hat einen signifikanten Einfluss, aber selbst dies spielt schon nach wenigen Jahren in der Stadt kaum noch eine Rolle. Die Ergebnisse zu den Freundschaften bestätigen die erhobenen qualitativen Daten im Hinblick darauf, dass Überschneidungen zwischen den Netzwerken der ersten Generation und denjenigen „ohne Migrationshintergrund“ nicht sehr groß sind. Dagegen scheint die zweite Generation überwiegend über „ethnisch übergreifende“ Freundschaften zu verfügen und hat damit am ehesten das Potenzial, eine Brückenfunktion einzunehmen. Es ist daher von hoher Relevanz festzustellen, inwieweit ihre zunehmende Präsenz in den Führungskreisen von Migrantenselbstorganisationen einerseits und mehrheitsgesellschaftlichen Institutionen andererseits zu neuen Verbindungen und Netzwerken führt und damit auch einen Einfluss auf das soziale Klima der Stadt haben kann (dazu unten mehr).

Erlebnisse und Erinnerungen von MigrantInnen in Sindelfingen

Im Rahmen des Forschungsprojekts wurden auch familiäre Erzählungen zu den Themen Migration und Wandel in Sindelfingen über mehrere Generationen hinweg gesammelt. Mit Unterstützung der Integrationsbeauftragten und anhand eigener Recherchen wurden mehrere Familien unterschiedlicher Herkunft ausfindig gemacht und kontaktiert, bei denen zwei oder gar drei Generationen befragt werden konnten. Es liegen aus drei Familien Interviews mit drei Generationen vor, in denen die Großeltern aus der Türkei und aus Slowenien kommen bzw. selbst schon in Sindelfingen groß geworden sind. Darüber hinaus stellten sich aus einer tamilischen Familie zwei Generationen zur Verfügung, hier war die dritte Generation noch zu jung für ein eigenständiges Interview. Ein weiteres Interview fand mit zwei Personen serbischer bzw. serbisch-donauschwäbischer Herkunft statt, dem jedoch keine weiteren Interviews in den Familien folgten. Die Angehörigen der ersten Generation in den Mehrgenerationen-Gesprächen sind unter sehr unterschiedlichen Umständen nach Sindelfingen gekommen: In der türkischen Familie kam der Vater selbst noch als Jugendlicher, in der tamilisch-deutschen Familie der Vater als Student nach Deutschland und in der slowenischen Familie die Mutter erst im Zuge des Familiennachzugs.

Weitere siebzehn Zeitzeugenberichte aus der ersten Generation fanden sich zudem in einer Sammlung von Manuskripten von 2005, die anlässlich der 50 Jahre Anwerbeabkommen von der damaligen Abteilung Förderung der Ausländerarbeit der Stadt Sindelfingen gesammelt wurden für eine Buchpublikation, die aber offenkundig nie fertiggestellt wurde. Diese Sammlung wurde uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Und schließlich gab auch vereinzelte Berichte in der zweibändigen Buchveröffentlichung *Mein Sindelfingen*, die der Röhm Verlag 2013 anlässlich der 750-Jahrfeier der Stadt Sindelfingen und 2015 anlässlich des 125-jährigen Bestehens der von ihm herausgegebenen Sindelfinger/Böblinger Zeitung (SZ/BZ) herausbrachte (Bausch/Hülle 2013; Bausch 2015). Die Zusammenstellung der AutorInnen der beiden Bände von *Mein Sindelfingen* kann als Indiz dafür gewertet werden, welche Personengruppen und Themen als prototypisch für „Sindelfingen“ gesehen werden. Bei allem erkennbaren Bemühen, die Stadtwirklichkeit in vielen verschiedenen Facetten über die insge-

samt 65 autobiographischen Erzählungen zu erfassen, haben in den beiden Bänden von *Mein Sindelfingen* nur zwölf Erzählungen/AutorInnen einen „Migrationshintergrund“, der ins heutige Ausland verweist.⁴⁷ Und nur eine einzige Erzählung ist von jemandem, der Teil der umfangreichen Arbeitsmigration aus den Mittelmeerstaaten in den 1960er Jahren nach Sindelfingen war, die die Stadt demographisch so nachhaltig geprägt hat.

Ankommen im Nachkriegsdeutschland

Die oben erwähnte Erzählung eines „Gastarbeiters“ im ersten Band von *Mein Sindelfingen* ist von Salvatore Aranzulla, dem Eigentümer des Restaurants *Come Sempre* am Wettbachplatz. Er berichtet darin von seinen ersten Erfahrungen in Sindelfingen Mitte der 1960er Jahre:

Die erste Zeit, als ich beim Daimler mein Geld verdiente, war für mich ausgesprochen hart. Ich wohnte in Maichingen mit fünf Landsleuten zusammen in einem Zimmer und jeder zahlte die damals horrenden Summe von 90 Mark. Aber ich hatte auch keine Chance, mich dagegen zu wehren: Ich verstand die Sprache nicht, ich kapierte überhaupt nicht, wie das Leben hier funktionierte. Das wurde mir immer besonders bewusst, wenn meine Urlaube in Italien zu Ende gingen. Das Heimweh nagte dann an mir, wie ein hungriger Hund an einem Knochen. Als ich die Möglichkeit bekam, im Don-Bosco-Heim, dem ehemaligen italienischen Zentrum am Goldberg, als Pizzabäcker anzufangen, war das für mich ein Glückstreffer. [...] Die Gastronomie war für mich zu einer Art Rettungsanker geworden. Ich glaube, im Don-Bosco-Heim begann meine Integration, die aus dem „Itaker“ einen Italiener und schließlich den „Salva“ machte, der hier Wurzeln geschlagen hat. Ich begann Deutsch zu lernen, bekam Kontakt zu Sindelfinger Vereinen, fing an, Tennis zu spielen. Nach und nach entwickelte ich ein Gefühl für die Trittschwindigkeit dieser Stadt. Solche tiefeschürfenden Gedanken kann ich mir allerdings nur im Rückblick erlauben. Dafür hatten wir damals keine Zeit.⁴⁸

In ähnlicher Weise berichten zwei weitere Zeitzeugen in dem o.g. Manuskript von ihrer ersten Zeit in Deutschland Anfang der 1960er Jahre:

Ich nahm eine Einteilung (der Deutschen) in vier Kategorien vor: Eine verschwindende Minderheit suchte das Gespräch mit uns. Es war erkennbar, dass sie sich schämten, wenn andere Deutsche uns anpöbelten oder spotteten. Eine weitere, relativ starke Gruppe verhielt sich ziemlich gleichgültig. Sie spotteten nicht und redeten auch kaum über uns. Den Umgang, den sie mit Italienern pflegten, war auf das Geschäftliche begrenzt, jedoch ganz normal. Eine dritte, die stärkste Gruppe war fast von morgens bis abends mit Frotzeleien, abfälligen Bemerkungen und Diskussionen über uns beschäftigt. Für diese Personengruppe hatten wir Italiener weder einen Namen, noch irgendwelche guten Eigenschaften. Die vierte und „letzte“ Gruppe, numerisch nicht so stark, aber in sich sehr geschlossen und deutlich in ihrer Auffassung, dass wir ausgerottet werden müssten. Nicht gerade selten wurde auch der Begriff „vergasen“ verwendet. [...] Wir gingen zu den Unterkünften. Dies musste wohl einmal eine alte Scheune gewesen sein. Ein Teil des

⁴⁷ Weitere siebzehn AutorInnen stammen aus der weiteren Umgebung Sindelfingens oder anderen Gegenden in Deutschland.

⁴⁸ In: Bausch/Hülle 2013: 74-76.

Gebäudes war als großer Schlafraum für etwa vierzig bis fünfzig Personen angelegt. Der andere Teil war in kleineren Einheiten für je viert Personen pro Zimmer eingerichtet. Ich hatte Glück und bekam tatsächlich ein Bett in solch einem Vier-Bett-Zimmer. Trotzdem mir der aus anderen Wohnheimen bekannte Gestank entgegen kann, entschied ich mich zu bleiben. Im Vergleich zu den mir bekannten Unterkünften war dieses Vier-Bett-Zimmer der reinste Luxus. [...] Am Ende des vierten Jahres gelang es mir, das „Wohnheim“, für mich war es eigentlich ein Lager, zu verlassen und in ein ziviles Wohnviertel überzusiedeln.

Ich kam nach Deutschland, weil mein ältester Bruder schon hier lebte und Arbeit bei der Firma Daimler gefunden hatte. Später habe ich auch einen Arbeitsvertrag bei Daimler bekommen und habe dort bis zu meiner Rente gearbeitet. [...] Ganz zu Anfang meiner Ankunft in Deutschland haben wir Gastarbeiter in den fabriknahen Baracken geschlafen. Wir waren zu viert in einem Zimmer untergebracht und mussten 40,- DM pro Person bezahlen. Die Baracken waren in der Nähe des Amtsgerichts in Böblingen. [...] Achtzehn Jahre haben wir Schicht gearbeitet. Leicht war das nicht, aber die Bezahlung war in Ordnung. Am Anfang habe ich mich – um auf die Sprachkenntnisse zurückzukommen – mit einem Deutsch-Italienisch-Lexikon beholfen. Mit Kollegen habe ich mit einem Buch gelernt, jeden Tag 2-3 Worte neu gelernt. Einen Sprachkurs habe ich nicht besucht.

Insbesondere im Zuge der Familienzusammenführung oder -gründung, als nach einigen Jahren klar wurde, dass die Rückkehr nicht so schnell erfolgen würde wie gedacht, wurde es wichtig, regulären Wohnraum zu finden. Allerdings war der Zugang zu normalen Mietwohnungen lange Zeit sehr schwierig und auch nach erfolgtem Umzug wurde das Leben nicht viel einfacher, weil entweder beide Partner arbeiteten – häufig auch im Schichtdienst – oder die nicht arbeitenden nachgekommenen Frauen versuchen mussten, in einem völlig unbekanntem Umfeld und ohne jegliche Sprachkenntnisse den Alltag zu bewältigen. Im Folgenden der Bericht einer Zeitzeugin, die 1973 mit achtzehn Jahren aus der Türkei ihrem Mann folgte, über ihre ersten Tage in Sindelfingen:

Nach der anstrengenden Fahrt sind wir dann schließlich zu Hause angekommen. Es war eine Wohnung im Erdgeschoss, mit einem Zimmer, einer Küche und einer Gemeinschaftstoilette. Natürlich war das für mich ein großer Albtraum, weil uns hier ein großer Lebenskampf erwartete. Wegen der Krise wurde mein Mann von seiner Arbeitsstelle entlassen und ich hatte noch nicht angefangen zu arbeiten. [...] Ich war gerade zwei Tage in Deutschland und allein zu Hause [...] und wollte draußen etwas spazieren gehen. Als ich die Wohnung verlassen hatte, habe ich gesehen, wie eine alte Frau versuchte, einen Teppich auszuschütteln. Ich bin sofort zu ihr gelaufen und habe versucht, mit Händen und Füßen und einigen türkischen Wörtern zu erklären, dass ich ihr helfen möchte. Sie hat irgendetwas zu mir gesagt und da ich damals noch kein Deutsch sprach, habe ich sie nicht verstanden. Ich habe eine Ecke des Teppichs erwischt und wir haben ihn dann ausgeschüttelt. Danach haben wir den Teppich gemeinsam in ihre Wohnung getragen. Sie hat viele Dinge zu mir gesagt, aber ich habe sie nicht verstanden. Dann sind wir in ihre Wohnung gegangen, wo sie mir Geld gab. Ich habe ihr nicht wegen des Geldes geholfen, vielmehr wollte ich einer alten Dame helfen. Meine Erziehung schreibt mir einfach vor, dass man älteren Menschen gegenüber behilflich sein muss. [...] Ich habe ihr Geld nicht angenommen und bin wieder nach Hause zurückgegangen. Einige Zeit später kam mein Mann und [...] kurze Zeit später klingelte es an der Tür. Als wir öffneten, stand die alte Dame vor der Tür. Sie hatte ein paar Colaflaschen und Kekse mitgebracht. Sie

sagte, diese Geschenke habe sie für mich mitgebracht. Dann hat sie sich bei mir verabschiedet. Mein Mann [...] sagte mir, dass die alte Frau unsere Vermieterin sei. Später wurde unsere Miete reduziert.

Das Ankommen in Deutschland ist in der Erinnerung für fast alle ZeitzeugInnen hart und schwierig. Vor allem die Schwierigkeiten mit der Sprache – in der Regel ohne angebotene Sprachkurse – und eine offenkundig weit verbreitete Unfreundlichkeit finden sich in praktisch allen Berichten wieder. Auf der positiven Seite steht, dass die Arbeit angemessen bis gut bezahlt wurde und dass es bei aller Ablehnung „ordentlich“ und damit berechenbar zugegangen in Deutschland. Und so verlängerte sich der Aufenthalt immer wieder – auch und nicht zuletzt, weil es in den Heimatländern noch lange keine annähernd vergleichbare Perspektive auf ein regelmäßiges Einkommen gab. Und so berichtet die Zeitzeugin weiter, wie sie und ihr Mann in Sindelfingen praktisch „hängengeblieben“ sind:

Mein Ziel war es, nach Deutschland zu kommen, zwei Jahre zu arbeiten und so schnell wie möglich wieder in die Türkei zurückzukehren und dort ein Haus zu kaufen. Aber dies wurde nie wahr, weil meine Kinder nacheinander auf die Welt kamen. Wir haben gesagt, die Kinder sollen etwas älter werden und sollen dann in der Türkei zur Schule gehen, was aber nicht eintraf. Danach haben wir uns vorgenommen zurückzukehren, wenn sie geheiratet haben, jedoch wurde auch das nicht wahr. Heute sind mittlerweile siebenundzwanzig Jahre vergangen und wir sind immer noch hier und haben [...] die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen. Seit einundzwanzig Jahren arbeite ich beim selben Arbeitgeber. Sei es bei der Arbeit oder auch draußen: Mein einziges Problem ist, dass ich kein gutes Deutsch spreche.

Ein weiterer Zeitzeuge schließt daran an und geht auch auf das über die Jahrzehnte wachsende „doppelte“ Gefühl der Zugehörigkeit ein:

1967 haben wir ein Haus in Sizilien gebaut. Wir wollten damals noch zurück nach Sizilien. Wir haben immer daran gedacht, nach Sizilien zurückzugehen. Nach 17 Jahren haben wir das Haus verkauft. [...] Sindelfingen ist meine zweite Heimat, aber mit dem Herzen bin ich immer noch Mirabellese und werde es auch immer bleiben. Ich habe zwei Heimatländer: Italien und Deutschland. Jedes Jahr gehen wir nach Italien und machen dort Urlaub. Das gefällt mir, das ist schön, aber nur für Urlaub. Aber immer in Mirabella zu leben... ich weiß nicht... ich weiß nicht, wie es ist, wenn man 40 Jahre in Mirabella lebt, ich habe es nicht ausprobiert. Als Rentner in Mirabella zu leben ist schön, aber problematisch ist es, wenn man hier in Deutschland Kinder hat und die Enkelkinder hier sind. Meine Kinder wollen nicht für immer nach Mirabella. Und von den Kindern getrennt zu sein, ist auch nicht gut. Die Kinder wollen Urlaub in Italien machen, aber sie werden nicht in Sizilien leben wollen.

Interessant ist an der natürlich keineswegs repräsentativen Sammlung der Zeitzeugenberichte auch, dass trotz all der ähnlichen Muster die Migration selbst sehr unterschiedlich sein kann. Einige verbringen zwischendurch immer wieder Jahre im Heimatland und machen sich dann aber doch wieder auf, andere waren zwischendurch einige Jahre in anderen Ländern. Es

sind in fast allen Geschichten die vorhandenen Kontakte zu schon dort befindlichen Familienangehörigen, die den Hintergrund darstellen für die Wahl eines bestimmten Landes. Wieder andere haben in ihrem Heimatland deutsche Partner kennen gelernt und sind per Heiratsmigration nach Sindelfingen gekommen – im Unterschied zur „Gastarbeit“ aber natürlich im Idealfall, um auf unbestimmte Zeit zu bleiben. Und auch die Altersspanne bei der Erstmigration ist sehr breit: Zwar haben sich die meisten in relativ jungen Jahren auf den Weg gemacht, aber es macht natürlich einen großen Unterschied, ob die Migration z.B. mit fünfzehn Jahren in Begleitung des Vaters oder mit Anfang oder Mitte zwanzig alleine erfolgt ist. Und zumindest im Zuge der Auswanderung der Vertriebenen und (Spät-)Aussiedler sind auch ganze Familienverbände einschließlich der Eltern schon erwachsener Kinder nach Deutschland gekommen, während bei anderen nicht selten für einige Jahre sogar die eigenen Kinder im Heimatland verblieben sind.

Deutlich wird in den Erzählungen aber auch, dass die Härten und Herausforderungen, die der Migrationsprozess für die erste Generation mit sich bringt, in der Aufnahmegesellschaft vielfach unterschätzt oder gar nicht erst wahrgenommen wurden und bis heute werden. Und das gilt ja durchaus nicht nur für diejenigen, die sich tatsächlich völlig unfreiwillig auf den Weg machten, weil sie vor Krieg und Vertreibung fliehen mussten. Sie kamen auf der anderen Seite in ein Land, das nicht darauf eingestellt und vorbereitet war, die verschiedenen Formen und „Wellen“ der Zuwanderung als mehr als einen vorübergehenden Zustand zu betrachten. Und so zieht sich ebenfalls wie ein roter Faden das Gefühl der Ablehnung durch deutsche ArbeitskollegInnen, Nachbarn oder auch nur andere Fahrgästen im Bus durch die Erzählungen. Hier das Beispiel einer brasilianischen Ehefrau in der Sammlung der Zeitzeugenberichte:

Als ich das erste Mal nach Deutschland kam, habe ich nur Schönes erlebt. Soviele Blumen, soviel Grün, Sauberkeit und Ordnung hatte ich bisher nirgendwo in dem Maß gesehen. Es war wie in einem Bilderbuch. Das lag daran, dass mein Mann den schönsten Monat des Jahres ausgewählt hat, um mich hierher zu bringen. Damals haben wir in meinem Land Brasilien gelebt und hier in Deutschland eine sechswöchige Hochzeitsreise verbracht. Viele Jahre später, als ich wieder mit meinem Mann und meinen drei Kindern hierherkam, um hier zu leben, war der Eindruck schon anders. Das neue Leben, ohne besondere Sprachkenntnisse und mit drei kleinen Kindern machte mir Angst. [...] Ich habe immer den Kontakt zu den Menschen gesucht, was nicht so leicht war. Die Leute erschienen mir so kühl wie das hiesige Wetter. Später habe ich [...] erkannt, dass das Verhalten der Deutschen nur distanziert und verschlossen wirkt. Im Laufe der Zeit habe ich die Wärme dieses Volkes auf eine andere Art gespürt: In der Apfelerntezeit brachte uns immer ein Nachbar frisch gepressten Saft für meine Kinder. Er war immer sehr nett zu ihnen. [...] Meine Gewöhnung an die deutsche Kultur hat mir Toleranz, Anpassungsvermögen und viel Geduld abverlangt. In meinem Land sind die Menschen allgemein freundlicher und toleranter. Ausländer sind bei uns immer willkommen, sie werden sofort akzeptiert, ihnen wird geholfen, sie werden einfach sehr

menschlich aufgenommen. Hier dagegen musste ich viel tun, um anerkannt und aufgenommen zu werden. Leider haben viele Deutsche ein schlechtes Bild von Ausländern, manche erlauben sich sogar, sie zu beleidigen. Ein Nachbar hat sich erlaubt, bei mir zu klingeln, um mir zu sagen, ich solle mit meiner Familie in den Urwald zurückkehren, wo ich hingehöre, nur weil meine Kinder in der Mittagszeit etwas laut waren. Damals habe ich geweint und war sehr traurig.

Die Bandbreite oder Ambivalenz der Erlebnisse dieser Zeitzeugin kann als durchgängiges Element in allen Erzählungen zwischen den frühen 1960er und den späten 1990er Jahren, die durch das Buchprojekt gesammelt wurden, festgestellt werden. Interessant ist, dass diese Ambivalenz zwischen völliger Ablehnung allein aufgrund der „fremden Herkunft“ – also gewissermaßen ohne Ansehen der konkreten Person – und der Wärme gutnachbarschaftlicher oder freundschaftlicher Beziehungen nicht selten, wie im obigen Ausschnitt, als charakteristischer Bestandteil der deutschen *Kultur* verstanden wird. Dieser Eindruck der kulturellen Verankerung wird vermutlich auch durch den öffentlichen medialen und politischen Diskurs gestützt, in dem genau diese Ambivalenz die Migrationsdebatte seit mehreren Jahrzehnten bestimmt.

Die Betonung der Härten und Ambivalenz in diesem Abschnitt über die erste Generation mag etwas einseitig erscheinen, weil ihnen ja auch „Erfolge“ gegenüberstehen: ein gewisser Wohlstand, eine relativ hohe Zufriedenheit mit dem verlässlichen Funktionieren der wesentlichen Dinge in Deutschland, das Glück zu sehen, wie Kinder und Enkel ihren Platz gefunden und das familiäre „Migrationsprojekt“ beruflich erfolgreich weitergeführt haben. Es wurden zudem keine Erzählungen gefunden, in denen die eigene „Integration“ als gescheitert oder unvollständig beschrieben wurde, und auch mit dem für MigrantInnen typischen Empfinden der „zwei Heimaten“ und „zwei Welten“, in denen sie zuhause bleiben, kommen alle gut zurecht – es ist kein „Mangel“ oder „Problem“. Allerdings sieht dies der gängige „Integrationsdiskurs“ in der Regel anders und interpretiert „eigenethnische“ soziale Strukturen und Netzwerke sowie Sprachdefizite im Deutschen, die möglicherweise auch nach Jahrzehnten noch deutlich sind, nicht selten als „Integrationsdefizite“ oder gar „Integrationsverweigerung“ und offenbart darin wenig Verständnis für und Einfühlungsvermögen in die Geschichten der Ein-

wanderung – ein Mangel, den die erste Generation (und indirekt auch die zweite!) durchaus enttäuscht zur Kenntnis nimmt.⁴⁹

Darüber hinaus mag das Aufzeigen der Härten des Ankommens in den früheren Jahrzehnten aber auch ein wenig Verständnis dafür aufkommen lassen, wenn angesichts der so genannten „Willkommenskultur“ gegenüber den Geflüchteten der letzten Jahre das Gefühl zum Ausdruck gebracht wird, für die heutigen Flüchtlinge werde „alles getan“, während sich damals um sie niemand gekümmert habe. Das macht die „Willkommenskultur“ natürlich nicht falsch – im Gegenteil zeigen ja die Geschichten von früher, wie wichtig der frühe Zugang zu Sprachkursen, regulärem Wohnraum und KiTa-Besuch und Regelbeschulung der Kinder sind – aber es zeigt eine weit verbreitete „Verletzung“ und Bitterkeit angesichts der „Unwillkommenskultur“ vergangener Jahrzehnte.

Heimat- und Zugehörigkeitsgefühle in der ersten Generation

In den Familiengeschichten der Mehrgenerationen-Interviews im Rahmen unseres Forschungsprojekts lag der Fokus mehr auf aktuellen Fragen der Zugehörigkeit. Übereinstimmend finden wir den in der Migrationsforschung vielfach beschriebenen Perspektivwechsel im Übergang zwischen den Generationen. So ist die erste Generation noch stark geprägt von der Kindheit und Jugend im Herkunftsland und dem Erleben der Migration selbst, das in der Regel einen tiefen Einschnitt in der Biographie bedeutet. Darüber hinaus ist von großer Bedeutung, unter welchen Umständen und Voraussetzungen die Migration erfolgt ist: aufgrund von Flucht und Vertreibung ohne Aussicht auf Rückkehr, als vorübergehendes Projekt des Geldverdienens mit einem Arbeitsvertrag in der Tasche oder im Rahmen eines Auslandsstudiums und zur Suche nach besseren Karrieremöglichkeiten als im Heimatland. Diese Umstände hatten einen wesentlichen Einfluss darauf, inwieweit und ab welchem Zeitpunkt sich die Personen als Teil der Sindelfinger Gesellschaft gesehen oder dies angestrebt haben. Auch der

⁴⁹ Dies ist auch der Tenor, der dem bereits erwähnten Dokumentarfilm *Mirabella / Sindelfingen* von 2005 über den Klappentext und die Vermarktung auf der Homepage der Produktionsfirma mitgegeben wird: Auch nach Jahrzehnten seien die Familien aus dem sizilianischen Mirabella „nicht wirklich in Deutschland angekommen“ und selbst die Jugend halte an der Kultur der Eltern fest und integriere sich nur unvollständig in die deutsche Gesellschaft (siehe <https://www.filmtank.de/produktionen/tv/mirabella-sindelfingen/>). Eine der Hauptpersonen des Films, deren Aussagen diese Schlussfolgerung begründen sollen, ist die damals 15-jährige Tochter aus einer der interviewten Familien. Soweit wir erfahren konnten, lebt sie heute immer noch in der Gegend; sie ist beruflich erfolgreich, verheiratet mit einem Deutschen „ohne Migrationshintergrund“ und hat zwei Kinder. Auch die Aussagen der ProtagonistInnen im Film selbst können aus heutiger Sicht diese Schlussfolgerung nicht belegen.

Bezug zum Herkunftsland, die Rolle familiärer Beziehungen und eine etwaige Rückkehrperspektive werden davon deutlich beeinflusst. So berichtete eine Angehörige der ersten Generation, die ihrem Mann aus Slowenien nach Sindelfingen gefolgt ist:

Für mich war es schon schwierig am Anfang, ja. Ich habe überlegt, soll ich wieder zurück oder soll ich bleiben? Dann haben wir überlegt: wenn die Kinder groß sind nach der Schule, gehen wir nach Slowenien. Aber es war auch da unten Krise. Dann haben wir gewartet und dann hatten Kinder keine Lust mehr zurückzugehen. [...] (Wir haben gedacht,) wir haben Schafe, wir sind ein paar Jahre (in Deutschland) und dann machen wir uns ein Haus, dass man leichter lebt. Aber dann war es Krise da unten, da war kein Kaffee, kein Waschpulver, weiß ich nicht was war. Das war auch bei uns schwierig. Wir hatten auch keine Baustoffe, Ziegel oder sowas. [...] Und dann mit der Zeit dann war Krieg, da war sowieso alles vorbei. Haben wir nicht gedacht, dass man länger bleibt, aber das ist im Leben so, da kannst du dir nicht ein Ziel setzen wie „gut, noch fünf Jahre bleiben wir da, dann gehen wir“, da ändert sich immer was, ne?

In der ersten Generation gehen die Erzählungen insbesondere in Bezug auf die Hintergründe und die Umstände des *Weggehens* sehr weit auseinander. Aber schon der Moment des *Ankommens* bringt viele Gemeinsamkeiten oder Ähnlichkeiten im Erleben mit sich: das Sich-Fremdfühlen, Sprachprobleme, die notwendigen Anpassungsleistungen, die Versuche einen „Platz“ zu finden und soziale Beziehungen aufzubauen. Auch hier spielen aber die Umstände der Migration noch eine wichtige Rolle: Donauschwäbische Flüchtlinge oder Aussiedler hatten im Zweifelsfall weniger Sprachprobleme und konnten zumindest auf einen öffentlichen Diskurs bauen, der die Solidarität mit den aus dem Ausland „heimkehrenden Deutschen“ stark betont hat. Aber die zurückgelassene Heimat galt schnell als für immer verloren und die Reaktionen in der ansässigen Sindelfinger Bevölkerung waren nicht immer positiv, wie der folgende Ausschnitt aus dem Interview mit den Großeltern der alteingesessenen Sindelfinger Familie zeigt:

Großvater: In der Zeit nach dem Krieg, gleich als die Flüchtlinge kamen, das waren ja Menschen, die hier eingefallen sind. Wenn man sich das vorstellt, ja?, Sindelfingen hat damals 8.000 Einwohner gehabt und jetzt kamen da Fuhrwerke- also mit einem Zweispanner sind sie reingekommen, die von der Batschka...

Großmutter: Ja, die Donauschwaben!

Großvater: Donauschwaben hauptsächlich, ja. Und jetzt mussten ja auch erst Wohnungen geschaffen werden. Und da wurden manche Familien gezwungen, Familien aufzunehmen und enger zusammenzurücken und das ist natürlich nicht jedem (recht gewesen), kann man sich ja heute vorstellen. [...]

Großmutter: Das ist ähnlich wie heute, also wenn man sich unterhält mit Frauen so in meinem Alter, die das erlebt haben. Die sagen, die mussten ganz hinten sitzen in der Klasse, es hat niemand mit ihnen gesprochen. Oder erzähl doch mal das von dieser Einwicklerin!

Großvater: Da gab es eine Frau, die hat sich aus dem Fenster gelehnt mit dem Kissen immer, und dann lief die Einwicklerin vorbei, das ist die Frau, die die Toten aufbereitet hat zum Sarg. „Einwicklerin“, sagt man halt im Schwäbischen. [...] Und da kam die vorbei und da hat die Frau Burger rausgeschrien: „Wer ist denn gestorben?“ Und da hat die gesagt: „Neamd rächds [niemand rechtes], bloß a Flüchtling!“
Großmutter: „Neamd rächds, neamrd rächds“... ich kann nicht Schwäbisch, ich lerne das nie.

Die Großmutter kann kein Schwäbisch, weil sie selbst bei Kriegsende als Kind aus Schlesien geflohen und nach einigen Jahren in Thüringen Ende der 1950er Jahre wiederum aus der DDR emigriert ist. Nach ihren Worten ist ihre „Integration“ gut geglückt, weil sie als gute Sportlerin schnell einen Verein fand, in dem sie schnell Anschluss fand und dann auch bald ihren späteren Mann kennen lernte. Interessant ist, dass sowohl bei der Kontakthanbahnung als auch im Gespräch selbst zunächst kein Bezug zum Thema „Migration“ hergestellt wurde und erst auf den zweiten Blick die Geschichte der Großmutter als eine „Migrationsgeschichte“ aufscheint und als solche reflektiert wird. Der Begriff „Migration“ ist so stark mit „Gastarbeitern“ und heutigen Flüchtlingen verbunden, dass die Assoziation erst aufkommt, als die Sprache auf die Skepsis vieler SindelfingerInnen gegenüber den Flüchtlingen kommt. Allerdings werden dann die Parallelen ihrer Fluchtgeschichte zur aktuellen Situation der Geflüchteten umso deutlicher.

Anders als bei den „Vertriebenen“ und auch den „Gastarbeitern“ aus den westlichen Mittelmeerländern gab es für muslimische ArbeitsmigrantInnen insbesondere aus dem heutigen Bosnien und der Türkei weder eine sprachliche Nähe noch etablierte religiöse Institutionen wie die Katholische Kirche, die das Ankommen hätten erleichtern können. Da zudem alle Beteiligten über Jahre davon ausgingen, dass der Aufenthalt vorübergehend sein würde, schienen größere Anstrengungen der Anpassung und Integration in die bestehende Gesellschaft unnötig, zumal auch diese darauf nur wenig Wert legte. Mit der Zeit entstanden daher eigene Strukturen, die vor allem das Ziel hatten, die sich immer wieder verlängernde Zeit in Deutschland angenehmer zu gestalten, die heimische Kultur zu pflegen und neuen Landsleute das Ankommen zu erleichtern. Bei allen Unterschieden beginnen die Erfahrungen und Entwicklungen in den unterschiedlichen Herkunftsgruppen an dieser Stelle zu konvergieren und ähneln sich die in den kommenden Jahren und Jahrzehnten aufgebauten Strukturen.

Die interviewten Einwandererfamilien berichten zudem in sehr ähnlicher Weise darüber, dass der Moment, an dem die Entscheidung getroffen oder es einfach deutlich wurde, dass die Familie auf absehbare Zeit doch nicht zurückkehren wird, meistens gar nicht so genau

benannt werden kann. Wie schon im obigen Zitat der slowenischen ersten Generation erwähnt, ist es die Situation im Heimatland, die nicht passt oder eine Rückkehr nicht anraten lässt, sind es die Kinder, die erst ihre Schule und Ausbildung beenden sollen, oder dann später die Enkel, die man nicht nur ein oder zwei Mal im Jahr sehen möchte. Und schließlich stellt man fest, dass die Zeit in Deutschland auch einen selbst verändert hat. Hierzu eine Beobachtung der mittleren türkischen Generation:

Nein, der Vater ist nie zurückgegangen, bis er praktisch verrentet wurde. Seit er dann Rente bekommen hat, lebt er praktisch jetzt im Sommer in der Türkei und im Winter hier. Also meine Erfahrungen da sind, dass man quasi nicht mehr zurückkehren kann, weil jetzt leben ja die Enkelkinder hier, wobei bei meinen Eltern ist es ja so: Die Hälfte meiner Geschwister lebt in der Türkei und die andere Hälfte hier. Das heißt, der hat ja da unten Enkelkinder und hier Enkelkinder. Aber bei den meisten von der ersten Generation ist es so, dass die Kinder alle hier sind und die Enkelkinder auch. Selbst wenn sie dort hinziehen, weil der Mensch sich nach der Kindheit sehnt und die schönsten Erfahrungen halt hängen bleiben und man denkt „Uh, meine Freunde sind dort“ und so weiter. Und wenn man dann in der Rente dort hingehet und dann mit den Freunden wieder in engeren Kontakt tritt, stellt man fest: „Oh, das sind ja ganz andere Menschen geworden.“ Er selber ja auch, aber das denkt man ja von sich nicht. Und daher denke ich mal, das Für–immer-in-die-Heimat-zurückkehren ist vielleicht Wunschdenken, aber das wird nie richtig eintreten, schätze ich mal. [später im Interview:] Ich glaube sogar bis Mitte der 80er Jahre waren sie immer noch mit den Gedanken so, dass sie zurückgehen wollen, und erst so ab Mitte der 80er Jahre, Anfang der 90er Jahre war dann klar, dass man nicht mehr zurückkehren wird. [...] Das hat sich so ergeben. Man kann die Frage Warum? gar nicht so richtig beantworten. [...]Irgendwann gewöhnt man sich praktisch an die Standards hier und an das Leben.⁵⁰

Das Beispiel zeigt gleichzeitig, dass vor allem im Alter auch flexible Lösungen möglich sind, wie etwa die weit verbreitete saisonale „Pendelmigration“ zwischen beiden Ländern oder auch, dass die Ehepartner dies unterschiedlich entscheiden – wie im folgenden Beispiel:

Mein Mann ist öfters in Slowenien, aber... ich denke mal, da sind Männer und Frauen unterschiedlicher Meinungen. [...] Es sind viele Bekannte auch wieder zurück und die kamen aber immer wieder hierher. [...] Wir fahren immer wieder runter mit der Kleinen, aber ich würde jetzt nicht sagen, dass ich wieder zurückgehe. [...] Ich fühle mich wohl hier, muss ich ehrlich sagen. Das sind die Jahre, das macht schon was. Wenn man lange hier lebt, lebt man ganz anders. Dann hat man auch unterschiedliche Meinungen, und wenn ich dann nach Slowenien fahre, merke ich schon, dass wir anders denken. [später im Interview:] Wenn die Kinder hier sind, ist es auch schwierig, wenn man in Slowenien lebt: Man sieht sich einmal, zweimal im Jahr, das ist auch nicht so schön. [...] (Meine behinderte Tochter) hat dort nicht so viele Möglichkeiten wie hier. Sie will auch nicht nach Slowenien. Sie geht gerne hin auf Urlaub, aber sie will nicht dort leben. Die anderen beiden Töchter sind hier. Und die eine ist auch in München, sie bleibt auch in München, sie hat auch Arbeit da und hat auch studiert und einen guten Job bekommen. Aber das ist auch nicht so weit, nur 200 Kilometer.

⁵⁰ Siehe dazu auch die Glosse „Meine ganz persönliche Berliner Mauer“ des Kabarettisten Fatih Çevikkollu in seinem Buch *Der Moslem-TÜV* (2008).

Hervorzuheben ist, dass zuallererst *pragmatische* Gründe angeführt werden, wenn es um diese Art der Wohnortentscheidungen geht. Deshalb macht auch die Distanz zum Heimatland einen Unterschied: Während Slowenien und die Türkei schnell und kostengünstig zu erreichen sind, sind Reisen nach Sri Lanka weniger einfach. Wenn dann noch politische Gründe hinzukommen wie etwa der Krieg gegen die tamilische Minderheit, kann der Bezug zum Heimatland bzw. für die zweite Generation das Herkunftsland der Eltern auch weitgehend verloren gehen. Zudem können Rückkehrentscheidungen in der ersten Generation auch scheitern (wie es in beiden obigen Ausschnitten angedeutet ist) – „scheitern“ in dem Sinne, dass positive Erwartungen nicht erfüllt werden oder dass die Qualität des Lebens in Deutschland ebenso vermisst wird wie die dort wohnhaften Kinder und Enkel.⁵¹

Interessant ist, dass das dadurch vermutlich weit verbreitete Gefühl einer gewissen „Heimatlosigkeit“ in der ersten Generation in keiner der Erzählungen als ein wirkliches Problem thematisiert wurde. Sehr deutlich und reflektiert wird im folgenden Ausschnitt des tamilischen Vaters der ersten Generation dargelegt, dass Gefühle der Zugehörigkeit, des Zuhauses und der Heimat eben auch mit anderen Aspekten von Identität verbunden sein können – z.B. der Familie, dem politischen Engagement oder der Hochkultur:

Also ich bin insofern nicht assimiliert oder – wie die meisten das auch verstehen – integriert, indem ich also ich feier auch nicht Weihnachten und ich bin kein Fan vom VFB Stuttgart. Und ich bin nicht im Schützenverein (lacht). Ja, dafür war ich dann von Anfang an politisch interessiert. Und auch politisch aktiv. Wie gesagt, ich war in der Studentenbewegung aktiv, [...] und ich war von Anfang meiner Berufstätigkeit an in der Gewerkschaft. [...] Und auch in meinem Betrieb war ich Vorsitzender des Betriebsrates. Das ist auch nicht typisch deutsch: Ich habe zwar die Interessen meiner deutschen Kollegen vertreten, aber die meisten Deutschen sind nicht gewerkschaftlich organisiert und interessiert. Und sie haben auch Angst im Betriebsrat aktiv zu werden, weil sie eben irgendwelche Diskriminierung von Seiten des Unternehmens befürchten. Ja, insofern bin ich nicht so wie die meisten Deutschen und insofern auch nicht integriert. [...] Also ich habe einen deutschen Pass, aber ich fühle mich irgendwie nicht als Deutscher. Ich fühle mich gar nicht (lacht). Die Frage, die manchmal gestellt wird: „Fühlen Sie sich als Deutscher oder fühlen Sie sich als Türke?“ So eine Frage kann ich nicht beantworten, denn ich fühle mich als nix. Ich bin Tamile. Tamil ist ein Volk im Süden Indiens und im Norden von Sri Lanka und in anderen Ländern sind die auch. [...] Ja, ich fühle mich dort mit der Kultur verbunden und ich habe die klassische Musik Südindiens auch also mit einer richtigen Lehrerin sieben Jahre lang gelernt. [...] Und wenn ich später die Staatsbürgerschaft beantragt habe, habe ich das nicht aus irgendwelchen emotionalen Gründen gemacht, dass ich da

⁵¹ Siehe zur Frage der Rückkehr auch die beiden Dokumentarfilme *Heimwärts / Homebound* von 2011 und *Mirabella / Sindelfingen* von 2005 (speziell zur Situation von ItalienerInnen in Sindelfingen). Dieser zweite Film lässt allerdings auch sehen, dass diese Rückkehr wiederum häufig auch nicht endgültig ist und es bei nicht wenigen Familien und Personen zu einigem Hinundher kommt. In beeindruckender Weise zeigt der Film zudem, dass es trotz der Strapazen einer solchen Reise aufgrund der großen Entfernung zwischen Sindelfingen und Sizilien für einige Jahre sogar einen wöchentlichen Buslinien-dienst zwischen den beiden Städten gab (vgl. http://www.miramontefilm.com/upload/download/mirabella/Rezension_NZZ_Mirabella.pdf)

endlich angekommen bin und mich als Deutscher fühle, sondern aus praktischen Gründen. [...] Mit dem sri-lankischen Pass konnte ich nur nach Sri Lanka und in kein anderes Land der Welt. Und der deutsche Pass ist eben praktisch, da konnte ich in Europa überall reisen und nach Amerika.

Die zweite Generation

In der zweiten Generation ist in der Regel der Bezug zum neuen Heimatland deutlich stärker als zum Herkunftsland der Eltern. Ausgedrückt wird dies in den Interviews dennoch häufig als ein „Weder-noch“, ein „Hin- und Hergerissensein“ oder ein „Zwischen den Stühlen“. Ein paar Beispiele:

Fühlst Du dich dann eher als Slowenin oder als Deutsche?

Nee gar nicht, also weder noch. Das war, glaube ich, auch das Schicksal der zweiten Generation, dass man sehr entwurzelt war, weil man war weder in der „Heimat“, in Anführungszeichen, irgendwie einheimisch. Also wenn wir jetzt nach Slowenien sind, hieß es immer „Ah, die Deutschen kommen“. Sind wir zurück nach Deutschland hieß es dann wieder „Ach, die Ausländer“. Ja, also man *kann* sich gar nicht richtig verwurzeln. [...] Oder halt so ein typischer Spruch wie, was weiß ich, [...] „Geh zurück in deine Heimat“, konnte ich immer nur beantworten „Ich habe keine“, weil ich definitiv keine habe, ne? So, das ist so ein bisschen ein schwieriger Punkt gewesen, finde ich. So die erste Generation ist in der Heimat aufgewachsen, groß geworden, hat sich sehr bewusst entschieden ins Ausland zu gehen, ne? Und die zweite Generation war so ein bisschen zwischen den Stühlen, so empfand ich das.

Ich denke, das ist halt sehr schwierig, weil wir hier als „Türken“ abgestempelt werden und uns dann hier auch ein bisschen... also einerseits nicht ganz deutsch fühlen, sag ich jetzt mal, und in der Türkei genau andersrum, da wird man als „Deutscher“ abgestempelt und fühlt sich eigentlich auch nicht einheimisch. Also man liegt schon dazwischen irgendwo, aber ich denke, auch weil ich hier geboren und hier aufgewachsen bin, fühle ich mich schon eher hier wohl, denke ich mal. Wobei man halt auch sagen muss, dass beide Länder halt ihre Vor- und Nachteile haben. Hier herrscht Disziplin und ich bin auch schon ein disziplinierter Mensch, ich mag es, dass hier alles nach Regeln läuft und dass man hier höhere soziale Standards hat. Es hat auf jeden Fall seine Vorteile, dafür sind die Menschen dort ein bisschen warmherziger und da hat man auch einen Teil der Familie. Und das Wetter ist halt besser. (lacht)

Ich fühle mich schon eher als Deutsche, aber nicht nur. Also das hat mit Sicherheit auch schon was damit zu tun, dass ich wegen meines Aussehen und wegen meines Namens natürlich schon von denjenigen, die mich jetzt neu kennen lernen, darauf angesprochen werde. Und von daher ich von außen immer wieder darauf hingewiesen werde, dass ich offensichtlich jetzt nicht nur deutsch bin. Und vom Gefühl her – gut: ich bin hier geboren und hier aufgewachsen. Wir haben auch zu Hause nur deutsch gesprochen, dadurch, dass mein Vater ja auch, als ich noch klein war, der einzige Tamile eigentlich auch war. Das hat sich dann geändert, als durch den Bürgerkrieg mehr Asylbewerber gekommen sind, da habe ich ihn dann auch immer mal wieder Tamil sprechen hören. Aber ansonsten dadurch, dass meine (deutsche) Mutter eben auch kein Tamil spricht, wurde zu Hause nur deutsch gesprochen. Deswegen kann ich die Sprache auch gar nicht – leider. Ich bin mehr deutsch, aber nicht 100%ig, sondern schon ein Mix.

In allen drei Ausschnitten wird deutlich, dass die Ambivalenz im Ausdruck der Zugehörigkeit zu Deutschland als dem Land, in dem die Befragten aufgewachsen sind und primär sozialisiert wurden, weniger mit der Zuwanderungsgeschichte der Eltern als mit der immer wieder erlebten Infragestellung in Deutschland zusammenhängt. Die regelmäßigen Reaktionen der Umgebung auf Aussehen und Name, z.T. auch die Tatsache, dass einige erst im Kindergarten Deutsch gelernt haben, lassen die zweite Generation von klein auf und immer wieder erfahren, dass sie „anders“ sind, eine Abweichung von einer „Norm des Deutschseins“, die vor allem auf die familiäre *Herkunft* abzielt, während Staatsangehörigkeit, Sprachbeherrschung oder – gut erkennbar im Fall der Tochter aus der bi-nationalen deutsch-tamilischen Familie – Sozialisation kaum eine Rolle spielen. Es zeigt sich hier die im Alltagsdiskurs und in der politischen Debatte bereits vielfach nachgewiesene Kontinuität dominanter deutscher Eigendefinitionen anhand des Abstammungsprinzips (vgl. Schneider 2001), festgemacht am Aussehen und Namen, die nicht nur vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte problematisch ist, sondern auch zunehmend an der demographischen Wirklichkeit von z.B. bi-nationalen Familien und einer vollständig einheimischen dritten Generation in Einwandererfamilien vorbeigeht (Schneider 2019). Problematisch ist auch, dass sich die damit verbundene, in der Literatur häufig als „Othering“ bezeichnete diskursive „Ausgrenzung“ für die einzelnen davon betroffenen Individuen auch in Erlebnissen offen rassistischer Herabsetzungen und eindeutiger Diskriminierung äußern. Auch hierzu zwei Beispiele, zunächst ein Erlebnis der Tochter aus der deutsch-tamilischen Familie bei einem Konzert in der Nähe von Heilbronn:

Kurz vorher waren wir in Indien im Urlaub. Und dann hat ein Bekannter von seinen Eltern ihn darauf angesprochen, hat dann gefragt: „Hast du dir die aus Indien mitgebracht?“. Und ich saß daneben und habe irgendwie gedacht, „was soll denn *das*?“ (lacht). Also da fiel einem irgendwie gar nichts mehr ein. Das war... also das war mit eine der krassesten Situationen, die ich jemals erlebt habe, dass über mich gesprochen wurde und dann auch noch so: Ich saß daneben! Das war schon... also (solche) Situationen gibt es schon noch.

Das zweite Beispiel betrifft die Tochter der slowenischen Familie, die äußerlich nicht als „Migrantin“ identifiziert wird und zudem durch die Heirat einen deutschen Nachnamen bekommen hat:

Ich habe mich bei einer Software-Firma beworben, die mich dann auch genommen hat. Also es lief alles ganz wunderbar, [...] (aber) ich glaube zwei Monate später, kam der Chef der Firma zu mir ins Büro und meinte: „Oh, Frau [Name], Sie haben uns aber ganz schön ausgetrickst!“ Dann sagte ich: „Wieso? Was ist los?“ – „Ja, ich habe mir aufgrund Ihres Nachnamens Ihre Nationalität gar nicht angeschaut und, ganz

ehrlich, wenn ich gewusst hätte, dass Sie keine Deutsche sind, hätte ich Sie nicht eingestellt!“ Und darauf fragte ich: „Ja, aber warum?“ Also nee... ja, nur als gebürtiger Deutscher hätte man wohl den sprachlichen Feinschliff, den er wünscht in dieser Position, und das hätte er mir so nicht zugetraut dann – z.B. trotz der Tatsache, dass ich Abitur gemacht habe in Deutschland und nur deutsche Schulen besucht habe, ne? Ich habe ihn dann eines Besseren belehrt, das ist ja auch nicht so schlecht, ne? Aber das war schon so etwas, wo ich so dachte: „Autsch!“

Ausgrenzungs- oder „Othering“-Erlebnisse dieser Art kommen in der Regel nicht häufig vor, aber sie können im Prinzip jederzeit auftreten. Schwierig ist, dass Situationen sehr häufig nicht eindeutig sind: Auch wenn der Zusammenhang statistisch und experimentell längst bewiesen ist, weiß man in der konkreten Situation nicht, ob man die Wohnung oder den Job tatsächlich wegen des Namens oder des Aussehens nicht bekommen hat. Fast alle haben solche Erlebnisse schon gehabt und da sie sehr häufig mit einem Gefühl der Ohnmacht einhergehen – wie soll die junge Frau darauf reagieren, wenn ein Freund der Schwiegereltern über ihren Kopf hinweg die Vermutung äußert, eine aus Indien mitgebrachte Braut zu sein, ohne den „sozialen Frieden“ zu stören – haben sie einen traumatisierenden Effekt. Darüber hinaus ist schon die *Möglichkeit*, dass Diskriminierung vorliegt, ein sozialer „Stressfaktor“, auf den Menschen unterschiedlich reagieren. Und es erhöht den Stress erheblich, wenn der Staat und öffentliche Einrichtungen wie z.B. Schulen oder auch gesellschaftlich zentrale Institutionen wie Sportvereine die Betroffenen damit alleine lassen oder sogar selbst aktiv ausgrenzen, ohne dass es dafür wirksame Sanktionsmöglichkeiten gibt (vgl. Gomolla/Radtke 2009).

Auf der anderen Seite stehen für die zweite Generation die familiäre Geschichte und die von den Eltern mitbekommene Herkunftskultur, denen sie sich gegenüber verpflichtet fühlt und die sie als kulturelle Erbe auch pflegen und an die eigenen Kinder weitergeben möchte:

Also meine Kinder haben als zweiten Vornamen beide einen Namen der jetzt aus der Kultur meines Vaters kommt. [...] Und wir haben es auch so gemacht, dass jetzt meine Eltern zum Beispiel nicht Oma und Opa sind, sondern Abu und Aji – die tamilischen Begriffe. Und ich denke, dass der Abu aus einem anderen Land kommt, das ist meinen Kindern schon klar. Und das möchte ich ihnen schon auch ein bisschen mitgeben. Und auch die Toleranz und auch den Respekt vor anderen Kulturen. Und das kann man, denke ich, auch gut dadurch machen, indem man eben auch erklärt, dass in der eigenen Familie unterschiedliche Wurzeln da sind.

Das ist mir ganz-ganz wichtig. Deswegen bin ich ja- sind wir ja da (beim Verein) sehr aktiv dabei. Und dass praktisch unsere Kultur weitergegeben wird und weitergelebt wird. Und wir haben ja auch versucht, die Werte an die Kinder weiterzugeben, deshalb ist (mein Sohn) ja auch aktiv dabei. Also er muss sich natürlich jetzt mehr Zeit für das Studium nehmen. Aber, sonst ist er ja trotzdem mit dabei. Und das, denke ich mal, hat ja wahrscheinlich auch seine soziale Einstellung mitgeprägt.

Das Verhältnis zwischen den Generationen

Für die dritte Generation ist die Herkunftskultur der Großeltern dennoch noch einmal deutlich weiter entfernt. Die beiden Angehörigen der dritten Generation, die wir dazu befragen konnten, sehen zum Beispiel ein Problem in den dann doch vielfach fehlenden Kenntnissen der Herkunftssprache: Selbst wenn die dritte Generation mit der Herkunftssprache aufwächst und über den Kontakt zu den Großeltern und Urlaube im Heimatland über eine relativ regelmäßige Sprachpraxis verfügt, ist diese in der Regel – im Unterschied zur zweiten Generation – nicht mehr die Muttersprache, also die zuerst und vorrangig gelernte und gesprochene Sprache.

Fühlst du dich irgendwie ein bisschen slowenisch, also dass du sagen würdest, du bist Slowenin?

Ein wenig, schätze ich, also ich war ja viel in Slowenien als Kind, wir waren ja eigentlich immer in den Ferien dort. Ich glaube, würde ich die Sprache beherrschen, würde ich mich eher so fühlen, aber gerade der Punkt, dass ich halt kaum Slowenisch reden kann, lässt schon irgendwie keine so große Verbindung zu.

Schon in der zweiten Generation stellt sich die Frage, welche kulturellen Werte sie denn an ihre Kinder vermitteln möchten, wenn sie sich selbst eigentlich vor allem mit „der Kultur“ in Deutschland identifizieren und damit auch am besten vertraut sind:

(Die türkische Kultur den eigenen Kindern mitzugeben) wird auf jeden Fall schwieriger, ja. Also man müsste wahrscheinlich Kultur erst einmal besser definieren, was man damit meint. [...] Ich würde schon meine Werte definieren wollen im Voraus und Teile, wie beispielsweise Disziplin, Pünktlichkeit, Regeln befolgen wie ein Deutscher. Aber auch die (türkische) Sprache beibehalten, auch die Tradition. Also [...] generell Gastfreundschaftlichkeit und so schon eher dann von der türkischen Seite mitnehmen wollen.

Sprache ist immer ein wichtiger Aspekt und zwar in beide Richtungen: Der Bezug zur Herkunftskultur wird hochgeschätzt, aber die möglichst gute und akzentfreie Beherrschung der deutschen Sprache ist notwendig, um in Deutschland schulisch und beruflich erfolgreich sein zu können. Hinzu kommen bestimmte Werte und Haltungen, die die Eltern sowohl der zweiten als auch der ersten Generation als eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Bildungs- und berufliche Karriere sehen und die in der Regel weniger der Herkunftskultur zugerechnet werden.⁵² Ein anderer Aspekt sind Feste und kulturelle Rituale: Wie z.B. umgehen in muslimi-

⁵² Vgl. Noam 2016 zur Anpassung der Bildungs- und Berufsideale in der chinesischen zweiten Generation im Vergleich zwischen den USA und den Niederlanden.

schen Familien mit dem Wunsch von kleineren Kindern nach einem Weihnachtsbaum oder der Schwierigkeit, das Befolgen des Fastengebets im Ramadan mit den Erfordernissen des Arbeits- und Schulalltags zu verbinden? Die hier von Familien gefundenen Lösungen oder Strategien stellen ein Feld dar, über das leider nur wenig bekannt ist. Sie dürften aber eine große Bandbreite an in hohem Maße pragmatischen und Kompromisslösungen aufweisen.

Interessant ist das bei allen unseren Befragten über die Generationen hinweg hohe Maß an *lokalen* Zugehörigkeitsgefühlen. Das ist für die zweite und dritte Generation naheliegend, aber auch die erste Generation nimmt die lokale Zugehörigkeit für sich in Anspruch – sie steht weniger im Widerspruch zu „ethnischen“ Identität und hat natürlich auch einen klaren lebensweltlichen Bezug. Allerdings hängt das Lokale auch von ganzen praktischen Faktoren ab, z.B. dem Immobilienmarkt und den beruflichen Werdegängen. So sind nicht wenige Elternpaare, als die Kinder kamen, auf die Suche nach Häusern oder größeren Wohnungen gegangen und haben diese in Sindelfingen nicht gefunden. Schon die zweite Generation wurde wiederum nicht selten durch die beruflichen Wege oder das Studium aus Sindelfingen weggeführt. Bei manchen bleibt der Bezug zur Stadt trotzdem bestehen, bei den meisten – zumindest früher oder später – entstehen neue Bezüge im neuen Wohnumfeld. Auch hierzu zwei Zitate:

Als wir hier (nach Böblingen) umgezogen sind, da musste ich jeden zweiten Tag nach Sindelfingen. Das war wie meine Heimat. Wir haben sehr lange dort gewohnt. Wir sind jetzt (aber auch schon) sehr lange hier. [...] Wenn ich nach Sindelfingen gehe, dann sehe ich noch viele unserer Leute. Aber hier in Böblingen nicht. Da sind mehr fremde Leute, man kennt sich nicht so. *[Die Interviewpartnerin ist mit 23 Jahren nach Deutschland gekommen. Sie hat 15 Jahre in Sindelfingen gewohnt und dort alle drei Kinder bekommen, lebt aber seit 28 Jahren in Böblingen.]*

Also ich weiß nicht, ich fühle mich mittlerweile eigentlich eher als Böblingen, vor allem bin ich ja während der Schulzeit, also in der neunten Klasse glaube ich, hierhergezogen. Und da gab es auch schon so ein bisschen einen Battle, sag ich mal, zwischen Sindelfingen und Böblingen. Und da habe ich mich schon eher als Böblingen gegeben, weil ich dann auf die Seite gewechselt hatte [...]. Und davor haben wir auch auf dem Goldberg gewohnt und ich glaube, der Goldberg war generell so ein bisschen abseits der ganzen (Sindelfinger) Klischees (gegenüber Böblingern). *[Bei diesem Eindruck könnte eine wichtige Rolle spielen, dass das Gymnasium Goldberg zur Hälfte von Böblingen SchülerInnen besucht wird und Freundschaften über die Stadtgrenzen hinweg dort deshalb besonders häufig sind.]*

Die Wahrnehmung von Veränderung in der Stadt

Ein weiterer interessanter Aspekt der Perspektive über mehrere Generationen ist, dass sie potenziell ein Einblick in die Veränderungen und den Wandel in der Stadt gibt. Allerdings ist dies anhand des vorliegenden Materials im Rückblick erst ab den 1970er Jahren möglich, weil nur die Großeltern-Generation der deutschen Sindelfinger Familie schon vorher in der Stadt gelebt hat. Es werden hier deshalb auch Interviews aus anderen Themenbereichen herangezogen, wenn die Befragten in Sindelfingen aufgewachsen sind und sich zu den von ihnen wahrgenommenen Veränderungen geäußert haben. Darüber hinaus ist dies natürlich hoch subjektiv und stark vom jeweiligen Wohnumfeld abhängig.



Vitrinengestaltung am ehemaligen Kaufhaus Domo in der Innenstadt; Arbeit von Philip Laibacher im Rahmen eines Projekts der Hochschule Würzburg-Schweinfurt.

Auffallend ist in den Interviews eine relativ einheitliche „Periodisierung“ oder Beschreibung von Phasen der Veränderung. Die Erzählungen unserer Befragten folgen hier recht weitgehend einem in der Stadt dominanten Narrativ, dem auch die offiziellen Darstellungen der Stadt mit nur geringen Abweichungen entsprechen⁵³: Mehrfach wird erwähnt, dass die Stadt bei Ende des Zweiten Weltkriegs nur 8.000 EinwohnerInnen hatte und sich die Bevölkerung in wenigen Jahrzehnten vervielfacht hat. Der enorme Bevölkerungszuwachs wird im Wesentlichen auf drei Faktoren oder auch „Einwanderungswellen“ zurückgeführt: den Zuzug von Ostflüchtlingen, Vertriebenen und Aussiedlern von Kriegsende bis Ende der 1950er Jahre, die Gastarbeiter-Migration in den 1960er bis 1980er Jahren und der generelle ständige Arbeitskräftebedarf „beim Daimler“. Die Jahrzehnte des rasanten Bevölkerungswachstums gehen einher mit einem starken wirtschaftlichen Aufschwung, der Sindelfingen innerhalb kurzer Zeit stark verändert – besonders durch die Expansion der Stadt und den Bau zahlreicher neuer Siedlungen. Wie oben beschrieben zogen viele der alteingesessenen Familien damals aus den alten Häusern in der Innenstadt zunächst in moderne Wohnungen in den neugebauten Wohnblöcken am Stadtrand und dann in Einfamilienhäuser. Nicht wenige verdienten nicht nur gut in ihren Jobs, sondern konnten auch vorhandene ländliche Parzellen für gutes Geld als Bauland an die Stadt oder das Daimler-Werk verkaufen, das sich damals noch selbst in großem Stil im Wohnungsbau für die MitarbeiterInnen engagierte:

Man muss vielleicht dazu sagen, die Sindelfinger wollten natürlich auch viel gebaut haben, das hängt damit zusammen, weil die Grundstücke hatten. Klar, wenn man sich überlegt, die Siedlungen waren noch nicht da und irgendwo hatte jeder „ein Wiesle“, sagt man im Schwäbischen, eine Wiese oder einen Acker gehabt, und als das Bauland wurde, wurde das natürlich unheimlich teuer verkauft. Das heißt, die ganzen jungen Leute, die heute bauen können, sind Erben, anders wäre das gar nicht mehr möglich.

Für diese Zeit ist das rückwirkende Bild beinahe durchweg positiv und zwar bei den Befragten mit und ohne „Migrationshintergrund“ gleichermaßen. Fester Bestandteil dieses Bildes ist auch das Zusammenleben mit den nach und nach immer sichtbarer werdenden neuen Nachbarn aus Italien, Spanien, Griechenland und der Türkei:

Gerade da in Sindelfingen, das war eine Siedlung, da gab es alles Mögliche. Da waren Deutsche, da waren Türken, Italiener. Ich muss sagen, über Türken kann ich nicht viel Schlechtes sagen, einige waren besonders nett. Eine italienische Familie, [...] mit der haben wir uns ab und zu getroffen, haben uns gut verstanden. Es war auch manchmal interessant zu sehen, wie die anderen Leute sind und leben. Es war ei-

⁵³ Siehe z.B. <https://www.sindelfingen.de/,Lde/start/Politik+Verwaltung/Stadtgeschichte.html>.

gentlich eine Bereicherung. Da hat in Sindelfingen ein bekanntes Straßenfest angefangen. Ich habe das am Anfang nicht mal gewusst, aber als meine große Tochter klein war, da habe ich gesehen, wie die türkischen Kinder tanzen. Da hat es angefangen und es war sehr interessant zu sehen. Tänze, die kulinarischen Möglichkeiten mal zu probieren, was die da essen. Damals waren auch viele aus Afrika da, die haben mit der Trommel so getrommelt, dass du deinen Körper gespürt hast mit dieser Vibration. Es war wirklich so eine schöne Sache.

Sindelfingen ist die Stadt der vielen Kulturen. Und das war schon zu meiner Schulzeit so. Wir haben drüben am Pfarrwiesen auch internationale Schulfeste gemacht, da gab es dann auch diese ganzen verschiedenen Köstlichkeiten aus den anderen Ländern und Tänze aus anderen Ländern und Musik. Und das ist sowas, das könnte ich mir gar nicht wegdenken.

Da sind die Wohnungen nur an Daimler-Mitarbeiter damals vermietet worden und sprich: der Ausländeranteil war da relativ hoch, weil natürlich damals viele zugezogen sind aus dem Ausland, um im Daimler zu arbeiten. [...] Das heißt, bei denen, mit denen ich aufgewachsen und noch jetzt befreundet bin... (überlegt) ich müsste jetzt lügen, aber ich glaube, da bin ich der einzige „richtige Deutsche“ in Anführungszeichen. Klar, die sind dann auch teilweise hier geboren und der Rest- also so meine engsten Kumpels sind hier auch aufgewachsen, aus Griechenland, aus der Türkei hauptsächlich, aus Polen – also die haben alle einen Migrationshintergrund, auf jeden Fall. [...] Wenn ich auf'm Kickplatz war, wo ich aufgewachsen bin, da waren mein Bruder und ich, kann man schon sagen, in der Minderheit so, das passt eigentlich schon, ja.

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass es da irgendwie- also das war selbstverständlich, dass man aus unterschiedlichen Ländern kam. Dass die Griechen an einem anderen Tag Weihnachten gefeiert haben als wir. Aber das war eigentlich jetzt nichts, wo groß drüber geredet wurde. Man kannte es nur so eigentlich. Also ich weiß auch noch, dass ich oft bei Kindergeburtstagen bei Loretta eingeladen war und dass da dann viele italienische Kinder noch waren. Also das ist eigentlich nie groß hinterfragt worden, wer da aus welchem Land kommt. Das ist ja auch das Schöne bei Kindern, dass das keine Rolle spielt. [...] Also ich denke, das ist eine Bereicherung, unterschiedliche Kulturen kennen zu lernen und eben auch diese Selbstverständlichkeit zu haben, dass Menschen unterschiedliche Sprachen sprechen oder dass verschiedene Feste gefeiert werden, dass einfach Namen unterschiedlich sind oder solche Sachen. Also da bin ich schon froh, dass ich so aufwachsen konnte.

Auffällig ist in diesen Zitaten die beinahe „naive Unschuld“, mit der damals die neu hinzukommenden „Kulturen“ zur Kenntnis und mit Neugierde betrachtet wurden – darüber hinaus mit offenkundig wenigen von den Kindern wahrgenommenen negativen Stereotypen. Mit dazu beigetragen hat sicher, dass alle neu waren in den Neubaugebieten, es den verschiedenen Familien in dieser Zeit gleichermaßen gut ging und das „Schaffen beim Daimler“ ein starkes Verbindungsglied über ethno-nationale Grenzen hinweg darstellte. Sindelfingen ist als Stadt eher geprägt von einem Milieu der FacharbeiterInnen als des etablierten Bildungsbürgertums, auch wird den Abstand zwischen den alteingesessenen und den neuzugewanderten BewohnerInnen eher verringert haben. Eines der in den Interviews sehr häufig als identitäts-

stiftendes Element genannten Symbole des hier angelegten und weitgehend positiv besetzten Bildes der „Internationalität“ der Stadt ist das im ersten Zitat erwähnte Internationale Straßenfest, das seit 1977 jährlich veranstaltet wird.

Die 70er und 80er Jahre erscheinen in der Rückschau als gewissermaßen „glückliche“ Jahrzehnte, in denen zudem nicht nur die BewohnerInnen, sondern auch die Stadt selbst dank hoher Gewerbesteuererinnahmen über viel Geld verfügte (emblematisch illustriert in allen möglichen von uns aufgefundenen und aufgenommenen Erzählungen mit den Zebrastreifen aus Marmor im Umfeld des Marktplatzes). Ihnen folgen in der Rückschau die schwierigen 1990er Jahre, in denen dieses positive Bild zu kippen scheint. Dabei kommen verschiedene Elemente zusammen, die vor allem deutlich gemacht haben, dass auch die lokale Situation in Sindelfingen sehr stark von Faktoren abhängen kann, die mit der Stadt selbst nur wenig zu tun haben: Der Euphorie der deutschen Einheit in 1990 folgten schon kurz danach die Exzesse eines deutschen Nationalismus, dessen um die Welt gehenden Bilder aus Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln oder Solingen eine zutiefst verstörende Wirkung hatten – für das aufgeklärt-liberale Selbstbild der Republik, aber vor allem auf die Einwanderer-Communities in Deutschland. Auch Sindelfingen blieb davon nicht verschont, so z.B. in der Erinnerung der Befragten der zweiten Generation aus der deutsch-tamilischen Familie:

Anfang der 90er Jahre gab es mal Zeiten, wo mein Bruder mal von Türken verhauen worden ist, mal von Skins verhauen worden ist. Wo man dann gar nicht mehr sicher sein konnte, egal wo man sich bewegt hat. [...] Also da war es schon so, dass ich auch gemerkt habe, dass meine Eltern auch angespannter geworden sind. Auch mal kurz mit dem Gedanken gespielt haben, wenn es so weitergeht, ob man dann hier in dem Land bleiben kann. Als dann eben die ganzen Sachen mit Greifswald und Solingen und so passiert sind. Wir hatten in Sindelfingen schon auch Skins, bei uns im Sindelfinger Norden hatten die so einen Treff, da kann ich mich noch erinnern. Als Jugendliche habe ich mich sehr in der Kinder- und Jugendarbeit in Sindelfingen engagiert und da eben unter anderem auch in der katholischen Kirchengemeinde einen Jugendtreff mitgeleitet und auch Jugendfreizeiten mitgemacht. Das war die Paulusgemeinde und die ist eben so ganz am Rand und da kommt dann direkt der Wald und ganz unten war dann so eine Grillhütte und da hat man sie schon oft auch singen hören, wenn sie sich dort getroffen haben. Ich weiß auch noch, einmal, als wir mit den Mädels eine Übernachtung in dem Gemeindezentrum und eine Nachtwanderung gemacht haben und wir die dann gehört haben die Skins, wie sie gesungen haben. Und die halt dann immer gerufen haben „Kommt doch!“ – und mir stand wirklich der Schweiß auf der Stirn, weil ich mir gedacht habe, „um Himmelswillen“. Also ich denke, es wäre jetzt nichts groß passiert, weil das auch größtenteils deutsche Mädels gewesen sind. Aber da hatte ich wirklich Schiss. Und es waren schon auch so die Zeiten, wenn mein Vater dann später nach Hause gekommen ist, da standen wir zum Teil am Fenster und haben geguckt, ob er irgendwie an der Bushaltestelle blöd angemacht worden ist oder so.

Der Ausschnitt deutet nicht nur Probleme mit rechten Skinheads, sondern auch eine Radikalisierung unter türkeistämmigen Jugendlichen an, die sich offenkundig nicht nur gegen die Skinheads richtete. Beides spricht für eine deutliche Polarisierung in der Stadtgesellschaft, die vor allem aus dem Sindelfinger Norden zwischen Rotbühl und Eichholz berichtet wird (dazu unten mehr).

Ein weiteres wichtiges Element der Entwicklung in den 1990er Jahren war der Krieg in Bosnien, der eine große Belastung für die jugoslawische Community und ihre Organisationen darstellte, aber auch eine bedeutende Zahl neuer Kriegsflüchtlinge in die Stadt brachte. Zudem begann mit der Jahrtausendwende eine tiefe Krise in der Automobilindustrie, die die städtischen Finanzen in Not brachte und massive Einschnitte zur Folge hatte. Und schließlich kann und muss als global einflussnehmendes Ereignis auch „9/11“, also der islamistische Terroranschlag auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001, genannt werden – im Sinne einer in der globalen Debatte rasch zunehmenden neuen Polarisierung zwischen islamistischer Radikalisierung einerseits – die als Phänomen in der Stadt selbst allerdings trotz einer vergleichsweise hohen Präsenz islamischer Organisationen kaum erkennbar scheint – und anti-islamistischen Haltungen andererseits, die begleitet sind von einem heute in der Bevölkerung durchaus weit verbreiteten Misstrauen gegenüber Moscheegemeinden und Muslimen im Allgemeinen.

Deshalb sind, auf das Heute bezogen, die Erzählungen vieler Befragter im Hinblick auf die Vielfalt und das Zusammenleben verschiedener Kulturen ambivalenter als in der Rückschau auf die 70er und 80er Jahre. Im Folgenden hierzu ein längerer Ausschnitt aus dem Interview mit der Befragten der mittleren Generation der alteingesessenen Sindelfinger Familie, in dem diese Ambivalenz gerade deshalb so aufschlussreich dargestellt ist, weil sie nicht auf einer grundsätzlich vielfalts- und migrationskritischen Haltung beruht:

Gibt es auch etwas das Sie als positiv empfinden, dass Sindelfingen jetzt so international ist und viele verschiedene Kulturen vorhanden sind?

Jein. Also ich glaube, es gibt schon viele Vorteile, unser Internationales Straßenfest zum Beispiel, wo ja wirklich die Bühne rockt und wo auch wirklich rechts mit links, oben mit unten gut kann und es eigentlich auch keine Schwierigkeiten gibt, gell? Aber es ist sicherlich schon so, dass an vielen Brennpunkten schon auch so ein bisschen Unruhe mitschwingt. Da gibt es sicher Bereiche, auch bei meinen Eltern draußen, wo es wirklich auch dann so Konfliktsituationen gibt, wo schon auch so Gewalttätigkeit einfach zugenommen hat. [...] Es sind sicherlich so die Nationalitäten, auch zwischen den Bosniern und zwischen den Serben, da schwellt es noch hoch, ja? Also was schon wieder so in die Vergessenheit geraten ist, aber da sind ja schon auch sehr viele hierhergekommen damals, gell? Und dann sicher auch in den türkischen Bereichen so in den Untergruppierungen, also da gibt's sicherlich auch Probleme, wobei das krie-

gen wir nicht mit. Das kriegt man halt über die Medien mit, oder wenn irgendwas passiert ist oder sowas, dann bekommt man es natürlich mit. Klar, es hat sicherlich auch zugenommen, dass es nicht mehr so sauber ist wie es früher war. Ob das jetzt an unseren Jugendlichen liegt oder... (lacht) das weiß man nicht. Also ich denke, das kann auch eine ganz normale Stadtentwicklung sein. Also, das kann man jetzt nicht darauf schieben. Was mir eher auffällt, ist eher so dieses, dass man nicht mehr so offen umgeht wie früher. Aber ob das jetzt an den veränderten Lebensgewohnheiten liegt, dass viele eben doch berufstätig sind, dass sie nur noch auf ihr Handy gucken und so wie mit Scheuklappen durch's Leben laufen. Also es ist nicht mehr so eine Offenheit da, das habe ich schon in der Jugend anders erlebt. Also so man grüßte jeden, egal ob man ihn kennt oder nicht oder so, und ich denke, da hat sich schon viel verändert. Aber ob das jetzt damit zusammenhängt oder einfach mit unserem Leben, wie es sich verändert hat, das könnte ich jetzt auch nicht so genau sagen, das schiebe ich jetzt nicht unbedingt da drauf. (lacht)

Wie ist denn die Stimmung generell in Sindelfingen, gerade der Internationalität gegenüber?

Also ich glaube, da gibt es schon sehr viele alteingesessene Sindelfinger, die da ziemlich schlecht drüber denken. Glaub ich, also vermute ich mal und ich kenn auch einige, da spreche ich das Thema auch oft nicht an, weil's- ja, mit denen kann ich dann einfach nicht reden, was den Bereich angeht. Also da gibt es schon viele, die wirklich so in ihrer Welt leben und auch gleich sagen, also da fallen dann schon Schimpfwörter und unguete Dinge einfach gegenüber so Migranten. Also da hört man dann schon mal Böses. Ich glaube, dass da auch schon so Wut manchmal da ist, sei es jetzt, wenn es um Wohnraum geht: „die kriegen die Wohnung hier nicht“ oder so. Da schwillt schon was im Untergrund, das glaube ich schon. Erlebe ich jetzt nicht so häufig, weil ich auch mit Freunden unterwegs bin, also einfach die- wir sind eigentlich alle relativ offen. [...] (Dass Sindelfingen so international ist), das gefällt mir eigentlich schon, doch. Klar weiß man nicht, wie es sich jetzt so entwickelt. Also man hat schon, denke ich, in den letzten Jahren auch so ein bisschen mehr Ängste gekriegt, was das so alleine rausgehen oder abends unterwegs sein betrifft, das ist schon so. Früher bin ich ja ohne Handy nachts alleine durch Sindelfingen gelaufen, das würde ich jetzt heute- ich hätte das Handy so vielleicht griffbereit in der Tasche. [...] Also das ist einfach so unsere Entwicklung halt, ob das jetzt damit zu tun hat, dass wir jetzt viel mehr Ausländer hier haben, weiß ich jetzt nicht. [...] Hauptsächlich so bei den jungen Männern erlebe ich das schon, wenn man halt dann so Gruppierungen trifft in der Stadt: Ja, die machen mir nicht Platz, wenn ich komme. Also ich bin natürlich auch klein, aber da erlebt man das schon, dass das so eine- was heißt Radikalisierung? Das sind junge Männer. Klar, das können auch deutsche junge Männer sein in einer anderen Stadt. Also ob das jetzt daran liegt, weiß ich nicht. Es fällt einem vielleicht auf, als Frau fällt einem das vielleicht auf. Aber das sind vielleicht auch genauso gut Deutsche woanders in anderen Städten. Oder bei uns. Also deswegen kann ich das jetzt auch nicht so sagen, dass das wirklich an Menschen liegt, die einen Migrationshintergrund haben. Oder an Radikalisierung oder sowas. Also das würde ich jetzt nicht so festmachen.

Der Ausschnitt zeigt vor allem ein gehöriges Maß an Verunsicherung, aus der die sehr deutliche Ambivalenz zwischen den verschiedenen Positionen kommt. Die Befragte steht weder der „Internationalität“ oder kulturellen Vielfalt Sindelfingens noch gesellschaftlicher Veränderung für sich ablehnend gegenüber, aber die Kriterien der Beurteilung von wahrgenommenen Veränderungen und Entwicklungen sind nicht (mehr) klar. Zentral steht die gefühlte Zunahme eines allgemeinen Unsicherheitsgefühls, das sich allerdings an sehr verschiedenen Aspekten festmacht. Dazu gehört – sehr persönlich – das Gefühl der Verunsicherung im öffentlichen Raum, beispielhaft illustriert mit dem mulmigen Gefühl, als Frau alleine abends durch die Stadt zu gehen, oder wenn ihr eine Gruppe von jungen Männern entgegenkommt,

die nicht zur Seite zu gehen scheinen, wenn sie an ihnen vorbei möchte. Angesichts der demographischen Entwicklung Sindelfingens ist die Wahrscheinlichkeit gerade in der Innenstadt hoch, dass man diesen jungen Männern einen „Migrationshintergrund“ ansieht, der zudem einfach Assoziationen mit „Muslimen“ und „Radikalisierung“ wecken kann. Genau dies greift die Interviewpartnerin auf: Sie kann schlichtweg nicht beurteilen, ob es sich um „ganz normale“ respektlose Jugendliche handelt, die in anderen, weniger vielfältigen Städten dann eben anders aussähen, oder um ihr „als Deutscher“ gegenüber feindselig eingestellte radikal gesinnte Muslime. Sie lehnt die „anschwellende“ Negativhaltung gegenüber MigrantInnen und demographischer Veränderung ab, die sie bei vielen „alteingesessenen Sindelfingern“ beobachtet, aber sie teilt die zugrundeliegende Verunsicherung, die – wie gesagt – weniger in tatsächlich zunehmender Unsicherheit begründet ist als in dem Gefühl, es nicht mehr beurteilen zu können und „die Anderen“ nicht (mehr) zu kennen und zu verstehen.

Wie auf einen Punkt konzentriert zeigt sich dies in Bezug auf den Islam in der Stadt. Auch hier steht der Überzeugung, dass natürlich die Muslime in Sindelfingen ihre Moscheen und Gemeinden brauchen, die Unsicherheit gegenüber, wie die islamischen Organisationen zu beurteilen sind und was dies für das Zusammenleben in der Stadt bedeutet. Dazu ein weiterer Ausschnitt etwas später im Interview:

Also ich würde jetzt, glaub ich, keine Moschee mittenrein in Sindelfingen setzen. Das könnte ich mir jetzt nicht so gut vorstellen. Aber ich mein, dass die ihren Bereich haben und eben da beten können und einen Ort haben, wo sie sich treffen können, das finde ich total okay. Das hat natürlich auch immer diesen Hintergrund: Wie radikal sind die? Also ich denke, das ist ja nicht die Moschee, sondern das ist eher so, wie ist dort die Gruppierung? Wie verhalten die sich? Wie sind die selber offen gegenüber uns? Und was lassen die zu? Klar, wenn ich dann halt mitkriege, dass da doch Menschen eingeschränkt sind in ihrer freien Entfaltung, dass halt auch die Frauen nicht so können, wie sie wollen, das ärgert mich natürlich schon, da bin ich natürlich nicht einverstanden. Also ich denke, das kommt wirklich darauf an, wie gehen die mit ihrem Glauben um und wie leben die ihn? [...] Ich kenne mich da auch zu wenig aus, muss ich ehrlich sagen.

Das Unbehagen gegenüber dem Islam teilt die Interviewpartnerin mit vielen anderen Befragten im Projekt, einschließlich der Stadtverwaltung (siehe Kapitel 3), aber es steht auch für etwas viel Allgemeineres: Die Interviewpartnerin beobachtet, dass generell das Gemeinschaftsgefühl abzunehmen und die Vereinzelung zuzunehmen scheint, weil z.B. die Menschen sich nicht mehr grüßen auf der Straße und stattdessen vielfach nur noch in ihre Handys zu starren – was naheliegenderweise das von ihr an anderer Stelle so benannte „Wohlgefühl von Heimat“ beeinträchtigt. Unklar ist aber, in welchem Verhältnis migrationspezifische

Probleme und Entwicklungen zu diesem wachsenden Gefühl der „Entfremdung“ stehen. So kann etwa die im oberen Zitat angesprochene Zunahme von Konflikten zwischen oder innerhalb von Herkunftsgruppen (hier am Beispiel „Bosnier“ vs. „Serben“) eindeutig bestimmten „Wellen“ der Migration zugeordnet werden und ruft Beunruhigung hervor, aber gilt das auch für das allgemeine Unsicherheitsgefühl und das Gefühl, die anderen nicht mehr zu kennen? Die jungen muslimischen Männer können hier als ein „idealtypisches Beispiel“ gelten: Sie wirken „fremd“ oder „anders“, man kennt sich nicht und man scheint auch wenig Grund, Gelegenheit und Interesse zu haben sich kennen zu lernen – was durchaus beidseitig ist. Unterstützt wird dies dadurch, dass dies auch den Medien entnommenen Konfliktlinien zu entsprechen scheint, und im Unterschied zu früher fehlt die korrektive Wirkung von sich überschneidenden Netzwerken. Aber ob ihr als wenig rücksichtsvoll wahrgenommenes Verhalten eher herkunfts- oder gar religionstypisch ist oder vielmehr jugendspezifisch allgemeineren Trends der heutigen Zeit entspricht, bleibt unklar und damit auch verunsichernd.

Jugend: „Wer erbt die Stadt?“

Einführung

Die in Kapitel 1 dargelegte Bevölkerungsentwicklung in Sindelfingen macht deutlich, dass sich dies mit den etablierten Begrifflichkeiten und Konzepten von „Integration“ nicht mehr angemessen beschreiben und verstehen lässt. Das wichtigste Ergebnis der demographischen Entwicklung ist die in den Altersgruppen „von unten aufwachsende“ Vielfalt: Dass Sindelfingen heute einen Bevölkerungsanteil „mit Migrationshintergrund“ von über fünfzig Prozent hat, geht vor allem auf die erhebliche Ausdifferenzierung bei den jüngeren Alterskohorten zurück: Bei den Unter-18-Jährigen liegt dieser Anteil wie erwähnt bei über zwei Dritteln in der gesamten Stadt, in einigen Stadtteilen sogar über achtzig Prozent – und die Tendenz ist weiter steigend.⁵⁴ Wie die Bevölkerungsstatistik aber ebenfalls zeigt, sind wiederum über achtzig Prozent der Kinder und Jugendlichen „mit Migrationshintergrund“ in Sindelfingen geboren und aufgewachsen. Parallel dazu findet aber weiterhin Neuzuwanderung statt und das betrifft auch Kinder und Jugendliche: Immerhin ein Fünftel aller minderjährigen SindelfingerInnen ist selbst aus dem Ausland zugewandert.

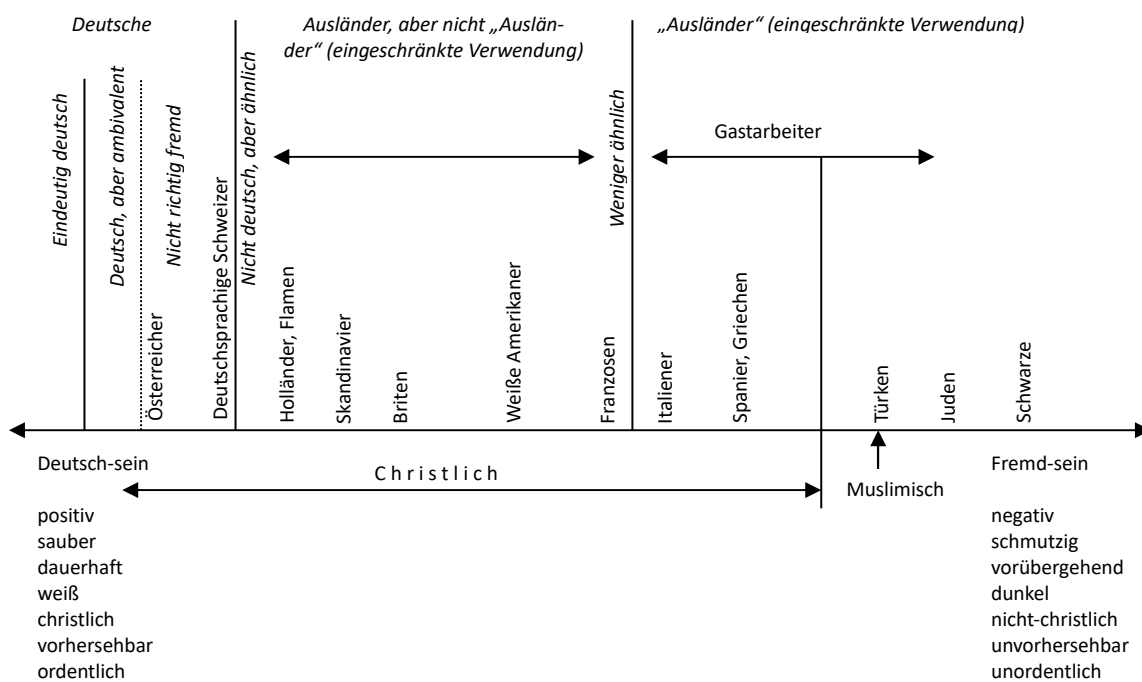
Das hat verschiedene Implikationen:

1. Welche Rolle spielt der „Migrationshintergrund“ bei einem stetig wachsenden Teil der einheimischen Sindelfinger Jugend für ihre lokale Identität und Selbstwahrnehmung und ihre Wahrnehmung von außen als „einheimische SindelfingerInnen“?
2. Welche Rolle spielen „eigenethnische“ oder auch religionsbezogene soziale Netzwerke und Freundschaften in der Freizeitgestaltung und Selbstzuordnung?
3. Welche Rolle spielt demgegenüber die gemeinsame Alltagserfahrung über die oben genannten Kategorien hinweg vor allem in den Schulen, aber auch in Sportvereinen und in der Freizeitgestaltung? Inwiefern reichen die sozialen Beziehungsgeflechte

⁵⁴ Das ist nicht nur in Sindelfingen so, sondern gilt für die meisten westdeutschen und -europäischen Städte (vgl. Schneider 2018). Der Titel dieses Kapitels verweist auf die Publikation einer großen Studie zur zweiten Generation in New York. Im Unterschied dazu, wie Stadtgeschichte und -entwicklung in der deutschen und europäischen Debatte vorrangig betrachtet wird, gilt es in New York als selbstverständlich und Teil der Stadtidentität, dass Stadtteile ihren „ethnischen Charakter“ ändern und neue Bevölkerungsgruppen auch eine sichtbare und politische Rolle spielen (siehe: Kasinitz/Mollenkopf/Waters/Holdaway: *Inheriting the City. The Children of Immigrants Come of Age*. New York: Russell Sage 2008).

über „ethnische“ und religiös definierte Grenzen hinweg? Welche Rolle spielen über Fragen des Geburtsortes, der Aufenthaltsdauer und des Aufenthaltsstatus?

Ein Problem ist, dass der „diskursive Raum“ für Zugehörigkeitsgefühle bei jungen Menschen, die aufgrund ihres Namens, ihres Äußeren oder eines Sprachakzents mit einem „Migrationshintergrund“ assoziiert werden, stark eingeschränkt ist. Immer wieder werden sie im Alltag mit Fragen nach „ihrer Herkunft“ konfrontiert, die gleichzeitig implizieren, dass die Antwort nicht „deutsch“ sein kann. Dabei kommen aber Abstufungen zum Tragen: „Migrationshintergrund“ ist nicht notwendigerweise gleichbedeutend mit ausländischer Herkunft. Die folgende Grafik aus einer ethnologischen Studie über (west)deutsche Eigendefinitionen in den 1980er Jahren zeigt, dass das Gegensatzpaar „deutsch – nicht-deutsch“ eher ein Kontinuum darstellt:



Das Deutsche/Ausländer-Kontinuum nach Diana Forsythe⁵⁵

⁵⁵ Die amerikanische Ethnologin Diana Forsythe hat zwischen 1976 und 1985 mehrjährige Feldforschungen zu den Fragen „Wer ist deutsch?“ und „Wo ist Deutschland?“ in Westdeutschland durchgeführt (Forsythe 1989: 148). Die Darstellung bedarf in Details einer Aktualisierung – es fehlt z.B. die Kategorie „Flüchtlinge“ und auch der Begriff „Ausländer“ ist in der diskursiven Gegenüberstellung zu „deutsch“ heute weitgehend durch die Kategorie „Migrationshintergrund“ ersetzt worden (vgl. Mannitz/Schneider 2014) –, dennoch kann das Modell in seiner grundsätzlichen Struktur als weiterhin gültig angenommen werden.

Auf die heutige Situation bezogen heißt das, dass erstens nicht alle „Migrationshintergründe“ auch als solche benannt werden (beispielsweise bei „Österreichern“ oder „Amerikanern“) und sie zweitens mit unterschiedlichem Grad an vermuteter „Fremdheit“ verbunden sind. Dies wirft zwei große und auch für die Ausrichtung der Integrationsarbeit in Sindelfingen zentrale Fragen auf:

- Was bedeutet es für die auf der Gegenüberstellung von „Deutschen“ versus „Migranten“ (oder „Ausländern“) beruhende Eigendefinition der bisherigen Mehrheitsgesellschaft, wenn sie gerade bei den Kindern und Jugendlichen der Stadt im numerischen Sinne nur noch auf eine deutliche Minderheit anwendbar ist?
- Was macht es mit jungen Menschen, wenn sie zwar in Sindelfingen aufwachsen und zuhause sind – Heimat und Herkunft also zusammenfallen –, sie aber von klein auf immer wieder vermittelt bekommen, dass sie nicht im selben Maße und ohne Zweifel „dazugehören“ wie ihre (wenigen) MitschülerInnen, die als „ohne Migrationshintergrund“ gelten?

Es ist aus der Forschung bekannt, dass die lokale Zugehörigkeit in vielen Fällen eine durchaus funktionierende identitätsstiftende Alternative zur nationalen Zugehörigkeit darstellen kann. Aber die beiden Ebenen lassen sich nicht strikt voneinander trennen. Zudem ist es als problematisch zu bewerten, wenn sich der „erwachsene“ dominante gesellschaftliche Diskurs zu Identitäten und Zugehörigkeit von der Alltagswirklichkeit der Jugend immer weiter entfernt, weil die Veränderungen dieser Wirklichkeit nicht zur Kenntnis genommen und berücksichtigt werden.

Zugehörigkeit und Gemeinsamkeit bei Jugendlichen

Trotz der zunehmenden Vielfalt in den Sindelfinger Klassenzimmern ist Deutsch klar die dominierende Umgangssprache zwischen den Jugendlichen, weil zum einen die Mehrheit der Jugendlichen in der Stadt aufgewachsen ist und zum anderen die Vielfalt der familiären Herkunftssprachen so ausdifferenziert ist, dass keine andere Sprache diese Funktion übernehmen könnte. Es ist ein Vorteil für neuangekommene Kinder und Jugendliche unterschiedlichster Herkunft, dass sie mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit auf andere SchülerInnen treffen, die dieselbe Herkunftssprache haben, gleichzeitig gehören diese aber mit ebenso hoher Wahrscheinlichkeit selbst bereits der dritten Generation an oder sind schon so lange in

Deutschland, dass sie im Zweifelsfall besser und lieber Deutsch sprechen. Die familiäre „ethnische“ Herkunft kann zwar eine Rolle spielen, die Freundschaftsbeziehungen und Peer-Netzwerke reichen aber doch in der Regel über „ethnische“, sprachliche und religiöse Grenzen hinweg, wie auch die interviewten Lehrkräfte beobachten. Hier zwei Beispiele:

Wir haben also in jeder Klasse bestimmt drei bis sechs türkische Kinder, sodass die auch untereinander klarkommen. Also sie dürfen, das müssen wir aber nicht arg betonen, [...] schon untereinander Türkisch sprechen, oder auch die einer anderen Nationalität. Polen haben wir auch mal oder Albaner und so. Also die sprechen immer Deutsch! Vielleicht mal im Pausenhof geschwind die andere Sprache, aber eigentlich sprechen die Kinder immer untereinander Deutsch.

Lehrkraft 1: Es gab damals vermehrt diese muslimischen Gruppen, aber das hat sich immer mehr vermischt in der Zwischenzeit. Und ich muss gestehen, ich konnte die Mädels nicht auseinanderhalten, weil die alle ein Kopftuch trugen und ich [...] die nur einmal die Woche gesehen habe. [...] Das hat sich komplett gedreht eigentlich. [...]

Lehrkraft 2: Das liegt auch daran, dass die Stadt sich jetzt mehr mischt.

Auch die an den drei Fokusgruppen an Sindelfinger Schulen teilnehmenden SchülerInnen haben stets betont, dass die herkunftsbezogenen Unterschiede zwischen ihnen eigentlich nicht wichtig seien – was nicht bedeuten muss, dass sie keine Rolle spielen. Dazu hier ein etwas längerer Ausschnitt:

SchülerIn 1: Dadurch, dass wir diese Vielfalt schon von Anbeginn hatten, also wir im Kindergarten schon Kontakt zu anderen Kulturen, zu anderen Menschen hatten, die Migrationshintergrund und andere Denkweisen hatten, sind wir halt offener, verstehen wir die auch und sehen wir da keinen Konflikt darin mit anderen Leuten in Kontakt zu kommen. Aber ich find auch, dass, wenn wir z.B. eine schlechte Erfahrung mit einer anderen Person machen aus einer bestimmten Kultur, dass wir viel schneller so in dieses Schubladendenken geraten, weil die Erwachsenen es machen, und dann fügt man sich sozusagen und geht mit in diesem Strom von Vorurteilen.

SchülerIn 7: Ich persönlich merke es auch, dass, wenn man mit neuen Leuten irgendwas macht, dass der Migrationshintergrund und die Herkunft da keine große Rolle spielt, dass das oft eher eine der späteren Fragen ist. Woher er eigentlich kommt oder so, weil es halt selbstverständlich ist, dass Menschen auch aus anderen Kulturen kommen können.

SchülerIn 2: Ich find schon immer wichtig, das auch beim Namen zu nennen. Also wenn ich jetzt einen „Migrationshintergrund“ habe, dann (lacht) kann ich wohl schlecht was dagegen tun oder so. Ich finde auch wichtig das zu erwähnen, weil manchmal hilft mir das auch, eine andere Person zu verstehen, [...] damit mein Gegenüber Bescheid weiß im Prinzip und weil ich da auch ein Stück weit stolz drauf bin, denk ich. Also [...] dass ich solche Einflüsse hatte mein ganzes Leben lang. Sei es jetzt irgendwie von da oder von hier. [...]

SchülerIn 5: Ich wollte eigentlich auch nur sagen, dass [...] voll viel bei uns gar keine Rolle spielt. Ob man jetzt Ausländer ist oder nicht (zum Beispiel), weil wir hier zusammen so gleich denken. Ich glaub auch, dass [...] es auch gut ist, den Migrationshintergrund von der anderen Person zu wissen, auch um zu wissen, welche Punkte vielleicht kritisch erscheinen oder warum die Person auf so ein Thema in der Art und Weise reagiert, wie sie es tut. Aber sonst finde ich ist es im alltäglichen Umgang nicht wichtig.

In diesem Ausschnitt ist gut zu sehen, wie differenziert die Gruppe darstellt, wann die ethnisch-kulturelle oder religiöse Herkunft eine Rolle spielt und welche Bedeutung dies gleichzeitig für das soziale Miteinander hat: Es ist ein wichtiger Teil der Persönlichkeit, eine bestimmte Religion und familiäre kulturelle Einflüsse zu haben, aber es spielt auch nur dann eine Rolle, wenn es auch wirklich einen Unterschied macht. Ansonsten gehört dies eher zu „den späteren Fragen“, nicht zuletzt, weil die Jugendlichen in ihrem alltäglichen Umgang sehen, dass sie in so vielen relevanten Fragen „so gleich denken“.

Auch für die dritte Generation in den Mehrgenerationen-Erzählungen war die Vielfalt im Klassenzimmer so selbstverständlich, dass sie Fragen über den „ethnischen Hintergrund“ ihrer Freundinnen und Freunde kaum beantworten konnten:

3. Generation deutsch (25 Jahre): Also wir hatten eigentlich eine ziemlich coole Klasse, glaub ich. Also es war aber damals schon gemischt. [...] Es war eigentlich immer eine ziemlich gute Gemeinschaft in der Grundschule, das weiß ich noch. Und im Gymnasium war es auch bunt gemischt. Also da waren auch ziemlich viele Nationalitäten. Aber auch da war es gut integriert. Auch da war es ganz normal. Es war ein guter Klassenzusammenhalt. (lacht) Es ist ganz schwer, was soll man da erzählen? [...] Also meine engsten Freunde, die sind alle hier geboren, die haben keinen Migrationshintergrund. Also was heißt Migrationshintergrund? Eine Freundin kommt aus Bulgarien, eine kommt aus Polen. Das ist ja auch Migrationshintergrund. [...] Ich meine, die aus Polen haben die gleiche Religion wie wir, die sind meist katholisch. Ich mein klar, wenn jemand aus der Türkei kommt oder aus Syrien, die fallen schon manchmal anders auf. Einfach weil sie sich anders kleiden, weil sie einen anderen Glauben haben. Das merkt man schon.

3. Generation slowenisch (18 Jahre): Ich schätze wir waren halt einfach alles Kinder, wir nehmen das ja auch nicht so wirklich wahr und auch jetzt, ich sehe da eigentlich gar keine so große Gemeinschaft, die sich jetzt irgendwie gebildet hat, wo es jetzt einfach nur irgendwie ein Land wäre, dass jetzt irgendwie zusammenhält oder so etwas. [...]

Woran merkst du das, dass Sindelfingen international ist?

Oh Gott, keine Ahnung. Ich weiß es gar nicht, um ehrlich zu sein. Ich schätze einfach, es gibt also schon halt sehr viele verschiedene Leute hier, es gibt auch sehr viele Orte, die größtenteils jetzt auch irgendwie von anderen Leuten- oh Gott, keine Ahnung, ich kann das gar nicht so richtig beantworten, das tut mir leid!

3. Generation türkisch (26 Jahre): Also der Freundeskreis ist ganz bunt bei mir. Ganz bunt. Es kommt halt stark drauf an, was man in seiner Freizeit eigentlich macht. Früher war ich mehr unterwegs, da hatte ich hauptsächlich deutsche Freunde. Mittlerweile bin ich ein bisschen ruhiger geworden und bin auch ab und zu im Verein. Da trifft man halt dann eher türkische Freunde. An der Uni ist es ja auch eher gemischt, deswegen habe ich schon einen ganz bunten Freundeskreis.

Man sieht in den Ausschnitten auch, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht außerhalb des gesellschaftlichen Diskurses stehen mit all seinen Widersprüchen und Unge-

reimtheiten. Nicht immer verfügen sie über alternative Ausdrucksformen und wissen daher gar nicht, wie sie ihre Erfahrungswirklichkeit und Sicht auf die Dinge adäquat ausdrücken sollen. Und doch liegt gerade in der gelegentlichen „verbalen Hilflosigkeit“ (vgl. Schneider 2004) eine Abgrenzung von etablierten Redeweisen, deren Wirkung von der Fokusgruppe oben treffend als ein „Schubladendenken“ beschrieben wird, in das sie selbst immer wieder „geraten, weil die Erwachsenen es machen und dann fügt man sich sozusagen und geht mit in diesem Strom von Vorurteilen“ – obwohl man weiß, dass es nicht richtig ist.

Diese größeren diskursiven Einflüsse sind natürlich sehr vielfältig, aber es lassen sich zumindest vier „Diskursstränge“ benennen, die junge Leute heutzutage generell beeinflussen, aber von denen die Nachkommen aus Einwandererfamilien teilweise besonders betroffen sind:

1. *Religion* ist der Aspekt, der den deutlichsten Unterschied markiert zwischen vielen Jugendlichen „mit Migrationshintergrund“ und den meisten Jugendlichen ohne. Wie in vielen anderen europäischen Ländern hat in der Nachkriegszeit in beiden Teilen Deutschlands eine sehr weitgehende Säkularisierung und Abkehr von einer alltäglichen Glaubenspraxis im Rahmen der etablierten Kirchen stattgefunden. Im Vergleich dazu spielt Religion in Einwandererfamilien – nahezu unabhängig von der Herkunft – beinahe durchgängig eine viel wichtigere Rolle: Neben den Muslimen aus vielen Ländern gilt dies auch für KatholikInnen besonders aus Polen, Südeuropa, Afrika und Lateinamerika, sowie Angehörige diverser orthodoxer und evangelikaler Kirchen. Viele Einwandererkinder bewahren die religiöse Orientierung der Eltern und sei es vorrangig als Zeichen der Loyalität gegenüber den Eltern und der familiären Herkunft. Jugendliche Religiosität führt aber – wie oben beschrieben – vor allem in den Schulen häufig zu Irritationen, insbesondere wenn die Mädchen auf einmal Kopftuch tragen oder SchülerInnen nach Gebetsräumen fragen. In Deutschland galt und gilt die nachlassende Religiosität von Generation zu Generation als ein Zeichen für „Modernisierung“ und daher wird Religiosität häufig als „rückwärtsgewandt“ oder „traditionsbehaftet“ interpretiert. Dem entspricht auf der anderen Seite, dass viele religiöse Gemeinschaften und Menschen dazu tendieren, in relevanten gesellschaftlichen Fragen eher konservative Auffassungen zu vertreten – das gilt insbesondere in Bezug auf Geschlechterrollen, Sexualmoral und weibliche Selbstbestimmung. Auf der anderen Seite sind antimuslimische Einstellungen sehr viel weiter verbreitet als es möglicher-

weise die Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien nahelegen. Das produziert wiederum Gegenreaktionen: Es ist heutzutage nur noch ein kleiner Schritt vom Gefühl, abgelehnt oder diskriminiert zu werden, weil man aus einer islamischen Familie kommt, und zu dem Schluss zu kommen, dass das immer so sein wird und man daher am besten – oder genauso gut – die dazu augenscheinlich konsistenteste Gegenposition einnimmt, nämlich ein „richtiger Moslem“ zu werden. Dies wird dann von beiden Seiten fast automatisch als eine eher konservativ-orthodoxe und strikte Auslegung des Islam verstanden, die dann nicht selten auch dem viel „alltagstauglicheren“ Glauben der eigenen Eltern widerspricht. Auf diesem Argumentationsmodell beruht ein Großteil der Anwerbestrategien radikalislamistischer Gruppen.

2. *Populistische Rhetorik aus den Herkunftsländern* ist ein relativ neues Phänomen, das aktuell besonders Türkeistämmige und Russlanddeutsche betrifft. Satellitenfernsehen, Internet und Social Media machen es leicht, mit nationalistischen Diskursen auch die weltweite Diaspora zu erreichen und Identifikationsangebote zu machen, die allerdings – ebenso wie die nach wie vor dominante Definition von Deutsch-sein – darauf pochen, dass es mehrere ethno-nationale Zugehörigkeiten nicht geben könne. Die damit einhergehende Polarisierung ist in jüngster Zeit besonders im Verhältnis der türkeistämmigen Diaspora zum türkischen Präsidenten Erdoğan und seiner konservativ-islamistischen AK-Partei deutlich geworden. Sie zieht sich in Deutschland z.T. quer durch die Familien und schließt auch die zweite Generation mit ein, die sich einerseits immer mehr von der Türkei abwendet, in der aber andererseits nicht wenige auch AKP-freundlicher orientiert ist als vergleichbare Altersgruppen in der Türkei selbst.⁵⁶ Wie auch bei der Religion werden solche Positionen in Deutschland paradoxerweise weniger in Frage gestellt als liberalere Positionen, weil sie den gängigen Bildern und Klischees besser entsprechen und deshalb konsistenter erscheinen. Das ist nicht unattraktiv für junge Menschen auf der Suche nach Zugehörigkeit. Ähnliches gilt in vielen Aspekten analog für die russlanddeutsche und russischsprachige Diaspora.

⁵⁶ Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/politik/studie-zur-bundestagswahl-so-haben-deuschtuerken-und-russlanddeutsche-gewaehlt/21035262.html>; <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/tuerkei-referendum-migrationsforscher-zum-wahlverhalten-von-deutsch-tuerken-a-1143755.html> (letzter Zugriff am 15.10.18).

3. *Anti-muslimische und Anti-Flüchtlingspositionen bei rechten populistischen Parteien* wirken erst einmal wenig attraktiv für junge Menschen mit familiärer Zuwanderungsgeschichte, aber es ist ein Einfluss zu sehen und zwar besonders unter jungen Menschen osteuropäischer Herkunft. Auf der anderen Seite ist auch der negative Einfluss von islam- und migrationsfeindlichen Diskursen natürlich ein bedeutender Faktor, indem sie das Gefühl von „Verfremdung“ und Nichtzugehörigkeit unter jungen Muslimen und allgemein Personen mit erkennbarem „Migrationshintergrund“ unterstreichen und damit die o.g. religiös-konservativen oder ethno-nationalistischen diskursiven Positionen verstärken können.
4. Der vielleicht effektivste Gegenentwurf zu diesen drei Formen von eher vielfaltskritischen Diskursen ist die Betonung *der Universalität der Menschenrechte* und einer *„republikanischen“ Definition von Zugehörigkeit*. Einer der auffallendsten Aspekte der "Refugees Welcome"-Bewegung in Deutschland und anderen europäischen Ländern war ihre offenkundige „Immunität“ gegenüber einem dominanten politischen Diskurs, der von Beginn an hauptsächlich die problematischen Aspekte der Fluchtbewegung und die Notwendigkeit der Grenzschießung hervorhob – auch unter Hinnahme unhaltbarer humanitärer Zustände auf der anderen Seite der Grenzen. Die wichtigste Gemeinsamkeit in der sehr heterogenen Flüchtlingsunterstützung war die „humanistische Überzeugung“ von der universellen Gültigkeit der Menschenwürde und des Schutzes gegen Krieg und Verfolgung.⁵⁷

Der Kontakt zu Gleichaltrigen mit unterschiedlichen ethnisch-kulturellen oder religiösen Hintergründen macht einen entscheidenden Unterschied für die Entwicklung von Haltungen gegenüber Zuwanderung und Vielfalt im Allgemeinen und anderen Kulturen oder Religionen im Speziellen. Laut der TIES-Studie zur zweiten Generation in Europa sind das Leben in einem vielfältigen Wohnumfeld und der Kontakt zu Gleichaltrigen unterschiedlicher Herkunft ein starker Einflussfaktor für eine grundsätzlich offenere Haltung gegenüber kultureller und religiöser Vielfalt und selbst gegenüber den Angehörigen „ethnischer Gruppen“, zu denen gar kein direkter Kontakt besteht (Schneider, Crul & Lelie, 2015).

⁵⁷ Siehe auch die Studie der EKD von 2015, nach der 90% der in der Flüchtlingshilfe engagierten Befragten angaben, dies taten, um „Menschen in existenzieller Bedrohung“ beizustehen (http://www.ekd.de/download/20151221_si-studie-fluechtlinge.pdf).

Auch nach Angaben der dazu befragten ExpertInnen der Jugendarbeit in Sindelfingen verläuft die Cliquenbildung bei Jugendlichen eher entlang der Schul- und Stadtteilzugehörigkeit als „ethnischen“ Linien – zumal sich die Freizeitaktivitäten und -interessen der Jugendlichen doch stark ähneln. Allerdings haben die oben genannten Diskursstränge einen Einfluss: So ist es z.B. für kopftuchtragende muslimische Mädchen und anti-muslimisch eingestellte Russlanddeutsche wohl eher unwahrscheinlich, dass sie auch außerhalb des Klassenzimmers in regelmäßigem Kontakt zueinander stehen.

Allerdings verläuft die demographische Entwicklung aktuell so schnell, dass mittel- und vor allem langfristige Vorhersagen kaum möglich sind. Es ist sicher z.B. als ein positives Zeichen zu werten, dass der Sindelfinger Jugendgemeinderat die demographische Vielfalt der Stadtbevölkerung deutlich besser abbildet als der Gemeinderat der Erwachsenen.⁵⁸ Die Frage ist, wieviel „Resilienz“ die Sozialisationserfahrung in den „super-vielfältigen“ Klassenzimmern gegen nationalistische und populistische Tendenzen in Gesellschaft und Politik entstehen lässt. Die relativ wenigen aussagekräftigen Studien zu Fragen der Identität haben vor allem zeigen können, dass die zweite (und dritte) Generation durchaus und weit überwiegend in der Lage ist, die ethno-kulturelle Zugehörigkeit zu einer Minderheitengruppe (und die dazugehörige Religiosität) mit nationaler, aber vor allem lokaler Identität zu verbinden und darin auch keinen Widerspruch zu sehen. Allerdings haben wiederum mangelnde strukturelle Teilhabe und Diskriminierungserfahrungen einen signifikant negativen Einfluss auf Zugehörigkeitsgefühle.⁵⁹ Beidem sind Jugendliche auch heute noch und auch in Sindelfingen ausgesetzt, hierin liegt sowohl eine große Verantwortung als auch eine konkrete Interventionsmöglichkeit, der sich vor allem Politik, Verwaltung und Schulen dringend annehmen sollten.

Jugendliche Teilhabe in Sindelfingen

Sindelfingen verfügt über eine Bandbreite an Angeboten für Kinder und Jugendliche, darunter auch einige „Leuchtturmprojekte“ wie die Kinderspielstadt Simalon, die Sim TV-Kinderfilmakademie e.V. und die anspruchsvollen Produktionen der städtischen Schule für Musik, Theater und Tanz (SMTT). Für die Kinder- und Jugendarbeit gibt es verschiedene Ein-

⁵⁸ Vgl. <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.sindelfinger-jugendgemeinderat-chef-einer-multikulturellen-truppe.7cebd07-0a7b-4294-9c9a-48adb0f525e4.html>.

⁵⁹ Vgl. Schneider/Chávez et al. 2012; Schneider/Fokkema et al. 2012, Lang/Pott/Schneider 2016.

richtungen vor allem in der Trägerschaft des Vereins Stadtjugendring Sindelfingen e.V., die allerdings weit überwiegend von der Stadt finanziert werden: das Jugend- und Stadtteilhaus Nord und die Jugendfarm Sindolino am nördlichen Stadtrand im Eichholz, der Treffpunkt für Jugendkultur „das SÜD“ und der Abenteuerspielplatz „Aspi“ im Goldbachtal zwischen den Ortsteilen Goldberg und Königsknoll sowie das Jugendcafé am Marktplatz und weitere Jungentreffs in den Teilgemeinden Darmsheim und Maichingen. Auch die Kirchen, der CVJM und mehrere Moscheevereine haben Angebote für Kinder und Jugendliche, das gilt auch für jugendliches ehrenamtliches soziales Engagement bei der Feuerwehr, der DLRG oder dem Roten Kreuz.⁶⁰

Für die politische Teilhabe von Jugendlichen in Sindelfingen spielt der Jugendgemeinderat (JGR) eine zentrale Rolle. Er wird für eine zweijährige Legislaturperiode von den SchülerInnen der weiterführenden Sindelfinger Schulen gewählt und besteht aktuell aus 19 VertreterInnen. Der demokratische Legitimationsgrad kann bei einer Wahlbeteiligung von etwa zwei Drittel aller SchülerInnen an den beteiligten Schulen als hoch bewertet werden. Der JGR hat Teilnahme-, Anhörungs- und Antragsrecht im Gemeinderat und ein eigenes Budget zur Verfügung. Stadtverwaltung und Gemeinderat sind durchaus bemüht, die Stimme des Jugendgemeinderats zu hören und die vorgetragenen Anliegen zu berücksichtigen. Für die Stadtpolitik ist der JGR auch ein „Fenster“ in die demographische Wirklichkeit der Stadt, u.a. weil im deutlichen Unterschied zum Gemeinderat und den Parteien der Anteil an SchülerInnen mit Hintergrund in einer Einwandererfamilie in den vier Legislaturperioden seit seiner Einrichtung immer zwischen etwa einem Drittel und zwei Dritteln gelegen hat.⁶¹ Im Unterschied dazu scheinen die Parteijugendorganisationen keine eine größere Rolle zu spielen – selbst aus Sicht der interviewten ParteienvertreterInnen (siehe Kapitel 3).

Bemerkenswert für die Bildung zur politischen Teilhabe sind in Sindelfingen vor allem die beiden Simulationsprojekte Kinderspielstadt Simsalon, bei der in den Herbstferien für eine Woche Kinder im Alter zwischen 8 und 12 in die Rolle von Erwachsenen schlüpfen und das Stadtleben in allen relevanten Aspekten nachspielen können, und die Model United Nations

⁶⁰ Siehe für einen guten Überblick die vom Kinderbüro der Stadt erstellte Broschüre „Freizeitangebote für Kinder, Jugendliche und Familien in Sindelfingen“. Allerdings sind zumindest in der letzten vorliegenden Ausgabe von September 2018 die Angebote anderer Religionsgemeinschaften und der „internationalen Vereine“ nicht aufgeführt.

of Goldberg (MUNOG) am Goldberg-Gymnasium unter Beteiligung von SchülerInnen aus der ganzen Welt. Und auch Projekte der Kinderfilmakademie Sim TV hatten immer wieder politische Inhalte zum Thema, darunter spielten die Themen Vielfalt und Gemeinsamkeit eine prominente Rolle.⁶²

Eine Grundfrage ist, ob es im Zugang und der Wahrnehmung der o.g. Infrastruktur an Freizeit- und Teilhabemöglichkeiten in Sindelfingen Unterschiede gibt zwischen Jugendlichen mit und ohne „Migrationshintergrund“, im Hinblick auf die Schulformen oder aus den verschiedenen Stadtteilen bzw. entsprechend des sozialen Hintergrunds. Einige der im Bericht wiedergegebenen Daten, aber auch eigene Beobachtungen während der Feldforschung deuten darauf hin, dass im Jugend- und Kulturbereich die SchülerInnen von den Gymnasien überproportional vertreten sind. Dies ist insofern eine relevante Feststellung, als – bei aller zunehmenden sozialen und ethno-kulturellen Vielfalt auch an den Gymnasien – „Migrationshintergrund“ und soziale Schicht einen Unterschied im Zugang zu den Gymnasien zu machen scheinen.⁶³

Nach Aussage einer der befragten Personen, die professionell im Kinder- und Jugendbereich tätig sind, manifestieren sich aktuell mehrere soziokulturelle Veränderungen zu gleicher Zeit:

Klassischerweise ist es so, dass die Vereinsangebote von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund nur bis zu einem bestimmten Grad wahrgenommen werden, weil [...] die Vereine ihre Angebote vor allem auch dadurch generieren, sag ich mal, dass die Eltern auch schon im Verein aktiv sind. Das heißt, die Milieubindung hat abgenommen in den letzten Jahren und viele Vereine klagen auch schon über Nachwuchsmangel und dass auch manche Angebote nicht mehr so stark wahrgenommen werden. [...] Bei den Jugendangeboten unterscheidet es sich ein Stück weit, weil sich da die Jugendlichen vom Alter her schon wieder von den Vorgaben der Familien lösen und sich auch selbstständig orientieren, wo und mit wem sie denn ihre Freizeit verbringen wollen, und da gibt es, denk ich schon, auch zunehmend die Wahrnehmung der Angebote durch Jugendliche mit Migrationshintergrund. Wobei sie es einfach weniger an dem festmachen, welche Aktivitäten angeboten werden, sondern eher: „Sind meine Freunde mit dabei?“ Das heißt, wenn ich auf's Gymi gehe als Jugendlicher mit Migrationshintergrund und mein

⁶¹ Auf Basis der Namen (siehe <http://jgr-sindelfingen.de/mitglieder/>; letzter Zugriff am 17.11.19), was allerdings ein nur eingeschränkt valides Kriterium ist (siehe Kapitel 3).

⁶² Zum Beispiel die „Sindelfinger Edition“ des dänischen Films „Alles was wir teilen“ (zu finden unter: <https://www.youtube.com/watch?v=Qcx7YHDhTuE&feature=youtu.be>) und der Musikclip „Kind dieser Erde“ (<https://www.youtube.com/watch?v=zIHroxCKqro>; siehe auch <https://www.simtv.de>; letzter Zugriff auf alle Links am 31.10.18).

⁶³ Siehe Kapitel 2 zum Nexus zwischen „Migrationshintergrund“ und der (vermuteten) sozialen Schicht bzw. dem Bildungshintergrund der Eltern. Obwohl wir es mit einer zunehmenden sozialen Ausdifferenzierung bei den Personenkreisen zu tun haben, die mit der Kategorie „Migrationshintergrund“ benannt werden – nicht zuletzt aufgrund der sozialen Mobilität in den Übergängen der ersten zur zweiten Generation und von der zweiten zur dritten Generation – werden an Schulen und im Alltagsdiskurs immer noch sehr häufig „Migrationshintergrund“ und „niedriges Bildungsniveau bei den Eltern“ praktisch gleichgesetzt.

Freund ist im Karnevalsverein oder sowas, dann lauf ich da trotzdem mit, weil es vielleicht Spaß machen könnte und weil man sich als Clique daran orientiert. Trotzdem ist es signifikant geringer als jetzt z.B. in den Einrichtungen der offenen Jugendarbeit. [...] Da kommen die sehr gut hin, da werden die auch gut angesprochen, weil es oft Einrichtungen sind, die relativ nah an ihrem Wohnort, Lebensort, in ihrem Sozialraum verortet sind und viele auch einfach genau diese Offenheit schätzen, sich nicht binden zu müssen langfristig [...], sondern hinzugehen, wann man grad Lust und Zeit hat. [...] Da ist, denk ich, der Anteil auf jeden Fall viel höher als sonst. Wir haben Einrichtungen, die vornehmlich von Jugendlichen mit Migrationshintergrund wahrgenommen werden, da hängt das aber, denk ich, eher vom umgebenden Wohnviertel ab. [...] Es sind eben ganz klar kurzzeitbezogene Formen des Engagements, die [...] für Jugendliche, die jetzt nicht den hohen Bildungsstand haben, attraktiver sind, weil da muss man sich nicht gleich auf längere Zeit festlegen, während im Verein, wenn man eine Freizeit plant, muss man das ein halbes Jahr vorher machen. Könnte manchmal schwierig sein. Für unsere Großprojekte starten wir eigentlich erst zwei Monate vorher mit der Vorbereitung mit den Ehrenamtlichen, um sie da einzubinden und zu schulen. Das ist für sie ein überschaubarer Rahmen und da haben wir [...] keine Schwierigkeiten, Ehrenamtliche zu finden, und die kommen wirklich aus allen Schichten.

Im Ausschnitt werden eine Reihe von Elementen genannt, die auch für die zukünftige Ausrichtung der Integrationsarbeit im Kinder- und Jugendbereich von Bedeutung sind: Die Bedeutung von etablierten Vereinen, die in der Vergangenheit vor allem im ländlichen Raum und in kleineren Städten eine sehr wichtige Funktion für die Schaffung und Strukturierung der lokalen Gemeinschaft hatten, nimmt kontinuierlich ab. Das hat viel mit der allgemein zugenommenen räumlichen Mobilität in Deutschland zu tun (siehe Kapitel 1), die eine generationenübergreifende langjährige Vereinsmitgliedschaft praktisch unmöglich macht. In Sindelfingen spielt auch der steigende Anteil von EinwohnerInnen mit familiärer Zuwanderungsgeschichte zu tun, weil die in den 1960er oder 70er Jahren gekommenen Eltern und Großeltern mit der vorgefundenen Vereinsstruktur häufig wenig anfangen konnten und auch von den Vereinen selbst kaum als mögliche Mitglieder angesprochen wurden (siehe auch Kapitel 3). Das merken auch Institutionen wie die Freiwillige Feuerwehr, in der die Mitgliedschaft früher wie selbstverständlich in männlicher Linie an die nachkommenden Generationen weitergegeben wurde, während sie heute aktiv um jugendliche Neumitglieder werben und dafür zunehmend auch nicht-traditionelle Zielgruppen wie Mädchen und Kinder aus Einwandererfamilien ansprechen muss.⁶⁴

Ein weiteres im Interviewausschnitt genanntes Element ist die Schicht- bzw. Bildungsfrage: „Bürgerliche Tugenden“ wie Pünktlichkeit, Verlässlichkeit und eine gewisse Frustrationstole-

⁶⁴ Die veränderte Bedeutung der Freiwilligen Feuerwehren wird auch dadurch deutlich, dass heute manche Gemeinden dazu übergehen müssen, ihre BürgerInnen zum Dienst zu verpflichten (zum Beispiel in Grömitz an der Ostsee; siehe <https://www.sueddeutsche.de/panorama/freiwillige-feuerwehr-verpflichtung-1.4261740>; letzter Zugriff am 17.11.19).

ranz/Durchhaltevermögen sind für Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringem sozio-ökonomischem Status weniger selbstverständlich, für die Teilnahme an Projekten aller Art aber nahezu unerlässlich. Hinzu kommt, dass Werte und Ziele wie Selbstverwirklichung und kreative kulturelle Ausdrucksformen typischerweise vor allem in Mittelschichtsfamilien vermittelt werden, konkrete Handlungsoptionen aber aus räumlichen oder finanziellen Gründen auch vielfach gar nicht zur Verfügung stehen. Die Kinder- und Jugendarbeit in Sindelfingen hat gelernt, damit umzugehen und auch in den Jugendtreffs mit einem vorrangig aus niedrigeren Bildungsschichten kommenden Publikum viele Dinge möglich zu machen.

Interessant ist in dem Interviewausschnitt auch, dass es in der Tat vor allem der Wohnort und damit die soziale Schicht ist, die den Zugang zu den Angeboten und Einrichtungen für Kinder und Jugendliche und die Formen der Partizipation zu bestimmen scheint. Wie die interviewte Person im folgenden Ausschnitt feststellt, werden in der Praxis der Kinder- und Jugendarbeit Kategorien wie der „Migrationshintergrund“ und ethno-nationale Zuordnungen immer diffuser, weil es zum einen für die Jugendlichen selbst immer weniger eine Rolle zu spielen scheint und zum anderen eben nicht einmal mehr nur die Jugendlichen weit überwiegend in Sindelfingen geboren und aufgewachsen sind, sondern auch ein Großteil Ihrer Eltern:

Es ist ja inzwischen manchmal schwierig festzustellen, wer denn jetzt welchen Migrationshintergrund hat? Viele sind auch schon seit der 3. oder 4. Generation bald hier, da spielt das auch für die oft gar nicht mehr so 'ne Rolle [...]. (überlegt) Für die ist es einfach im Alltag nicht mehr unbedingt notwendig zu wissen: „Kommt jetzt mein Freund aus Albanien oder kommt- kommen seine Großeltern aus Italien ursprünglich?“ Die finden sich auch so und auch bei den Ehrenamtlichen merken wir schon, dass da 'ne große Vielfalt da ist.

Das Thema der Angebotsstruktur im Bereich der Freizeitgestaltung für Jugendliche wurde auch bei den drei Fokusgruppen mit SchülerInnen im Alter zwischen 15 und 18 Jahren angesprochen. Hier waren sich die TeilnehmerInnen relativ weitgehend einig, dass es grundsätzlich eine gute Angebotsstruktur gebe, die aber vor allem für Kinder bis zu einem gewissen Alter interessant sei. Das gilt natürlich für die Spielplätze, den Abenteuerspielplatz und die Jugendfarm, aber aus Sicht der Jugendliche zumindest teilweise auch für die Jugendtreffs. Sie werden von der Altersgruppe der Fokusgruppen vielfach als eher für Jüngere geeignet angesehen – wobei dies auch eine Frage der Öffnungszeiten bzw. der zur Verfügung stehenden Zeitfenster ist. Diese sind in beiden Jugendtreffs des Stadtjugendrings nach Altersgruppen differenziert, aber die für die Älteren nach hinten raus reservierten Zeiten – im „das

Süd“ immerhin bis 22 Uhr sogar unter der Woche – kollidieren möglicherweise mit strengeren Vorgaben der Eltern oder damit, dass diese nicht möchten, dass sie so spät und über weite Teile des Jahres noch im Dunkeln den nicht immer kurzen Weg nach Hause finden müssen. Ein Aspekt ist allerdings, dass Jugendtreffs keine ungestalteten und offenen Freiräume sind, die nach Aussage in den Fokusgruppen im Stadtgebiet besonders für die Gruppe der Jugendlichen fehlen, die mit ca. 14 bis 16 Jahren im Alter genau *zwischen* der Lust auf strukturierte Angebote und z.B. dem erlaubten Zugang zu Cafés und Kneipen liegt. Eine solche Funktion erfüllt in gewisser Weise das per Bus von überall in der Stadt gut erreichbare „Sterncenter“, bei dem aber erstens auch nur bedingt von einem wirklichen „Freiraum“ die Rede sein kann und der Aufenthalt zudem einen gewissen Konsum erfordert und damit Geld kostet.



Die Treppen am Ende des Langen Sees auf dem Flugfeld zwischen Sindelfingen und Böblingen, einem weitgehend offenen Freiraum und beliebten Treffpunkt für ältere Jugendliche und junge Erwachsene

In den Sommermonaten und bei gutem Wetter erfüllt das Ufer des Langen Sees auf dem Flugfeld diese Funktion teilweise aus, allerdings haben regelmäßige Polizeikontrollen offenkundig viele jüngere Jugendliche abgeschreckt. Zudem wird dieser Ort auch von älteren jun-

gen Leuten frequentiert, die Shisha rauchen und möglicherweise kiffen, und es stellt sich die Frage, wie sich dieser Freiraum im Zuge der weiteren Bebauung entwickeln wird.

Fazit und Empfehlungen

Die Aufmerksamkeit für Kinder und Jugendliche hat in Sindelfingen einen hohen Stellenwert. Der Umfang der von der Stadt bereitgestellten frühkindlichen Bildungsangebote und die Einrichtung von Stellen für je eine Kinder- und Jugendbeauftragte zeugen davon ebenso wie die Anerkennung des Jugendgemeinderats und seiner Beschlüsse in der Stadtpolitik und die umfangreiche Infrastruktur an Kultur- und Jugendeinrichtungen. Positiv hervorzuheben ist auch der grundsätzliche städtische Ansatz, bei vielen Aktivitäten eher vorhandene Initiativen und freie Träger zu fördern als selbst aktiv zu werden, weil damit stärker und flexibler auf die Expertisen, Erfahrungen und Talente in der Stadtgesellschaft zurückgegriffen werden kann.⁶⁵

Es stellt sich aber dennoch die Frage, ob die Infrastruktur an Einrichtungen und Angeboten für Kinder und Jugendliche *in der Fläche* ausreichend vertreten ist. So gibt es z.B. nur einen Abenteuerspielplatz, der für Kinder aus dem Norden der Stadt praktisch nur erreichbar ist, wenn die Fahrt dorthin Teil eines Betreuungsangebots ist oder die Eltern die Initiative nehmen. Es gibt für die gesamte Kernstadt nur zwei Jugendtreffs, auch hier ist vor allem für die Kinder und Jugendlichen nördlich der Innenstadt angesichts der Randlage des Jugend- & Stadtteilhauses Nord die Frage der Erreichbarkeit und Attraktivität zu stellen. Erst seit kurzem gibt es aufgrund einer Initiative des Jugendgemeinderates auch ein Jugendcafé im Zentrum der Stadt.

Auch im Bereich der kulturellen Bildung ist die Frage, ob die zur Verfügung stehenden Kapazitäten ausreichend sind, um hier wirklich flächendeckend Angebote für alle Kinder und Jugendlichen machen zu können. Das ist – ähnlich wie dies in Kapitel 3 für den Bereich Sport beschrieben wurde – auch eine Frage der Aufgabenbeschreibung und Eigendefinition der Einrichtungen der kulturellen Bildung: Inwiefern wird überhaupt der *Anspruch* formuliert, neben fraglos beeindruckenden Spitzenleistungen auch in der Breite das Recht auf kulturelle Bildung an alle Sindelfinger Kinder und Jugendliche unabhängig von den sozialen und kultu-

⁶⁵ Allerdings liegt dem nicht zuletzt auch eine Form der Vorsorge zugrunde für mögliche zukünftige Perioden der finanziellen Knappheit aufgrund zurückgehender Gewerbesteuer-Einnahmen, weil die Stadt keine eigenen finanziellen Verpflichtungen für das entsprechende Personal eingehen muss.

rellen Hintergründen und Voraussetzungen heranzutragen und dafür auch an den Wohnorten und in den Stadtteilen „aufsuchend“ tätig zu werden. Nach unserem Eindruck sind es vor allem die Jugendtreffs, die hier diese Aufgabe übernehmen und auch jugend- und stadtteilbezogene popkulturelle Veranstaltungen durchführen, wie etwa die HipHop-Events „Jam it“ und „Cypher Souolution“. Zumindest im regulären Instrumental- und Ensemble-Programm der SMTT diese und auch andere musikalische Ausdrucksformen kaum eine Rolle zu spielen. Und das gilt auch für den gesamten Bereich der kulturellen Ausdrucksformen, die von MigrantInnen in den vergangenen 50 Jahren nach Sindelfingen mitgebracht wurden. Es gibt an der SMTT keinen Unterricht für in den migrantischen Communities weit verbreitete Instrumente wie z.B. Saz, Bouzouki oder Mandoline und auch keine Ensembles für die dazu gehörige Musik.⁶⁶

Zu empfehlen ist für den gesamten Jugendbereich ein „Mainstreaming“ der demographischen Vielfalt im Sinne einer öffentlich betonten „Normalität“ und Anerkennung als empirische Wirklichkeit in den Stadtteilen, Jugendtreffs und Schulen. Die Herkunftskulturen der Kinder und Jugendlichen sind Teil der neuen Stadtwirklichkeit und sollten sich in ihr auch wiederfinden; das Gleiche gilt für die Jugend- und Kulturarbeit in den MigrantInnenselbstorganisationen. Gleichzeitig zeigt das Beispiel HipHop, dass auch die Sindelfinger Jugend Gemeinsamkeiten in den kulturellen Vorlieben aufweist, die ein hohes Potenzial dafür haben, das Verbindende hervorzuheben und lokale Zugehörigkeit zu fördern. Auf der anderen Seite zeigen Projekte in vielen anderen Städte, dass auch klassische Musik und Musikinstrumente kultur- und schichtübergreifend Kinder und Jugendliche ansprechen können – wenn habituelle Grenzen überschritten und die Musikangebote in die Stadtteile gebracht werden.

Zu empfehlen ist also einerseits eine Erweiterung insbesondere des Musikangebots der SMTT um Instrumente und musikalische Ausdrucksformen aus den Herkunftskulturen der Einwanderer-Communities in Sindelfingen. Dies ist zugleich ein guter Anlass, um explizit auf die Suche zu gehen nach den künstlerischen Kompetenzen z.B. bei den neuangekommenen Geflüchteten nach 2015 oder auch den schon lange in der Stadt Ansässigen. Zugleich sollten hier keine parallelen Strukturen entstehen, sondern die neuen Kenntnisse über die Vielfalt

⁶⁶ Als Ausnahmen mögen hier der Djembe-Trommelunterricht und Capoeira als Tanzform genannt werden, die allerdings eher als Bestandteil des erweiterten westlichen Standardkanons gelten dürfen und in der Regel unabhängig von der

der Musikkulturen in der Stadt genutzt werden, um mit verschiedensten Formen interkultureller oder auch transkultureller Kulturexperiences in Musikprojekten zu experimentieren. Das ist analog natürlich auch für andere kulturelle Ausdrucksformen, insbesondere (mehrsprachige) Theaterprojekte möglich. Um den Zugang in den Stadtteilen und auch zu jüngeren Kindern und Jugendlichen zu erleichtern, sind zudem enge Kooperationen der Kultureinrichtungen mit den Schulen vor Ort zu empfehlen.

Der Jugendgemeinderat und die Wahlen zum JGR könnten im Hinblick auf Fragen der Demokratie und der politischen Beteiligung als Ausgangspunkt einer Kultur des Dialogs in Schulen und Stadtteilen genommen werden, die nicht zuletzt auch der Erkennung von Benachteiligungen und Ausgrenzungen aller Art dienen sollte.

Schlussfolgerungen

Wir gehören hier in Sindelfingen rein. Wir haben damals, wo ich '66 hierherkam, da war Sindelfingen und Böblingen und Umgebung hier, im Radius von 20, 25 km, waren lauter Bauern, Schmutz, Dreck und das alte Deutschland noch. Also es war nichts Neues, gar nichts. Wir haben uns mit beteiligt, wir Ausländer haben wir uns mit beteiligt an diesen ganzen Strukturen. [...] Wir haben uns alle da mit beteiligt, es gehört ein Stück auch uns. Wie soll ich sagen, es gehört nicht jetzt ein Stück uns, sondern wir identifizieren uns mit dem, was wir hier gebaut haben. Wenn Sie überlegen, wie viele Ausländer hier im Kreis Böblingen und Sindelfingen jetzt gearbeitet haben und zusammengearbeitet haben, um den neuen Bahnhof zu erstellen, um die S-Bahn zu erstellen, um die A81 zu machen: Das ist ein Stück von uns, wir gehören einfach in diese Stadt.

Das Zitat verweist auf eine bedenkliche Leerstelle im Diskurs um „Integration“: Die seit Jahrzehnten in Deutschland lebenden MigrantInnen haben nicht nur einen wesentlichen Beitrag zum Wiederaufbau des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg und zum so genannten „Wirtschaftswunder“ geleistet, sie sind auch Teil dieses Landes geworden, indem sie es sich „zu eigen“ gemacht haben und auf die von ihnen mitgebaute Autobahn ebenso stolz sein können wie auf Eigenheime und die Karrieren ihrer in Deutschland aufgewachsenen Kinder. Sie sind Teil der Gemeinschaft geworden, und wenn die bestehenden Netzwerke nicht offen oder zugänglich für sie waren, haben sie eigene Netzwerke aufgebaut, die ihnen ein eigentlich in jeder Hinsicht „normales Leben“ ermöglichen.

Allerdings sind die beiden o.g. grundlegenden Aspekte von „Integration“, nämlich Teilhabe und Zugehörigkeit, nicht vollständig gegeben und gewährleistet: Wie dieser Bericht gezeigt hat, gibt es Defizite in der Anerkennung, der politischen Teilhabe und der Wahrnehmung der Beiträge der migrantischen Communities und Vereine zum kulturellen und sozialen Leben in der Stadt. Auch hier fehlt noch weitgehend ein „Mainstreaming“ im Sinne einer Einbeziehung der verschiedenen Aspekte des „migrantischen Lebens“ in der Stadt in ihre Selbstwahrnehmung als „internationale Stadt“ – ein Begriff, der zwar eine hohe Konsensfähigkeit quer durch alle Bevölkerungsgruppen aufweist, aber noch zu wenig institutionellen Widerhall findet (dazu unten mehr).⁶⁷

⁶⁷ Um nur ein Beispiel zu nennen: in den diversen regelmäßig erscheinenden Programmheften zu Veranstaltungen in Sindelfingen taucht der Aspekt Interkulturalität nur in seltenen Ausnahmen auf – z.B. in Form von Lesungen aus türkischsprachigen Kinderbüchern in der Stadtbibliothek. Ähnliches gilt für die Geschichtsschreibung der Stadt und die Darstellungen nach außen: z.B. Stadtführungen zu interkulturellen Themen oder zur Migrationsgeschichte der Stadt sind nicht Teil des offiziellen Programms.

Eigentlich gar nicht um „Integration“ sollte es bei der zweiten und dritten Generation gehen, die in Sindelfingen aufgewachsen ist. Sie sind einheimisch und niemand braucht ihnen zu erklären, wie es so „läuft“ in der Stadt. Schon allein ob ihrer demographischen Präsenz sind sie es, die in wachsendem Maße in der Stadt „etwas zum Laufen bringen“. Aber auch ihre Teilhabe und Zugehörigkeit ist nicht in vollem Umfange gegeben: Es gibt Benachteiligungen im Bildungssystem und im Zugang zum Arbeitsmarkt, die nicht oder kaum Thema einer Diskussion oder gar adäquater Gegenmaßnahmen sind. Hier liegt aus Sicht des Forschungsvorhabens einer der dringendsten Handlungsbedarfe. Und auch im Hinblick auf die Zugehörigkeit der zweiten und dritten Generation gibt es Leerstellen im Diskurs: Betont werden in der Regel eher die ethnisch-kulturelle Herkunft als das „Einheimisch-sein“ und die lokale Zugehörigkeit.

„Integration“ wird in der Regel immer noch vorrangig als Anpassungsleistung von Neuangekommenen an die vorgefundene Mehrheitsgesellschaft verstanden. Gleichzeitig wird in der Debatte aber inzwischen regelmäßig darauf hingewiesen, dass „Integration keine Einbahnstraße“ sein dürfe und die aufnehmende Gesellschaft auch „Integration“ ermöglichen muss. Die Bereitstellung einer „Infrastruktur der Integration“ ist in Sindelfingen gegeben – zumindest in Form von Möglichkeiten für Neuankommende, die Sprache zu lernen, einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden, den Kindern eine gute Schulbildung zu ermöglichen und in vielfältigen Aspekten am gesellschaftlichen Leben in der Stadt teilzuhaben. Und auch die Anpassungsleistung der EinwanderInnen der verschiedenen Phasen der Migration scheint in der Vergangenheit und der Gegenwart sehr weitgehend erfolgt zu sein. Das bedeutet nicht, dass es nicht Probleme und Konflikte gegeben hat und weiterhin geben wird, aber sie überschatten nicht das weitgehend gut funktionierende Miteinander in der Stadt.

Die Frage ist, wie sich die beschriebene demographische Entwicklung in das Selbstbild der Sindelfinger Stadtgesellschaft einschreiben und die Zukunftsfähigkeit des guten Miteinanders gesichert werden kann. Die von den unteren Altersgruppen her aufwachsende „Superdiversität“ (Vertovec 2012) stellt eine neue demographische Qualität dar, die ein Festhalten an der starren Gegenüberstellung von „Deutschen“ und „Menschen mit Migrationshintergrund“ eigentlich unmöglich macht. Begriffe wie „einheimisch“ oder „alt eingesessen“ oder auch „deutsch“ sind von ethnischen Konnotationen zu lösen, damit zumindest die dritte Generation (und in ein paar Jahren ihre Nachkommen) und die schon seit Jahrzehnten in der

Stadt heimisch gewordenen MigrantInnen aus dem Ausland ebenso selbstverständlich „SindelfingerInnen“ sein können, wie dies für Zugewanderte aus anderen Regionen Deutschlands und ihre Kinder gilt.

Das Forschungsvorhaben hat auch feststellen können, dass die „Internationalität“ Sindelfingens ein fester Bestandteil der lokalen Identität und Identifikation mit der Stadt geworden ist – unabhängig von Herkunft und „Ethnizität“. Sie stellt damit einen möglichen Ausgangspunkt dafür dar, die besondere Vielfalt und Einwanderungsgeschichte der Stadt zu ihrem besonderen Markenzeichen werden zu lassen, so wie es das Internationale Straßenfest mit über die Stadtgrenzen hinausreichender Ausstrahlung bereits ist.⁶⁸ Allerdings ist der Begriff „international“ an dieser Stelle ambivalent, weil er auch das *Nebeneinander* betonen und die Verschränkungen, Übergänge und Gleichzeitigkeiten, die mit der neuen „Supervielfalt“ einhergehen, außer Acht lassen und Menschen in relativ starre ethno-nationale Zuschreibungen und „Nationalitäten“ drängen kann.

Einen Gegenentwurf dazu stellte in seiner Entstehung die Wahl des Mottos „Sindelfingen isch mei Heimat“ als Stadtlogan dar, der sich heute auf den Informationsordnern für NeubürgerInnen und zahlreichen Produkten des Stadtmarketings wiederfindet. An seinem Ursprung war dies die Aussage eines Jungen mit türkisch-spanischen Eltern im Film „Sindolfs Traum“ zum Stadtjubiläum 2013, der damit die für ihn selbstverständliche Verbundenheit zur Stadt ausdrückte.⁶⁹ Allerdings sind Vorgeschichte und Kontext des Slogans in der Verwendung auf Tassen oder Seifenspendern (siehe Titelbild) für Außenstehende und NeubürgerInnen nicht mehr erkennbar und auch in der graphisch mit dem Slogan verbundenen Silhouette der Stadt ist das Element der Vielfalt und „Internationalität“ nicht enthalten. Hier gäbe es mit der Ulu-Moschee immerhin ein repräsentatives Gebäude in Sindelfingen, das als ein entsprechendes symbolhaftes und subtiles Element in die Stadtsilhouette integriert werden könnte.

Aus Sicht des Forschungsprojekts ergeben sich zwei zentrale Schlussfolgerungen:

⁶⁸ Dass unter „Internationalität“ nicht auch „Vielfalt“ verstanden wird, zeigt der noch relativ junge Imagefilm der Stadt Sindelfingen, der zwar mit dem Slogan „Vielfalt so nah“ wirbt, dabei aber ohne jeden Verweis auf die Vielfalt und Internationalität der Sindelfinger Bevölkerung auskommt (siehe <https://www.youtube.com/watch?v=ggPGcHnHy64>; letzter Zugriff am 31.10.18).

⁶⁹ Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=ASVlhC0o7wl> für den entsprechenden Filmausschnitt (letzter Zugriff am 31.10.18).

Erstens, „Integration“ findet in Sindelfingen auch weiterhin statt, aber sie muss und kann heute zweierlei bedeuten:

- a. die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Neuankommende gut „versorgt“ werden und sie ihren Platz finden bzw. sich erarbeiten können;
- b. insbesondere für ältere, schon lange ansässige MigrantInnen dafür zu sorgen, dass bestehende Hindernisse in den Zugängen zu Behörden, Freizeitangeboten, aber auch zu kultur- und herkunftssensibler Pflege im Alter beseitigt werden.

Dies ist zum einen eine Frage der Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur. Als Teil einer boomenden und äußerst dynamischen Wirtschaftsregion wird Sindelfingen auf nicht absehbare Zeit Zuwanderung aus anderen Gegenden Deutschlands und aus dem Ausland erfahren, die mit Bedarfen an Orientierung, Beratungsangeboten, Vermittlung in Wohnraum, Beschulung von mitgebrachten Kindern und Sprachkursen einhergeht. Die großen Fluchtbewegungen der 1990er Jahre aus dem damaligen Jugoslawien und 2015 vor allem aus Syrien haben darüber hinaus gezeigt, dass kurzfristig noch viel höhere Bedarfe entstehen können und dies eine entsprechende Logistik, Erfahrung und Kooperation mit Akteuren der Zivilgesellschaft erfordert.

Es ist zum anderen eine Frage der Anerkennung der Lebensleistung und der (nicht immer nur guten) Erfahrungen der ersten Generation aus den verschiedenen Migrationsphasen in all ihrer Unterschiedlichkeit und der Akzeptanz der Tatsache, dass MigrantInnen in der Regel den Bezug zum und eine gewisse Sehnsucht nach dem Herkunftsland nicht verlieren – auch wenn sie nach Jahren oder Jahrzehnten schon längst eine neue Heimat in Sindelfingen gefunden haben – und dies nicht im Widerspruch zueinander steht.

Zweitens, gilt es darüber hinaus, die Diversität der Sindelfinger Stadtgesellschaft als eines ihrer zentralen Charakteristika auf allen Ebenen nicht nur anzuerkennen, sondern sie auch auf allen Ebenen sichtbar werden zu lassen: besonders in den Stadtteilen und Nachbarschaften, aber natürlich auch in Politik und Verwaltung, in der Stadtgeschichte und im Erscheinungsbild der Stadt. Dazu gehört auch, dass Anstrengungen unternommen werden, heute noch „geteilte Welten“ und weitgehend parallele soziale Netzwerke zusammenzuführen bzw. die Schnittmengen zwischen den „Welten“ und Netzwerken zu vergrößern, z.B. über eine durchgängige „Kultur des Dialogs und der Begegnung“.

Unabhängig davon, ob und wann und in welcher Form entsprechende Veränderungen und Maßnahmen in Sindelfingen auf den Weg gebracht werden, wird die demographische Entwicklung weitergehen. Mit Aufmerksamkeit wird zu beobachten sein, wie sich die neue „Supervielfalt“ in den Klassenzimmern auf die Identitätsbildung, das Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühl und die Sichtweisen der jungen Leute auf die „Migrationsgesellschaft“ als solche entwickeln werden. Idealerweise wird die Jugend dabei aber nicht allein gelassen. Das ist vor allem eine Frage der veränderten Perspektive: Welche Rolle spielt der „Migrationshintergrund“ noch, wenn zwischen zwei Drittel und drei Viertel der Jugendlichen in Sindelfingen einen solchen haben? Welche Bedeutung haben „ethno-kulturelle“ Zuordnungen, wenn es davon in jeder Klasse zwischen zehn und fünfzehn verschiedene gibt – und gleichzeitig vier Fünftel der SchülerInnen gebürtige SindelfingerInnen sind? Welche Bedeutung *sollten* beide Zuschreibungen haben, wenn es um die Enkel von EinwandererInnen geht, die vielleicht die Sprache ihrer Großeltern nur noch mit Mühen verstehen und deren Eltern möglicherweise sogar zwei verschiedene „Migrationshintergründe“ haben? Die in Sindelfingen aufwachsenden Kinder und Jugendliche sind SindelfingerInnen, weil sie sich erstens als solche fühlen und uneingeschränkt fühlen möchten und weil zweitens die Stadt keine anderen Jugendlichen hat. Deshalb *muss* für sie das Motto gelten, dass sich 2009 die Bildungsoffensive in Hamburg gegeben hatte:⁷⁰

**EINE KLUGE
STADT BRAUCHT
ALLE TALENTE**

⁷⁰ Siehe z.B. <https://www.ganztagsschulen.org/de/1651.php> (letzter Zugriff am 31.10.18).

Literaturverzeichnis

- Alkemeyer, Thomas/Bernhard Boschert/Robert Schmidt/Gunter Gebauer 1986: (Hg.): *Aufs Spiel gesetzte Körper. Aufführungen des Sozialen in Sport und populärer Kultur*. Konstanz: UVK, 77-102.
- Anderson, Benedict (1991): *Imagined Communities*. London: Verso.
- Appel, Markus/Weber, Silvana/Kronberger, Nicole 2015: The Influence of Stereotype Threat on Immigrants: Review and Meta-Analysis, in: *Frontiers in Psychology*, 6, 1–15.
- Bade, Klaus J. (2013). *Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, „Islamkritik“ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft*. Schwalbach am Taunus: Wochenschau-Verlag.
- Barth, Fredrik (ed.)(1969): *Ethnic groups and boundaries. The social organization of culture difference*, Oslo: Universitetsforlaget.
- Bausch, Peter (2015): *Mein Sindelfingen. Stadtgeschichte aus erster Hand II*. Sindelfingen: Röhm Verlag.
- Bausch, Peter / Hülle, Dieter E. (2013): *Mein Sindelfingen. 36 Blicke auf die 750-jährige Stadt*. Sindelfingen: Röhm Verlag.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): *Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege - Neue Chancen*. Berlin. Online verfügbar unter https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Artikel/2007/07/Anlage/2007-08-30-nationaler-integrationsplan.pdf?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt geprüft am 12.12.2017.
- Beicht, Ursula (2011): *Junge Menschen mit Migrationshintergrund: Trotz intensiver Ausbildungsstellenuche geringere Erfolgsaussichten*. BIBB-Report (16).
- Beicht, Ursula/Granato, Mona (2010): *Ausbildungsplatzsuche: geringere Chancen für junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund*. BIBB-Report (15).
- Bertelsmann Stiftung (2017): *Chancenspiegel – eine Zwischenbilanz. Zur Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Schulsysteme seit 2002*. Verlag Bertelsmannstiftung Gütersloh.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)(Hrsg.)(2017): *Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2017. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung*. Vorversion - Stand 5.April 2017. BIBB: Bonn.
- Bommers, Michael (2007): Kommunen und nachholende Integrationspolitik – Handlungsperspektiven und Handlungsspielräume. In: Klaus J. Bade, Hans-Georg Hiessrich (Hrsg.): *Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis*. Beiträge der Akademie für Migration und Integration, Heft. 11. Göttingen: V&R unipress.
- Bommers, Michael (2018): Die Rolle der Kommunen in der bundesdeutschen Migrations- und Integrationspolitik. In: Gesemann / Roth (Hrsg.)(2018): *Handbuch Lokale Integrationspolitik*, Wiesbaden: Springer VS, S. 99-123.
- Borneman, John (1992): *Belonging in the two Berlins: kin, state, nation*, Cambridge studies in social and cultural anthropology, Cambridge: Cambridge University Press.
- Boos-Nünning, Ursula/Granato, Mona (2008): Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund: Ausbildungschancen und Ausbildungsorientierung. Forschungsergebnisse und offene Fragen. In: *IMIS-Beiträge* 34, S. 57–90.
- Bourdieu, Pierre (1986): Historische und soziale Voraussetzungen modernen Sports. In Gerd Hortleder/Gunter Gebauer (Hrsg.), *Sport - Eros - Tod*, Frankfurt am Main: Suhrkamp. (pp. 91-112).

- Braun, S./ Nobis, T. (Hrsg.) (2011): *Migration, Integration und Sport: Zivilgesellschaft vor Ort*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bundesagentur für Arbeit (04.11.2016): *Ausbildung lohnt sich - hervorragende Chancen für Jugendliche auf dem aktuellen Ausbildungsmarkt*. Agentur für Arbeit Stuttgart - Pressestelle. Nr. 35/2016.
- Bundesministerium des Inneren (BMI)(2012): *Interkulturelle Öffnung der Personalauswahl im öffentlichen Dienst: Handreichung für Beschäftigte, die an Auswahlverfahren beteiligt sind, und Dozentinnen und Dozenten, die Seminare zum Thema „Personalauswahl“ durchführen*. Bonn: Bundesakademie für öffentliche Verwaltung im Bundesministerium des Innern (zugänglich unter: www.bakoev.de; letzter Zugriff am 16.2.2018).
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Hrsg.) (2016): *Chancengleichheit und Teilhabe: Ergebnisse aus der Forschung*. Abrufbar unter: bmbf.de (letzter Zugriff: 20.12.2017).
- Burrmann, U./ Mutz, M./Zender, U. (Hrsg.) (2015): *Jugend, Migration und Sport: kulturelle Unterschiede und die Sozialisation zum Vereinssport*, Wiesbaden: Springer VS.
- Christlich-Islamischer Dialog (2017): *Christen und Muslime im Gespräch. Wie verdiene ich mir den Himmel?* Sindelfingen. Online verfügbar unter http://www.martinskirche-sindelfingen.de/file-admin/mediapool/gemeinden/KG_sindelfingen_martinskirche/Logos_Broschueren/2017-11-07-CID-Veranstaltung-Himmel.pdf, zuletzt geprüft am 29.11.2017.
- Czollek, Max (2018). *Desintegriert euch!* München: Hanser Verlag.
- DaMigra (Hg.) (2016): *Impulspapier der Migrant*innenorganisationen zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft. Wie interkulturelle Öffnung jetzt gelingen kann!* Online verfügbar unter http://www.damigra.de/wp-content/uploads/Impulspapier_Teilhabe-in-der-Einwanderungsgesellschaft.pdf, zuletzt geprüft am 08.12.2017.
- Dauke, Uta (2016): *Teilhabe Konkret - Migrant*innenorganisationen in der Einwanderungsgesellschaft. Eröffnung der Bilanztagung am 20.10.2016 in Berlin*. Online verfügbar unter http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Integration/Sonstiges/artikel-dauke.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt geprüft am 10.12.2017.
- Diehl, Claudia; Friedrich, Michael; Hall, Anja (2009): Jugendliche ausländischer Herkunft beim Übergang in die Berufsausbildung: Vom Wollen, Können und Dürfen. In: *Zeitschrift für Soziologie* 38 (1), S. 48–67.
- DKLK (2017): DKLK-Studie 2017: *Befragung zur Wertschätzung und Anerkennung von Kitaleitungen*. Abrufbar unter: http://www.deutscher-kitaleitungskongress.de/assets/documents/placeholder/DKLK-Studie_2017.PDF (letzter Zugriff: 19.01.2018)
- Downes, P./Nairz-Wirth, E./Rusinaitė, V. (2017): *Structural Indicators for Inclusive Systems in and around Schools*, NESET II-Report, Luxemburg: EU Publications Office.
- Eberhard, Verena (2012): *Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung. Ein ressourcentheoretisches Modell der Übergangschancen von Ausbildungsstellenbewerbern*. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.). W. Bertelsmann Verlag. Bielefeld.
- Esser, Hartmut (1980): *Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderrern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse*, Darmstadt: Luchterhand.
- Fürstenau, Sara/Gomolla, Mechtild (2011): *Migration und schulischer Wandel: Mehrsprachigkeit*. Heidelberg: Springer.
- Gaitanides, Stefan (2003): *Partizipation von Migrant*innen und ihren Selbstorganisationen*. Manuskript: E&C-Zielgruppenkonferenz „Interkulturelle Stadt(teil)politik“. Dokumentation der Veranstal-

tung vom 8. und 9. Dezember 2003 Berlin,. Berlin. Online verfügbar unter <http://www.eundc.de/pdf/63004.pdf>, zuletzt geprüft am 29.10.2017.

Gebauer, Gunter (1986): Festordnung und Geschmacksdistinktionen: Die Illusion der Integration im Freizeitsport. In *Sport - Eros - Tod*, 113-143. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.)(2018): *Handbuch Lokale Integrationspolitik*, Wiesbaden: Springer VS.

Gloy, Andreas (2013): Unser „Reliraum“. In: Regine Hartung, Katty Nöllenburg und Özlem Deveci (Hg.): *Interkulturelles Lernen – ein Praxisbuch*. Schwalbach: debus Pädagogik, S. 42-47.

Goeke, Pascal (2010): Migrantenorganisationen. Eine systemtheoretische Skizze. In: Ludger Pries und Zeynep Sezgin (Hg.): *Jenseits von "Identität oder Integration". Grenzen überspannende Migrantenorganisationen*. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 115–142.

Gomolla, Mechtild/Radtke Frank-Olaf (2009): *Institutionelle Diskriminierung: Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule*. 3. Auflage, VS, Wiesbaden.

Granato, Nadia (2003): *Ethnische Ungleichheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt*: Opladen: Leske+Budrich.

Grömminger, Daniel (2010): *Wie kann eine Kommune die Integration von Ausländern verbessern? Eine Untersuchung von Integrationsmaßnahmen am Beispiel der Stadt Sindelfingen*. Diplomarbeit. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen, Ludwigsburg.

Haggenmiller, Florian (2015): *Ausbildungsreport 2015*. DGB-Bundesvorstand (Hg.), Abteilung Jugend und Jugendpolitik.

Haut, Jan (2011): *Soziale Ungleichen in Sportverhalten und kulturellem Geschmack. Eine empirische Aktualisierung der Bourdieu'schen Theorie symbolischer Differenzierung*. Münster: Waxmann.

Heckmann, Friedrich (1997): *Integration und Integrationspolitik in Deutschland*. Bamberg: efms.

Herzog-Punzenberger, B./ Le Pichon-Horstmann, E./Siarova, H. (2017): *Multilingual Education in the Light of Diversity: Lessons Learned*. NESET II Report, Luxemburg: EU Publications Office.

Hirseland, Katrin (2013): Kooperation stärken - Engagement fördern. Modellprojekte des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur verstärkten Partizipation von Migrantenorganisationen. In: Uwe Hunger und Stefan Metzger (Hg.): *Interkulturelle Öffnung auf dem Prüfstand. Neue Wege der Kooperation und Partizipation*. Berlin: Lit-Verlag, S. 17–33.

Hunger, Uwe; Metzger, Stefan (2013): Erfolgs- und Misserfolgskriterien von Kooperationen zwischen etablierten Trägern und Migrantenorganisationen. Ergebnisse einer Feldstudie in Berlin. In: Uwe Hunger und Stefan Metzger (Hg.): *Interkulturelle Öffnung auf dem Prüfstand. Neue Wege der Kooperation und Partizipation*. Berlin: Lit-Verlag, S. 35–126.

Hunger, Uwe; Metzger, Stefan (Hg.) (2013): *Interkulturelle Öffnung auf dem Prüfstand. Neue Wege der Kooperation und Partizipation*. Berlin: Lit-Verlag.

Hunkler, Christian (2010): Ethnische Unterschiede beim Zugang zu Ausbildung und Erwerb von Ausbildungsabschlüssen. In: ders. (Hrsg.): *Vom Kindergarten bis zur Hochschule*, S. 213–250.

Josten, Daniel (2012): *"Die Grenzen kann man sowieso nicht schließen". Migrantische Selbstorganisation - zivilgesellschaftliches Engagement zwischen Ausschluss und Partizipation*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Jungkamp, B./John-Ohnesorg, M. (Hrsg.) (2016): *Soziale Herkunft und Bildungserfolg*. Schriftenreihe des Netzwerk Bildung. Abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/12727.pdf>.

Kasinitz, P./Mollenkopf, J./Waters, M./Holdaway, J. (2008): *Inheriting the City. The Children of Immigrants Come of Age*. New York: Russell Sage.

Klein, Marie-Luise (2011): Migrantinnen im Sport – zur sozialen Konstruktion einer ‚Problemgruppe‘. in: Braun, Sebastian/Nobis, Tina (Hrsg.), *Migration, Integration und Sport. Zivilgesellschaft vor Ort*, Wiesbaden: VS-Verlag, 125-136.

Körper-Stiftung (Hg.)(2017): *Die superdiverse Stadt: Empfehlungen und gute Praxis*. Hamburg: Körper-Stiftung.

Kortmann, Matthias (2011): *Migrantenselbstorganisationen in der Integrationspolitik. Einwanderer-verbände als Interessenvertreter in Deutschland und den Niederlanden*. Münster: Waxmann.

Kreiser, K.; Straßburger, Gaby; Unbehau, Horst; Yalcin-Heckmann, Lale (1996): *Die türkischen Kolonien in Bamberg und Colmar. Ein deutsch-französischer Vergleich sozialer Netzwerke von Migranten im interkulturellen Kontext. Wissenschaftliche Ergebnisse des Forschungsprojektes*. Bamberg. Online verfügbar unter <http://www.gaby-strassburger.de/colmar.pdf>, zuletzt geprüft am 12.12.2017.

Kultusministerium Baden-Württemberg (2016): *Behörden, Anstalten und Schulen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg*, abrufbar unter: http://www.km-bw.de/site/pbs-bw-new/get/documents/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/kultusportal-bw/zzz_pdf/Behoerdenverzeichnis_KV.pdf (letzter Zugriff: 19.01.2018).

Kultusminister Konferenz 2015: *Darstellung von kultureller Vielfalt, Integration und Migration in Bildungsmedien – Gemeinsame Erklärung der Kultusministerkonferenz, der Organisationen von Menschen mit Migrationshintergrund und der Bildungsmedienverlage*. (Abrufbar unter www.kmk.de; letzter Zugriff: 20.12.2017)

Landratsamt Böblingen (2014): *Erster Integrationsplan – „...gemeinsam Gesellschaft gestalten“*, Böblingen: Landratsamt (Kreistagdrucksache Nr. 234/2014)

Lang, Christine, Andreas Pott und Jens Schneider (2016): Unwahrscheinlich erfolgreich. Sozialer Aufstieg in der Einwanderungsgesellschaft, Bd. 49/2016, *IMIS Beiträge*, Osnabrück: IMIS.

Lang, Christine, Andreas Pott und Jens Schneider (2018): *Erfolg nicht vorgesehen. Sozialer Aufstieg in der Einwanderungsgesellschaft – und was ihn so schwer macht*, Münster: Waxmann.

Lengyel, D. Rosen, L. (2012): Vielfalt im Lehrerzimmer?! Erste Einblicke in ein Lern-/Lehr- und Forschungsprojekt mit Lehramtsstudentinnen mit Migrationshintergrund an der Universität zu Köln In: Fereidooni, K. (Hrsg.): *Das interkulturelle Lehrerzimmer*. Springer VS, Wiesbaden. 71 – 88.

Luhmann, Niklas (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Marinic, Jagoda (2016): *Made in Germany: Was ist deutsch in Deutschland?* Hamburg: Hoffmann und Campe.

Marschke, Britta; Brinkmann, Heinz Ulrich (Hg.) (2011): *Handbuch Migrationsarbeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden.

Mattes, Monika (2005): *Gastarbeiterinnen in der Bundesrepublik. Anwerbepolitik, Migration und Geschlecht in den 50er bis 70er Jahren*. Frankfurt am Main, New York: Campus.

Matthey, Laurent; Steiner, Béatrice (2009): *Wir, ich - die anderen. Migrantenvereine und Identitätsbildung. Eine Innensicht*. Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM. Bern. Online verfügbar unter https://www.ekm.admin.ch/dam/data/ekm/dokumentation/materialien/mat_nous_d.pdf, zuletzt geprüft am 12.12.2017.

Merkel, Helga (1996): *Die Daimler-Familie Sindelfingen. Zur Wahrnehmung des soziokulturellen Wandels in einer Industriestadt*. Tübingen: Tübinger Vereinigung für Volkskunde.

Mutz, Michäl/Burrmann, Ulrike (2011): Sportliches Engagement jugendlicher Migranten in Schule und Verein: Eine Re-Analyse der PISA- und der SPRINT-Studie, in: Braun, Sebastian/Nobis, Tina (Hrsg.), *Migration, Integration und Sport. Zivilgesellschaft vor Ort*, Wiesbaden: VS-Verlag, 125-136.

- Nagel, Alexander-Kenneth (Hg.) (2015): *Religiöse Netzwerke. Die zivilgesellschaftlichen Potentiale religiöser Migrantengemeinden*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Nagel, Alexander-Kenneth (2015): Religiöse Netzwerke. Die zivilgesellschaftlichen Potentiale religiöser Migrantengemeinden. In: Alexander-Kenneth Nagel (Hg.): *Religiöse Netzwerke. Die zivilgesellschaftlichen Potentiale religiöser Migrantengemeinden*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 11–36.
- Nagel, Alexander-Kenneth; Plessentin, Ulf (2015): Zivilgesellschaftliche Potentiale im Vergleich. In: Alexander-Kenneth Nagel (Hg.): *Religiöse Netzwerke. Die zivilgesellschaftlichen Potentiale religiöser Migrantengemeinden*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 243–266.
- Nieswand, Boris (2010): *Diversität und Gesellschaft*. Online verfügbar unter <https://www.mpg.de/359276/forschungsschwerpunkt>, zuletzt geprüft am 02.12.2017.
- Noam, K.R. (2014). How National Context Influences the Childrearing Practices of Second-Generation Chinese Tiger Parents. *New Diversities*, 16(1), 41-55. Retrieved January 9, 2018, from http://newdiversities.mmg.mpg.de/?page_id=1782
- Panesar, Rita (2017): *Wie interkulturelle Öffnung gelingt. Leitfaden für Vereine und gemeinnützige Organisationen*, Essen: Edition Stifterverband (verfügbar unter: <http://ziviz.de/leitfaden-interkulturelle-oeffnung>; letzter Zugriff am 17.2.2018).
- Peucker, Mario (2010): *Aktive Beteiligung und Teilhabe von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Evaluation zweier stadtteilbezogener Partizipationsprojekte in Nürnberg-Langwasser und Erlangen-Anger*. Bamberg: efms.
- Pries, Ludger; Sezgin, Zeynep (Hg.) (2010): *Jenseits von "Identität oder Integration". Grenzen überspannende Migrantorganisationen*. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- SVR – Sachverständigenrat der deutschen Stiftungen zu Integration und Migration (2012): *Integration im föderalen System: Bund, Länder und die Rolle der Kommunen. Jahresgutachten 2012 mit Integrationsbarometer*. Berlin: SVR.
- SVR – Sachverständigenrat der deutschen Stiftungen zu Integration und Migration (2014): *Migrantorganisationen in der kooperativen Elternarbeit: Potenziale, Strukturbedingungen, Entwicklungsmöglichkeiten*. SVR GmbH, Berlin.
- SVR – Sachverständigenrat der deutschen Stiftungen zu Integration und Migration (2016): *Doppelt benachteiligt? Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem*. 2. Fassung, SVR GmbH, Berlin.
- SVR – Sachverständigenrat der deutschen Stiftungen zu Integration und Migration (SVR) (2017): *Viel-falt im Klassenzimmer: Wie Lehrkräfte gute Leistung fördern können*. SVR GmbH, Berlin .
- Scherr, Albert; Janz, Caroline; Müller, Stefan (2015): Diskriminierung in der beruflichen Bildung. Wie migrantische Jugendliche bei der Stellenvergabe benachteiligt werden. In: *Diskriminierung migrantischer Jugendlicher in der beruflichen Bildung. Stand der Forschung, Kontroversen, Forschungsbedarf*. Scherr, Albert (Hg.). Beltz Juventa.
- Schneider, Jens (2001): *Deutsch sein. Das Eigene, das Fremde und die Vergangenheit im Selbstbild des vereinten Deutschland*. Frankfurt/Main: Campus.
- Schneider, Jens (2002): Vom Persönlichen zum Allgemeinen: Diskursivität und Repräsentativität in Interviews, *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 3(3) (abrufbar unter: <http://www.qualitative-research.net/fqs/fqs.htm>).
- Schneider, Jens (2018): Demographic “Megatrends” and Their Implications. *Siirtolaisuus/Migration* 3/2018, S. 26-31.

- Schneider, Jens (2019): Unübersichtlicher Migrationshintergrund: Was sollen superdiverse Familien sein? In: *IXYPSILONZETT. Jahrbuch 2020 für Kinder- und Jugendtheater*, Berlin: Theater der Zeit-Verlag.
- Schneider, Jens / Lang, Christine (2014): Social mobility, habitus and identity formation in the Turkish-German second generation. In: *New Diversities* 16(1) (Online-Publikation).
- Schneider, J./Chávez, L./DeSipio, L./Waters, M. (2012): „Belonging“, in: Crul, Maurice / Mollenkopf, John (Hrsg.): *The Changing Face of World Cities: Young Adult Children of Immigrants in Europe and the United States*, New York: Russell Sage Foundation, S. 206–32.
- Schneider, J./Fokkema, T./Matias, R./Stojicic, S./Ugrina, D./Vera-Larrucea, C. (2012): „Identities: Urban belonging and intercultural relations“, in: Crul, Maurice, Jens Schneider und Frans Lelie (Hrsg.): *The European Second Generation Compared: Does the Integration Context Matter?*, IMISCOE Research, Amsterdam University Press, S. 277–332.
- Sezgin, Hilal (Hrsg.)(2011): *Manifest der Vielen: Deutschland erfindet sich neu*. Berlin: Blumenbar
- Stadt Sindelfingen (2004): *Richtlinien der Stadt Sindelfingen über die Berufung und Beteiligung der ausländischen Einwohner/innen als sachkundige Einwohner/innen im Internationalen Ausschuss. Richtlinien des Internationalen Ausschusses mit Stand 25.10.2004*. Online verfügbar unter https://www.sindelfingen.de/site/Sindelfingen-Internet/get/params_E1140891604/4645189/Richtlinien%20Internationaler%20Ausschuss.pdf, zuletzt geprüft am 29.11.2017.
- Stadt Sindelfingen (2017): *Schulstatistik: Informationen in Zahlen Schuljahr 2017/18*. unveröffentlichtes Dokument
- Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2017): *Bewerber und Berufsausbildungsstellen. Kreis Böblingen. Nürnberg (Arbeitsmarkt in Zahlen - Ausbildungsstellenmarkt)*.
- Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2014): *Ergebnisbericht Beschäftigtenbefragung zur Erhebung eines Migrationshintergrundes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hamburgischen Verwaltung 2014*, Hamburg.
- Tevnan, Doris (2009): *Die Geschichte des Internationalen Straßenfestes Sindelfingen*. Internationales Straßenfest Sindelfingen e.V. Online verfügbar unter http://www.isf-sifi.de/seite_geschichte.shtml, zuletzt geprüft am 23.11.2017.
- Thiel, Ansgar/Seiberth, Jochen/Mayer, Jochen (2014): *Sportsoziologie. Ein Lehrbuch in 13 Lektionen*, Band 8. Meyer & Meyer Verlag.
- Gesamtelternbeirat Sindelfingen (GEB): *Schulen und Mitglieder 2016/17*.
- Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt)(Hrsg.)(2013): *Migrationshintergrund in der Statistik: Definitionen, Erfassung und Vergleichbarkeit* (Materialien zur Bevölkerungsstatistik, Heft 2). Köln: VDSt.
- Vedder, Günther (2016): Diversity Kompetenz: Das Aussehen als unterschätzte Diversity-Dimension. In: Genkova, Petia, Ringeisen, Tobias (Hrsg.): *Handbuch Diversity Kompetenz*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 153-164.
- Vertovec, Steven (2012): *Superdiversität*. Online verfügbar unter <https://heimatkunde.boell.de/2012/11/18/superdiversitaet>, zuletzt geprüft am 02.12.2017.
- Weichselbaumer, D. (2014). *Beyond the veil: Discrimination against female migrants wearing a headscarf in Germany*. Wien: Universität (Working Paper).
- Weisert, Hermann (1988): *Sindelfingen im Wandel der Zeit. Römersiedlung, Chorherrenstift, Weberstädtchen, Industriezentrum*. Sindelfingen: Röhm Verlag.

Weiss, Karin (2011): *Migrantenorganisationen als Motoren der Integrationsarbeit*. In: Britta Marschke und Heinz Ulrich Brinkmann (Hg.): *Handbuch Migrationsarbeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, S. 80–91.

Weiß, Sabrina (2017): *Migrantengemeinden im Wandel. Eine Fallstudie zu koreanischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen*. Bielefeld: Transcript Verlag.

Winkler, Gabriele / Degele, Nina (2009): *Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten*. Bielefeld: transcript Verlag.

Witzel, Andreas (2000). Das problemzentrierte Interview. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 1(1), Art. 22 (abrufbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0001228>).

Homepages (Auswahl):

Caritas (2018): "Sprach- und Integrationsförderung" abrufbar unter: <http://www.caritas-schwarzwald-gaeu.de/caritas-vor-ort/caritas-sindelfingen/sprach-und-integrationsfoerderung/sprach-und-integrationsfoerderung> (letzter Zugriff: 30.01.2018).

Caritas (2018): "Schulsozialarbeit", abrufbar unter: <http://www.caritas-schwarzwald-gaeu.de/caritas-vor-ort/caritas-sindelfingen/schulsozialarbeit/schulsozialarbeit> (letzter Zugriff: 19.01.2018).

Gemeinschaftsschule Eichholz (2018). "Ganztagkoordinatoren", abrufbar unter: <https://www.eichholzschule.de/ganztags-koordinatoren.html> (letzter Zugriff: 19.01.2018).

Grundschule Sommerhofen (2018): "Schulsozialarbeit", abrufbar unter: <http://www.gs-soho.de/schulorganisation/schulsozialarbeit/> (letzter Zugriff: 19.01.2018).

Gymnasium An den Pfarrwiesen (2018) "Leitbild", abrufbar unter: <https://www.pfarrwiesen-gymnasium.de/schulprofil/leitbild> (letzter Zugriff: 19.01.2018).

Kultusministerium Baden-Württemberg (2017): "Aufgaben der Staatlichen Schulämter", abrufbar unter: <http://www.schulaemter-bw.de/,Lde/Startseite/Aufgaben> (letzter Zugriff: 19.01.2018).

Kultusministerium Baden-Württemberg (2017): "SPATZ", abrufbar unter: <http://www.kindergaerten-bw.de/,Lde/SPATZ> (letzter Zugriff: 19.01.2018).

Realschule Hinterweil (2018): "Das tun wir", abrufbar unter: <http://rsh-sindelfingen.de/das-tun-wir/> (letzter Zugriff: 19.01.2018).

Stadt Sindelfingen (2018): "Kindertagesstätten: Betreuung für die Jüngsten", abrufbar unter: <https://www.sindelfingen.de/,Lde/start/Bildung+Leben/kitas.html> (letzter Zugriff: 19.01.2018).

Stadt Sindelfingen (2017): "Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege", abrufbar unter: <https://www.sindelfingen.de/site/Sindelfingen-Darksite/node/sifi/Lde/-/lebenslagen;/leb5000486>, letzter Zugriff: 19.01.2018).

Stiftsgymnasium (2018): "Soziales Lernen - das Miteinander stärken", abrufbar unter: <https://www.stiftsgymnasium.de/schulgemeinschaft/soziales-lernen/> (letzter Zugriff: 19.01.2018).

Tages- und Pflegeeltern e.V. Kreis Böblingen (2017): "TUPF", abrufbar unter: <https://www.tupf.de/erziehungsstellen#tupf> (letzter Zugriff: 19.01.2018).

VHS Böblingen-Sindelfingen 2018: "Videos vhs German", abrufbar unter: <https://www.vhs-aktuell.de/subseite-deutschvideos?fm=1> (letzter Zugriff: 30.01.2018).